

Rauschenbach, Thomas / von der Gathen-Huy, Julia /
Gosse, Katharina / Sass, Erich (Hrsg.)



Kinder- und Jugendarbeit

Potenziale Erkennen | Zukunft Gestalten

Forschungsverbund



Deutsches Jugendinstitut
Technische Universität Dortmund

Gefördert von:

**Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber

Thomas Rauschenbach, Julia von der
Gathen-Huy, Katharina Gosse, Erich Sass

Kongressdesign

Kathrin Mauksch

Layout

Mathias Wortmann, IP Next, Osnabrück

Druck

Druckerei Werbe-Schmiede, Leverkusen

ISBN

978-3-9818832-2-0

Verlag

Eigenverlag Forschungsverbund
DJI/TU Dortmund an der Fakultät 12 der
Technischen Universität Dortmund

Dortmund, Dezember 2018

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Insbesondere darf kein Teil dieses Werkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (unter Verwendung elektronischer Systeme oder als Ausdruck, Fotokopie oder unter Nutzung eines anderen Vervielfältigungsverfahrens) über den persönlichen Gebrauch hinaus verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

www.fachkongress-jugendarbeit.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung	6

Teil 1

Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit

Thomas Rauschenbach

Kinder- und Jugendarbeit 2016 – Potenziale erkennen, Zukunft gestalten	15
--	----

Klaus Schäfer/Lisi Maier

Ein Kongress mit Aussicht.

Zusammenfassende Beobachtungen, Einschätzungen, Hervorhebungen	31
--	----

Christina Kampmann

Mit Jugendarbeit Zukunft gestalten	45
--	----

Caren Marks

Eröffnungsrede der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

51

Teil 2

Gesellschaftliche Kontexte der Kinder- und Jugendarbeit

Angela Tillmann

Kinder und Jugendliche und Kinder- und Jugendarbeit in digital-vernetzten Zeiten	59
--	----

Susanne Gerleigner

Familienleben im Digitalzeitalter	77
---	----

Heinz Sünker

Soziale Gerechtigkeit, Gesellschaftspolitik und Soziale Arbeit oder:

Demokratie und/oder Kapitalismus	93
--	----

Reiner Becker

Rechtspopulismus und die Mitte der Gesellschaft	107
---	-----

Susanne Keuchel

„Diversität“ als aktuelle Herausforderung in der Kinder- und Jugendarbeit	121
---	-----

Peter Martin Thomas

„Es ist eine gute Tat von Deutschland.“

Jugendliche und ihre Haltungen zu Flucht und Asyl, Nation und Religion.

Erkenntnisse aus der Sinus-Jugendstudie 2016137

Klaus Farin

Über die Jugend und andere Krankheiten151

Teil 3

Herausforderungen und Kontroversen der Kinder- und Jugendarbeit

Mike Corsa/Werner Lindner/Jens Pothmann

Von der amtlichen Statistik bis zur Datenpolitik

– Perspektiven für eine „Datenkultur“ im Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit.167

Kai Maaz

Aktuelle Trends im Bildungssystem – Herausforderungen und Perspektiven183

Nils Neuber

Kinder- und Jugendsport im Umbruch –

Ergebnisse des dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportberichts195

Gunda Voigts

Immer früher? Immer jünger? Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit.209

Zu den Autor_innen229

Vorwort

Der bundesweite Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit „Potenziale Erkennen | Zukunft Gestalten“ fand im September 2016 an der Technischen Universität Dortmund statt und war der zweite Kongress dieser Art. Der große Zuspruch aus Fachpraxis, Wissenschaft, Politik und Verwaltung hat gezeigt, dass die Kinder- und Jugendarbeit einen solchen Ort des Austausches, der Präsentation und der Selbstvergewisserung benötigt. Deutlich wurde aber auch, dass der Zeitabstand zum ersten Kongress, der im Jahre 2002 ebenfalls in Dortmund stattfand, ein viel zu langer war.

Die Kinder- und Jugendarbeit als zentrales Feld der Kinder- und Jugendhilfe war immer schon in besonderer Weise gesellschaftlichen Veränderungen und Ansprüchen ausgesetzt. Sich verändernde Alltags- und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, etwa hinsichtlich Familie, Schule und Ganztagsschule sowie digitaler Medien, wirken sich auch auf die Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit selbst aus. Gleichzeitig wird von ihnen verlangt, zur Lösung von Problemen beizutragen, die solche Veränderungen mit sich bringen.

Ein Dilemma, welches sich am Beispiel des Ausbaus der Ganztagsschule gut beschreiben lässt: Die Veränderungen in der Schule – auch die umstrittenen G8-Gymnasien – haben Auswirkungen auf das Freizeitverhalten und die Zeitressourcen von Kindern und Jugendlichen und damit auch auf die Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Diese wiederum tritt mit dem Anspruch auf, ein eigenständiger Bildungsort für Kinder und Jugendliche zu sein, an dem freiwillige und selbstbestimmte Lernformen im Vordergrund stehen. Gleichzeitig sieht sie sich mit Forderungen aus Politik und Gesellschaft konfrontiert, die eine stärkere Kooperation und Vernetzung mit der Schule und entsprechende Veränderungen aufseiten der Kinder- und Jugendarbeit einfordern.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie schwer es den Akteur_innen der Kinder- und Jugendarbeit häufig fällt, eigenen Ansprüchen, gesellschaftlichen Herausforderungen und vor allem den Wünschen und Vorstellungen von Heranwachsenden gerecht zu werden. Ähnliche Probleme ergeben sich aus der zunehmenden Mediatisierung der Lebenswelt, aus Prozessen fortschreitender Diversität oder auch aus Anforderungen der Inklusion und der Integration von Geflüchteten. So wird dann auch im 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung davon gesprochen, *„dass der Kinder- und Jugendarbeit die Rolle einer dritten oder vierten Sozialisationsinstanz – neben Familie, Schule und Ausbildung – weniger selbstverständlich zugestanden*

wird“ (S. 366)¹. Hinzu kommen weitere Probleme, wie z. T. unzureichende Finanzmittel und (damit zusammenhängend) ein veränderter Arbeitsmarkt, auf dem in den letzten Jahren ein Stellenabbau im Feld der Kinder- und Jugendarbeit zu beobachten ist.

Angesichts einer solchen Lage erscheint es besonders wichtig, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit auf ihre Potenziale besinnt und diese auch selbstbewusst kommuniziert. Vergemeinschaftung, Integration, Verantwortungsübernahme und nicht zuletzt Bildung sind Voraussetzungen für ein gelingendes Aufwachsen. Wenn die Kinder- und Jugendarbeit ein Ort sein soll, um – wie vom 15. Kinder- und Jugendbericht gefordert – Jugend zu ermöglichen, muss sie sich dieser Potenziale immer wieder selbst versichern und mit einer innovativen, an den Ansprüchen und Wünschen der Heranwachsenden orientierten Praxis überzeugen.

Hierzu bedarf es nicht nur des Engagements der hauptberuflich und freiwillig Tätigen in den Verbänden und Jugendzentren, bei Sportvereinen, in der kulturellen Jugendbildung und bei Jugendinitiativen, bei öffentlichen und freien Trägern, sondern auch der ständigen inhaltlich-fachlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fragestellungen. Zu einem solchen Diskurs sollte der Fachkongress und soll auch dieser Sammelband beitragen. Daher wurden Beiträge zusammengestellt, die auf Vorträgen des Kongresses beruhen, wobei der Schwerpunkt auf die gesellschaftlichen Kontexte der Kinder- und Jugendarbeit gelegt wird, allerdings die Herausforderungen und Kontroversen des Arbeitsfeldes in diesem Band ebenso ihren Platz finden sollen.

Mein Dank gilt allen Autor_innen, die uns beim Kongress unterstützt und uns zusätzlich ihre Texte zur Verfügung gestellt haben. Zu danken ist aber auch dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen², ohne deren Förderung weder der Kongress noch der Sammelband möglich gewesen wären. Zu wünschen bleibt eine anregende Lektüre, verbunden mit der Hoffnung, dass der Band dazu beiträgt, den fachlichen Diskurs auch jenseits von großen Tagungen und Kongressen weiterzuführen.

Dortmund, im Dezember 2018

Thomas Rauschenbach

1 Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht –. Unterrichtung durch die Bundesregierung und Stellungnahme der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 18/11050, Berlin 2017.

2 Bis Mitte Juni 2017: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, ab Mitte Juni 2017: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einleitung

Die vorliegende Veröffentlichung „Kinder- und Jugendarbeit – Potenziale Erkennen | Zukunft Gestalten“ versammelt Beiträge, die größtenteils auf Vorträgen beruhen, die auf dem bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit 2016 „Potenziale Erkennen | Zukunft Gestalten“ gehalten wurden. Vom 26. bis 28.09.2016 kamen etwa 1.300 hauptberufliche und freiwillige Mitarbeitende, Studierende und Wissenschaftler_innen, aber auch Vertreter_innen der Institutionen und Organisationen sowie der Politik und der politischen Administration an die Technische Universität Dortmund, um dort miteinander über Gegenwart und Zukunft des Arbeitsfeldes ins Gespräch zu kommen. Diskutiert wurden nicht nur inhaltliche und methodische Fragestellungen der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung und des Sports, sondern auch aktuelle gesellschaftlich relevante Themen wie Rechtspopulismus, Diversität und Mediatisierung. In über 130 Einzelveranstaltungen wurde sowohl der wissenschaftlichen Analyse als auch der vielfältigen und verschiedenartigen Praxis Raum gegeben.

Ziel des Fachkongresses war es zum einen, die einschlägige Forschung zu präsentieren und konzeptionell weiterzuentwickeln, und zum anderen, Impulse im Wissenstransfer zu setzen, um so Fragen der Kinder- und Jugendarbeit wieder stärker in den fachlichen und fachpolitischen Fokus zu rücken. Mittels der Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen¹ wurde die Möglichkeit eröffnet, dem Theorie-Praxis-Transfer eine Plattform zu bieten, die sowohl die Weiterentwicklung der Praxis als auch die Sichtbarmachung von Synergiepotenzialen für Wissenschaft und Forschung ermöglichte.

Ausgerichtet wurde der bundesweite Fachkongress vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, zu dessen zentralen Forschungsfeldern seit vielen Jahren die Kinder- und Jugendarbeit gehört. Bereits im Jahr 2002 hatte der Forschungsverbund einen ersten großen bundesweiten Fachkongress „Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft“ mit einer Teilnehmendenzahl von mehr als 1.000 Personen durchgeführt und dadurch eine Weiterentwicklung der fachlichen Diskurse in diesem Arbeitsfeld mit angeregt.

Unterstützt wurden die Vorbereitungen des Kongresses durch einen Beirat aus Praxisvertreter_innen, Wissenschaftler_innen sowie Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Ohne deren Mithilfe und

¹ Bis Mitte Juni 2017: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, ab Mitte Juni 2017: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Expertise wäre die inhaltlich-fachliche Ausgestaltung des Kongresses, aber auch das Erreichen einer so großen Zahl von Teilnehmenden nicht möglich gewesen.

Mit der Publikation dieses Sammelbandes im Eigenverlag des Forschungsverbundes wird versucht, einige wesentliche Facetten des Fachkongresses zu dokumentieren. Ganz bewusst beschränkt sich der Band auf Hauptvorträge zum gesellschaftlichen Kontext der Kinder- und Jugendarbeit („Zeitdiagnosen“) und zu den fachlichen Debatten im Arbeitsfeld („Herausforderungen und Kontroversen“). Die vielfältigen Beiträge und Debatten in den Symposien, Foren, Arbeitsgruppen und Praxispräsentationen würden allein vom Umfang her den Rahmen dieser Publikation bei Weitem sprengen. Ein großer Teil dieser Dokumente wurde im Downloadbereich der Kongress-Homepage zur Verfügung gestellt (<http://fachkongress-jugendarbeit.de/wordpress/medien/>).

Diese Beschränkung auf einige zentrale Beiträge spiegelt das Grundanliegen des Kongresses wider. Es ging darum, die Kinder- und Jugendarbeit in ihrer ganzen Vielfalt darzustellen und sie gleichzeitig in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen, in dem sie auch in der alltäglichen Praxis zu agieren hat. Themen wie Populismus, Mediatisierung, Soziale Gerechtigkeit und Diversität durften auf dem Kongress nicht fehlen und finden daher auch Eingang in diesen Band.

Der Sammelband beginnt im ersten Teil mit der Dokumentation der Eröffnungsrede, einer Übersicht über den Gesamtkongress und den Beiträgen der fördernden Ministerien.

Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts und Leiter des Forschungsverbundes, attestiert in seinem Eröffnungsbeitrag der Kinder- und Jugendarbeit Potenziale der Bildung, der Verantwortungsübernahme, der Integration sowie der Vergemeinschaftung, die sie von anderen Orten des Aufwachsens in großen Teilen unterscheidet, die aber aus seiner Sicht noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind. Er weist darüber hinaus auf die aktuelle Personalmisere als eine wichtige Baustelle dieses Arbeitsfeldes hin und betont die auch künftig geltende Notwendigkeit dieses Teilbereiches der Kinder- und Jugendhilfe für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Bewusst an den Anfang der Publikation gestellt ist der Beitrag von **Klaus Schäfer** und **Lisi Maier** mit zusammenfassenden Beobachtungen, Einschätzungen und Hervorhebungen zum bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit 2016, den beide als einen „Kongress mit Aussicht“ bezeichnen. Nachdem sie den Rahmen, die Atmosphäre und die Ziele des Kongresses umrissen haben, heben sie einige aus ihrer Sicht zentrale themenzentrierte Botschaften hervor. In ihrem Fazit stellen Klaus

Schäfer und Lisi Maier heraus, dass es einer regelmäßigen Selbstvergewisserung über das eigene gemeinsame Tun und zukünftige Reformbedarfe und zugleich der öffentlichen und politischen Sichtbarmachung des Feldes der Kinder- und Jugendarbeit und damit auch einer Verstetigung des Kongresses bedarf.

Auch die ehemalige Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen **Christina Kampmann** (bis Juni 2017) weist in ihrem Beitrag „Mit Jugendarbeit Zukunft gestalten“ auf die gesellschaftliche Notwendigkeit der Kinder- und Jugendarbeit und auf die Chancen, die sie eröffnet, hin. Unter den Stichworten Bildung, Inklusion, Digitalisierung, Flucht sowie Diversität beschreibt sie deren Möglichkeiten und Angebote und fordert eine Repolitisierung des Arbeitsfeldes.

In der Eröffnungsrede von **Caren Marks**, der Parlamentarischen Staatssekretärin der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, geht es um die Rahmenbedingungen für die gegenwärtige Kinder- und Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland – um die Fragen, die noch zu beantworten sind, sowie um die Maßnahmen, die zur Stärkung des Arbeitsfeldes bereits implementiert wurden. Außerdem werden verschiedene Zielsetzungen politischer sowie pädagogischer Art benannt, so etwa das Eintreten für echte Partizipation.

Im zweiten Teil des Bandes stehen die oben angesprochenen gesellschaftlichen Kontexte der Kinder- und Jugendarbeit im Vordergrund.

Angela Tillmann gibt in ihrem Beitrag Einblicke in die Medienumgebung von Kindern und Jugendlichen und zeigt, wie diese den digitalen Ermöglichungsraum für sich nutzen. Sie setzt sich mit den Zumutungen einer digital-vernetzten Infrastruktur, den Risiken der Datafizierung sowie aktuell diskutierten kommunikationskulturellen Problemlagen auseinander. Am Ende ihrer Ausführungen werden auch das Zusammenspiel der Institutionen und die Rolle der Kinder- und Jugendarbeit reflektiert sowie Vorschläge zur Förderung der Persönlichkeitsbildung in digital-vernetzten Zeiten formuliert.

Der Ausgangspunkt von **Susanne Gerleigners** Beitrag „Familienleben im Digitalzeitalter“ sind die Veränderungen für Familien im Zusammenhang mit den gegenwärtigen technischen Entwicklungen. Dabei werden Bereiche fokussiert, in denen Familien besonders von der Digitalisierung betroffen sind. In einem Ausblick wird abschließend gefragt, welche gesellschaftlichen Institutionen gewährleisten können, dass die neuen Möglichkeiten selbstbestimmt und verantwortungsvoll genutzt werden.

Heinz Sünker beschäftigt sich in seinem Text „Soziale Gerechtigkeit, Gesellschaftspolitik und Soziale Arbeit oder: Demokratie und/oder Kapitalismus“ mit der Frage, ob und wie sich Soziale Arbeit in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um ein „gutes Leben“ einbringt bzw. einbringen sollte. Der Autor plädiert für einen reflexiven Umgang mit dem Begriff „Gerechtigkeit“ und begründet auf diesem Wege die Notwendigkeit einer anderen Gesellschaftsform.

Der Beitrag von **Reiner Becker** geht von den fragilen Stimmungslagen, die für ein Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland Mitverantwortung tragen, aus und rekonstruiert aktuelle Wegmarken für dessen Etablierung in den letzten Jahren. Er zeigt, dass zum einen Hilfsbereitschaft und das persönliche Engagement für die Schaffung einer „Willkommenskultur“ und zum anderen die Ängste und Sorgen darüber, wie die Integration von einer großen Zahl von Geflüchteten gelingen kann, zwei Pole dieser Entwicklung sind.

Ausgehend von einer kurzen Begriffsklärung und einer Einordnung hinsichtlich des soziodemografischen Wandels thematisiert **Susanne Keuchel** in ihrem Beitrag „Diversität als aktuelle Herausforderung in der Kinder- und Jugendarbeit“ die Notwendigkeit einer diversitätsbewussten Pädagogik und die Anschlussfähigkeit dieser an die Prinzipien der Kinder- und Jugendarbeit. Der Frage, ob Diversität in Projekten der kulturellen Bildung aber tatsächlich ausreichend aufgegriffen wird, nähert sie sich anhand von empirischen Erkenntnissen aus einer explorativen Studie, um anschließend Handlungsbedarfe für die kulturelle Bildung zu formulieren.

Unter dem Titel „Es ist eine gute Tat von Deutschland“ vermittelt der Beitrag von **Peter Martin Thomas** Erkenntnisse aus der Sinus-Jugendstudie 2016. Er legt den Schwerpunkt auf die Haltung von Jugendlichen zu den aktuellen Themen „Flucht und Asyl“, „Glaube und Religion“ und „Nation und Nationalität“. Der Text gibt außerdem einen Überblick über die Grundlagen der Jugendforschung des SINUS-Institutes, eine Einführung in das Konzept der Lebenswelten sowie kurze Charakterisierungen der sieben identifizierten Lebenswelten Jugendlicher.

In seinem von ihm selbst als Essay bezeichneten Beitrag räumt **Klaus Farin** zunächst mit weitverbreiteten Vorurteilen über „die Jugend“ sowie deren mangelnder Bereitschaft zum Engagement auf. Er nennt sieben Kriterien, welche Jugendliche als unabdingbare Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Engagement betrachten, und beschreibt aktuelles freiwilliges Engagement jenseits der tradierten Formen. Hierfür fordert Farin mehr Respekt vonseiten der Erwachsenen und eine neue Kultur der Anerkennung und der Partizipation. Er beschließt seinen Beitrag mit fünf Herausforderungen für die zukünftige Jugendarbeit von Trägern und Kommunen.

Der dritte Teil dieses Bandes, in dem es um die Herausforderungen und Kontroversen des Arbeitsfeldes geht, beginnt mit einem Beitrag von **Mike Corsa, Werner Lindner** und **Jens Pothmann** mit dem Titel „Von der amtlichen Statistik bis zur Datenpolitik – Perspektiven für eine „Datenkultur“ im Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit“. Es geht um die Kultur des Umgangs mit Daten und der Datennutzung. Nachdem zunächst Jens Pothmann am Beispiel der neuen amtlichen Statistik der Kinder- und Jugendarbeit Darstellungsprobleme statistischer Erhebungen problematisiert, zeigt Mike Corsa im zweiten Teil auf, wie Synergien bei der Kopplung von amtlicher und verbandseigener Statistik zu nutzen sind. Abschließend plädiert Werner Lindner für die souveräne Nutzung erhobener Daten durch das Feld der Kinder- und Jugendarbeit, indem er dazu rät, Daten zu nutzen, um Politik zu machen.

Kai Maaz skizziert auf Basis des Nationalen Bildungsberichts 2016 die großen Herausforderungen, denen sich das deutsche Bildungssystem zu stellen hat. Er tut dies anhand von sechs Handlungsfeldern, nämlich der anhaltenden Bildungsexpansion bei gleichzeitigen Problemen im unteren Qualifizierungsbereich, der sozialen wie auch regionalen Disparitäten, der Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur, der Bedarfsgerechtigkeit des öffentlichen Bildungssystems sowie der Migration.

Spiel und Sport gehören nach wie vor zu den häufigsten und wichtigsten Aktivitäten im Leben von Heranwachsenden. **Nils Neuber** geht in seinem Beitrag auf Basis der Deutschen Kinder- und Jugendsportberichte den Fragen nach, welche Bedeutung dem Kinder- und Jugendsport unter den Bedingungen einer sich massiv verändernden Gesellschaft zukommt und wie er auf die gewandelten Anforderungen und Bedingungen reagiert bzw. reagieren kann. Hierzu werden zunächst die Bedeutung des Sports als pädagogisches Handlungsfeld umrissen und die bisherigen Kinder- und Jugendsportberichte skizziert. Darauf aufbauend werden ausgewählte Ergebnisse des dritten Kinder- und Jugendsportberichts vorgestellt.

Dem abschließenden Beitrag von **Gunda Voigts** liegt die These zugrunde, dass eine intensive Beschäftigung mit der Rolle von Kindern in der Kinder- und Jugendarbeit überfällig ist – ohne dabei die Jugendlichen aus dem Blick zu verlieren. Dies löst sie ein, indem sie in einem ersten Teil die Öffnung der Kinder- und Jugendarbeit für die Kinder historisch resümiert und in einem zweiten Teil die aktuelle Beteiligung von Kindern in offenen bzw. verbandlichen Angeboten anhand empirischer Erkenntnisse darstellt. Schließlich setzt sie sich in einem dritten und letzten Teil kritisch mit der „Konstruktion der Verjüngung“ von Kinder- und Jugendarbeit auseinander.

Als Herausgeber_innen hoffen wir, dass der vorliegende Band auf ebenso großes Interesse in der Fachöffentlichkeit wie der dokumentierte bundesweite Fachkongress selbst stößt. Wir danken den Autor_innen sowie allen, die mit ihren Vorträgen,

Diskussionsbeiträgen, Moderationen und Projektpräsentationen den Kongress zu einem Erfolg gemacht haben. Insbesondere danken wir dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen², ohne deren Förderung der Kongress und auch dieser Sammelband nicht möglich gewesen wären.

2 Vgl. Fußnote 1.

Teil 1

Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit

Thomas Rauschenbach

Kinder- und Jugendarbeit 2016 – Potenziale erkennen, Zukunft gestalten¹

¹ Der Text basiert auf dem Eröffnungsvortrag zum gleichnamigen Kongress an der TU Dortmund vom 26. bis 28.09.2016. Der Vortragsduktus wurde beibehalten, wenngleich abgeschwächt, Literaturangaben wurden ergänzt.

Der Dortmunder Kongress zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit 2016 hatte einen Vorläufer im Jahr 2002, der ein ähnliches Thema bereits damals behandelte. Die Frage liegt deshalb nahe, wie sich dieses Arbeitsfeld in der Zwischenzeit entwickelt hat: Was hat sich seither getan, wo steht die Kinder- und Jugendarbeit heute? Welche erfreulichen und welche weniger erfreulichen Entwicklungen sind inzwischen festzustellen? Nachfolgend stehen diese Fragen im Mittelpunkt. Der Beitrag beginnt mit den eher erfreulichen Punkten – den vier Potenzialen der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. dazu grundlegend Rauschenbach u. a. 2010) – und wendet sich danach einigen Eintrübungen zu, vor deren Hintergrund die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit zu gestalten ist.

1. Von der (formalen) Bildung zur Alltagsbildung: Bildungspotenziale

Wenn man sich die Dokumente zum damaligen Dortmunder Kongress nochmals anschaut, dann fällt auf, dass im Herbst 2002 – nicht ganz überraschend – das Thema Bildung zwar bereits auf der Agenda stand, da zu dieser Zeit die Debatte um die erste PISA-Studie gerade ihren medialen Höhepunkt erlebte (vgl. Artelt u. a. 2001). Damals war kurz zuvor die viel beachtete „Streitschrift“ des Bundesjugendkuratoriums mit ihrem Plädoyer für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe erschienen (vgl. BJK 2001), es erschienen kurz vor dem Jugendarbeitskongress die sogenannten „Leipziger Thesen“ mit ihrer inzwischen fast schon legendären Parole „Bildung ist mehr als Schule“ (vgl. BJK/KJB/AGJ 2002). Insoweit war der Themenkomplex Bildung bereits in der Welt, und Benedikt Sturzenhecker rief daher zu jener Zeit auch in Erinnerung, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit ihrer Bildungstraditionen und verpflichtungen neu bewusst werden müsse (vgl. Sturzenhecker 2003; Sturzenhecker/Lindner 2004).

Aber – und das ist die Kehrseite der kleinen Zeitreise in Sachen Bildung: Es gab im Jahr 2002 noch keinen Zwölften Kinder- und Jugendbericht, der Bildung vor, neben und nach der Schule mit der konsequenten Unterscheidung von formaler, non-formaler und informeller Bildung neu auszubuchstabieren versuchte und dabei auch an den Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendarbeit erinnerte (vgl. BMFSFJ 2005), es gab noch keine Debatte um die „andere Seite der Bildung“ (Otto/Rauschenbach 2004), die die Grenzen eines PISA- und schulzentrierten formalen Bildungsbegriffs konzeptionell öffnete und dabei die Potenziale jenseits dieser Verengung auslotete, es gab noch nicht die wichtige Studie zum „Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement“, die mithilfe der Befragung einer großen Bevölkerungsstichprobe erstmalig zeigen konnte, dass engagierte junge Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit und anderen Formaten des ehrenamtlichen Engagements etwas lernen, was für ihr

Wissen und Können, aber auch für ihr eigenes Leben, ihre Persönlichkeit und ihren Beruf nützlich ist, während diese Fähigkeiten bei Menschen ohne diesen Erfahrungshintergrund signifikant weniger anzutreffen sind (vgl. Dux u. a. 2008).

Durch diese und weitere Forschungsarbeiten und Debattenbeiträge wurde nicht nur das begriffliche Instrumentarium für die gesamte Breite von Bildungsprozessen verbessert, sondern auch der generell andere Blick auf Bildung geschärft, haben wir mehr Wissen über viele Facetten der Bildungsthematik sowie eine deutlich bessere Empirie zu den Potenzialen jenseits der formalen Bildung (vgl. etwa Harring/Witte/Burger 2016; Rohs 2016). Wahrnehmbar gewachsen ist damit in Gesellschaft und Öffentlichkeit die Sensibilität für die lebensweltlichen Potenziale von Bildungsprozessen sowie den Erwerb und die Verbesserung von Handlungskompetenz. Und das gilt nicht nur für den Bildungsort Kita, nicht nur für die Bildungswelt Familie, sondern auch für den Lernort der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Rauschenbach 2009; Thole 2012).

Inzwischen sehen wir viel deutlicher, dass nicht zuletzt die Kinder- und Jugendarbeit mit ihrer dezidierten Ausrichtung an den Maximen beteiligungsorientierter Bildungs- und Befähigungsprozesse einerseits sowie einer breiten Ermöglichung eines Peer-Learnings, also eines Lernens von und mit Gleichaltrigen andererseits, ein Potenzial an lebensweltlichem Lernen eröffnet, das eine ebenso notwendige wie vielversprechende Ergänzung zu den Formen der formalen Bildung darstellt. Damit wird auch dem/der Lernenden selbst als einem/einer Ko-Produzent_in einer verbesserten Handlungsfähigkeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Damit diese Spielarten des Lernens und der Bildung nicht nur als zu vernachlässigende Restgröße im Vergleich zur schulisch-formalen Bildung behandelt und verhandelt werden („alles, was Bildung, aber nicht Schule ist“), habe ich im Kontext der allgemeinen Debatte um die Vermessung von Bildung vorgeschlagen, für diese sehr viel uneindeutiger bestimmten, erfahrungsgebundenen und vielfach auch impliziten Formen des Lernens und der damit verbundenen Verbesserung der individuellen Handlungsfähigkeit den Begriff der „Alltagsbildung“ zu verwenden (vgl. Rauschenbach 2007, 2009). Diese Seite der Bildung umfasst zugleich wesentliche Bestandteile und Dimensionen, die für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und das eigene Sozialverhalten sowie dem Umgang mit dem Gemeinwesen, mit den Mitmenschen und mit der Natur sehr basal sein können, kurz: die für die eigene Lebensführungscompetenz keineswegs nur schmückendes Beiwerk darstellen.

Dabei stehen aber nach wie vor zwei Punkte ungeklärt im Raum: zum einen die Frage, inwieweit die Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf das Themenfeld der non-formalen und informellen Bildung bzw. der Alltagsbildung sowie den damit

verbundenen Leistungspotenzialen ihre eigene gesellschaftliche Bedeutung schon vollumfänglich entdeckt hat; und zum anderen die Frage, inwieweit sie dieses Potenzial gleichermaßen nachhaltig wie impulsgebend in die Bildungsdebatten und die politischen Auseinandersetzungen einbringt, um so auf den bis heute anhaltenden Stellenwert der Kinder- und Jugendarbeit für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen auch in dieser Hinsicht gezielt hinzuweisen. Diese andere Sorte an Bildungspotenzialen, die der Kinder- und Jugendarbeit zugerechnet werden können, ist jedenfalls ein wichtiges Pfund, das weniger aus strategischen Gründen, als vielmehr aufgrund seiner biografischen und gesellschaftlichen Relevanz deutlich ins Blickfeld gerückt werden sollte.

2. Vom Ehrenamt zum Freiwilligenengagement: Verantwortungspotenziale

Ein Themenbereich, bei dem die Kinder- und Jugendarbeit mit sich im Reinen ist, ist das freiwillige Engagement. Nicht, dass an diesem Thema irgendetwas neu wäre – Ehrenamtsdebatten zur Kinder- und Jugendarbeit reichen mindestens bis in die 1980er-Jahre zurück (vgl. Hamburger 1988; Müller/Rauschenbach 1988; Rauschenbach 1991a). Dennoch: Der hohe Stellenwert des Freiwilligenengagements für die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit ist inzwischen noch deutlicher geworden (vgl. Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2017; Dux u. a. 2008). Haben sich früher junge Menschen aus der Identifikation mit einer oder der Begeisterung für eine Sache, aus der Lust an der eigenen Befähigung oder aus Spaß an der aufregenderen Alternative zu der vielleicht eher öden Schule in einem Sportverein oder Jugendverband einfach so ehrenamtlich engagiert (und niemand hat öffentlich oder wissenschaftlich groß darüber nachgedacht), so sind diese Formen des freiwilligen Engagements heutzutage für alle Beteiligten weitaus reflexiver geworden (vgl. Rauschenbach 1991b; Beher/Liebig/Rauschenbach 2000).

Längst ist der individuelle und der gesellschaftliche Nutzen des ehrenamtlichen Engagements erkannt (vgl. Rauschenbach/Müller/Otto 1988), längst wird darüber debattiert, ob und wie man dieses Engagement zertifizieren sollte (vgl. Baumbast/Hofmann-van de Poll/Lüders 2014), längst werden durch die diversen Ausgaben des Freiwilligensurveys, durch die Freiwilligenberichte und andere Veröffentlichungen die wichtigen, funktionalen Seiten der Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt der Gesellschaft hervorgehoben, dokumentiert oder auch medial gepriesen. Mehr noch: Es dämmert langsam auch der Politik, welchen zentralen Stellenwert das freiwillige Engagement zum einen für den Prozess des Aufwachsens von jungen Menschen haben kann, was das für das soziale Lernen und die Persönlichkeitsentwicklung bedeutet (vgl. etwa BMFSFJ 2016). Und Politik und Gesellschaft ahnen zum anderen

auch, welche Bedeutung dem damit einhergehenden Verantwortungspotenzial in einer Gesellschaft zukommt, in der „Ichlinge“, wie Heiner Keupp sie einmal genannt hat (vgl. Keupp 2000), und eine „Ist-mir-doch-egal-Haltung“ genauso verbreitet sind wie eine offen zutage tretende Intoleranz und ein inakzeptabler Rassismus, der sich vordergründig auf Meinungsfreiheit beruft, in Wirklichkeit aber vor allem Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit ist.

Im Lichte dieser jüngeren Entwicklungen der politischen Kultur in Deutschland ist es verwunderlich, dass nach dem Wegfall der Wehrpflicht und des Zivildienstes (der für junge Männer in Sachen sozialer Verantwortungsübernahme eine wichtige Funktion hatte; vgl. Behr u. a. 2002) der Politik nichts Besseres eingefallen ist, als von Staats wegen einen Bundesfreiwilligendienst ins Leben zu rufen (um zuallererst die vorhandenen behördlichen Strukturen abzusichern), anstatt beispielsweise breit und gezielt in das bestehende freiwillige Engagement junger Menschen und in die damit zusammenhängende Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit zu investieren (was allerdings inzwischen auch geschehen ist; vgl. Autorengruppe Bildungsbericht-erstattung 2016, S. 90).

Auch bei diesem Thema sollte die Kinder- und Jugendarbeit deutlicher und entschiedener sichtbar machen, dass sie eines der wenigen kontinuierlichen und dauerhaften Formate des freiwilligen Engagements für Kinder und Jugendliche bereits während der Schulzeit anbietet und dass dies zugleich eine elementare Leistung für den Prozess der Selbstständigkeit und die Selbstpositionierung junger Menschen, aber auch den Zusammenhalt der Gesellschaft ist.

Für mich sind jedenfalls wenige vergleichbare Orte erkennbar, an denen Kinder und Jugendliche – nicht Erwachsene – sich in so pluraler Vielfalt, in so unterschiedlichen Interessengebieten und unter dem Dach einer so großen Anzahl gemeinnütziger, nicht kommerzieller Akteure aus freien Stücken einbringen und engagieren können, bei denen sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben freiwillig konkrete und reale Verantwortung für eine Aufgabe, eine Gruppe, für Dritte und jenseits von Familie und Schule übernehmen. Dieses Potenzial deutlicher sichtbar zu machen, dafür Überzeugungsarbeit in dem Sinne zu leisten, dass diese Formen der persönlichen Verantwortungsübernahme in jungen Jahren eminent wichtige und in Teilen fast alternativlose Befähigungs- und Verselbständigungspotenziale im Prozess des Aufwachsens sind, stünde der Kinder- und Jugendarbeit gut an.

3. Von der Beteiligung zur Inklusion: Integrationspotenziale

Eine der markantesten Veränderungen im Vergleich zur Situation Anfang des Jahrhunderts ist die in der Realität, aber auch in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung gestiegene Bedeutung von Zuwanderung und Migration hierzulande. Dabei geht es keineswegs um die Auswirkungen der ungewöhnlich hohen Flüchtlingszuwanderung zwischen Sommer 2015 und Frühjahr 2016 (vgl. BMFSFJ 2017). Vielmehr hat sich der Umstand, dass Deutschland immer deutlicher zu einem Einwanderungsland geworden ist, nicht mit der offiziell veränderten politischen Rhetorik der letzten Jahre entschieden, sondern ist das Resultat einer seit mehr als 50 Jahre anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung, die eine beständige arbeitsmarktbedingte Zuwanderung nach sich zog (vgl. auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016, S. 163ff.).

Im Ergebnis haben diese Prozesse der Internationalisierung der Finanz-, Waren- und Arbeitsmärkte aufgrund der damit verstärkt bewusst in Kauf genommenen, vor allem innerkontinentalen Wanderungsbewegungen seit Langem dazu geführt, dass innerhalb der heute in Deutschland lebenden jungen Generation jeder oder jede Dritte einen Migrationshintergrund aufweist, weil er oder sie selbst, seine/ihre Eltern oder Großeltern nach Deutschland zugewandert sind. In vielen westdeutschen Bundesländern liegen diese Werte bei deutlich über 40% und in manchen Großstädten bei über 50% (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016).

Wenn also jedes dritte oder gar zweite Kind hierzulande nicht deutsche Wurzeln hat, seine Eltern und Großeltern aus einem anderen Kulturkreis kommen und unter Umständen Angehörige einer anderen Religion sind, hat dies auch Folgen für die Kinder- und Jugendarbeit:

- » Erstens stellt sich die Frage, wie die Kinder- und Jugendarbeit mit den damit verbundenen wachsenden kulturellen Heterogenitäten des Jugendalters umgeht, sei es im Horizont ihrer traditionell in den Jugendorganisationen eher nach Milieus „sortierten“ Jugendgruppen (vgl. BDKJ/Misereor 2008; Calmbach u. a. 2016), sei es in Anbetracht der demografisch weiter schrumpfenden Zahl an jungen Menschen ohne Zuwanderungshintergrund oder im Lichte sich weiter artikulierender Bedarfe zur Gründung zusätzlicher Jugendmigrantenorganisationen (vgl. BMFSFJ 2017, S. 419ff.).
- » Zweitens stellt sich die Frage, was die Kinder- und Jugendarbeit dazu beitragen kann, dass junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – auch geflüchtete junge Menschen – besser und erfolgreicher in das Gemeinwesen sozial integriert

werden, nicht zuletzt auch in Anbetracht dessen, dass die Zusammensetzung unserer Gesellschaft auf Dauer spürbar bunter, diffuser und vielleicht auch konflikthafter sein wird als in einer Zeit, in der im Westen Deutschlands fast nur christlich-abendländische kulturelle Traditionen anzutreffen waren.

Mehr denn je und hartnäckiger als bisher besteht damit eine Herausforderung nach weiterer Öffnung und Pluralisierung der Jugendarbeitslandschaft für jene Kinder und Jugendlichen, die nicht den herkömmlichen Milieus der Kinder- und Jugendarbeit entstammen, die nicht von alleine und aus freien Stücken den Weg zu den Angeboten finden, die auch vielleicht nicht so „ticken“ wie jene, die sofort als Gleichgesinnte begrüßt werden können (vgl. Shell Deutschland 2015; Calmbach u. a. 2016). Es stellt sich mithin schärfer als früher die Frage nach dem angemessenen Umgang mit kultureller Vielfalt und Heterogenität – ein Thema, das in Teilen der Offenen Jugendarbeit seit Langem große Bedeutung hat, aber nicht unbedingt eine generelle Maxime der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt ist.

Was gegenwärtig vielerorts mit viel Leidenschaft und politischer Entschiedenheit mit Blick auf Menschen mit Behinderung und Handicaps diskutiert wird – die Forderung nach Inklusion (vgl. BMFSFJ 2017, S. 406ff.) –, kann infolgedessen an der Grenze zu sozialer, kultureller und religiöser Inklusion und Integration nicht Halt machen. Mehr noch: Ich fürchte, bei diesem Themenfeld wird sich in dieser Gesellschaft – auch in der Kinder- und Jugendhilfe, auch in der Kinder- und Jugendarbeit – noch manche Herausforderung eröffnen.

Jedenfalls, und das ist für die Kinder- und Jugendarbeit zentral, kann der Prozess der erfolgreichen sozialen Integration junger Menschen für das Funktionieren einer Gesellschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden (vgl. auch Habermas 1981). Diese Aufgabe gehört zu den elementaren Herausforderungen des Aufwachsens, und hierzu benötigt es auch Orte der Ermöglichung jenseits von Familie, Schule und der Welt des Konsums. Die Kinder- und Jugendarbeit hat in dieser Hinsicht für junge Menschen einiges zu bieten – und das sollte sie gegenüber Politik und Öffentlichkeit konsequent sichtbar machen.

4. Von der Jugendgruppe zu Gleichaltrigenkulturen: Gemeinschaftspotenziale

Bereits 2010 haben wir in einer Expertise zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg formuliert: „Das Leben in modernen Gesellschaften erfordert neben Kompetenzen der individuellen Lebensführung und Bewältigung auch solche des sozialen Zusammenlebens und der Gemeinschaftsfähigkeit (...). Jugendverbände

waren seit ihrer Entstehung aus der bürgerlichen Jugendbewegung stets Orte der Gesellung und Gemeinschaft Jugendlicher, die sich durch ähnliche Interessen, Einstellungen und Werte untereinander verbunden fühlen. Sie verdanken ihre Anziehungskraft dem Wunsch Heranwachsender nach Beziehungen und Austausch mit anderen, nach Freunden und dem Zusammensein mit Gleichaltrigen. Wie aktuelle Studien wiederholt gezeigt haben, kommt diesen Dimensionen für junge Menschen eine wichtige Bedeutung zu. Die verbandliche Gruppenarbeit kommt diesem Bedürfnis entgegen, aber auch in der offenen Arbeit spielen Gleichaltrigengruppen eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen Kontakte und Freundschaften, Rückhalt und soziale Zugehörigkeit“ (Rauschenbach u. a. 2010, S. 257).

Was hier umschrieben wird, kennzeichnet ein viertes elementares Feld an Potenzialen der Kinder- und Jugendarbeit. Was Familien aus Mangel an altersähnlichen Geschwistern oder anderen altersgleichen Verwandten immer weniger zu leisten instande sind, was Schule aufgrund der nicht selbst gewählten Zusammensetzung und der vorgegebenen Themen im Klassenverbund nicht unbedingt garantieren kann, ist insbesondere in den organisierten Formen der Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiges Element der gemeinschaftsbezogenen Selbstfindung und Selbstpositionierung junger Menschen auf dem Weg des Erwachsenwerdens. In Zeiten der sich eher noch verstärkenden Individualisierung kommen selbst gewählten Gemeinschaften und (informellen) Gleichaltrigenkulturen schon im Jugendalter eine ebenso attraktive wie kontrastive Rolle im Vergleich zu den standardisierten Beziehungsmustern gegenüber Erwachsenen – Eltern und Lehrkräften – zu.

Nicht ohne Grund wurde in der Kinder- und Jugendarbeit immer wieder das Thema der „Anerkennung“ als wichtiges Element von Beziehungsarbeit in den Vordergrund gerückt (vgl. Hafenecker/Henkenborg/Scherr 2013). Und dieser „Kampf um Anerkennung“, wie das der Habermas-Schüler Axel Honneth genannt hat (vgl. Honneth 1992), sollte auch in der heutigen Zeit als Triebfeder von Kommunikation und Austausch zwischen Jugendlichen nicht unterschätzt werden. Vor allem die Erfahrung von Gemeinschaft und frei gewählter Zugehörigkeit ist etwas, was für Heranwachsende in einem selbst mitgestalteten Netzwerk an Gleichaltrigen neben Schule und Familie eine wichtige Quelle der Verselbstständigung und Selbstpositionierung ist (vgl. BMFSJ 2017).

Mein Eindruck ist, dass insbesondere diese vier Dimensionen des Aufwachsens und die mit ihr verbundenen Potenziale unter den heutigen Herausforderungen einer individuellen Selbstoptimierung und Selbstgestaltung auf der einen sowie einer gesellschaftlichen Internationalisierung und Globalisierung auf der anderen Seite vielfach unterschätzt werden. Man muss nicht nur dorthin schauen, wo Jugendliche aus Mangel an für sie erreichbaren Alternativen der Zugehörigkeit sich

radikalisieren, sich rechten oder rechtspopulistischen Gruppierungen anschließen, wo junge Menschen empfänglich werden für fremdenfeindliche Parolen, da ihnen derartige Gruppierungen und Bewegungen zumindest ein attraktives Gefühl von Zugehörigkeit bieten (vgl. Milbradt u. a. 2017).

Um es etwas zugespitzt auszudrücken: Demokratiebildung, also der Erwerb der Fähigkeit, mit den Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratie umzugehen, funktioniert in einer hoch individualisierten Gesellschaft ohne auf Dauer gestellte soziale Zugehörigkeiten und ohne stabilisierende Netzwerke bei jungen Menschen nicht ohne Weiteres, ist zumindest hochgradig fragil. Oder, wie es der Soziologe Wolfgang Streeck einmal formulierte: „Der Weg vom Individuum zur Gesellschaft ist weit; damit er begehbar wird, muss er in Etappen aufgeteilt werden“ (Streeck 1987, S. 471). Mit anderen Worten: Zur Bewältigung dieses Weges benötigt es intermediärer Instanzen, dafür bedarf es zusätzlicher vermittelnder Akteure und Zwischenstationen (vgl. auch Beck/Beck-Gernsheim 1994; Dahrendorf 1994). Die Formate der Kinder- und Jugendarbeit und die darin eingelagerten zivilgesellschaftlichen Zugehörigkeiten und Bindungen sind für das Kindes- und Jugendalter eine dementsprechende elementare intermediäre Instanz.

Soweit der Blick auf die vier Potenziale, die, so die Annahme, einige zentrale Leistungsparameter der Kinder- und Jugendarbeit umschreiben. Das sind die guten Nachrichten für die Kinder- und Jugendarbeit. Die weniger gute Nachricht ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass es sich dabei zunächst einmal „nur“ um Potenziale und Möglichkeiten, nicht aber um in jedem Fall tatsächlich erreichte Leistungen handelt.

Es bedarf für die Kinder- und Jugendarbeit mithin weiterer Überlegungen und Anstrengungen, sich auf derartige Maximen zu verständigen und sie auch als Eckwerte und Leistungsdimensionen im öffentlichen und politischen Raum zu kommunizieren, an denen sie sich dann auch messen lassen muss. Dass dies eine keineswegs triviale Herausforderung ist, macht ein kurzer Blick auf die zahlenmäßige Entwicklung des beruflich tätigen Personals in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich.

5. Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit: die Personalmisere

Auch wenn es in der Kinder- und Jugendarbeit im Grundsatz zwei unterschiedliche Personengruppen gibt, die es zu beobachten gilt – ausgebildetes berufstätiges Personal einerseits und ehrenamtlich, freiwillig Engagierte andererseits –, so stehen bis heute belastbare Daten nur für die Gruppe der bezahlten Fachkräfte zur Verfügung,

wodurch die personelle Gesamtlage der Kinder- und Jugendarbeit immer etwas einseitig dargestellt wird. Das lässt sich auch hier nicht wirklich vermeiden.

Um es zugespitzt zu formulieren: Die personelle Lage der Kinder- und Jugendarbeit hat sich in den letzten Jahren gewaltig eingetrübt, wenn man einen flüchtigen Blick auf die jüngsten Ergebnisse der amtlichen Erhebung zum Personalbestand in der Kinder- und Jugendarbeit wirft. Demnach lautet der pauschale Befund: Für Ende 2014 weist die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik etwas mehr als 29.000 Berufstätige in der Kinder- und Jugendarbeit aus, während es vier Jahre zuvor noch fast 36.000 waren (vgl. auch BMFSFJ 2017, S. 372ff.). Dies entspricht einem Rückgang um fast 20% bzw. um fast jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich dieser Abbau durchgängig in allen Bundesländern bis auf Baden-Württemberg zeigt (was dort möglicherweise ein Effekt des „Zukunftsplans Jugend – ZPJ“ sein kann, den die Landesregierung auf den Weg gebracht hat (vgl. Pothmann 2016; für Baden-Württemberg vgl. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg 2013)).

Wenn man in der Zeitreihe der amtlichen Daten noch etwas weiter zurückblickt, dann fällt auf, dass 1998 im gleichen Arbeitsfeld noch rund 45.000 Personen tätig waren. Das bedeutet: Verglichen mit Ende der 1990er-Jahre waren zum Jahreswechsel 2014/15 über ein Drittel Personen weniger in der Kinder- und Jugendarbeit beruflich tätig. Dabei werden alle Personen einbezogen, egal, ob sie einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Da aber in den letzten 20 Jahren ein starker Anstieg an Teilzeittätigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verzeichnen war, stellt sich die Frage, wie sich das Stellenvolumen in der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt hat, wenn man alle Beschäftigungsverhältnisse auf Vollzeitstellen umrechnet. Sofern man also nicht nur die Zahl der Köpfe addiert, sondern diese auf Vollzeitäquivalente umrechnet und die sich daraus ergebende Summe als Bezugsgröße für die Personalentwicklung heranzieht, dann wird das volle Ausmaß des Rückgangs erkennbar: Rechnet man sämtliche Beschäftigungsverhältnisse in der Kinder- und Jugendarbeit, ohne das Freiwilligenengagement, auf Vollzeitstellen um, dann zeigt sich, dass zwischen 1998 und 2014 nahezu die Hälfte der Zahl aller Vollzeitstellen weggefallen ist (vgl. Pothmann 2016, S. 12).

Das ist ein ungewöhnlich starker Einbruch, der in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe ohne Vergleich ist, sieht man einmal von dem außergewöhnlichen Abbau von Erzieherinnenstellen in ostdeutschen Kitas nach der Wiedervereinigung ab, der vor allem demografisch bedingt war, da die Geburtenzahl damals dramatisch einbrach. Ähnliche Rahmenbedingungen sind im Fall der Kinder- und Jugendarbeit

nicht erkennbar. Infolgedessen ist die Entwicklung doppelt irritierend im Lichte des Befunds, dass in nahezu allen anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe die Zahl der Beschäftigten nicht nur nicht gesunken ist, sondern sich zuletzt mehr oder minder stark erhöht hat (vgl. Rauschenbach/Schilling 2016).

Unter dem Strich bedeutet das: Die Kinder- und Jugendarbeit ist trotz, oder vielleicht richtiger: wegen des Personalanstiegs in anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe – vor allem in den Kitas, den stationären Hilfen zur Erziehung und den Jugendämtern – in personeller Hinsicht der eindeutige Verlierer. Zumindest wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der Kindergartenrechtsanspruch und der individuelle Anspruch auf erzieherische Hilfen eine höhere Rechtsverbindlichkeit nach sich zieht als die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

Nun kann man diesen Befund des drastischen Rückgangs der zahlenmäßig in der amtlichen Statistik erfassten Fachkräfte dramatisieren und skandalisieren, was für sich genommen völlig in Ordnung ist. Man kann aber auch fragen, was darin zum Ausdruck kommt. Denn: Das Ausmaß dieses Rückgangs ist für sich genommen zu stark, als dass es sich ohne eine entsprechende Wahrnehmung in der lokalen Kinder- und Jugendarbeit vollziehen könnte. Und Rückmeldungen aus der Praxis bestätigen einen Abbau in diesem Ausmaß nicht unbedingt (vgl. auch BMFSFJ 2017). Wie dem auch sei: Selbst wenn der statistische Rückgang zum Teil auf die auch in der Vergangenheit nicht unbekannten Schwierigkeiten einer präzisen und vollständigen Erfassung und Abgrenzung des Arbeitsfeldes Kinder- und Jugendarbeit zurückzuführen wäre, so kann das dennoch nicht die alleinige Erklärung für die sich abzeichnende Personalmisere sein.

Stattdessen spricht einiges dafür, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit in einer Phase des Umbaus befindet, in der angestammte Bereiche erodieren und das Profil des vollzeittätigen Profis in der Kinder- und Jugendarbeit sich auflöst, während zugleich neue Stellenprofile, Aufgabenbereiche und Personalkonstellationen hinzukommen. Mit anderen Worten: Es handelt sich bei diesen Ergebnissen möglicherweise weniger um einen direkten Stellenabbau – im Sinne einer ersatzlosen Streichung von Stellen –, als vielmehr um einen Prozess der Stellentransformation und der Aufgabenverlagerung.

Das bedeutet zum einen, dass Aufgaben heute anstelle von hauptberuflichen und vollzeittätigen Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit vermehrt von Teilzeitkräften und freien Mitarbeitenden ausgeführt werden – ein Effekt, der etwa stark in der Gastronomie oder im Einzelhandel zu beobachten ist. Und zum anderen deutet sich neben dem Abbau vor allem bei den Jugendzentren und Häusern der offenen Tür im Gegenzug ein Zuwachs im Arbeitsbereich der Schulsozialarbeit an, also an der

Schnittstelle zur Schule, die in den letzten Jahren im Zuge der erweiterten Bildungsdebatte und dem Ausbau der Ganztagschule zu einem unübersehbaren Megathema der Kinder- und Jugendarbeit geworden ist.

Beide Verschiebungen und Akzentverlagerungen können ein Hinweis darauf sein, dass sich die personelle Lage der Kinder- und Jugendarbeit wandelt. Sofern sich diese Überlegungen erhärten lassen, hieße das, dass es sich in punkto Personalmisere in der Kinder- und Jugendarbeit nicht um einen Abbau im herkömmlichen Sinne und auch nicht in vollem Umfang handelt, sondern um einen schleichenden Umbau. Dahinter verbirgt sich eine mehr oder minder anhaltende Transformation der Kinder- und Jugendarbeit, die es zu klären und erfassen gilt.

6. Zukunftsgestaltung: Kinder- und Jugendarbeit im 21. Jahrhundert

Die aktuellen Daten zur Personalentwicklung können als Hinweis gelesen werden, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit seit diesem Jahrhundert in einem Prozess der schleichenden Veränderung befindet, von der insbesondere die beruflich organisierte Kinder- und Jugendarbeit in den Kernbereichen betroffen ist. Die Frage, die hinter diesem Trend – wenn er sich denn als stabil erweist – zum Ausdruck kommt, lautet: Welche Kinder- und Jugendarbeit braucht die Gesellschaft, welche will die Politik? Wird in einer Zeit, in der es eine unüberschaubare Vielfalt an kommerziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche gibt (einschließlich der Digitalisierung des Alltagslebens), in der Ganztags-Kitas und Ganztagschulen vermehrt die Tagesgestaltung jenseits von Familie und Unterricht übernehmen und in der ein Großteil der Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien von klein auf Urlaub macht (sodass auch in dieser Hinsicht die Attraktivität von Jugendorganisationen sinkt), wird also in Anbetracht dieser veränderten Rahmenbedingungen die Kinder- und Jugendarbeit noch als ein wesentlicher Bestandteil des Aufwachsens betrachtet und benötigt?

Meine Antwort, die ich eingangs bereits mit Blick auf die Potenziale gegeben habe, lautet eindeutig: Ja. Die Frage ist nur, ob die Öffentlichkeit, die Politik, die Gesellschaft, die Eltern und die Heranwachsenden das auch so sehen. Nur wenn es gelingt, die genannten Potenziale als unverzichtbare Bestandteile des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen auch im 21. Jahrhundert erkennbar zu machen, nur wenn es gelingt, derartige Zieldimensionen auch als Spezifikum der Kinder- und Jugendarbeit im SGB VIII unterzubringen – und davon ist bislang wenig zu sehen –, nur wenn es gelingt, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit auch selbst in diesem Sinne als ein verbindlicher Anbieter versteht und diese Potenziale gezielt zu Grundpfeilern ihrer Arbeit macht, hat sie eine gute Chance, die drohende weitere Entwertung ihrer

Arbeit und ihrer Angebote aufzuhalten. Vielleicht trägt der Kongress zur Kinder- und Jugendarbeit im Jahre 2016 in diesem Sinne zu einer neuen Energie und Dynamik bei, die es zu entfalten gilt, für die es künftig fachlich und politisch zu streiten gilt. Der Kinder- und Jugendarbeit wäre es zu wünschen.

Literatur

- Artelt, C./Baumert, J./Klieme, E./Neubrand, M./Prenzel, M./Schiefele, U./Schneider, W./Schümer, G./Stanat, P./Tillmann, K.-J./Weiß, M. (Hrsg.): Pisa 2000. Zusammenfassung zentraler Befunde. Schülerleistungen im internationalen Vergleich, Berlin 2001.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2016.
- Baumbast, S./Hofmann-van de Poll, F./Lüders, C.: Non-formale und informelle Lernprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Nachweise, München 2014.
- Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M. 1994.
- Beher, K./Liebig, R./Rauschenbach, T. (Hrsg.): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess, Weinheim 2000.
- Beher, K./Cloos, P./Galuske, M./Liebig, R./Rauschenbach, T.: Zivildienst und Arbeitsmarkt. Sekundäranalysen und Fallstudien zu den arbeitsmarktpolitischen Effekten des Zivildienstes, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Schriftenreihe des BMFSFJ. Band 222, Stuttgart 2002.
- BDKJ/Misereor (Hrsg.): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieustudie U27, Düsseldorf 2008.
- (BJK/KJB/AGJ) Bundesjugendkuratorium/Sachverständigenkommission für den elften Kinder- und Jugendbericht/Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe: Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte, Bonn 2002.
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2005.
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2016.
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2017.
- Bundesjugendkuratorium (BJK): Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe, Bonn und Berlin 2001.
- Calmbach, M./Borgstedt, S./Borchard, I./Thomas, P. M./Flaig, B. B.: Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Wiesbaden 2016.

- Dahrendorf, R.: Das Zerschneiden der Ligaturen und die Utopie der Weltbürgergesellschaft, in: U. Beck, E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Riskante Freiheiten*, Frankfurt a. M. 1994, S. 421-436.
- Düx, W./Prein, G./Sass, E./Tully, C. J.: *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter*, Wiesbaden 2008.
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1 und 2, Frankfurt a. M. 1981.
- Hafeneger, B./Henkenborg, P./Scherr, A. (Hrsg.): *Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen, Konzepte, Praxisfelder*, Schwalbach 2013.
- Hamburger, F.: Ehrenamtliche Tätigkeit in Jugendverbänden und Jugendzentren, in: *Deutsche Jugend*, 1988, Heft 3, S. 126-132.
- Haring, M./Witte, M./Burger, T. (Hrsg.): *Handbuch informelles Lernen. Interdisziplinäre und internationale Perspektiven*, Weinheim und Basel 2016.
- Honneth, A.: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a. M. 1992.
- Keupp, H.: *Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden*, München 2000.
- Milbradt, B./Biskamp, F./Albrecht, Y./Kiepe, L. (Hrsg.): *Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*, Berlin 2017.
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg: *Zukunftsplan Jugend*, 2013 (www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Zukunftsplan_Jugend.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.): *Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif*, Weinheim und München 1988.
- Otto, H.-U./Rauschenbach, T. (Hrsg.): *Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen*, Wiesbaden 2004.
- Pothmann, J.: Abbau oder Umbau? Ein Rückgang in der Kinder- und Jugendarbeit mit vielen Fragezeichen, in: *Kom^{Dat} Jugendhilfe*, 2016, Heft 2, S. 12-16.
- Rauschenbach, T.: Das Ehrenamt im Jugendverband. Historisches Relikt oder unverzichtbarer Bestandteil?, in: L. Böhnisch, H. Gängler, T. Rauschenbach (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen*, Weinheim und München 1991a, S. 282-294.
- Rauschenbach, T.: Gibt es ein „neues Ehrenamt“? Zum Stellenwert des Ehrenamtes in einem modernen System sozialer Dienste, in: *Sozialpädagogik*, 1991b, Heft 1, S. 2-10.
- Rauschenbach, T.: Im Schatten der formalen Bildung – Alltagsbildung als Schlüsselfrage der Zukunft, in: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 2007, Heft 4, S. 439-453.
- Rauschenbach, T.: *Zukunftschance Bildung. Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz*, Weinheim und München 2009.

- Rauschenbach, T./Schilling, M.: Neuer Personalthöchststand in der Kinder- und Jugendhilfe, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2016, Heft 2, S. 1-5.
- Rauschenbach, T./Müller, S./Otto, U.: Vom öffentlichen und privaten Nutzen des sozialen Ehrenamtes, in: S. Müller, T. Rauschenbach (Hrsg.), Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim und München 1988, S. 223-242.
- Rauschenbach, T./Borrmann, S./Düx, W./Liebig, R./Pothmann, J./Züchner, I.: Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise, Dortmund u. a. 2010.
- Rohs, M. (Hrsg.): Handbuch informelles Lernen, Wiesbaden 2016.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt a. M. 2015.
- Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017.
- Streeck, W.: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1987, Heft 3, S. 471-495.
- Sturzenhecker, B.: Bildung. Wiederentdeckung einer Grundkategorie der Kinder- und Jugendarbeit, in: T. Rauschenbach, W. Düx, I. Züchner (Hrsg.), Jugendarbeit im Aufbruch. Selbstvergewisserungen, Impulse, Perspektiven, Münster 2003, S. 19-59.
- Sturzenhecker, B./Lindner, W. (Hrsg.): Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit: vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis, Weinheim 2004.
- Thole, W.: Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein Bildungsprojekt. Ein nochmaliges Plädoyer anlässlich der Etablierung ganztägiger Bildungslandschaften, in: Deutsche Jugend, 2012, Heft 1, S. 11-16.

Klaus Schäfer/Lisi Maier

Ein Kongress mit Aussicht. Zusammenfassende Beobachtungen, Einschätzungen, Hervorhebungen

1. Vorbemerkungen

Die Kinder- und Jugendarbeit ist als eigenständiges Handlungsfeld geprägt durch eine große Vielfalt an Trägern, Projekten und Angebotsformen. Von der klassischen Gruppenstunde eines Jugendverbandes, Ferienfreizeiten, Seminare der (politischen) Jugendbildung, dem Jugendheim eines Jugendverbandes, über Jugendzentren bis hin zu Einrichtungen oder Initiativen der mobilen Jugendarbeit ist sie ein Handlungsfeld von besonderer Prägung im Kontext von Freizeit und Bildung. So breit und vielfältig sie auch angelegt ist, so hat sie immer wieder mit Unstimmigkeiten in der Anerkennung ihrer Leistungen und der Finanzierung ihrer Grundstrukturen zu kämpfen.

Auch fehlt es an einer bundesweiten kontinuierlichen Fachdiskussion. Diese ist nur in einem Teil der Formen der Jugendarbeit ausgeprägt, z. B. bei Jugendreisen, der (politischen) Jugendbildung, der kulturellen Jugendbildung, der Jugendverbandsarbeit und nicht zuletzt der Jugendsozialarbeit. Anders als bei anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, liegen hier offenbar viele Diskurse im lokalen Bereich. Zwar gibt es in jüngster Zeit immer wieder in einzelnen Bundesländern neue Debatten über die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit angesichts des gesellschaftlichen Wandels (z. B. in Baden-Württemberg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen), doch bundesweit fällt der Diskurs darüber eher schmal aus. Das mag, wie Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, der (Mit-)Initiator dieses bundesweiten Fachkongresses, formulierte, auch daran liegen, dass es der Kinder- und Jugendarbeit bisher nicht gelungen ist, ihren Stellenwert im Prozess des Aufwachsens überzeugend in einen bundesweiten Zusammenhang zu stellen. Auf diesem Kongress wurde richtig herausgestellt, dass der große Teil der Kinder- und Jugendarbeit primär kommunal, oder in Teilen auch von Landesseite, gefördert wird und hier auch die vorrangige Verantwortung liegt. Doch der Kongress machte deutlich, dass es, will man gesellschaftliche und jugendpolitische Weichen stellen, eines bundesweiten Diskurses bedarf.

Allein schon die Tatsache, dass 14 Jahre vergehen mussten, bis ein solcher Diskurs in Form eines zweiten Kongresses möglich war, kennzeichnet die Situation, die strukturelle Verfasstheit, aber auch die Stellung der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Möglichkeiten ihrer Akteure. In anderen Handlungsfeldern der sozialen Arbeit bzw. der Kinder- und Jugendhilfe lässt man sich nicht auf so lange Zeiträume ein. Es findet eine Vielzahl bundesweiter Veranstaltungen zu zentralen Fragen und Herausforderungen statt, ist es doch immer wichtiger, sich zu vergewissern, wo man selbst steht, welche Fragen im Raum stehen, wie sich das Feld bewegt und was man von anderen lernen kann.

Über 1.300 Teilnehmer_innen, in erster Linie Fachkräfte aus den Feldern der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, aber auch aus der Jugendsozialarbeit, der Jugendarbeit im Sport, der kulturellen Bildung, der Wissenschaft und der Fachadministrationen aus allen Bundesländern und vielen Kommunen wirkten mit. Den Kongress hatte der Forschungsverbund DJI/TU Dortmund mit Sitz in Dortmund ausgerichtet, vorbereitet wurde er von Funktionsträger_innen aus Praxis und Wissenschaft. Die hohe Zahl der Teilnehmenden und der rund 130 Veranstaltungen dokumentieren, was die Kinder- und Jugendarbeit leistet, welchen Stellenwert sie im Alltag von Kindern und Jugendlichen einnimmt und auch, dass im Feld der Kinder- und Jugendarbeit ein Bedarf – wie auch der Wunsch – nach einem bundesweiten Vernetzungs- und Austauschangebot existiert.

Es ging bei dem Kongress vor allem um zwei Ziele: Um das Sichtbarmachen der Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit und um ihre Zukunftsaufgaben in einer sich permanent verändernden Welt mit zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Spannungen. Wissenschaft, Praxis und politische Administration vergewisserten sich über zentrale Fragen des Jugendarbeitsalltags, den Erfolgen, Mühen und Problemen in der Beachtung ihrer Arbeit und auch der Notwendigkeit, zeitnah über neue Herausforderungen nachzudenken und weitergehende Konzepte zu entwickeln.

Die Teilnehmer_innen wollten den Kongress nutzen, um Neues zu hören, Hinweise für ihre praktische Arbeit zu erhalten, den Stellenwert der Kinder- und Jugendarbeit deutlich zu machen und nicht zuletzt sich auch mit eigenen Herausforderungen auseinanderzusetzen sowie den Diskurs darüber auch untereinander zu führen. Bereits die ersten Beiträge zeigten, dass es nicht nur darum ging, in Selbstzufriedenheit zu verharren und den Finger auf die Wunde der immer wieder beklagten mangelnden finanziellen und personellen Ausstattung zu legen, diese aber auch nicht beiseite zu schieben.

Bemerkenswert und damit auch erwähnenswert waren die einführenden Beiträge von Politiker_innen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, und der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Ulrich Sierau, sprachen das aus, was notwendig war: die Politiker_innen auf allen parlamentarischen Ebenen stehen zur Kinder- und Jugendarbeit und sehen sie als einen unverzichtbaren Teil für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Besonders kritisch sehen sie Versuche, die Jugendarbeit auf eine rein präventive Funktion zu reduzieren oder – wie oftmals auch im Verhältnis zur Schule beklagt – als einen reinen Dienstleister für andere Institutionen. Mit Hinweisen auf die Leistungen der Träger der Kinder- und Jugendarbeit und der Vielfältigkeit ihrer Angebote zogen sie die Bilanz, dass sie ein ganz wesentlicher Ort

der Demokratiebildung sowie der Partizipation für junge Menschen ist und somit aus sich selbst heraus wertvoll.

Trotz solcher positiven Einschätzungen wurde deutlich, dass die Praxis oft nicht rosig aussieht. Im Verlauf des Kongresses wurde immer wieder sichtbar, dass die Potenziale der Jugendarbeit gerade auch in bildungspolitischer Hinsicht einer größeren Anerkennung und Förderung bedürfen. Das, was immer wieder als „die andere Seite der Bildung“ (Otto/Rauschenbach 2004) bezeichnet wird, macht die besondere Substanz der Kinder- und Jugendarbeit aus, was sie als einen Ort, der „an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden“ soll (§ 11 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII), auch besonders auszeichnet. Doch das scheint weder in anderen Institutionen des Aufwachsens junger Menschen noch in Teilen der Politik so anerkannt zu werden.

Allerdings zeichnen sich in den letzten Jahren z. T. grundlegend neue Herausforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit ab, die jedenfalls – so Rauschenbach – „kein weiter so“ zulassen, sondern ein reflexives Besinnen auf das, was zur Förderung eines gelingenden Aufwachsens junger Menschen erforderlich ist, notwendig machen.

Daraus ergeben sich kontinuierlich neue Herausforderungen für die Träger, denn das Ringen um ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen wird auch in naher Zukunft wichtig und relevant bleiben und zugleich von der Konkurrenz anderer Angebote – auch kommerzieller – in einer nahezu unüberschaubaren Optionsvielfalt – bestimmt sein. Gerade dies aber erfordert eine strukturelle und finanzielle Stabilität. Mit einem Gesamtvolumen von bundesweit rund 2 Milliarden Euro bleibt die finanzielle Basis insgesamt durchaus beachtlich. Dennoch wurde – richtigerweise – auf die großen regionalen Disparitäten aufmerksam gemacht, sowohl zwischen den Kommunen als auch zwischen den Bundesländern. Auch wenn es eine Schwäche der Politik ist, der Kinder- und Jugendarbeit nicht die erforderliche Stabilität und Verlässlichkeit zu ermöglichen und stattdessen eher über Einsparpotenziale nachzudenken, so verwies Thomas Rauschenbach dennoch darauf, dass zwar einerseits parallel zu allgemeinen Kostensteigerungen die Ausgaben in den letzten Jahren angestiegen sind und sich zwischen 2010 und 2014 um rund 9% erhöht haben, andererseits sei aber – im Verhältnis zu der Förderung der Kindertageseinrichtungen und den Hilfen zur Erziehung – ihr Anteil an den Gesamtausgaben der Jugendhilfe weiter gesunken.

Es ist dem Kongress in der weiterführenden Debatte dieses Aspektes durchaus gelungen, nachvollziehbar darzustellen, dass – schon allein wegen der kontinuierlich steigenden Lebenshaltungskosten und Tarifierhöhungen – ein ebenso kontinuierlicher Anstieg der Förderung plausibel ist. Denn – das zeigten die Statistiker_innen in ihrer

Veranstaltung – die bisherige Fördersumme gleicht diese Erhöhungen jedenfalls nicht aus, was zwangsläufig zu einem Substanzverlust geführt hat.

2. Für eine neue jugendpolitische Sensibilität – Politik und Fachkräfte sind stärker gefordert

Es war auffallend, dass die Atmosphäre des Kongresses konstruktiv und von großer fachlicher Intensität geprägt war. Deutlich wurde, hier könnte eine neue Aufbruchstimmung für die Kinder- und Jugendarbeit entstehen. Die Diskussionen zeigten sowohl in den themenbezogenen Veranstaltungen als auch im informellen Rahmen, dass es darum gehen muss, die Kinder- und Jugendarbeit neu zu positionieren. Es geht nicht um neu entdecken oder gar grundlegend neu ausrichten, sondern um das Besinnen auf die eigenen Stärken, die Widersprüche und auch die Schwierigkeiten. Deutlich wurde, dass sich neue Herausforderungen ergeben haben und sich die Ausgangssituation verändert hat:

Ganztagschule, demografischer Wandel, Optionsvielfalt, kleiner werdende räumliche und zeitliche Freiräume und steigende Zertifizierungserwartungen verändern die Orte der Jugendarbeit. Schließlich ist es insbesondere die Veränderung der Schule, verbunden mit der Forderung nach einem engeren Zusammenwirken in den Ganztagschulen, die bei der Kinder- und Jugendarbeit mit einem erhöhten Anforderungsdruck ankommt. Zudem scheint z. B. die oft vorgenommene Trennung von Kinder- und Jugendarbeit in eine offene und eine jugendverbandliche Kinder- und Jugendarbeit ebenso wenig Sinn zu ergeben wie auch zur Jugendsozialarbeit die Abgrenzungen immer mehr schwinden. Schließlich stellen die technologischen Veränderungen und der Bedeutungszuwachs der Medien im Leben von Kindern und Jugendlichen neue Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe und somit auch an die Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit.

Diese Entwicklungen fordern einerseits ein fortentwickeltes fachliches Profil, erschweren aber andererseits diesen Prozess durch strukturelle Einbrüche, wie sie in der Forderung nach Wirksamkeits- und Qualitätsorientierungen, durch eine kontrollierende Förderpolitik, der zunehmenden Verschiebung zu jüngeren Altersgruppen und auch in schwierigen sozialen Ausgangslagen von Kindern und Jugendlichen, die soziale Ausgrenzung erfahren, zu sehen sind. Aufmerksam formulierten zahlreiche Veranstaltungen Forderungen nach einer neuen Kreativität der Kinder- und Jugendarbeit.

Aber gerade vor dem Hintergrund, dass seitens der Politik vorrangig die Felder der frühkindlichen Bildung und die Hilfen zur Erziehung präferiert werden, ist es – so

der einheitliche Tenor – erforderlich, diese Aufbruchstimmung zu nutzen, um eine Gleichwertigkeit der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen und somit die Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit, die wenig öffentliche Beachtung erfahren und auch in den bildungspolitischen Debatten kaum eine Rolle spielen, stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. Dabei wird ein wesentlicher Teil der Kompetenzen für den solidarischen Zusammenhalt einer Gesellschaft und der sozialen Verselbstständigung junger Menschen durch die verbandliche, offene und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit vermittelt. Wie in keinem anderen gesellschaftlichen Kontext übernehmen junge Menschen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit Verantwortung, sie ist ein ganz wesentlicher Ort der Demokratiebildung und Partizipation. Obwohl oft kritisch kommentiert wird, dass nur ein Teil der Kinder und Jugendlichen durch die Angebote und Einrichtungen erreicht wird, und zudem ältere Jugendliche immer weniger erreicht würden, bleibt die Altersspanne der erreichten jungen Menschen weiterhin breit, geht über das 18. Lebensjahr hinaus und schließt auch Jugendliche mit Migrationshintergrund ein.

Offenkundig lag in zahlreichen Arbeitsgruppen ein wesentlicher (gesellschaftspolitischer) Blick auf die Herausforderungen, die sich durch die sozialen Brüche in der Gesellschaft ergeben haben. Jungen Menschen gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine der größten Herausforderungen aktuell und in naher Zukunft. Armut, soziale Ausgrenzung, bildungspolitische Benachteiligung und individuelle Bewältigungsanforderungen erfordern eine höhere Aufmerksamkeit sowie gezielte Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung.

3. Kinder- und Jugendarbeit – ein Feld in der gesellschaftspolitischen und fachlichen Reflexion

Der Kongress machte diese Besonderheit deutlich: Die großen Themen, wie z. B. Bildungsleistungen der Jugendarbeit, Bildungslandschaften, Politische Bildung, Partizipation, Sozialraumorientierung, Seismografenfunktion, Interessenwahrnehmung und Rahmenbedingungen, fanden ebenso wie auch aktuelle Fragen ihren Niederschlag, z. B. der Umgang mit jungen Geflüchteten bzw. die Einbeziehung junger Geflüchteter in die Angebote, Inklusion als Herausforderung, Umgang mit Diversität u. a. m.

Als zentrale aktuelle Aufgaben formulierte der Kongress vor allem folgende Punkte:

- » Der Inklusionsanspruch und die Kinder- und Jugendarbeit
- » Die Ganztagschule: Risiken und Chancen für die Kinder- und Jugendarbeit

- » Kinder- und Jugendarbeit als Lernort zwischen informellen Lernprozessen und Zertifikationserwartungen
- » Politische Interessenvertretung von Jugendlichen
- » Freiräume von Jugendlichen
- » Politische Bildung als alte Herausforderung in neuen Kontexten

Ein zusätzlicher Blick auf die Themen zeigt die Vielfalt der Interessen und Bedarfe. Eine kleine Auswahl der Themenvielfalt (beispielsweise kulturelle Jugendbildung, digitaler Wandel, lokale Bildungsnetzwerke bzw. Bildungslandschaften, Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule, Arbeit mit Fan-Gruppen, Auseinandersetzung mit gruppenbezogenen menschenfeindlichen Handlungen, Jugendarbeit und Religion, Stadtentwicklungsprozesse und die Rolle der Jugendarbeit, strukturelle Fragen der Interessenvertretung, der Jugend-Check, das neue Profil einer eigenständigen Jugendpolitik) macht die Breite der fachlichen Felder des Kongresses aus. Natürlich gehörten „Standardfelder“, wie z. B. der Sport, die Jugendverbandsarbeit, die Rolle der Jugendzentren, die Kinder- und Jugendarbeit, in der Ausbildung von Fachkräften ebenso zur Themensetzung. Zu kurz kamen hingegen die Internationale Jugendarbeit und die europapolitische Dimension, obwohl gerade in der Auseinandersetzung mit der europäischen Dimension der Jugendarbeit auch ihre Rolle im Kontext einer wachsenden europakritischen öffentlichen Diskussion eine interessante (und vielleicht auch notwendige) Auseinandersetzung hätte werden können.

Würde man den Versuch einer zusammenfassenden fachlichen Würdigung wagen, wäre man – in einem solchen Übersichtsbeitrag – hoffnungslos überfordert. Dennoch sollten aus Sicht der Autor_innen einige zentrale themenzentrierte Botschaften hervorgehoben werden. Themen, die auch auffällig sind und besonders betont werden sollten:

Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Ort der demokratischen Bildung sowie der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und unverzichtbar mit einem gelingenden Aufwachsen für alle jungen Menschen verbunden. Angesichts ihrer – auch bildungspolitischen Bedeutung – bedürfen ihre Leistungen einer stärkeren öffentlichen und politischen Beachtung.

Die Vielfältigkeit der Angebote macht deutlich, dass es gerade der Kinder- und Jugendarbeit gelingt, die sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in ihrer Angebotsstruktur zu berücksichtigen. Dadurch fällt es jedoch schwer, sie als ganzheitliches Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe

wahrzunehmen. Sie erscheint unstrukturiert und unüberschaubar, was sich einerseits in der Fachlichkeit als ihre Stärke, in der Durchsetzung gemeinsamer Belange vor allem gegenüber den politischen Ebenen aber als ihre Schwäche erweist.

Obgleich die Kinder- und Jugendarbeit eher noch als eine additive Zusammensetzung verschiedener Säulen bzw. Handlungsfelder erscheint, ist es in den letzten Jahren zu einer eindeutigen Auflösung der „Grenzen“ gekommen. Eine klare und eindeutige Unterscheidung zwischen offener und verbandlicher Jugendarbeit ist ebenso wenig real möglich, wie auch die Grenzen zur Jugendsozialarbeit angesichts zunehmender sozialpolitischer Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit fließend geworden sind.

Jedoch haben die einzelnen Handlungsfelder weiterhin ihre „eigenständigen“ Profile, die auch ihre jeweiligen Besonderheiten in fachlicher und infrastruktureller Hinsicht ausmachen. So sind Jugendverbände als Ort der Interessenvertretung junger Menschen wichtige Orte der Demokratiebildung und Partizipation, auch, weil sie im Kern ehrenamtlich organisiert sind. Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind dagegen eher durch die Hauptberuflichkeit von Fachkräften bestimmt und haben – schon wegen ihrer Zielgruppenorientierung – einen stärkeren sozialintegrativen Charakter.

- » Kinder- und Jugendarbeit ist auch der Ort, an dem es gelungen ist, Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu gewinnen und ihnen eine soziale und kulturelle Heimat zu geben. Demgegenüber bedarf es aber zur Realisierung der Inklusion noch erheblicher Anstrengungen. Einzelne, erfolgreiche Ansätze können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier noch besonderer Anstrengungen bedarf, um junge Menschen mit Behinderungen als eine „normale“ Zielgruppe regelhaft einzubeziehen.
- » Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung und rechtspopulistischen Strömungen wird die Demokratiebildung junger Menschen ein unverzichtbarer Beitrag zum Erhalt der demokratischen Gesellschaft. Es wird daher immer wichtiger, dass es Orte der Demokratiebildung gibt, die – anders als die Institution Schule – in sehr praktischer Weise Partizipation und Teilhabe junger Menschen ermöglichen und ihnen den Weg zu einer selbstbestimmten Persönlichkeit öffnen.
- » Kinder- und Jugendarbeit hat einen unverzichtbaren Vorteil gegenüber anderen Institutionen des Aufwachsens: Sie ist der Ort, an dem junge Menschen sich selbst einbringen und freiwillig mitmachen und ihre Interessen nicht nur äußern, sondern auch vertreten (lernen). Kinder- und Jugendarbeit kann diese Rolle und dieses Profil nur dann wirkungsvoll wahrnehmen, wenn sie authentisch bleibt

und in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen verankert ist. Dabei sind Pluralität und Wertgebundenheit wichtige Eckpfeiler ihrer pädagogischen und politischen Arbeit.

- » Dies bedeutet aber auch, dass es einer stärkeren (Re-)Politisierung der Gesamtheit der Kinder- und Jugendarbeit bedarf. Dabei geht es nicht allein um das Rückbesinnen auf Handlungskonzepte der Einmischung, vielmehr muss sich die Jugendarbeit politisch u. a. dafür einsetzen, dass Teilhabe und Beteiligung durch die Politik mehr Anerkennung erfahren.
- » Zudem gilt es die Besonderheit der Politischen Bildung in der Jugendarbeit wieder stärker in den Blick zu nehmen, welche von Parteilichkeit für junge Menschen und von dem Erleben demokratischer Prozesse geprägt ist. Schulische Politische Bildung bleibt hingegen meist eine auf Faktenwissen reduzierte Bildung, die ein theoretisches Grundgerüst bietet, welches jedoch aus sich heraus nicht allein ausreicht, um aus jungen Menschen begeisterte Demokrat_innen zu machen.
- » Ein Blick auf die Zielgruppen der Kinder- und Jugendarbeit zeigt eine deutliche Tendenz zur Verjüngung. Kinder sind längst keine „Fremdkörper“ mehr, sie sind nicht nur Nachwuchs oder zu betreuende Personen, sondern Ko-Konstrukteure ihrer eigenen Welt. Das hat Konsequenzen für den Umgang mit ihnen und die Konzipierung der pädagogischen Arbeit. Trotz dieser Entwicklung bleibt die Kinder- und Jugendarbeit in ihren Altersgruppen weiterhin breit angelegt, was aber verbands- bzw. -einrichtungsspezifisch unterschiedlich ist.
- » Die Mediatisierung des Kinder- und Jugendalltags ist unübersehbar. Er ist auch längst Realität in den Jugendzentren, der kulturellen Bildung, den Jugendverbänden u. a. Deshalb bedarf es auch einer Medienkompetenz der pädagogischen Fachkräfte, die oftmals eher zurückhaltend sind. Medien können für sehr vielfältige Möglichkeiten in der Kommunikation und auch der Bildung junger Menschen genutzt werden. Die entsprechende Kompetenz bei den Fachkräften muss gegeben sein, da der Alltag junger Menschen „mediatisiert“ ist und Jugendarbeit sowie deren Fachkräfte nur so am Lebensalltag junger Menschen dran bleiben können, ohne immer nur die Gefahren des „Internets“ zu sehen.
- » Kinder- und Jugendarbeit einerseits und Schule andererseits bleibt ein (noch) nicht geklärtes Verhältnis. Es wird auch ein schwieriges Unterfangen bleiben, denn „die Schule“ zeigt oftmals die Tendenz, die Kinder- und Jugendarbeit für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Doch die Schule zu verändern ist Aufgabe der Politik; diese aber sollte erkennen, dass die Kinder- und Jugendarbeit – wenn

sie eigenständig bleibt – besondere Akzente in die Schule einbringen kann. Dennoch sollte die Kinder- und Jugendarbeit die Schule nicht der Schule allein überlassen, sondern dort, wo es sich anbietet, mitmachen und sich einmischen. Dazu bedarf es aber eines eindeutigen Selbstbewusstseins und der Abwehr von Instrumentalisierungsversuchen. Zugleich erscheint eine – wie oft angestrebte – rein ehrenamtliche Lösung nicht realisierbar, es bedarf einer ausreichenden finanziellen Ausstattung.

- » Auf dem Kongress haben die beteiligten Wissenschaftler_innen mit der Vorstellung aktueller empirischer und theoretischer Befunde eine wichtige Rolle eingenommen. Noch gibt es eine gewisse Anzahl von Wissenschaftler_innen, die die Jugendarbeit und ihre Praxis zum Inhalt ihrer Arbeit machen, aber – mit Blick auf den wissenschaftlichen Nachwuchs – erscheint das Interesse an diesem Forschungsfeld geringer zu werden. Kinder- und Jugendarbeit droht wissenschaftlich zu verweisen, ein Prozess, der nur dann aufgehalten werden kann, wenn die Hochschulen ihre Verantwortung in diesem Feld erkennen.
- » Dieser Prozess wird bereits sichtbar in der mangelnden Berücksichtigung der Kinder- und Jugendarbeit in der Lehre an den Hochschulen. Sie ist kaum, zumindest aber nur mangelhaft berücksichtigt und steht gegenüber anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe deutlich im Hintergrund. Jedenfalls wird hier ein großer Handlungsbedarf gesehen, um den Bedarf in den Praxisfeldern auch erfüllen zu können. Die Kinder- und Jugendarbeit als ein umfassendes fachliches und gesellschaftliche Handlungsfeld zu begreifen und konzeptionell auch gestalten zu können, setzt mehr voraus als eine lediglich auf pädagogische Kompetenzen abzielende Vermittlung einzelner Methoden und Formen.
- » Kinder- und Jugendarbeit braucht die Empirie, ohne sie fällt es schwer, Entwicklungen zu erkennen, das eigene Handeln wissenschaftlich reflektiert zu bekommen und sich zu legitimieren. Dabei könnte und sollte z. B. auch die neue Statistik der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, ebenso wie die reformbedürftige Statistik der Einrichtungen und des Personals, einen Beitrag leisten. Bis dahin ist noch einiges zu tun, von Wissenschaft und Praxis gemeinsam. Klar ist, Statistik ist nicht nur eine Last, sondern auch ein zwingender Beitrag zur sorgfältigen und überzeugenden Präsentation des Feldes gegenüber Öffentlichkeit und Politik und vor allem eine wichtige Grundlage für entsprechende Weichenstellungen – sei es in Politik oder Verwaltung, sei es innerhalb der Träger oder innerhalb des Handlungsfeldes.
- » Die Einschätzung vieler Teilnehmer_innen macht deutlich, dass die Kinder- und Jugendarbeit oftmals ein Legitimationsproblem gegenüber der Politik hat. Ihre

Arbeit erscheint manchmal als etwas Belangloses, von vielen falsch interpretiert, als etwas, dass man fördern kann oder auch nicht. Jugendarbeit und ihr Wesen erschließen sich nicht jedem in der Politik, vor allem nicht, wenn es um die eigene Rolle bei der Bildung und der Sozialisation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht. Aus dieser Rolle heraus begründet sich jedoch aus gutem Grund die Förderung der Jugendarbeit, die der Gesetzgeber als Pflichtaufgabe in § 11 SGB VIII verankert.

4. Diskussion um eine bundesweite Vertretung der Gesamtheit der Kinder- und Jugendarbeit

Besonders herausfordernd war die Frage nach einer bundesweiten „Vertretung“ der Kinder- und Jugendarbeit. Vielen der Beteiligten war dabei ein besonderes Anliegen, strukturelle Voraussetzungen zur besseren Wahrnehmung eines jugend(hilfe) politischen Mandats zu schaffen. Doch das Wie, das Wofür genau und vor allem mit Wem war eher noch diffus und zu wenig greifbar. Das wundert nicht, denn auch in dieser Frage wurde die Vielfalt als besonders schwierig erfahren. Es ging darum, gemeinsam neue Herausforderungen und Ansprüche zu identifizieren. Dazu bedarf es der Face-to-Face-Situation, dem sich vergewissernden und auch kritisch reflektierenden Diskurs, Personen, die miteinander im Interesse der Jugendarbeit Konzepte für die Vertretung der Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam weiterentwickeln und der Kinder- und Jugendarbeit einen strukturellen bundesweiten Rahmen geben.

Wenngleich der Impuls, diese ausgemachte und von den Teilnehmer_innen empfundene Lücke zu überwinden, eine zentrale Botschaft in Richtung einer bundesweiten Organisation dieser Vielfalt und Unterschiedlichkeit war, kam es (wie auch?) konzeptionell und strukturell (noch) nicht zu überzeugenden Ansätzen. Eine Schwierigkeit dürfte – wie die Teilnehmenden formulierten – eine besondere Schwäche der Kinder- und Jugendarbeit sein, dass sie aufgrund ihrer Vielfalt und Unüberschaubarkeit „untergeht“ gegenüber anderen Themen, wie z. B. Hilfen zur Erziehung oder frühkindliche Bildung, und nicht als ein ganzheitliches Handlungsfeld wahrgenommen wird. Aber ist nicht eben diese Vielfalt auch der Schlüssel, der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen und ihren Lebenswirklichkeiten zu begegnen und gerade so das entsprechende Angebot zu leisten? Ist nicht gerade das eine besondere Stärke, welche die Kinder- und Jugendarbeit abhebt von den anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, von Institutionen wie der Schule und dadurch ihre Besonderheit unterstreicht? Und ist es nicht genauso bedeutsam, die Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit im System der Institutionalisierung des Aufwachsens zu sehen und hervorzuheben, welchen Anteil sie an der Förderung junger Menschen, am „Aufwachsen ermöglichen“ hat? Es geht bei der Frage nach einer bundesweiten

Interessenvertretung vor allem um das Gesamtbild und die Gesamtinteressen einer Kinder- und Jugendarbeit, die sich in ihrer Kompetenzvielfalt in die politische Diskussion intensiver einmischen muss.

Das Gesamtinteresse wurde verstanden als eine weit über berechnete Einzelinteressen von verschiedenen Feldern der Jugendarbeit hinausgehende strukturelle und inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen des Aufwachsens junger Menschen und den Leistungen des Handlungsfeldes Kinder- und Jugendarbeit. Dabei gibt es zahlreiche bisher nicht geklärte Fragen, etwa nach der Einordnung der Kinder- und Jugendarbeit in das System des Sozialstaates als einen unverzichtbaren Beitrag für ein gelingendes Aufwachsen. Dazu gehört auch ihre Rolle in sozial-integrativer und gesellschaftspolitischer Hinsicht. Allein diese Aspekte beinhalten zahlreiche Fragen, die das Gesamtspektrum der Kinder- und Jugendarbeit angehen, z. B. danach, was wir über die Kinder- und Jugendarbeit, über ihre Wirkungsweisen, aber auch über ihre Potenziale wissen.

Wenn man sich auch (schon aus Zeitgründen) nicht zu mehr Klarheit durchringen konnte, so ist es doch bemerkenswert, dass sich auf diese Perspektive die „Vertreter_innen“ unterschiedlicher Handlungsbereiche der Kinder- und Jugendarbeit verständigen konnten. An der gemeinsamen Verantwortungsübernahme der verschiedenen Bereiche für das gesamte Feld der Kinder- und Jugendarbeit wird – so der einhellige Tenor des Kongresses – allerdings weiter zu arbeiten sein.

5. Unser Fazit

Es war kein Kongress, der als einer unter vielen abgehakt werden kann und darf. Er hat Signale an die eigene Fachlichkeit, an die Träger, die Wissenschaft und die Politik formuliert, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Nur in dieser Gemeinsamkeit – und die war auf dem Kongress vorhanden – liegt die Chance, sich auch deutlicher zu Wort zu melden. Der Wunsch, ein bundesweites strukturiertes Zusammenwirken, auch im Sinne von gemeinsamer Lobbyarbeit anzugehen, ist ein solches Signal. Unabhängig aber von der vagen Hoffnung des Kongresses, ob dieses Signal hält und auf Dauer wirken kann, ergibt es Sinn, die Kinder- und Jugendarbeit durch solche bundesweiten Begegnungen und Reflektionen zu stärken und sich über die Herausforderungen klar zu werden.

Denn Herausforderungen sind nicht einmalig, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, deren Ursachen keinesfalls im lokalen Raum zu suchen sind, sondern in dem Wandel der Gesellschaft allgemein liegen, in ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen. Sie stellen wichtige Weichen und fordern

vor allem auch die Institutionen des Aufwachsens heraus. Denn es gibt sie, die negativen Folgen, die diese Veränderungen mit sich bringen, wie an der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich und der Ausgrenzung vieler junger Menschen mehr als deutlich erkennbar wird. Und es geht auch um den Erhalt der Demokratie, die – wie auf dem Kongress immer wieder betont wurde – sich gerade heute in der Welt voller Spannungen behaupten muss. Dabei kommt jungen Menschen eine Schlüsselrolle zu und die Kinder- und Jugendarbeit ist dabei ein Feld, das einen Beitrag dazu leistet, damit sich junge Menschen zukünftig für die Demokratie einsetzen.

Es bleibt daher zu hoffen, dass die Kinder- und Jugendarbeit nicht weiterhin eher schüchtern ihre Forderungen stellt. Zu wichtig ist das Feld, als dass man es von anderen bestimmen lassen darf. Insoweit war der Kongress ein wichtiges und längst überfälliges Vorhaben. Der zweite bundesweite Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit hat gezeigt, dass ein bundesweiter Ort der Diskussion im Feld der Kinder- und Jugendarbeit notwendig ist. Gerade deshalb darf der nächste Folgekongress nicht wieder 14 Jahre auf sich warten lassen. Was der Kongress 2016 in Dortmund klar gezeigt hat: Um aus der eigenen Vielfalt ein Selbstbewusstsein schöpfen zu können, bedarf es einer regelmäßigen Selbstvergewisserung über das eigene, gemeinsame Tun und zukünftige Reformbedarfe und zugleich der öffentlichen und politischen Sichtbarmachung des Feldes der Kinder- und Jugendarbeit.

Ermutigend war der Beitrag der gastgebenden Jugendministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Christina Kampmann, die – wenngleich auch stark bezogen auf Nordrhein-Westfalen – neben den Leistungen des Kinder- und Jugendförderplans auf die Vielseitigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, die pädagogischen Kompetenzen, die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, aber auch auf die Notwendigkeit, nicht ein „weiter so“, sondern eines Besinnens auf neue Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit formulierte. Die Substanz ihrer Botschaft galt aber über NRW hinaus: Politik muss die Kinder- und Jugendarbeit wertschätzen, ihre fachliche Substanz und auch ihre Potenziale der Bildung verstärkt fördern sowie eine Jugendpolitik entwickeln, die Partizipation und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ermöglicht.

Literatur

Otto, H. U./Rauschenbach, T.: Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen, Wiesbaden 2004.

Christina Kampmann

Mit Jugendarbeit Zukunft gestalten

Ich möchte mich zunächst für die Einladung zu diesem bundesweiten Fachkongress zur Jugendarbeit bedanken. Vor allem danke ich dem Deutschen Jugendinstitut – und ausdrücklich auch Ihnen, Herr Professor Rauschenbach – für die Initiative und das Engagement.

Sie haben ja schon zwei Tage intensiven Austausch über die Entwicklungen der Jugendarbeit und über Chancen und Zukunftsperspektiven hinter sich. Ich hoffe, es waren erkenntnisreiche Tage, die Ihre Arbeit bereichern.

Jugendarbeit als Angebot

Jugendarbeit prägt junge Menschen. Damit wirkt sie – ob sie will oder nicht – an der Zukunftsgestaltung mit.

Um es deutlich zu sagen: Meine Erwartung an Jugendarbeit ist nicht, dass sie sich als Dienstleistungsangebot zum Beispiel im Bereich Bildung und Freizeit ausprägt, auf das man bei Bedarf zurückgreifen kann oder auch nicht. Meine Erwartung ist auch nicht, dass sie als Hilfsdienst für andere Akteure – z. B. Schule – agiert. Und ich bin auch nicht der Auffassung, dass Jugendarbeit hauptsächlich durch ihre Funktionen „Betreuung“ und „Schutz“ definiert sein sollte.

Jugendarbeit sollte in allererster Linie mit dem Anspruch verbunden sein, jungen Menschen Angebote zu machen, die sie bestmöglich auf die Zukunft vorbereiten und ihnen eine möglichst große Vielfalt von Chancen eröffnet. Und zwar für die jungen Menschen selbst und für die Gesellschaft als Ganzes.

Bildung

Jugendarbeit kann Zukunft gestalten, wenn sie sich der Bildungsförderung junger Menschen annimmt. Das tut sie schon heute und das ist gut. Nach meinem Verständnis gelingt ihr das in besonderer Weise, wenn sie die Teile von Bildung zum eigenen Gegenstand macht, die durch andere Systeme der Bildung nicht in dem Maße vermittelt werden.

Jugendarbeit sollte daher intensiv mit ihren non-formalen Zugängen und in Zusammenarbeit mit anderen Systemen, wie der Schule, zur Persönlichkeitsbildung beitragen.

Sie kann das im Rahmen z. B. der offenen Jugendarbeit mit freizeitpädagogischen Ansätzen. Sie kann das auch in der Jugendverbandsarbeit mit einer auf Werte und soziale Bezüge orientierten Jugendbildung. Und sie kann das im Rahmen der kulturellen Jugendarbeit durch kulturelle Bildung.

Auf diesen und weiteren Feldern kann Jugendarbeit einen Beitrag dazu leisten, dass Bildung von jungen Menschen nicht als das Erwerben von Zertifikaten und Zugangsberechtigungen verstanden wird, sondern als ein Prozess der persönlichen Entwicklung und Reife.

Entsprechende Modellprojekte in NRW zur Entwicklung von kommunalen Bildungslandschaften haben gezeigt, dass dieser Weg erfolgreich gegangen werden kann und welche Hürden dabei zu nehmen sind.

Lernen jedweder Art funktioniert nur mit dem Gefühl, angenommen und wertgeschätzt zu werden. In unserer Gesellschaft mit großen sozialen Unterschieden ist das nichts, was selbstverständlich entsteht.

Inklusion

Eine Jugendarbeit, die alle jungen Menschen als Adressat_innen sieht und die sich darum bemüht, in ihren Angeboten soziale und andere Differenzen und Schranken zu überwinden, kann für den Einzelnen einen wichtigen Beitrag für diese notwendige Integration leisten. Außerdem kann sie damit gesellschaftliche Spaltungen zumindest temporär und partiell auflösen. Am Beispiel inklusiver Jugendarbeit kann man das gut beobachten.

Wir haben in NRW die Erfahrung gemacht, dass eine bewusst auf Inklusion hin orientierte Jugendarbeit allen Beteiligten ganz neue, auch gesellschaftliche Perspektiven und den Blick auf die Vielfalt unserer Gesellschaft eröffnet.

Digitalisierung

Sich in der digitalisierten Welt zurechtzufinden ist essenziell. Jugendarbeit kann dazu über die auch kritische Auseinandersetzung im Rahmen von Jugendmedienarbeit einen wichtigen Beitrag leisten. Und tut dies auch schon. Zugleich steht aber Jugendarbeit als Ganzes vor der Frage, was die Digitalisierung an ihren Handlungsbedingungen ändert. Wie ändern sich z. B. Zugänge zur Jugendarbeit und mit welchen Angeboten muss auf diese Veränderungen reagiert werden?

Dies ist eine zentrale Frage, der sich Jugendarbeit stellen muss – so wie Sie dies im Rahmen dieses Kongresses auch getan haben.

Geflüchtete

Uns alle beschäftigt derzeit die Situation Geflüchteter. Und hier hat die Jugendarbeit sich längst auf den Weg gemacht, ihren Beitrag zu leisten.

Die langfristige Integration dieser Menschen, die Gewährleistung, dass auch sie Chancen bekommen, erfordert Weiterentwicklungen in der Jugendarbeit.

Die Chancen zu sehen und Vorbehalte abzubauen, ist ein wichtiges Ziel von Jugendarbeit – und die andere Seite einer gelingenden Integration derer, die zu uns gekommen sind.

Diversität

Diese Öffnung für Menschen, die zu uns kommen, ist nur ein Aspekt von Diversität.

Unsere Gesellschaft wird ohnehin vielfältiger durch Individualisierungstendenzen und die bewusste Ankerkennung von Gruppen, die früher exkludiert oder schlicht nicht wahrgenommen wurden. In NRW erleben wir dies gerade mit einer boomenden Jugendarbeit für schwule und lesbische Jugendliche.

Hier Angebote zu machen, führt auch dazu, dass diese jungen Menschen gesellschaftlich besser wahrgenommen werden. Das bereichert die Gesellschaft und schafft neue Akzeptanz.

Demokratieförderung, Repolitisierung, Partizipation

All diese Veränderungen sind für Erwachsene vielleicht mehr als für Kinder und Jugendliche eine Abkehr von lieb gewonnenen oder tradierten Gewissheiten. Wir sehen – und die letzten Wahlergebnisse zeigen dies – dass immer mehr Menschen, auch junge, sich schwer tun mit diesen Veränderungen.

Sie bewerten diese Entwicklungen negativ und gehen den vermeintlich den Status Quo wahren Rezepten und deren Protagonist_innen auf den Leim. Diesem Problem, das schnell zu einem grundsätzlichen Demokratieproblem werden kann, muss sich Jugendarbeit widmen. Politische Jugendbildung erhält damit einen deutlichen Bedeutungszuwachs.

Das heißt aber in der Folge auch, dass sich Jugendarbeit insgesamt repolitisieren muss. Man braucht klare Standpunkte, wenn man die Notwendigkeit offener demokratischer Gesellschaften für die Zukunft verankern möchte. Eine solche Repolitisierung kann aber nicht nur ein Statement sein. Sie muss sich auch ganz praktisch erweisen.

Demokratie und Offenheit entstehen nicht – jedenfalls nicht ausschließlich – durch Einsichten im Sinne von Verständnisbildung. Offenheit und Demokratie sind Haltungen, die erfahren und gelernt werden müssen. Gelegenheiten für Jugendliche, sich in für sie relevante Fragen einzumischen, sind wesentliche und gute Voraussetzungen

dafür, dass junge Menschen die Chancen der Demokratie und die Grenzen individueller Maßstäbe erkennen können.

Angefangen bei der Ausgestaltung der Jugendarbeit selbst sollte die Beteiligung und Mitbestimmung durch junge Menschen selbstverständlich sein.

Dies sollte aber nicht bei der Jugendarbeit halt machen. Wir wissen aus Projekten in NRW, dass Themen wie Schule, Freiräume, ÖPNV, Nachhaltigkeit und vieles mehr die Themen sind, die junge Menschen bewegen.

Jugendarbeit sollte auch hier als Anwalt der Interessen Jugendlicher einen Beitrag zur Durchsetzung dieser Mitbestimmung leisten.

Jugendarbeit finanzieren

Wie sind diese hohen Ansprüche und Erwartungen an die Jugendarbeit nun in Einklang zu bringen mit der tatsächlich vorgefundenen Situation, die ja oft als chronische Unterfinanzierung bewertet wird?

Ich stelle mir diese Frage auch. In NRW haben wir gerade auf Landesebene eine Diskussion darüber, was es heißt, Jugendarbeit auskömmlich zu finanzieren.

2011 haben wir die Mittel, die wir jährlich mit dem Kinder- und Jugendförderplan zur Verfügung stellen, von 80 auf 100 Millionen Euro erhöht. Wir diskutieren derzeit, ob nicht eine weitere Erhöhung angebracht ist. Ich jedenfalls mache mich dafür stark.

Dank an die freien Träger und Kommunen

Jenseits der Finanzierungsfrage – wenn auch damit zusammenhängend – sind die eigentlichen Garanten für eine jetzt schon gut wirkende und in Zukunft hoffentlich noch wirksamere Jugendarbeit vor allem: die hier aktiven Träger.

Ich möchte daher an dieser Stelle insbesondere den freien Trägern der Jugendarbeit, den Jugendverbänden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und den vielen kleinen Vereinen und Initiativen für ihr Engagement herzlich danken.

Ich danke auch den Kommunen, die ja ganz wesentlich die Rahmenbedingungen für Jugendarbeit gestalten. Insbesondere möchte ich die Jugendämter herausheben, denen es in der schwierigen Situation zwischen Kindertagesbetreuung und Hilfen zur Erziehung gelingt, eine wirksame Jugendarbeit zu ermöglichen. Insgesamt möchte ich an dieser Stelle die Jugendämter dazu ermuntern, sich wieder stärker der eigenständigen Entwicklung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zuzuwenden.

Viele haben sich da schon auf den Weg gemacht. Ich würde mir wünschen, es werden noch mehr. Ich setze dabei auch Hoffnungen in das Wirken der kommunalen Jugendhilfeausschüsse.

Jugendarbeit – eine große Chance für die Gesellschaft

Mir ist klar, dass ich leider viele Themen heute nicht anschneiden kann. Ausbildung und Fortbildung, Arbeitssituation und Entgelte von Fachkräften fehlen. Genauso wie ein näheres Eingehen auf die Frage, ob zum Thema Jugendarbeit ausreichend Forschungs- und Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen zur Verfügung stehen. Wir haben auch diese Themen im Blick!

Mir war es wichtig, deutlich zu machen, dass in der Jugendarbeit eine große Chance für unsere Gesellschaft liegt, die von keiner anderen Institution wahrgenommen oder gestaltet werden kann.

Jugendarbeit ist etwas Besonderes. Denn sie ist wie die Jugendhilfe insgesamt immer in einem großen Spannungsverhältnis: Einerseits leistet sie sozialkompensatorisch einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie hat also eine durchaus konservative Funktion. Zugleich ist Jugendhilfe aber auch Sachwalter und Ermöglicher für und von Interessenlagen und Bedürfnissen junger Menschen. Das kann Jugendhilfe aber nur sein, wenn sie konsequent parteiisch ist.

Damit wirkt sie aber eben nicht konservierend, sondern im Gegenteil: Sie liefert das, was gesellschaftliche Gärungsprozesse möglich werden lässt und was zur Überwindung bestehender Verhältnisse beiträgt.

Ich wünsche uns allen, dass dieser Kongress zur Jugendarbeit dazu beigetragen hat, sich des eigenen Stellenwerts und der eigenen Bedeutung bewusst zu werden. Und dass er gleichzeitig Anregungen gegeben hat, mit neuem Mut und Schwung die Jugendarbeit weiterzuentwickeln.

Victor Hugo hat es einmal so ausgedrückt: „Die Zukunft hat viele Namen: Für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.“

Lassen Sie uns die Mutigen sein. Vielen Dank.

Caren Marks

Eröffnungsrede der
Parlamentarischen Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Das Bundesjugendministerium fördert den bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit aus gutem Grund, denn die Kinder- und Jugendarbeit leistet wertvolle Arbeit in der Mitte unserer Gesellschaft und ihre Bedeutung wächst.

Damit verbunden stellen sich mit Blick auf die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit neue Fragen, auf die wir Antworten finden müssen:

- » Was brauchen Kinder und Jugendliche heute, um seelisch und körperlich gesund aufwachsen und sich optimal entwickeln und entfalten zu können?
- » Welche Rahmenbedingungen finden sie vor?
- » Welchen Rahmen benötigen junge Menschen für ein glückliches und zufriedenes Leben?

Wenn dann die Frage gestellt wird, wie diese Rahmenbedingungen verbessert werden können, wird schnell klar: Das kann nur in gemeinsamer gesellschaftlicher, politischer und öffentlicher Verantwortung gelingen. Alle, die sich für Kinder und Jugendliche einsetzen, sind hier gefordert.

Um die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen aufzugreifen, müssen wir ihnen zunächst mehr und genauer zuhören. Mit Kindern und Jugendlichen reden, anstatt über sie – das gilt für die Politik und für die Kinder- und Jugendarbeit gleichermaßen.

Kinder und Jugendliche wollen ihr Umfeld und ihre Zukunft mitgestalten. Sie wollen mitentscheiden. Das Bundesjugendministerium nimmt dieses Anliegen sehr ernst. Mit einer eigenständigen Jugendpolitik, die mit der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ unterlegt ist, haben wir einen neuen Prozess angestoßen.

Neu an der eigenständigen Jugendpolitik ist, dass sie die Jugend als eigenständige Lebensphase begreift, nicht mehr als eine Art Übergangsstadium. Sie stellt die Bedürfnisse der jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in ihren Mittelpunkt.

Die Lebenswirklichkeit dieser rund 13 Millionen jungen Menschen sieht sehr unterschiedlich aus. Aber eines haben sie alle gemeinsam: Sie sind in einer Lebensphase des Ausprobierens, des Entscheidens und Umentscheidens, manchmal auch des Rebellierens. Häufig finden junge Menschen gerade in dieser wichtigen Lebensphase zu wenig Gehör. Wir wollen, dass jungen Menschen mehr zugetraut wird und dass sie mehr als bisher die Chance bekommen, eigenverantwortlich zu handeln.

Sie müssen und sollen Entscheidungen über ihre weitere private und berufliche Zukunft treffen und sie sollen einbezogen werden und mitbestimmen, wenn es um ihre Interessen geht.

Es sind häufig die vermeintlich kleinen Dinge vor Ort, die junge Menschen unmittelbar in ihrem Leben betreffen. Wenn zum Beispiel der Skatepark um die Ecke geschlossen wird, weil sich die Anwohner_innen über den Lärm beschwert haben. Oder wenn einer der wenigen Bolzplätze einer neuen Straße weichen muss. Da fallen die berechtigten, aber oftmals weniger gut organisierten Interessen junger Menschen schnell unter den Tisch. Orte, die sie zum Treffen und Ausprobieren brauchen, werden gerade in städtischen Gebieten immer seltener. Das Bundesjugendministerium ermutigt mit der Jugendstrategie junge Menschen, sich einzubringen. Wir fragen sie nach ihren Vorstellungen, hören ihnen zu und nehmen ihre Anregungen und Bedürfnisse ernst.

Echte Partizipation ist daher ein Grundgedanke unserer Jugendpolitik, die wir mit verschiedenen Aktivitäten der Jugendstrategie umsetzen:

1. Wir geben Jugendlichen in der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ der Demografiestrategie des Bundes eine Stimme. Zum Beispiel erarbeiten wir mit ihnen Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des demografischen Wandels in ländlichen Regionen.
2. Über den Investitionsfonds im Kinder- und Jugendplan (KJP) fördern wir gezielt Initiativen, die die Beteiligung von jungen Menschen erproben und die mit Jugendlichen gemeinsam gestaltet werden.
3. Über das Projekt „jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“ zeigen wir Wege und Möglichkeiten zur Beteiligung junger Menschen im digitalen Raum auf und entwickeln diese weiter.

Beteiligung und gesellschaftliche Teilhabe sind eng verknüpft mit guter Bildung. Wir müssen selbstverständlich darüber reden, welche Rahmenbedingungen es in Schulen braucht, damit Schüler_innen dort echte Partizipation lernen und ausprobieren können. Denn Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation. Sie bestimmt maßgeblich über individuelle Lebenschancen.

Für mich ist klar: Bildung findet nicht nur in Schulen oder Universitäten statt, sondern auch im Nachbarschaftsverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder der Pfadfindergruppe.

Und für die non-formale Bildung spielen Schlagworte wie Selbstorganisation, Freiwilligkeit und Freiräume eine enorm wichtige Rolle. Weil sie den jungen Menschen Freiraum für eigene Entscheidungen und Erfahrungen lassen. Deswegen fördert das Bundesjugendministerium über den Kinder- und Jugendplan vielfältige Angebote, die außerhalb des formalen Bildungsspektrums angesiedelt sind. Hierzu gehören Bildungsprogramme im Bereich der sportlichen, politischen und kulturellen Bildung, die Internationale Jugendarbeit, aber auch die Jugendverbandsarbeit, in der Selbstorganisation bekanntlich großgeschrieben wird.

Dank dieses finanziellen Engagements gibt es in Deutschland mittlerweile eine beeindruckende Bandbreite an Bildungsangeboten für junge Menschen. Diese Vielfalt soll auch weiterhin gewährleistet werden. Daher wird es keine Kürzung der Mittel für die Jugendverbände geben! Mehr noch: Wir sind uns mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages einig, dass die in diesem Jahr um zwei Millionen Euro aufgestockten Mittel dauerhaft fortgeschrieben werden sollen.¹

Um die vielfältigen Angebote zu pflegen und zu erhalten, wird neben finanziellen Mitteln auch ein wissenschaftliches Monitoring benötigt, das auf der Höhe der Zeit agiert. Nur so ist gewährleistet, dass die Methoden fortlaufend aktualisiert werden und dass erarbeitete Konzepte zu den Lebensrealitäten junger Menschen passen. Nur wenn das sichergestellt ist, werden Angebote der Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft und nachhaltig Bestand haben.

Wenn Jugendhilfemaßnahmen thematisiert werden, geht es schnell um eines der ehrgeizigsten Gesetzesvorhaben für junge Menschen dieser Wahlperiode: Die Reform des Sozialgesetzbuches VIII, die seit Langem gefordert und diskutiert wird. Im Zentrum der Reform stehen die Kinder und Jugendlichen und ihre Bedürfnisse: „Vom Kind aus denken“ ist das Leitmotiv. Das SGB VIII ist hierfür das Instrument, wenn dieser Grundsatz nicht nur für Fördermaßnahmen, sondern auch für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt gelten soll.

Ausgangspunkt ist die Frage, was Kinder und Jugendliche an Hilfen und Unterstützung tatsächlich brauchen.

Die erste Säule ist die Inklusive Lösung. Für alle Kinder und Jugendlichen, ob mit Behinderung oder ohne, soll in Zukunft die Kinder- und Jugendhilfe zuständig sein. Die Eltern werden so nicht mehr von Behörde zu Behörde weiter verwiesen.

Die zweite Säule ist die Reform der Hilfen zur Erziehung. Wir wollen damit erreichen, dass die vorhandenen Mittel gezielter verteilt werden. Hierzu sollen Regelangebote

¹ Anmerkung: Dieses Ziel wurde erreicht.

mit erzieherischen Hilfen systematischer und besser zusammenwirken und der Zugang zu guten, präventiven Angeboten verbessert werden.

Mit der dritten Säule wollen wir den Kinderschutz noch wirksamer machen. Hier stehen vor allem bessere Bedingungen für Pflegekinder und ihre Familien, die Weiterentwicklung der Heimaufsicht und die Umsetzung der Ergebnisse der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes im Mittelpunkt. Das Gesetz für eine wirksame Reform der Kinder- und Jugendhilfe diskutieren wir derzeit intensiv mit allen Beteiligten.

Die Zielsetzung dieses Fachkongresses und des Engagements auf allen Ebenen und in allen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit ist klar. Es geht um

- » eine gute Zukunft für die junge Generation,
- » mehr Gerechtigkeit,
- » ein gutes Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen,
- » echte Partizipation und
- » eine zielgenauere, sachgerechtere und modernere Kinder- und Jugendpolitik auf allen Ebenen unseres Landes.

Ich bin davon überzeugt: Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, werden wir unsere Vorhaben erfolgreich umsetzen und damit unsere Ziele erreichen können.

Vielen Dank.

Teil 2

Gesellschaftliche Kontexte der Kinder- und Jugendarbeit

Angela Tillmann

Kinder und Jugendliche und Kinder- und Jugendarbeit in digital-vernetzten Zeiten

Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit findet heute in einer digital-vernetzten und durchkommerzialisierten Gesellschaft statt. Die Förderung einer kritischen und kreativen Medienbildung erscheint daher notwendiger denn je. Im Folgenden wird aufgezeigt, wie sich die Medienumgebung für Kinder und Jugendliche heute darstellt und wie sie den digitalen Ermöglichungsraum für sich nutzen. Dargestellt werden weiterhin die Zumutungen, die mit der digital-vernetzten Infrastruktur einhergehen. Hier wird insbesondere auf die Risiken der Datafizierung sowie auch auf einige aktuell diskutierte kommunikationskulturelle Problemlagen eingegangen. Am Ende werden das Zusammenspiel der Institutionen und insbesondere die Rolle der Kinder- und Jugendarbeit reflektiert sowie Vorschläge zur Förderung der Persönlichkeitsbildung in digital-vernetzten Zeiten formuliert.

1. Kinder und Jugendliche in digital-vernetzten Medienwelten

Neu und herausfordernd an der digital-vernetzten Medienumgebung, in die Kinder und Jugendliche hineinwachsen, ist vor allem, dass nicht einfach immer neue Medien additiv hinzukommen, sondern sich eine Infrastruktur etabliert, in der nicht mehr nur die Menschen untereinander, sondern auch Menschen mit Gegenständen des Alltags oder diese Gegenstände miteinander kommunizieren („Internet der Dinge“). Dabei zeigt sich weiterhin, dass das Handeln in dieser digital-vernetzten Medienumgebung immer mehr durch Prozesse der Entgrenzung und Konvergenz gekennzeichnet ist.

Der Begriff der Entgrenzung meint, dass räumlich und zeitlich flexibel kommuniziert werden kann, somit auch Kinder und Jugendliche prinzipiell immer und überall erreichbar sind und jederzeit Kontakt zu anderen Menschen aufnehmen oder sich informieren können – was durchaus ein gewisses Stresspotenzial birgt. So fällt es Jugendlichen offenbar durchaus schwer, sich zu konzentrieren und nicht ablenken zu lassen (vgl. Eggert/Brüggen 2014). Zudem findet die Kommunikation – teils zeitgleich – sowohl rezeptiv (Fernsehen, Video-Plattformen), interpersonal (Handy) als auch interaktiv (digitale Spiele) statt – und damit längst nicht mehr nur einseitig. Im Unterschied zu den traditionellen Medien, wie z. B. der Zeitung, dem Buch oder dem Film, können Kinder und Jugendliche heute ohne großen Aufwand selbst senden und produzieren. Dies tun sie vor allem in jugendkulturellen Kontexten. So sind Jugendkulturen heute immer auch digitale Jugendkulturen, bietet „das Internet jeder nur erdenklichen Jugendkultur und Jugendszene einen geradezu unüberschaubaren Möglichkeitsraum, sich mit einem spezifischen Webangebot zu präsentieren, zu inszenieren, zu stilisieren, zu orientieren und zu vergemeinschaften“ (Hugger 2014, S. 21). Und auch die Beteiligung oder politische Meinungsäußerung fällt online

leicht(er). Per Mausklick können Kinder und Jugendliche niedrigschwellig, ohne großes zeitliches Engagement ihre Meinung kundtun. Die beliebten sozialen Online- und Video-Plattformen (z. B. Facebook, YouTube) bieten zudem die Möglichkeit, Informationen und Videos zu liken, zu sharen oder zu kommentieren und damit weitere niedrigschwellige Optionen, dem eigenen Standpunkt zu jeder Zeit und an jedem Ort Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus ermöglichen die technischen Voraussetzungen es Kindern und Jugendlichen sowohl mit einzelnen Individuen als auch mit einer unbestimmten Masse zu kommunizieren. Dies will allerdings auch gelernt sein, wie das Beispiel der Geburtstags Einladung über Facebook aus dem Jahr 2012 zeigte. Hier endete der Kindergeburtstag plötzlich in einem Polizeigroßeinsatz: Statt der geladenen 30 standen 300 Gäste vor der Tür. Schuld war eine Einstellung bei Facebook.

Kinder und Jugendliche nutzen Medien auch zunehmend parallel, was gemeinhin gern als „Multitasking“ beschrieben wird. Wenngleich es sich dabei um kein grundsätzlich neues Phänomen handelt, zeigt sich bei den 14- bis 29-Jährigen jedoch, dass die Parallelnutzung intensiviert wird („Multi Screening“) – mit der Folge, dass die Aufmerksamkeit häufiger geteilt wird und sie sich immer wieder neu entscheiden müssen (vgl. Wegener 2015). Zunehmend flexibler wird die Kommunikation durch die zunehmende Mobilität und Multifunktionalität der Geräte, die in der Medienforschung mit dem Begriff der Konvergenz beschrieben wird. Der Begriff verweist zum einen auf die mögliche Verdichtung der Kommunikation auf einem Gerät – Kinder und Jugendliche nutzen ein Smartphone, um z. B. Musik zu hören, zu kommunizieren, zu fotografieren, zu spielen, ins Internet zu gehen. Zum anderen beschreibt der Begriff der Konvergenz die Verbindung medialer Inhalte über verschiedene Kommunikationskanäle. Es finden sich also Inhalte von Büchern heute auch im Kino, in digitalen Spielen usw. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass Kinder und Jugendliche ihre Medienmenüs zunehmend individuell zusammenstellen.

Die neue Medienumgebung eröffnet Kindern und Jugendlichen damit neue Frei- und Autonomieräume. Dabei bevorzugen sie vor allem eine individuelle und gruppenbezogene Kommunikation insbesondere unter Peers. So hat für Jugendliche in den letzten Jahren vor allem die mobil-vernetzte Kommunikation an Bedeutung gewonnen, diese liegt seit 2008 auf Platz „1“ in der Bewertung (vgl. MPFS 2008; MPFS 2016). 91% der 12- bis 25-jährigen Jugendlichen gehen mit dem Smartphone online (vgl. MPFS 2016, S. 24). Die meiste Zeit verwenden sie nach eigenen Angaben für die Kommunikation (41%) (vgl. MPFS 2016, S. 28), gefolgt von der Nutzung unterhaltender Angebote (29%), digitaler Spiele (19%) und der Suche nach Informationen (10%) (vgl. MPFS 2016). Dass diese Unterteilung nicht trennscharf ist, zeigt die zunehmend medienkonvergente Nutzung Jugendlicher: Wer digital spielt, kommuniziert gleichzeitig mit der Community und recherchiert parallel auch

Informationen zum digitalen Spiel. Am häufigsten bzw. täglich/mehrmals die Woche nutzen Jugendliche WhatsApp (95%), gefolgt von Instagram (51%), Snapchat (45%) und Facebook (43%) (vgl. MPFS 2016, S. 32f.). Die Kinder ziehen hier konsequent nach: 41% der interneterfahrenen Kinder nutzen ebenfalls täglich WhatsApp, außerdem Suchmaschinen (24%), YouTube (17%) und Facebook (17%) (vgl. MPFS 2017, S. 34).

Hier zeigt sich bereits, dass Kinder und Jugendliche ihre Mediennutzung auf wenige Dienste begrenzen und diese allesamt in der Hand weniger Unternehmen liegen. Problematisiert wird dies vor allem, da die Unternehmen damit über eine unermesslich große und weiterhin ansteigende Menge an personenbezogenen Daten verfügen.

2. Unvorhersehbare Folgen der Datafizierung des Alltagslebens

Eine Besonderheit der neuen Medienumgebung liegt somit vor allem darin, dass wir umfassend vernetzt sind. Alle Informationen, die über Smartphones, Tablets, Laptops, Chips, Sensoren, Glasfaserleitungen und Funkverbindungen gesendet werden, können in Daten und Codes dargestellt, gesammelt und anhand vorher definierter Algorithmen (Berechnungsverfahren) verarbeitet und vermarktet werden. Stammdaten, Transaktionsdaten, Verhaltensdaten, Social-Media-Daten, Logdaten, Sensordaten, Standortdaten, biometrische Daten etc. – sie alle können in Beziehung gesetzt werden. Für die großen Datenmengen, die dadurch entstehen, wird der Begriff „Big Data“ verwendet. Politisch und wirtschaftlich interessant sind vor allem die Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten dieser großen Datenbestände, die unter dem Begriff „Big Data Analytics“ diskutiert werden. Ihnen werden bedeutende Potenziale zugesprochen. So können Unternehmen beispielsweise Kundenerfahrungen von Kindern und Jugendlichen erfassen und mit Werbung individuell und gezielt auf ihre Vorlieben und Interessen reagieren. Weitere Anwendungsszenarien werden in der Gesundheitsbranche, bei der Festlegung von individuellen oder gruppenbezogenen Krankenkassentarifen oder in der Kriminalitätsbekämpfung, bei der Vorhersage von Verbrechen gesehen. Dies ist für Kinder und Jugendliche vielleicht heute noch weniger relevant, später im Leben können solcherart Daten (z. B. zum Gesundheitsverhalten, zur Wohnsituation, zur Qualifizierung, zu Vorstrafen) aber höchst relevant werden. Big Data Analytics sollen insgesamt helfen, Produkte, Produktionen und Prozesse zu optimieren und es damit ermöglichen, flexibler auf Entwicklungen und Trends zu reagieren (Medizin, Finanzwesen, Energiesektor, Verkehr, formale Bildung etc.). Das, was vor vielen Jahren noch als Science Fiction galt, ist nun Wirklichkeit: „Intelligente vernetzte Maschinen klinken sich in die gesellschaftliche Kommunikation ein, prozessieren Inhalte und treffen Entscheidungen. In diesen

neuen Umwelten steht uns der Computer nicht als ein greifbares Werkzeug gegenüber, auch wenn die faustkeilartige Griffigkeit eines Smartphones diese Interpretation nahelegen mag. Entscheidend sind vielmehr die unsichtbaren Vernetzungen in die Cloud und die Prozesse ‚intelligenter‘ Datenauswertungen im Hintergrund. Dies sind die neuen Umwelten, in denen wir kommunizieren“ (Gapski 2017).

Problematisch sind die skizzierten Berechnungsverfahren einerseits, da die Menschen aktuell nicht wissen, wer welche Daten in welchem Kontext über sie erhebt und auswertet und die Daten sich nicht nachträglich löschen lassen. Riskant sind diese Berechnungsverfahren aber auch, da sie Identifizierungen von Personen allein auf der Basis von Kontextdaten ermöglichen. Die Jugendliche muss also noch nicht einmal ihren Namen angeben, ihr Kaufverhalten, ihr Suchverhalten oder ihre Filmvorlieben lassen bereits Rückschlüsse auf ihre Person zu.

Das Interesse der Politik und der Wirtschaft an diesen Daten gilt insbesondere der Vorhersage zukünftiger Zustände und Entwicklungen (Predictica Analyse). Gesellschaftlich relevant sind diese Berechnungen, da die darauf aufbauenden Entscheidungen und Maßnahmen (z. B. Festlegung von Krankenkassentarifen, Einreisebestimmungen) normbildend, verhaltensbestimmend und damit auch diskriminierend wirken können. Wolfie Christl und Sarah Spiekermann (2016) warnen auf Basis eigener Analysen im Bereich des Marketing, der Finanzwelt, des Versicherungswesens und der Arbeitswelt auch vor einem „Big Data Divide“. Damit gibt es also keine „harmlosen“ Daten mehr, jeder Mensch hat etwas zu verbergen.

3. Digitalvernetztes Medienhandeln Jugendlicher

Kinder und Jugendliche wachsen in dieser digital-vernetzten Medienumgebung auf und eröffnen Unternehmen durch ihr begrenztes Medienmenü Zugang zu einer unerschöpflichen Menge an persönlichen Daten. Diese Dilemma-Situation ist Jugendlichen durchaus bewusst, d. h., sie wissen z. B., dass die im sozialen Netzwerk angegebenen Daten von den Unternehmen genutzt werden und sie vertrauen diesen Unternehmen auch zu 53% „nicht oder überhaupt nicht“ (vgl. Shell Deutschland Holding 2015, S. 130). Nur 13% der Jugendlichen geben an, dass sie diesem Netzwerk „voll und ganz vertrauen“ (Shell Deutschland Holding 2015, S. 135). Da Teilhabe heute immer auch digitale Teilhabe bedeutet, befinden sie sich jedoch in einer Dilemmata-Situation, aus der sie sich mit einem datensparsamen Verhalten allein nicht befreien können. Hier zeigt sich bereits, dass Medienkritik als eine Kritik vor allem auch am Mediensystem und nicht nur an Medieninhalten wichtiger denn je ist.

Wie schwierig sich die Situation für Jugendliche darstellt, wird weiterhin deutlich, wenn man sich die Bedeutung der Medienwelten für Jugendliche vor Augen führt. So haben insbesondere qualitative Studien aus der Mediensozialisationsforschung gezeigt, dass das Hauptmotiv des Handelns Jugendlicher in digitalen Welten neben der Pflege und Erweiterung des persönlichen Freundschaftsnetzwerks die Identitätsarbeit ist (vgl. Tillmann 2008; Schmidt/Paus-Hasebrink/Hasebrink 2009); diese findet heute zudem immer häufiger auch in transnationalen Kontexten statt (vgl. Hugger 2009; Greschke 2015; Kutscher/Kreß 2015). Digitale Medien stellen für Jugendliche zudem attraktive Handlungsräume dar, in denen sie sich in verschiedenen Rollen, beispielsweise als Gamer_in, Blogger_in oder Szenegänger_in erleben können (vgl. Tillmann/Vollbrecht 2006; Hugger 2014). Sie stellen sich dar, tauschen sich aus, vernetzen sich, teilen kollaborativ ihr Wissen, produzieren selbst Content und greifen als Hacker_innen oder Fans auch manipulativ in die Software und die Konsumkultur ein (vgl. Deutscher Bundestag 2017).

Die wenigen Studien, die bislang der Frage nachgegangen sind, wie aktiv sich Jugendliche online einbringen, zeigen allerdings, dass der Anteil an jungen Menschen, die sich nicht vordergründig kommunikativ, sondern auch mit eigenen Medieninhalten einbringen, überschaubar ist. So weist die allerdings schon etwas ältere „Engagement 2.0-Studie“ (vgl. Forschungsverbund DJI/TU Dortmund 2011) darauf hin, dass nahezu die Hälfte der befragten jungen Menschen bereits innerhalb einer Community eine Gruppe gegründet oder moderiert und 36% auf einer bestehenden Website eine Diskussion gestartet haben (vgl. Forschungsverbund DJI/TU Dortmund 2011, S. 58), aber in der Studie gibt nur ein Fünftel der Befragten an, selbst einmal Musik, Videos oder Podcasts erstellt zu haben. Die Ergebnisse der Studie besagen auch, dass nur 9% der Jugendlichen eine Online-Petition unterzeichnet oder an einer Mailing-Aktion, einer Online-Demo oder einer ähnlichen Aktion teilgenommen haben (vgl. Forschungsverbund DJI/TU Dortmund 2011, S. 61). Ein etwas umfassenderes Bild liefert eine Studie aus München (vgl. Wagner/Gebel 2014), in deren Mittelpunkt die Frage nach den Aneignungsweisen politischer Information von 12- bis 20-jährigen Heranwachsenden unter den Bedingungen von Mediatisierung und Medienkonvergenz stand. Den Ergebnisse der Studie zufolge geben Jugendliche auch hier jenen Interaktionsformen den Vorzug, die von ihnen ein geringeres Aktivitätsniveau und weniger Eigeninitiative erfordern, z. B. der Beitritt zu einer Gruppe oder die Beteiligung an einer Online-Diskussion (vgl. Wagner/Gebel 2014, S. 178). Deutlich wird aber auch, dass die Art und Weise, wie Beteiligung mit und über Medien realisiert wird, nach wie vor von den lebensweltlichen Ressourcen, aber auch von Ressourcen abhängt, die über das Medienhandeln selbst erworben werden können bzw. dort zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich sowohl um strukturelle (mediale Ausstattung, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang) und soziale (Unterstützungsangebote durch die Familie oder innerhalb der Peergroup)

als auch individuelle (thematische Interessen und Vorwissen) Ressourcen. Deutlich wird weiterhin, dass Heranwachsende, die sich bereits institutionell eingebunden engagieren, z. B. in der Schülersvertretung oder politischen Gruppierungen, zum überwiegenden Teil on- und offline aktiv sind (Wagner/Gebel 2014). Wichtige Impulse für die Aneignung gesellschaftlich relevanter Themen gibt außerdem das Elternhaus (vgl. Wagner/Gebel 2014, S. 179).

4. Problemlagen und Herausforderungen des digital-vernetzten Lebens

Die veränderte Medienumgebung eröffnet Jugendlichen somit neue Bildungsoptionen und Formen sozialer und politischer Teilhabe, die sie offenbar vor allem unter Gleichaltrigen ausgestalten. Schaut man allerdings genauer hin, wer bislang profitiert, zeigt sich, dass nicht alle Jugendlichen gleichermaßen teilhaben (können). Einen erschwerten Zugang zu digitalen Medien haben vor allem Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (vgl. Bosse 2017). Ähnliche Nachteile erleben Geflüchtete (vgl. Kutscher/Kreß 2015). Bei anderen sozialen Gruppen stellt die Forschung eine Differenz in der Art und Weise der Medienaneignung fest, die sich zwischen einem eher souveränen und vielseitigen sowie einem eher konsumorientierten und einseitigen Umgang mit Medien bewegt (vgl. Schmidt/Paus-Hasebrink/Hasebrink 2009; Shell Deutschland Holding 2015). Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Medienerziehungsstil von Eltern sozial benachteiligter junger Menschen häufig als bewahrend und eher einschränkend darstellt (vgl. Paus-Hasebrink/Kulterer 2014) und eine Aufklärung über Sinn, Gefahren oder Zweck und Inhalte von Medien in den Familien nur vereinzelt oder gar nicht stattfindet (vgl. Paus-Hasebrink/Kulterer 2014, S. 107ff.). Hingewiesen wird in diesem Kontext auch immer wieder auf den Einfluss des ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals. Demnach bevorzugen Jugendliche, die weniger gut mit den genannten Kapitalien ausgestattet sind, eher „kommunikations- und unterhaltungsorientierte“ Angebote, während Jugendliche, die über mehr Ressourcen verfügen, eine stärker „informationsbezogene“ Internetnutzung praktizieren (vgl. Iske/Klein/Kutscher 2004, S. 7; Wagner 2008, S. 219ff.; Kutscher 2009). Häufig werden Differenzen auch erst deutlich, wenn bestimmte soziodemografische Merkmale in Kombination auftreten: So ist beispielsweise bei einem computerspielenden Jungen mit formal niedriger Bildung das Risiko größer, dass er einen eher konsumorientierten und einseitigen Umgang mit Medien entwickelt. Bei Mädchen besteht das Risiko eher darin, dass sie aus öffentlichen Räumen gedrängt werden, indem man sie sexuell beleidigt oder sexualisierte Gewalt gegen sie verbal befürwortet oder androht. Weitere Formen digitaler Ungleichheit zeigen sich bezogen auf Zugangswege und Verbindungsgeschwindigkeiten: Östliche

Bundesländer und ländliche Regionen sind nach wie vor schlechter ans Netz angeschlossen als westliche oder städtische Regionen (vgl. TÜV Rheinland 2015).

Neben Herausforderungen struktureller Art, werden Kinder und Jugendliche in der digital-vernetzten Medienumgebung auch mit neuen kommunikationskulturellen Problemlagen konfrontiert. Zu nennen sind hier Phänomene wie Social Bots, Fake-News und Filterblasen, über die nicht nur versucht wird, die Öffentlichkeit zu täuschen und die Meinungsvielfalt einzuschränken, sondern die auch das Risiko von Diskriminierungen und Manipulationen befördern.

Online-Phänomene wie Hatespeech und Cybermobbing verweisen weiterhin auf neue Formen mediatisierter Gewalt. Die Folgen können für die Opfer aufgrund der Besonderheiten der digitalen Kommunikation (Anonymität, Dauerhaftigkeit, Reichweite, virale Verbreitung) mitunter schwerer wiegen als beim „traditionellen“ Mobbing. Darüber hinaus erleichtern digitale Medien den Zugang zu entwicklungsbeeinträchtigenden, diskriminierenden Inhalten und menschenverachtenden Ideologien und es wird z. B. online mit immer neuen Tricks versucht, junge Menschen für extremistisches Gedankengut anzuwerben (vgl. jugenschutz.net).

Anders als man sich in den Anfängen erhofft hatte, trägt die teil-anonyme und körperlose Kommunikation also nicht per se zu einer demokratischen und herrschaftsfreien Kommunikation bei. Vielmehr zeigt sich, dass Ungleichheiten und Diskriminierungen online fortgesetzt und diese hier aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen der digitalen Kommunikation teils sogar ungefilterter zum Ausdruck gebracht werden.

Welche Formen der Unterstützung bietet nun das „institutionelle Gefüge des Aufwachsens“, wie es der 15. Kinder- und Jugendbericht bezeichnet hat, Kindern und Jugendlichen bei der Aneignung der digital-vernetzten Medienwelt? Wie gut vernetzt stellen sich die Institutionen im Hinblick auf die Förderung von Medienbildung dar? Wie reagieren sie selbst auf die digitale Transformation der Gesellschaft?

5. Wandel der Institutionen in digital-vernetzten Zeiten

Mit der digitalen Kommunikation und Vernetzung ändern sich auch Institutionen wie Familie und Schule oder die Kinder- und Jugendarbeit. So konnte die Familienforschung z. B. zeigen, dass dem Mobiltelefon eine große Bedeutung für das Vereinbarkeits- und Balancemanagement im Alltag sowie die emotionale Stabilisierung von Beziehungen und Aufrechterhaltung von Gemeinsamkeitsgefühlen in

Situationen räumlicher Trennung zukommt – digitale Medien also ein wichtiges Element des zeitgenössischen Doing Family darstellen (vgl. Jurczyk u. a. 2009; Theunert/Lange 2012; Lange 2014). Durch einen Anruf kann sich ein Elternteil schnell rückversichern und so Ängste und Sorgen auflösen. Hat das Medium damit in jungen noch zuvorderst die Funktion einer „verlängerten Nabelschnur“ (Logemann/Feldhaus 2002, S. 9), unterstützt es in der späteren Kindheit Distanzierungs- und Ablösungsprozesse von Eltern.

Auch die Schule wandelt sich im Zuge der geänderten Medienumgebung, wenngleich sich zunehmend der Eindruck verfestigt, dass sich diese Institution der Entwicklung am beharrlichsten entgegenstellt. Mit ihren klaren Raum- und Zeitbegrenzungen und bindenden Orientierungen an Curricular steht sie am deutlichsten im Widerspruch zur digital-vernetzten Medienwelt, die im Unterschied hierzu nicht hierarchisch und nicht linear strukturiert ist, selbst neue Phänomene generiert (z. B. Selfies, digitale Spiele, Smart Mobs) und auch immer häufiger eigendynamisch agiert (vgl. Jörissen 2014). Auch setzt die Schule nach wie vor auf das Buch als dem wichtigsten Medium der Wissensvermittlung – unabhängig davon, welchen Stellenwert die Lektüre von Büchern für Schüler_innen hat (vgl. MPFS 2016). Digitale Spiele oder audiovisuelle Medien, die z. B. mit größerem Interesse von formal niedrig gebildeten Jugendlichen favorisiert werden (vgl. MPFS 2016), sind nach wie vor eher selten Bestandteil von Unterricht. Auch zeigt sich, dass Schulen nach wie vor nicht flächendeckend vernetzt sind: Nur in jeder zweiten Schule (46%) ist Internet in allen Räumen verfügbar (vgl. BITKOM 2015). Dies bestätigt auch die ICILS-Studie, in der die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schüler_innen in der achten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich erfasst und auch die Rahmenbedingungen, unter denen sie ausgebildet werden, beleuchtet wurden (vgl. Bos u. a. 2014, S. 17). Weitere Herausforderungen bei der Einführung „neuer Medien“ zeichnen sich in der Schulorganisation ab: Es fehlen nach wie vor übergreifende technische und pädagogische Konzepte, so fühlt sich bislang nur ein Drittel der Lehrer_innen (33%) in der Lage, Unterricht mit Einbezug digitaler Medien vorzubereiten (vgl. Bos u. a. 2014, S. 18). Auf inhaltlicher Ebene werden zudem Fortbildungsbedarfe deutlich. Es finden sich also viele Hinweise dafür, dass die vornehmlich technik-getriebenen Ausstattungsiniciativen an Schulen (z. B. Schulen ans Netz) aus mediendidaktischer und -erzieherischer Sicht weitgehend erfolglos geblieben sind. Ob die neue Initiative der Bildungsministerin („Digital-Pakt“) erfolgversprechender sein wird, hängt sicherlich von der prinzipiellen Bereitschaft von Schule ab, sich zu öffnen – auch für Kooperationen mit außerschulischen Partnern und somit der Kinder- und Jugendarbeit.

Wie aber ist diese auf den medialen Wandel eingestellt? Im Unterschied zur Schule lässt sich hier nur auf wenige aussagekräftige Daten zurückgreifen. Festgehalten

werden kann sicherlich einerseits, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit, trotz aller wichtigen internen Unterschiede, nach außen vor allem gegenüber Familie und Schule als die beiden vorgängigen Orte des Aufwachsens für Kinder und Jugendliche deutlich abheben lässt. „Als freiwilliges, jugendspezifisches und nicht-kommerzielles Angebot eröffnet die Kinder- und Jugendarbeit jungen Menschen Gelegenheiten, in einem organisierten Rahmen jenseits der eigenen Familie und der Schule sich mit Gleichaltrigen treffen, sich ohne schulische Vorgaben einbringen, neue Erfahrungen machen und auch Verantwortung übernehmen zu können. (...) Innerhalb der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit treffen Interessierte vorrangig auf Gleichaltrige, aber nicht in der Form weitgehend altersgruppen- und kompetenzhomogener Klassen und durchgängig didaktisierter Lernarrangements, sondern in Form mehr oder weniger offener Gruppen, deren Aktivitäten mitzugestalten sind. Nicht umsonst gehören Stichworte wie Selbstorganisation, Partizipation und Verantwortungsübernahme unter Gleichaltrigen zu den zentralen Leitbegriffen des Feldes“ (Deutscher Bundestag 2017, S. 341).

Damit scheint die Kinder- und Jugendarbeit prädestiniert dafür, sich den digital-vernetzten Medienwelten der Kinder und Jugendlichen zu öffnen (vgl. auch Tillmann 2013). Wie schaut es vor Ort aus, welche Optionen bietet sie den Heranwachsenden, um sich mit den Herausforderungen der digital-vernetzten Welt auseinanderzusetzen? Die Frage nach der Ausstattung lässt sich dann allerdings auch eher bescheiden beantworten. So lassen sich laut einer repräsentativen Befragung von Jugendzentren aus dem Jahr 2012 teils signifikante Unterschiede zwischen Jugendeinrichtungen erkennen, insbesondere zwischen denen in östlichen und westlichen Bundesländern sowie zwischen denen in ländlichen Regionen und Städten in Deutschland – und dies auch im Hinblick auf den Zugang zum Internet. Nur 58% der Einrichtungen sind ans Internet angeschlossen oder unterhalten ein Internetcafé (Ost: 44%, West: 65%, vgl. Seckinger u. a. 2016). Besser ausgestattet sind die Einrichtungen mit Medien, mit denen die Erwachsenen bzw. Fachkräfte selbst aufgewachsen sind. So verfügen z. B. 86% der Einrichtungen über einen Fernseher/DVD-Player, 67% der Einrichtungen haben eine Foto- bzw. Videokamera (Ost: 58%, West: 71%) – etwas heraus fällt hier die Spielekonsole, über die 66% der Einrichtungen verfügen (Ost: 63%, West: 68%). Die Frage nach der konkreten inhaltlichen Arbeit mit Medien bleibt offen. Einen Hinweis liefert die Abfrage nach medienpädagogischen Angeboten; diese werden von 40% der Einrichtungen zur Verfügung gestellt – mit signifikanten Unterschieden zwischen Ost und West und Stadt und Land (Ost: 28%, West: 46%; Stadt: 50%, Land: 33%). Schließt man – zugegebenermaßen sicherlich etwas unzulässig – von den Medien auf die Medienpraktiken, dann scheint weiterhin die Foto- und Videoarbeit, die in den 1980er-Jahren Einzug in die Kinder- und Jugendarbeit gehalten hat, favorisiert zu werden. „Multimediale Kunstform des VJing oder bildgerecht und präzise inszenierte Flashmobs als neue performative Praxis, erweiterte Formen

des literarischen Schaffens und Wettstreits wie Twitter-Slam oder Handy-Poetry sowie Varianten der Bild- und Filmgestaltung wie z. B. Brickfilme (...)“ (Bürgermeister 2017) finden sich demnach seltener im Alltagsangebot. So spiegelt sich die digital-vernetzte Medienwelt zwar mittlerweile in vielen Strategie- und Positionspapieren von Politik und (sozial- und kultur-)pädagogischen Verbänden, Hinweise darauf, wie sie, der real-lebensweltlichen Bedeutung für Kinder und Jugendliche entsprechend, in der Praxis der verschiedenen Bildungsorte, in ihren Formaten, Konzepten und Angeboten aufgegriffen wird, finden sich nur wenige. Zwar gibt es z. B. im kulturellen Bildungsbereich durchaus schon viele positive, richtungsweisende Angebote: „Ob Film-Tanz-Werkstatt, literarisch-mediales Kunstprojekt, Machinima-Filmwerkstatt oder Digital Open Labs, (aber) gerade wenn Medien mit klassischen Künsten verknüpft werden, gibt es noch Luft nach oben bei der Einbindung und Umsetzung digitaler Medienangebote im Sinne einer Querschnittsaufgabe“ (Bürgermeister 2017). Einen Grund, warum die Dynamik der Medienentwicklung und die immer neuen Techniken und Anwendungsmöglichkeiten nicht in der erhofften Weise Einzug in die Kinder- und Jugendarbeit finden, wird vor allem bei den eher technikfernen Pädagog_innen gesehen, die sich in der Konsequenz als weniger kompetent erleben und in einen Rollenkonflikt geraten. Auch zeigt sich, dass der Altersdurchschnitt bei den Beschäftigten von knapp 29 Jahre (1994) auf zuletzt fast 36 Jahre (2014) gestiegen ist (vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 375). Die Kinder- und Jugendarbeit hat sich somit von einem ausgesprochen „jungen Arbeitsfeld“ (Rauschenbach 2010, S. 33) zu einem Berufsfeld mit einer Altersverteilung entwickelt, die sich im Verlauf der Jahre dem der anderen Arbeitsfelder in der Kinder- und Jugendhilfe angeglichen hat, also seine „Jugendlichkeit“ eingebüßt hat (vgl. Rauschenbach 2010, S. 33f.). Möglicherweise hat dies Auswirkungen auf den Umgang mit neuen Mediengeräten und -umgebungen.

Zu berücksichtigen gilt zukünftig sicherlich, dass bezogen auf das Medienhandeln das klassische Sender-Empfängermodell als pädagogisches Grundprinzip ausgedient hat oder zumindest infrage gestellt wird: „Um die Zielgruppe zu erreichen ist für Lern- und Bildungssettings eine Strategie auf Augenhöhe gefragt“ (Bürgermeister 2017). Pädagog_innen sind also aufgefordert, nachzufragen, sich von Kindern und Jugendlichen Medienpraktiken zeigen und erklären zu lassen. Unbedingt erlaubt und notwendig ist es auch, Neues auszuprobieren. Die Fachkräfte sind weiterhin aber auch dazu angehalten, Anreize zu liefern, sodass Kinder und Jugendliche ihren Orientierungs- und Handlungsspielraum erweitern können (z. B. durch Hinweise auf alternative Software). Insbesondere in kommerzialisierten und datafizierten Zeiten benötigen sie Reflexionsräume für mediatisierte Erfahrungen.

6. Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit in digital-vernetzten Zeiten

Im 15. Kinder- und Jugendbericht werden Jugendliche als digitale Grenzarbeiter_innen bezeichnet, die sich ihren Weg in die digital-vernetzte Welt weitgehend selbstverantwortlich und eigenständig bahnen müssen. Aufgezeigt wird, dass der „digitale Ermöglicheraum“ Jugendlichen einerseits neue Autonomieräume und Teilhabemöglichkeiten und damit auch Optionen bereithält, um die Kernherausforderungen der Jugend – die Selbstpositionierung, Verselbstständigung und Qualifizierung – zu bearbeiten. Es wird andererseits aber auch dargelegt, dass Jugendliche mit gesellschaftlichen Grenzverschiebungen konfrontiert werden, z. B. „im Bereich Öffentlichkeit und Privatheit oder in puncto Präsenz und Kopräsenz, in sozialen Grenzsituationen (z. B. Hatespeech, Rassismus, Sexismus, Cybermobbing) und in strukturellen Dilemma-Situationen (z. B. Datenschutz). Gefordert werden sie weiterhin durch ethische Fragen (z. B. Schutz der Daten anderer) und Rollenwechsel (z. B. von Konsumierenden zur Produzierenden)“ (Deutscher Bundestag 2017, S. 59). Aktuell erwerben Jugendliche die Kompetenz, um in digitalen Welten soziale Handlungsfähigkeit erlangen und gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen zu können, in erster Linie außerhalb formaler und non-formaler Bildungsinstitutionen – im Kreise der Gleichaltrigen. Dadurch werden nicht nur bestehende strukturell begründete Problemlagen, sondern auch soziale Ungleichheiten reproduziert und verstärkt. Ein „digitaler Ermöglicheraum für Jugend“ – so der 15. Kinder- und Jugendbericht (vgl. Deutscher Bundestag 2017) – erfordert daher eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung. Auch Pädagog_innen sind im Zuge dessen aufgefordert, sich als Anwält_innen von jungen Menschen für eine umfassende Medienbildung einzusetzen und haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen teilhaben und die notwendige Kompetenz erwerben können, um Bildungsoptionen ausschöpfen und die Kommunikationskultur im demokratischen Sinne mitgestalten zu können. Hierzu müssen – z. B. im Rahmen einer Jugendnetzpolitik – infrastrukturelle Rahmenbedingungen geschaffen und Persönlichkeitsrechte gestärkt, aber auch Unterstützungsstrukturen im sozialen und institutionellen Gefüge gefördert werden. Will die Kinder- und Jugendarbeit zukünftig auch weiterhin einen Ort darstellen, an dem sich Kinder und Jugendliche Kompetenzen aneignen, sich ihre Lebenswelt erschließen und sich mit ihr auseinandersetzen (vgl. Gieseke 1980), dann ist sie aufgefordert, die digitalen Medien stärker in ihre Arbeit zu integrieren und z. B. auch ihre Stärken als Partner der Ganztagschulen noch mehr auszuspielen. Wenn es Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist, die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu fördern, diese zur Selbstbestimmung und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung zu befähigen, dann gilt es auch die Eigenverantwortlichkeit, das Verantwortungsbewusstsein und die Gemeinschafts- und Konfliktfähigkeit im Umgang mit digitalen Medien zu

fördern – und im Zuge dessen auch das eigene Medienhandeln zu reflektieren. Vor dem Hintergrund der Datafizierung der sozialen Welt gilt es, sich für ein (daten-)sicheres Leben von Kindern und Jugendlichen einzusetzen.

Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit zeichnen sich insgesamt auf drei Ebenen ab. Zum einen bei der (1) Förderung einer (politischen) Medienbildung. Die pädagogischen Fachkräfte haben somit dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, sich im Umgang mit digitalen Medien komplexere Sichtweisen auf die Welt und das eigene Selbst aneignen zu können. Sie sollen sich auch zukünftig souverän auf unbekannte Mediensituationen oder sich verändernde Medienumgebungen einstellen können. Zur Förderung von Medienbildung und Medienkompetenz gilt es, zielgruppensensible Angebote anzubieten, die strukturelle Ungleichheiten reflektieren und berücksichtigen.

Eng damit verknüpft ist die (2) Förderung einer medienreflexiven Professionalisierung pädagogischer Fachkräfte – also die Förderung medienpädagogischer Kompetenz. Ziel ist es, Fachkräfte darin zu befähigen, Lernbedingungen für junge Menschen zu schaffen, die eine (Weiter-)Entwicklung von Medienkompetenz ermöglichen (vgl. auch Tulodziecki 2012, S. 271). Die Medienkompetenz umfasst vor allem Kenntnisse über die Bedeutung von Medien für Kinder und Jugendliche, aber auch Medienkritik und Medienkunde, um aktuelle Medienentwicklungen einschätzen und eine aktive, kritische und kreative Medianarbeit anbieten zu können. Notwendig erscheint daher insgesamt eine grundlegende Aus- und auch fortwährende Weiterbildung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit. Angesichts dessen, dass pädagogische Fachkräfte verunsichert sind, wie sie die Online-Kommunikation mit Jugendlichen gestalten und mit den Online-Risiken umgehen sollen (vgl. z. B. Alfert 2015; Croll/Euler/Müller-Bretl 2014), drängt sich die Entwicklung auch von Qualitätskriterien im Umgang mit digitalen Medien auf. Wichtig ist es auch hier, Aspekte zur Datensicherheit zu reflektieren, da sich Jugendliche und auch Fachkräfte häufig in kommerziellen Räumen aufhalten (z. B. im Rahmen virtuell-aufsuchender Jugendarbeit). Bezogen auf das Berufsfeld selbst sind weiterhin auch transformierende Einflüsse der Digitalisierung auf die eigene Praxis zu reflektieren (z. B. im Rahmen der Online-Beratung, der virtuell-aufsuchenden Jugendarbeit, der Internationalen Kinder- und Jugendarbeit). Grundsätzlich notwendig sind weiterhin auch Konzepte und Ideen für den Einsatz datensicherer Software und Angebote. Dieter Baacke hat bereits sehr früh darauf hingewiesen, dass ein kreativer Umgang mit Medien insbesondere auch beinhaltet, dass Menschen lernen Kommunikationsroutinen zu überschreiten. Fangen wir also bei WhatsApp an und diskutieren über die Alternativen Telegram, Threema oder Signal sowie ihre Vorzüge und Nachteile. Erwachsene sind hier in der Pflicht, ein gutes Vorbild abzugeben.

Ein weiteres Aufgabenfeld zeichnet sich im (3) Aufbau lokaler und regionaler Medienbildungsnetzwerke ab. Da Teilhabe heute digitale Teilhabe bedeutet, kann die Förderung von Medienbildungsprozessen nicht allein in den Zuständigkeitsbereich der Familie und Schule oder alternativ Kinder- und Jugendarbeit fallen, sondern muss übergreifend in Medienbildungsnetzwerken gefördert werden, zumal Ressourcen weiterhin knapp sind (z. B. Ausstattung). Ziel sollte es insgesamt sein, dass alle Kinder und Jugendlichen von den informativen und kommunikativen Potenzialen, Bildungsmöglichkeiten und auch Autonomiegewinnen digitaler Medien(-umgebungen) profitieren und somit eine eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit in einer digital-vernetzten Gesellschaft entwickeln können. Hier kann die Kinder- und Jugendarbeit sowohl im Unterschied als auch in Ergänzung zur Familie und Schule wertvolle Zugänge eröffnen.

Literatur

- BITKOM: Digitale Schule – vernetztes Lernen. Ergebnisse repräsentativer Schüler- und Lehrerbefragungen zum Einsatz digitaler Medien im Schulunterricht, Berlin 2015 (www.bitkom.org/sites/default/files/file/import/BITKOM-Studie-Digitale-Schule-2015.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Bos, W./Eickelmann, B./Gerick, J./Goldhammer, F./Schaumburg, H./Schwippert, K./Senkbeil, M./Schulz-Zander, R./Wendt, H.: ICILS 2013 – Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in der 8. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster und New York 2014.
- Bosse, I.: Medienbildung und Inklusion: wechselseitige Partizipationsgewinne. Expertise im Rahmen des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung, München 2017 (www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2017/15_KJB_Bosse_neu.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Bürgermeister, E.: Keine kulturelle Bildung ohne Medien!? Medienbildung – Herausforderungen für die Kulturelle Praxis, in: Magazin KULTURELLE BILDUNG. Medienreflexive Professionalisierung in der Kulturellen Bildung, 2017.
- Christl, W./Spiekermann, S.: Networks of Control. A Report on Corporate Surveillance, Digital Tracking, Big Data & Privacy, Wien 2016 (https://crackedlabs.org/dl/Christl_Spiekermann_Networks_Of_Control.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Croll, J./Euler, J./Müller-Bretl, C.: Soziales Netz – Soziale Arbeit, in: Unsere Jugend, 2014, Heft 4, S. 171-183.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung. BT-Drucksache 18/11050, Bonn 2017 (www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b-7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf; Zugriff: 28.11.2018).

- Eggert, S./Brüggen, N.: Mobile Medien in der Lebenswelt Jugendlicher. Reflexionen zum Heranwachsen in mediatisierten Lebenswelten, in: U. Wagner (Hrsg.), *vernetzt_öffentlich_aktiv. Mobile Medien in der Lebenswelt von Jugendlichen*, München 2014, S. 23-34.
- Forschungsverbund DJI/TU Dortmund: Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0. Endbericht, Dortmund 2011 (www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Freiwilliges_Engagement/Abschlussbericht_Engagement_2_0.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Gapski, H.: 1.0, 2.0, 3.0 und 4.0 – und was zählt die Medienbildung?, in: S. Eder, C. Mikat, A. Tillmann (Hrsg.), *Software takes Command?! Herausforderungen der Datafizierung für die Medienpädagogik in Theorie und Praxis*, München 2017.
- Greschke, H.: „Mama, bist du da?“ Zum prekären Status von Anwesenheit in mediatisierten familialen Lebenswelten, in: *medien + erziehung*, 2015, Heft 6, S. 70-80.
- Hugger, K.-U.: Junge Migranten online. Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit. Reihe: Medienbildung und Gesellschaft. Band 9, Wiesbaden 2009.
- Hugger, K.-U. (Hrsg.): *Digitale Jugendkulturen. Digitale Kultur und Kommunikation. Band 2*, Wiesbaden 2014.
- Iske, S./Klein, A./Kutscher, N.: Digitale Ungleichheit und formaler Bildungshintergrund – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Nutzungsdifferenzen von Jugendlichen im Internet, Bielefeld 2004.
- Jörissen, B.: Bildung der Dinge: Design und Subjektivation, in: B. Jörissen, T. Meyer (Hrsg.), *Subjekt – Medium – Bildung*, Wiesbaden 2014, S. 215-233.
- Jörissen, B./Münste-Goussar, S.: Medienbildung als Schulbildung. Oder: wie man ein Trojanisches Pferd zähmt, in: *Computer + Unterricht*, 2015, Heft 99, S. 4-9.
- Jurczyk, K./Schier, M./Szymenderski, P./Lange, A./Voß, G.: *Entgrenzte Arbeit, entgrenzte Familie: Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung*, Berlin 2009.
- Kutscher, N.: Virtuelle Räume Jugendlicher – die Wirkmacht kulturellen Kapitals bei der Nutzung des Internets, in: C. Tully (Hrsg.), *Multilokalität und Vernetzung. Beiträge zur technikbasierten Gestaltung jugendlicher Sozialräume*, Weinheim 2009, S. 157-173.
- Kutscher, N./Kreß, L.-M.: Flucht und digitale Medien, in *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis*, 2016, Heft 2, S. 88-92.
- Lange, A.: Medienkindheit in zeitgenössischen Familien: Zur notwendigen Verbindung praxis- und wirkungstheoretischer Ansätze, in: A. Tillmann, S. Fleischer, K.-U. Hugger (Hrsg.), *Handbuch Kinder und Medien*, Wiesbaden 2014, S. 483-502.
- Logemann, N./Feldhaus, M.: Zwischen SMS und download – Erste Ergebnisse zur Untersuchung der neuen Medien Mobiltelefon und Internet in der Familie, in: *Kommunikation@Gesellschaft*, 2002, Heft 3, Beitrag 2.

- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2008. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland, Stuttgart 2008 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2008/JIM_Studie_2008.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2016. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart 2016 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2016/JIM_Studie_2016.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: KIM-Studie 2016. Kinder, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 12-Jähriger, Stuttgart 2017 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2016/KIM_2016_Web-PDF.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Paus-Hasebrink, I./Kulterer, J.: Praxeologische Mediensozialisationsforschung. Langzeitstudie zu sozial benachteiligten Heranwachsenden, Baden-Baden 2014.
- Rauschenbach, T.: Kinder- und Jugendarbeit in neuer Umgebung. Ambivalenzen, Herausforderungen, Perspektiven, in: M. Leshwange, R. Liebig, (Hrsg.), Aufwachsen offensiv mitgestalten. Impulse für die Kinder- und Jugendarbeit, Essen 2010, S. 17-50.
- Schmidt, J.-H./Paus-Hasebrink, I./Hasebrink, U. (Hrsg.): Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Band 62, Berlin 2009.
- Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, C./Santen, E. van: Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme, Weinheim und Basel 2016.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. 17. Shell Jugendstudie, Frankfurt a. M. 2015.
- Theunert, H./Lange, A.: „Doing Family“ im Zeitalter von Mediatisierung und Pluralisierung, in: medien + erziehung, 2012, Heft 2, S. 10-20.
- Tillmann, A.: Identitätsspielraum Internet. Selbstbildungspraktiken von Mädchen und jungen Frauen in der virtuellen Welt, Weinheim und München 2008.
- Tillmann, A.: Vermittlung von Medienkompetenz in der Praxis für Jugendliche: Außerschulische Jugendarbeit, in: Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche – Eine Bestandsaufnahme. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2013.
- Tillmann, A./Vollbrecht, R. (Hrsg.): Abenteuer Cyberspace – Jugendliche in virtuellen Welten, Berlin 2006.
- TÜV Rheinland (Hrsg.): Bericht zum Breitbandatlas Ende 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Teil 1: Ergebnisse, Berlin 2015 (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-ende-2015-ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile; Zugriff: 28.11.2018).
- Wagner, U. (Hrsg.): Medienhandeln in Hauptschulmilieus. Mediale Interaktion und Produktion als Bildungsressource, München 2008.

Wagner, U./Gebel, C.: Jugendliche und die Aneignung politischer Information in Online-Medien, Wiesbaden 2014.

Susanne Gerleigner

Familienleben im Digitalzeitalter

1. Einleitung

Der Griff zum Smartphone, um etwas zu „googeln“ oder um ohne Straßenkarte in einer fremden Stadt ans Ziel zu gelangen, ist für uns heute weitgehend selbstverständlich. Sogar Kühlschränke, die sich selbst wieder befüllen, oder kleine Roboter, die unsere Pakete bis vor die Haustür liefern, sind fast schon Realität. Die fortschreitende Digitalisierung verändert nach und nach unsere Gesellschaft und auch das Leben in und als eine Familie bleibt davon nicht unberührt.

Der vorliegende Beitrag geht deshalb der Frage nach, wo und wie sich das Leben in und als Familie durch die Prozesse der Digitalisierung wandelt. Nach einer einführenden Darstellung, welchen neuen Anforderungen Familien heute gegenüberstehen, geht der Beitrag kurz auf den Begriff der Digitalisierung ein und nimmt Bereiche in den Blick, in denen Familie besonders von den technischen Entwicklungen betroffen ist. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick darauf, welche gesellschaftlichen Institutionen neben der Familie gefragt sind, um zu gewährleisten, dass die neuen Möglichkeiten der fortschreitenden Digitalisierung selbstbestimmt und verantwortungsvoll genutzt werden können.

2. Verändertes Familienleben

Familie als ein Ort der Nähe und Sicherheit, der emotionalen und körperlichen Fürsorge gilt als zentrale Lebenswelt für Kinder und Jugendliche und bietet allen Familienmitgliedern wichtige Möglichkeiten des Rückzugs und der Geborgenheit. Familie bzw. das Leben in und als eine Familie hat sich in den letzten 20 Jahren jedoch sehr verändert.

So nimmt beispielsweise die Vielfalt der familialen Lebensstile zu: Es gibt nicht mehr die Familie, welche in der traditionellen Vorstellung mit einem verheirateten heterosexuellen Elternpaar mit zwei Kindern assoziiert wird. Dies zeigt sich insbesondere an den steigenden Anteilen von Eltern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, an der Zunahme von Ein-Eltern-Familien sowie an einer wachsenden Zahl von Stief- und Regenbogenfamilien in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Jurczyk/Klinkhardt 2014, S. 22). Zwar bleibt das Modell verheirateter Eltern weiterhin die häufigste Familienform (2012 lebten 70,7% der Familien dieses Modell; vgl. Jurczyk/Klinkhardt 2014, S. 22), für Kinder wird es jedoch zunehmend normaler, unehelich geboren zu werden, die Trennung der Eltern mitzerleben, zeitweise bei einem alleinerziehenden Elternteil zu wohnen und anschließend in einer Stieffamilie mit neuem Stiefelternteil und Stiefgeschwistern aufzuwachsen. Neue Bezugspersonen können im Verlauf des Aufwachsens hinzukommen, andere verlassen zwar vielleicht

den gemeinsamen Haushalt, bleiben aber weiterhin zentrale_r Ansprechpartner_in und Anlaufstelle bei Problemen oder Gesprächsbedarf. Für die Eltern bringen derartige Konstellationen häufig erhöhten Organisations- bzw. Kommunikationsbedarf mit sich.

Auch die Arbeitsteilung zusammenlebender Eltern hat sich stark gewandelt. Seit 1960 nimmt die Anzahl erwerbstätiger Ehefrauen und Mütter immer weiter zu (vgl. Grunow 2013, S. 385). Das Alleinverdiener-Modell, bei dem ein Elternteil (meist der Vater) in Vollzeit arbeitet und der andere Elternteil sich um Haushalt und Kinder kümmert, ist erheblich zurückgegangen zugunsten des sogenannten Zuverdiener-Modells, eine Kombination, in der beide Elternpaare erwerbstätig sind, wobei zumeist der Mann Hauptversorger der Familie bleibt.

Aufgrund begrenzter zeitlicher Ressourcen stehen Eltern dadurch immer mehr vor der Herausforderung einer gelingenden (zeitlichen) Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch Familien brauchen insbesondere Zeit, um als Familie zu existieren und sich als solche erfahren zu können. Die Qualität des Zusammenlebens von Familien ist untrennbar verbunden mit zeitlichen Ressourcen, zeitlichen Verpflichtungen und Zeiterfahrungen ihrer Mitglieder. Sie benötigen gemeinsame Zeit, um emotionale Bindungen und Vertrauen aufbauen zu können (vgl. BMFSFJ 2012). Zwischen all den beruflichen und anderweitigen Verpflichtungen kommt die Zeit für Familie allerdings immer häufiger zu kurz. So geben laut einer Studie der Vodafone Stiftung 39% der Väter sowie 48% der Vollzeit berufstätigen Mütter und 45% der alleinerziehenden Elternteile an, nicht genügend Zeit für ihre Kinder zu haben (vgl. Vodafone Stiftung Deutschland 2015, S. 31). Die Kinder selbst nehmen das ähnlich wahr. Gefragt danach, ob ihre Eltern ausreichend Zeit für sie haben, gaben rund 50% an, dass insbesondere ihre (berufstätigen) Väter unter der Woche zu wenig oder keine Zeit mit ihnen verbringen (vgl. Jurczyk/Klinkhardt 2014, S. 88ff.).

Die steigende Pluralisierung der Lebensformen, einhergehend mit vielen, zeitintensiven Anforderungen des Berufs, stellt Mütter und Väter heute somit immer mehr vor die Herausforderung, ein gelingendes Familienleben zu gestalten. In Zeiten, in denen die Selbstverständlichkeit von Familie möglicherweise verloren geht, wird aber gerade die aktive Herstellung von Familie (doing family; vgl. u. a. Jurczyk u. a. 2009, S. 68; Schier/Jurczyk 2007, S. 10.), im Sinne aller Handlungen, die Familie als gemeinschaftliches Ganzes immer wieder neu herstellen, wichtiger (vgl. u. a. Schier/Jurczyk 2007, S. 10).

Die fortschreitende Digitalisierung wird sowohl als ein zentraler Treiber wie auch als Lösungsansatz für diese Entwicklungen gesehen. Denn wenn aufgrund der neuen technischen Möglichkeiten – und damit einhergehender räumlicher und zeitlicher

Entgrenzung von Erwerbsarbeit – sich die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben immer mehr auflösen, kann dies negative Auswirkungen auf die Gestaltung des Familienlebens haben. Gleichzeitig zeigen sich aber auch gerade durch die Prozesse der Digitalisierung ebenso Möglichkeiten, den neuen Anforderungen besser gerecht zu werden, sodass die Digitalisierung auch als ein Instrument zur Überbrückung dieser Entgrenzungsproblematik dienen könnte.

Bevor im Folgenden genauer darauf eingegangen wird, in welchen Bereichen konkret die Digitalisierung zu einem Wandel des Familienlebens führt oder geführt hat, soll zunächst kurz erläutert werden, was vorliegender Beitrag unter Digitalisierung versteht.

3. Zur Definition von Digitalisierung

Rein technisch bedeutet Digitalisierung nicht mehr und nicht weniger als die Umstellung von analogen Spannungswerten auf binär kodierte Zahlenwerte (0 und 1), welche den Spannungswerten entsprechen. Dadurch können Informationen auf verschiedenen Endgeräten gespeichert und abgespielt werden. Zudem zeichnet sich die digitale Speicherung u. a. durch weniger Speicherkapazität sowie verbesserte Übertragungsqualität aus (vgl. Bentele/Brosius/Jarren 2006). So wurde beispielsweise die analoge VHS-Kassette im Zuge der Digitalisierung durch DVDs ersetzt, welche in Form der Blu-ray-Discs mit mehr Speicherkapazität und damit erhöhter Auflösung weiter optimiert wurden.

Gleichzeitig förderten diese neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKTs) die sogenannte Medienkonvergenz. Gemeint ist damit, dass (mobile) Endgeräte viele verschiedene Funktionen in sich vereinen. Beispielsweise kann mit einem Smartphone nicht mehr nur telefoniert werden, es dient vielen auch zum Musik hören, fotografieren, online-Zeitung lesen, navigieren oder Notizen speichern. Daneben haben sich neue Anwendungen – sogenannte Social Media – speziell für das Smartphone etabliert. Über Mikroblogs wie Twitter oder soziale Netzwerke wie Facebook können Nutzer_innen zeitnah und ortsunabhängig zu aktuellen Themen Stellung nehmen oder Gefühlszustände kundtun. Messenger-Programme ermöglichen es, Bilder, Videos, Emoticons oder Textnachrichten zu versenden sowie sich in Gruppenchats orts- und zeitunabhängig miteinander auszutauschen. Und über Anbieter von Videotelefonie kann man sich beim Telefonieren nicht nur hören, sondern auch sehen. Das Smartphone wird zum tragbaren multimedialen Alleskönner. Zwar sind die einzelnen Medien, die das Smartphone in sich vereint, nicht immer neu, die Integration all dieser Funktionen in ein Gerät ermöglicht jedoch viele neue Arten der Kommunikation.

Wenn im Folgenden die Auswirkung der Digitalisierung auf Familien diskutiert wird, steht nicht die technische Umstellung von analoger zu digitaler Speicherung im Fokus, sondern vielmehr die dadurch ermöglichte mobile, interaktive sowie zeit- und ortsunabhängige Nutzung der neuen digitalen Medien bzw. multifunktionalen Endgeräte.

4. Digitalisierung im Kontext von Erwerbsarbeit und Familienleben

Ausschlaggebend für die Digitalisierung, die heute all unsere Lebensbereiche durchdringt, waren die Entwicklungen in Industrie und Wirtschaft. Die zunehmende Digitalisierung automatisierte bzw. vereinfachte Arbeits- und Produktionsabläufe u. a. durch Robotereinsatz oder 3D-Druck und durch mobile Endgeräte wie Laptops, Tablet-PCs oder Smartphones in Kombination mit Cloud-Computing wird raum- und zeitunabhängige Mediennutzung und damit einhergehend mobiles und flexibles Arbeiten immer gängiger.

Dies hat den Vorteil, dass Arbeitnehmer_innen nicht mehr zwingend von einem festen Ort aus arbeiten müssen. Durch Telearbeit und Home-Office soll insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Nutzer_innen dieser Arbeitsform sparen zum einen Wegezeiten, zum anderen ermöglicht diese Form des Arbeitens eine flexiblere Zeiteinteilung, die besser an die Anforderungen der Familie angepasst werden kann (vgl. BMFSFJ 2015, S. 25f.).

Doch die neuen, vernetzten IKTs, die insbesondere in der Dienstleistungsbranche zu grundlegenden Veränderungen von Arbeitsformen und -inhalten geführt haben, fordern von Arbeitnehmer_innen auch neue Kompetenzen (vgl. Roth-Ebner 2013). Denn die mediatisierte Arbeit, die mit erhöhter Mobilität und z. T. ermöglichter, z. T. aber auch erforderlicher Flexibilität einhergeht, befördert zugleich eine Verschmelzung – und damit Entgrenzung – von Lebensbereichen. So nennen Beschäftigte in einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beauftragten Studie als Nachteil von Home-Office insbesondere die stärkere Verschmelzung von Arbeit und Privatleben (vgl. BMAS 2015, S. 14).

Die Nutzung von Home-Office ist in Deutschland im internationalen Vergleich aber insgesamt nicht allzu sehr verbreitet (vgl. BMFSFJ 2015, S. 7f.). Hauptgrund dafür scheint insbesondere die Arbeitskultur in Deutschland zu sein, die sich vor allem durch eine Präsenzkultur auszeichnet (vgl. u. a. BMAS 2015, S. 16; BMFSFJ 2015, S. 16f.). Doch gerade der Ausbau dieser planmäßigen Arbeit von zu Hause könnte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern (vgl. BMFSFJ

2015). Wie eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zeigt, sind hierfür aber entsprechende Voraussetzungen, insbesondere von Arbeitgeberseite, zu schaffen. Allen voran gilt es, neben der Anrechnung der im Home-Office geleisteten Arbeitszeiten, die zeitliche Erreichbarkeit klar zu regeln, um der Verschmelzung von Arbeit und Privatem Grenzen zu setzen (vgl. Bernhardt/Hepp/Allmendinger 2016, S. 59).

Auch unabhängig von Home-Office verlieren sich bei vielen Beschäftigten klare zeitliche und räumliche Grenzen zwischen Arbeit und Privat- bzw. Familienleben immer häufiger. Diese Entgrenzung der Arbeit zeigt sich u. a. in der Subjektivierung, Flexibilisierung, Vermarktlichung und Mobilisierung von Arbeit (vgl. Menz 2013, S. 27). So definieren sich Arbeitnehmer_innen vermehrt über ihre Arbeit. Diese „Selbstverwirklichung durch Erwerbsarbeit“ (Lange 2013, S. 62) fordert Beschäftigte verstärkt dazu auf, sich „als ‚ganze Person‘ mit Gefühlen, Kreativität, Eigenmotivation und Leidenschaft in den Arbeitsprozess einzubringen“ (Carstensen 2014, S. 26). In Kombination mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten u. a. durch großzügig angelegte Gleitzeitkonten oder Vertrauensarbeitszeit (vgl. Menz 2013, S. 28f.) werden berufliche Angelegenheiten dann häufiger mit nach Hause genommen – sei es in Gedanken oder durch den Arbeitslaptop bzw. das Diensthandy. Die Vermarktlichung der Arbeit im Sinne einer ergebnisorientierten Unternehmenspolitik erhöht zusätzlich den Druck auf die Beschäftigten (vgl. Menz 2013, S. 30). Um vorgegebene Zielgrößen zu erreichen, muss häufig der Arbeitsaufwand bzw. der Arbeitsumfang entsprechend angepasst werden, was in der Regel auf Kosten der privaten Zeit bzw. der Zeit für Familie geschieht (vgl. Menz 2013, S. 31). Und durch die entsprechenden neuen Technologien wird in vielen Bereichen jederzeit mobiles Arbeiten von unterschiedlichen Orten aus möglich. Dies geht nicht selten einher mit dem Anspruch permanenter Erreichbarkeit für berufliche Belange. Denn „es gibt eigentlich keine Orte (und keine Zeiten) mehr, an denen nicht gearbeitet werden kann“ (Menz 2013, S. 35).

Diese potenzielle Dauererreichbarkeit sowie die raum- und zeitunabhängige Ausführung von Erwerbsarbeit mittels neuer Technologien kann die Qualität von Familienzeit nachhaltig stören. Jederzeit könnte ein Familienmitglied z. B. durch dienstliche Anrufe oder E-Mails aus dem Familienleben herausgerissen werden. Mit der Auflösung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatheit stehen Beschäftigte zunehmend vor der Aufgabe, sich bzw. ihr Privat- und Familienleben vor Zugriffen der Erwerbsarbeit abzuschirmen. Dies kann zu einem Gefühl der permanenten Selbstüberforderung führen (vgl. Moosbrugger 2012), sodass Eltern teilweise zu erschöpft sind für familiäre Belange (vgl. Lange 2014). Das Ziehen klarer Grenzen wird mit fortschreitenden Entgrenzungstendenzen somit immer wichtiger, um Familienzeit

ohne das Gefühl des ständigen Herausgerissen-Werdens und der damit einhergehenden Belastung genießen zu können.

Raum- und zeitunabhängiges Arbeiten dank Digitalisierung kann also durchaus zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Wichtig ist hierbei, dass die Beschäftigten über gute Grenzziehungskompetenzen verfügen, um Familienzeit als solche auch ungestört verbringen zu können. Die Akzeptanz klar definierter Familienzeit auf Arbeitgeberseite spielt hierbei ebenso eine entscheidende Rolle.

Aber auch innerhalb der Familie ergeben sich neue Herausforderungen durch die fortschreitende Digitalisierung. Wie und wo Digitalisierung jenseits der Vereinbarkeitsproblematik das Leben von Familien verändern kann bzw. verändert, wird im Folgenden näher dargestellt.

5. Digitalisierung und die veränderte Kommunikationspraxis in der Familie

Durch die Digitalisierung hat sich die Kommunikation in all unseren Lebensbereichen deutlich gewandelt (vgl. Krotz 2003). Brief, Telefon oder Fax werden durch internetbasierte Kommunikation via E-Mail, Instant-Messenger oder Soziale Netzwerke ergänzt bzw. abgelöst. Insbesondere die mobile und jederzeit verfügbare digitalisierte Kommunikation ist allgegenwärtig und verändert damit zugleich die Praktiken der Kommunikation und Beziehungsarbeit innerhalb von Familien.

Mit Blick auf die Medienausstattung deutscher Haushalte sind die Voraussetzungen dafür auch gegeben (vgl. MPFS 2016). In den letzten Jahren wurden „klassische Medien“ umfangreich durch neue, mobile und digitale Medien ergänzt. Während Fernsehgerät, Laptop und Internetzugang in deutschen Haushalten mit 12- bis 19-jährigen Jugendlichen schon zur Grundausstattung gehören, sind Smartphones und Tablet-PCs weiter auf dem Vormarsch. So verfügten im Jahr 2012 nur knapp zwei Drittel der Haushalte mit Jugendlichen über ein Smartphone (63%), im Jahr 2016 sind es schon so gut wie alle Haushalte (95%). Auch die Ausstattung mit Tablet-PCs hat sich von 19% im Jahr 2012 auf 65% im Jahr 2016 mehr als verdreifacht (vgl. MPFS 2012, S. 6; MPFS 2016, S. 6).

Zudem zeigt sich, dass die Geräte nicht nur in den Familien vorhanden sind, sondern die Jugendlichen selbst diese vermehrt besitzen. Während 2012 weniger als die Hälfte der 12- bis 19-Jährigen ein Smartphone besaß, sind es 2016 schon fast alle jungen Menschen dieser Altersgruppe (vgl. MPFS 2016, S. 23). Das Smartphone

ist in dieser Altersgruppe auch das mit Abstand am häufigsten verwendete Endgerät zur Internetnutzung (vgl. MPFS 2016, S. 25). Bei den unter 12-Jährigen ist die Ausstattung damit zwar noch nicht so hoch (ca. die Hälfte der 6- bis 13-Jährigen besitzen im Jahr 2016 ein eigenes Handy oder Smartphone; vgl. MPFS 2017, S. 8), der Trend geht aber insgesamt zu einem immer früheren Einstieg in die digitalen Medien (vgl. MPFS 2015, S. 8).

Smartphones, Tablet-PCs & Co sind demnach ständige Begleiter sowohl von Jugendlichen als auch von Eltern und stellen „einen integralen Teil der alltäglichen Lebensführung von Familien“ (Lange 2014, S. 484) dar. In Anlehnung an die Arbeiten von Feldhaus (2005), Lange (2013) und Monz (2016) lassen sich fünf Funktionen medienbasierter Kommunikation in Familien ausmachen, die im Folgenden genauer dargestellt werden.

Praktiken der Alltagsorganisation

Mit Daten der Zeitverwendungsstudie zeigt sich, dass in deutschen Haushalten insgesamt weniger Zeit für unbezahlte Arbeit aufgewendet wird, als gut zehn Jahre zuvor. Dies betrifft insbesondere Küchenarbeit, Putzen und Wäsche waschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 7f.). Das mag daran liegen, dass bereits erste digitale Helfer hierbei unterstützen, vielleicht aber auch daran, dass gerade Erwerbstätige weniger zeitliche Ressourcen für die Hausarbeit haben und diese vermehrt gegen Entgelt auslagern. Dennoch leisten Alleinerziehende und Paare mit Kindern im Vergleich zu Paaren ohne Kinder gut zehn Stunden mehr unbezahlte Arbeit pro Woche (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 8).

Wie eine vom BMFSFJ in Auftrag gegebene Studie von McKinsey verdeutlicht, empfinden Eltern minderjähriger Kinder insbesondere Arbeiten wie putzen, Wäsche waschen oder bügeln, aber auch Arztbesuche und Arbeitswege als störende Zeitfresser (vgl. McKinsey&Company 2016, S. 18). Will oder kann man diese Tätigkeiten nicht an andere Personen abgeben, gibt es bereits einige, digitalisierte Lösungen zur Zeitersparnis. So können Haushaltsroboter wie Brotbackautomaten, Waschmaschinen mit Timer-Funktion oder digitalisierte Staubsaugerroboter die anfallenden Arbeiten im Haushalt wesentlich vereinfachen und dabei helfen, Zeit einzusparen. Zudem gibt es inzwischen Möglichkeiten, beispielsweise Behördengänge durch digitalisierte Vorgänge zu minimieren oder Zeiten für Einkäufe durch online-Bestelldienste zu reduzieren.

Auch die allgemeine Alltagsorganisation kann durch digitale Helfer optimiert und vereinfacht werden. So nutzen immer mehr Eltern digitalisierte Tools wie Einkaufslisten-Apps oder synchronisieren ihre Kalender, verwenden ihr Smartphone, um unkompliziert zu klären, wer die Kinder abholt oder welcher Bäcker auf dem Heimweg

noch geöffnet hat. Die Option, vieles zeit- und ortsunabhängig online erledigen zu können, gibt Familien mehr zeitliche Souveränität (vgl. BMFSFJ 2015, S. 6). Inwieweit neue digitalisierte Lösungen zusätzlich helfen können, Zeit zu sparen, wird sich noch herausstellen müssen.

Konstruktion von Gemeinsamkeit

Unter anderem aufgrund der angesprochenen fortschreitenden Pluralisierung von Lebensformen wird es immer mehr zur Aushandlungssache, wer zur Familie gehört und wer nicht. Familie definiert und (re-)konstruiert sich immer wieder neu (vgl. Jurczyk u. a. 2009). Dieses *doing family* (vgl. u. a. Jurczyk u. a. 2009, S. 68; Schier/Jurczyk 2007, S. 10) geht einher mit der Darstellung als Familie nach innen und außen, dem sogenannten „displaying family“ (vgl. Finch 2007). Digital findet displaying family beispielsweise über Familienhomepages oder Familien-WhatsApp-Gruppen statt, die sowohl dazu dienen, als Familie aufzutreten, als auch dazu, Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit in der Gruppe – wenn nötig auch über Distanzen hinweg – herzustellen (vgl. Carvalho/Francisco/Relvas 2015, S. 103).

Zudem kann durch zeit- und ortsunabhängige Kommunikation über den Tag oder über Distanzen hinweg Intimität hergestellt werden. Familienmitglieder können füreinander da sein, sich gegenseitig zuhören, mit schnellem Rat zur Seite stehen oder gegenseitige Zuneigung bekunden, auch wenn sie nicht am selben Ort sind (vgl. u. a. Feldhaus 2005; Monz 2016). Gerade diese „Herstellung von Intimität über Distanz“ (Monz 2016, S. 211) ist eine wichtige Funktion der emotionalen Stabilisierung. Dies betrifft auch räumlich getrennt lebende Familien, für die digitale Medien hilfreiche Werkzeuge zur Kommunikations- und Beziehungsarbeit darstellen können.

Trotz der soeben geschilderten positiven Aspekte unseres mediatisierten Lebenswandels müssen digitale Medien nicht zwangsläufig zur Stärkung des Wir-Gefühls beitragen. So wächst zum einen durch den – wie Vorderer (2015) es ausdrückt – Zustand des „permanently online, permanently connected“ (POPC) neben dem Druck der Dauererreichbarkeit auch die Erwartung einer unverzüglichen Reaktion. Ein Ausbleiben eben jener kann zu Sorgen, Enttäuschungen oder gar Ärger und Wut führen (vgl. Vorderer 2015, S. 7). Zum anderen deuten einige internationale Befunde darauf hin, dass sich Familienmitglieder mittels digitaler Medien auch isolieren können (vgl. Carvalho/Francisco/Relvas 2015). Gerade Jugendliche scheinen, anstatt sich mit Freund_innen zu treffen, sich vermehrt in das eigene Zimmer zurückzuziehen und sich mit dem Smartphone zu beschäftigen. Carvalho u. a. benennen diesen Wandel mit „street culture has been changed to room culture“ (Carvalho/Francisco/Relvas 2015, S. 102). Dies muss aber nicht zwangsläufig zur Isolation führen. Jugendliche können heutzutage annähernd ununterbrochen mit ihren Freunden Kontakt halten, Fotos und Videos austauschen oder über Sorgen und

Probleme sprechen. Vergemeinschaftung bzw. Kontakt zu Gleichaltrigen nimmt in der digitalen Welt vielleicht nur andere Formen an.

Bisherige Studien zu dieser Thematik sind aufgrund unterschiedlicher Stichproben, Erhebungsdesigns und teilweise auch unterschiedlicher konkreter Fragestellungen jedoch nicht ohne Weiteres miteinander vergleichbar. Deshalb bedarf es insbesondere in Deutschland weiterer Forschung dazu, bis zu welcher Grenze virtuelle Präsenz die tatsächliche Anwesenheit von Freund_innen oder Familienmitgliedern ersetzen kann sowie zur Klärung der Frage, wann und unter welchen Umständen die neuen digitalen Medien zur Herstellung von Familie dienen bzw. wann und unter welchen Umständen sie zur Isolierung oder Vereinzelung beitragen.

Praktiken des Sich-Ausklinkens

Der oben angesprochene Zustand des „permanently online, permanently connected“ (Vorderer 2015, S. 5) geht nicht nur mit einer gestiegenen Erwartung permanenter Erreichbarkeit einher, sondern ermöglicht ebenso ein bewusstes, demonstratives Ausklinken aus dem mediatisierten Geschehen: beispielsweise über den angezeigten offline-Status in sozialen Netzwerken, durch das Verlassen von Messenger-Gruppen oder durch die Aktivierung des Abwesenheitsassistenten am E-Mail Account. Für Familien sind diese offline-Zeiten wichtige Zeitoasen, in denen sie ungestört von äußeren Einflüssen Zeit miteinander verbringen können (vgl. Lange 2013). Durch die bewusste gemeinsame Mediennutzung, sozusagen als Familienevent, können aber auch feste Familienzeiten geschaffen werden. Denn „aufgrund der Verfügbarkeit von mehreren Fernsehern in den Familien ist das alleinige bzw. das gemeinsame Fernsehen eine wichtige Option des Doing Family im Sinne eines Sich-Ausklinkens aus einer dominierenden anforderungsgeprägten Zeitorientierung“ (Lange 2014, S. 496).

Neben diesem Sich-Ausklinken der ganzen Familie können Medien auch gezielt dazu genutzt werden, sich aus der Familiensituation auszuklinken. Der oben bereits geschilderte Rückzug von Jugendlichen mittels digitaler Medien sowie eine verstärkte Einzelnutzung der neuen, oft kleineren Endgeräte können die Heranwachsenden beim Ausbau von Peer-Beziehungen unterstützen. Doch wenn alle Familienmitglieder zwar physisch präsent sind, jeder aber nur dem eigenen Smartphone Aufmerksamkeit schenkt, kann dies durchaus zu erhöhtem Konfliktpotenzial innerhalb der Familie führen. Hier gilt es, klare Regeln für den Umgang mit digitalen Medien während der Familienzeiten zu erarbeiten, die für alle Familienmitglieder gleichermaßen gelten.

Routinen-/Taktgeber im Alltag

Routinen, Rituale und Strukturen für den Familienalltag bieten ein Gefühl von Sicherheit und Entlastung für die Familienmitglieder. Manche dieser Routinen sind dem (Arbeits-)Alltag geschuldet, manche von der Familie explizit als solche eingeführt.

Ein Beispiel dafür ist das abendliche Fernsehprogramm. Nach wie vor ist Fernsehen das am meisten gemeinsam genutzte Medium in der Familie und bietet zahlreiche Möglichkeiten der Vergemeinschaftung sowie Gesprächsstoff (vgl. Suter u. a. 2015, S. 62ff.). Durch Entwicklungen wie video-on-demand gibt es allerdings immer weniger vorgegebene Sendezeiten und -inhalte. Dies führt einerseits zur Auflösung von Alltagsstrukturen, andererseits ermöglicht es eine Anpassung gemeinsamer Zeit an die neuen Anforderungen des (beruflichen) Alltags. Filmstart für den gemeinsamen Fernsehabend ist dann eben nicht mehr um 20:15 Uhr, sondern um 20:45 Uhr.

Inwieweit diese Möglichkeiten der neuen, zeitunabhängigen Nutzung digitaler Medien destrukturierend oder belastend wirken bzw. inwieweit sie genutzt werden, um die eigenen Zeitabläufe zu optimieren oder dem Bedürfnis nach Gemeinsamkeit nachzukommen, ist bisher jedoch nicht ausreichend erforscht.

Sicherheits- und Kontrollinstanz

Die neuen Möglichkeiten bzw. das dadurch entstehende Gefühl, die eigenen Kinder jederzeit erreichen zu können, schafft ein Gefühl von Sicherheit bei den Eltern. Da sie im Zweifelsfall ihre Kinder immer anrufen können um beispielsweise nachzufragen, wo sie gerade sind, können Eltern ihnen prinzipiell mehr Freiheiten geben. Wenn dann aber die Kinder nicht erreichbar sind, kann dies dazu führen, dass sich Eltern grundlos Sorgen machen. Anstatt dem eigenen Kind zu vertrauen, laufen Eltern Gefahr, der Technik zu vertrauen. Der Wunsch nach Gewissheit kann sich wandeln und zum Bedürfnis nach Kontrolle werden. Vorderer fasst das mit „Soziale Kontrolle ersetzt Vertrauen“ (Vorderer 2015) zusammen. So bieten beispielsweise Tracking-Apps Eltern die Möglichkeit, z. T. auch ohne Wissen ihrer Kinder zu ermitteln, wo diese sich gerade befinden. Auch in zahlreichen Internetdiensten ist es Standard, online-Zeiten nachverfolgen zu können sowie Informationen darüber zu erhalten, ob und wann Nachrichten gelesen wurden. Gerade hier zeigt sich aber auch ein Trend dahin gehend, dass Nutzer_innen dieser online-Dienste bewusst derartige Kontrollmöglichkeiten ausschalten, wohl auch um dem Druck einer unverzüglichen Antwort auf gelesene Nachrichten zu entgehen. Familien sollten hier gemeinsam Regeln der Erreichbarkeit bzw. Reaktion erarbeiten, um unnötige Sorgen der Eltern, aber auch unnötige Belastungen der Kinder zu vermeiden.

Anhand dieser fünf Bereiche wird deutlich, dass die Digitalisierung sehr viele neue und hilfreiche Möglichkeiten für Familien bietet. Konfliktfreie und gesellschaftlich akzeptierte Umgangsweisen damit müssen aber sowohl in der Familie als auch in anderen sozialen Gruppen noch konkreter ausgehandelt werden (vgl. Schier/Schlingzig 2016).

6. Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Familien neben (hier nicht behandelten) neuen Herausforderungen der Medienerziehung im Wesentlichen in drei Bereichen durch den Prozess der Digitalisierung betroffen sind: im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in der (familialen) Alltagsorganisation sowie im Bereich der Kommunikation und Beziehungsarbeit innerhalb der Familie.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch die Digitalisierung einerseits erschwert, da die technischen Entwicklungen oft auch Beschleuniger der Entgrenzung sind. Andererseits ermöglichen neue digitale Technologien neue Modelle des zeit- und ortsunabhängigen Arbeitens. Die neu gewonnene zeitliche Autonomie der Beschäftigten kann wiederum einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen. Voraussetzung hierfür sind jedoch sehr gute Grenzziehungskompetenzen der Beschäftigten sowie betriebliche Regelungen und Praktiken, die eine solche Grenzziehung unterstützen.

Bezüglich der Zeitverwendung und der Organisation im Alltag werden bereits einige Neuerungen wie online-Bestellformate oder Einkaufslisten-Apps vom Gros der Familien eingesetzt. Inwieweit sich aber auch hochautomatisierte Verfahren im Privatleben durchsetzen werden, hängt sicherlich ebenfalls ein Stück weit von politischen Bemühungen zur Datensicherheit ab.

Die fortschreitende Digitalisierung hat auch die Kommunikation sowie die Beziehungsarbeit zwischen den Familienmitgliedern verändert. Richtig genutzt können digitale Medien viele Herausforderungen, wie häufige Abwesenheit einzelner Familienmitglieder, sehr gut kompensieren. Gleichzeitig bleibt aber auch immer die Gefahr, dass sich Familienmitglieder durch Rückzug in eigene „Medienwelten“ isolieren oder aufgrund der Omnipräsenz digitalisierter Medien überfordert werden.

Wann und unter welchen Umständen die fortschreitende Digitalisierung für Familien problematisch wird, ist bisher nicht ausreichend erforscht. Es fehlen insbesondere belastbare, große Datensätze. Denkbar wäre, dass vor allem multi-lokal lebende Familien oder Familien mit Doppelverdiener-Paaren in hochqualifizierten Berufen

von der Digitalisierung besonders profitieren. Deshalb ist es wichtig zu untersuchen, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen durch die Digitalisierungsprozesse abgehängt werden (können) und was Politik, Wirtschaft und staatliche Institutionen tun können und müssen, um allen die gleichen Chancen durch die fortschreitende Digitalisierung zu gewährleisten. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gilt es, entsprechende Arbeitszeitgesetze auf den Weg zu bringen sowie durch betriebliche Rahmenbedingungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Gleichzeitig wird der allgemeine, kompetente Umgang mit den neuen Medien – die Verwertbarkeit der sich bietenden Möglichkeiten ebenso wie das Handling eventueller Risiken – zu einer zentralen (Erziehungs-)Aufgabe der Zukunft. Eine digitalisierte Gesellschaft benötigt medienkompetente Akteur_innen mit ausgeprägten Grenzmanagementkompetenzen, die sich ggf. bewusst zeitweise medialen Einflüssen entziehen können und dürfen. Neben den Eltern sind hier Familienbildungsstätten, Kindergärten, Schulen und Weiterbildung ebenso gefragt wie Politik und Wirtschaft.

Literatur

- Bentele, G./Brosius, H.-B./Jarren, O.: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaften, Wiesbaden 2006.
- Bernhardt, J./Hipp, L./Allmendinger, J.: Warum nicht fifty-fifty? Betriebliche Rahmenbedingungen der Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit in Paarfamilien, in: WZB Discussion Paper SP I 2016-501, 2016.
- (BMAS) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Monitor „Mobiles und entgrenztes Arbeiten“. Aktuelle Ergebnisse einer Betriebs- und Beschäftigtenbefragung, Berlin 2015 (www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a873.pdf?jsessionid=1400465740E910FA236DC97930EBFDCD?__blob=publicationFile&v=2; Zugriff: 28.11.2018).
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht, Berlin 2012 (www.bmfsfj.de/blob/93196/b8a3571f0b33e9d4152d410c1a7db6ee/8--familienbericht-data.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Digitalisierung – Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Expertise der Roland Berger GmbH im Rahmen des Unternehmensprogramms Erfolgsfaktor Familie, Berlin 2015 (www.bmfsfj.de/blob/108986/13abe13cebb2136c29d9bdf5753bdd/digitalisierung-chancen-und-herausforderungen-data.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Carstensen, T.: Zwischen Handlungsspielräumen und eigensinniger Materialität: Subjekte im Umgang mit den Herausforderungen der Internet-Arbeitswelt, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien, 2014, Heft 1, S. 24-41.

- Carvalho, J./Francisco, R./Relvas, A. P.: Family functioning and information and communication technologies: How do they relate? A literature review, in: *Computers in Human Behavior*, 2015, S. 99-108.
- Feldhaus, M.: Mobile Kommunikation in der Familie: Chancen und Risiken, in: J. R. Höflisch, J. Gebhardt (Hrsg.), *Mobile Kommunikation. Perspektiven und Forschungsfelder*, Frankfurt a. M. 2005, S. 159-177.
- Finch, J.: Displaying Families, in: *Sociology*, 2007, Heft 1, S. 65-81.
- Grunow, D.: Zwei Schritte vor, eineinhalb Schritte zurück. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sozialisation aus Perspektive des Lebensverlaufs, in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 2013, Heft 4, S. 384-398.
- Jurczyk, K./Klinkhardt, J.: Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte, Gütersloh 2014.
- Jurczyk, K./Schier, M./Szymendersky, P./Lange, A./Voß, G. V.: *Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung*, Berlin 2009.
- Krotz, F.: Die Mediatisierung der Lebensräume von Jugendlichen. Perspektiven für die Forschung, in: J. Bug, M. Karmasin (Hrsg.), *Telekommunikation und Jugendkultur. Eine Einführung*, Wiesbaden 2003, S. 167-183.
- Lange, A.: Medien und die gefo(e)rderte Familie. Thesen und Befunde aus interdisziplinärer Sicht, in: U. Wagner (Hrsg.), *Familienleben: Entgrenzt und vernetzt?*, München 2013, S. 59-75.
- Lange, A.: Medienkindheit in zeitgenössischen Familien: Zur notwendigen Verbindung praxis- und wirkungstheoretischer Ansätze, in: A. Tillmann, S. Fleischer, K.-U. Hugger (Hrsg.), *Handbuch Kinder und Medien*, Wiesbaden 2014, S. 484-501.
- McKinsey & Company: Digitalisierung in deutschen Haushalten. Wie Familien mehr Qualitätszeit gewinnen können, 2016 (www.bmfsfj.de/blob/100556/22337b52e49a0118ef08c6018584eece/studie-digitalisierung-deutsche-haushalte-data.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Menz, W.: Entgrenzte Arbeit(sverhältnisse). Zum Wandel des Verhältnisses von Arbeit und Leben, in: U. Wagner (Hrsg.), *Familienleben: Entgrenzt und vernetzt?*, München 2013, S. 23-38.
- Monz, A.: *Mobile Arbeit, mobile Eltern. Formen, Wirkung und Funktion von Kopräsenz in der Partnerschaft berufsmobiler Eltern*, bislang unveröffentlichte Dissertation, 2016.
- Moosbrugger, J.: *Subjektivierung von Arbeit: Freiwillige Selbstaussbeutung. Ein Erklärungsmodell für die Vorausgabungsbereitschaft von Hochqualifizierten*, Wiesbaden 2012.
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2012. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart 2012 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2012/JIM_Studie_2012.pdf; Zugriff: 28.11.2018).

- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: miniKIM-Studie 2014. Kleinkinder und Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 2- bis 5-Jähriger in Deutschland, Stuttgart 2015 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/miniKIM/2014/Studie/miniKIM_Studie_2014.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2016. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart 2016 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2016/JIM_Studie_2016.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: KIM-Studie 2016. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, Stuttgart 2017 (www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2016/KIM_2016_Web-PDF.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Roth-Ebner, C.: Fit für mediatisierte Arbeitswelten. Ein Kompetenzprofil für Heranwachsende, in: Merz, 2013, Heft 1, S. 31-37.
- Schier, M./Jurczyk, K.: „Familie als Herstellungsleistung“ in Zeiten der Entgrenzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007, S. 10-17.
- Schier, M./Schlinzig, T.: Anwesenheit in Abwesenheit. Digitale Elternschaft in mobilen Gesellschaften, in: H. Friese, G. Rebane, M. Nolden, M. Schreiter (Hrsg.), Handbuch Soziale Praktiken und Digitale Alltagswelten, Wiesbaden 2016.
- Statistisches Bundesamt: Wie die Zeit vergeht. Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013, Wiesbaden 2015 (www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/zeitverwendung/Pressebrochure_zeitverwendung.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Suter, L./Waller, G./Genner, S./Opplinger, S./Willemse, I./Schwarz, B./Süss, D.: MIKE – Medien, Interaktion, Kinder, Eltern. Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, Zürich 2015 (www.zhaw.ch/storage/psychologie/upload/forschung/medienpsychologie/mike/Bericht_MIKE-Studie_2015.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Vodafone Stiftung Deutschland: Was Eltern wollen. Informations- und Unterstützungswünsche zu Bildung und Erziehung, 2015 (www.vodafone-stiftung.de/uploads/tx_newsjson/Vodafone_Stiftung_Was_Eltern_wollen_2015_02.pdf; Zugriff: 28.11.2018).
- Vorderer, P.: Der mediatisierte Lebenswandel. Permanently online, permanently connected, in: Publizistik, 2015, Heft 3, S. 259-276.

Heinz Sünker

Soziale Gerechtigkeit,
Gesellschaftspolitik und Soziale Arbeit
oder:
Demokratie und/oder Kapitalismus

*„Verflucht seien die, die das Recht in Unrecht verkehren
und die Gerechtigkeit zur Erde niederwerfen!
Sie hassen den im Tor, der gerechte Entscheidungen fällt
und den, der die Wahrheit redet, verabscheuen (...).“*

*„Darum, weil ihr den Geringen niedertretet
und den Getreideabgaben von ihm nehmt,
Sollt ihr wohl Häuser aus Quadern bauen –
aber nicht darin wohnen!
Weinberge zu eurer Lust pflanzen –
aber ihren Wein nicht trinken!“*

*„Ja, ich kenne eure vielen Sünden
und eure zahlreichen Missetaten,
die den Gerechten bedrücken (...),
Bestechungsgeld nehmen
und die Armen im Tor beugen – – –!“*

*„Darum spricht der Herr der Heerscharen:
Auf allen Marktplätzen – Totenklage!
Und auf allen Straßen rufen sie ‚Weh! Weh!‘
Dann ruft man den Bauern zur Trauer
Und den Winzer zu den Klagekundigen –
wenn ich durch dich hindurchschreite, Haus Josef!
Der Herr hat’s gesagt!“*

Amos (Koch 1978, S. 180f.)

1. Zum Begriff der Gerechtigkeit

„Soziale Gerechtigkeit“ ist in.¹ Dies ist fast schon selbstverständlich in einer Zeit, die durch finanzkapitalistische Exzesse und eine zuletzt vor hundert Jahren in diesem Ausmaße erfahrene gesellschaftliche Spaltung in „Reiche“² und „Arme“³, also extreme „soziale Ungleichheit“⁴, gekennzeichnet ist. Angesichts dieser Konjunktur – vor allem bei denen, die als Politiker_innen für diese Situation u. a. aufgrund permanenter Steuersenkungen für unterschiedliche Kapitalfraktionen verantwortlich sind – ist für viele Positionen in der Sozialen Arbeit zunächst darauf hinzuweisen, dass der Bezug auf „soziale Gerechtigkeit“⁵ in ihrer Theorie wie Praxis immer schon

1 Der Vortragsstil ist weitgehend beibehalten worden.

2 Gegen ideologische Positionen wie die eines Tony Blair, der Kritiker_innen der Reichen „Neid“ vorwirft, formuliert A. Sayer in seiner Studie „Why we can't afford the rich“ gesellschaftsanalytisch akzentuiert: „It's the objections regarding the alleged role of the rich in wealth extraction, as opposed to wealth creation, that present the biggest challenge and occupy the bulk of this book, though I'll attempt to answer objections too. In the process it will become clear that this is not about the politics of envy – a cheap slur used by those who want to duck the arguments and evidence – but the politics of injustice. I don't envy the rich, in fact I regard such envy as thoroughly misguided. But I resent the unjust system by which the rich are allowed to extract wealth that others produce and to dominate society for their own interests. What's more, this is not only unjust but profoundly dysfunctional and inefficient, and it creates inhuman, rat-race societies“ (Sayer 2016, S. 2f.). Das deutsche Verteilungsproblem wird leitmotivisch unter dem Titel „Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut?“ betrachtet (Schäfer 2000).

3 In einer Fraktion christlicher Theologie wird als Interpretation des Amos (siehe dazu Fleischer 1989) – und seiner Nachfolger, also weiterer sozialrevolutionärer Propheten des Alten Testaments – systematisch – auch im wesentlichen Bezug auf das Neue Testament – der Armen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit gedacht (vgl. Schottroff/Stegemann 1978, 1979; Santa Ana 1979; Hochgrebe 1982). Zur Diskussion und Analyse von Klassenstrategien heute im Umgang mit den Armen und Benachteiligten, deren Stigmatisierung, siehe die Studie von Savage u. a. (2015, S. 401ff.). Diese beginnt mit dem Satz: „We should once again take up politics of equality“ (Savage u. a. 2015, S. 401).

4 Mit Wilkinson/Pickett (2010) beginnt eine neue Phase der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um soziale Ungleichheit, da hier klar Position bezogen wird durch die Aussage „Why Equality is Better for Everyone“: „In this book we show that the quality of social relations in a society is build on material foundations. The scale of income differences has a powerful effect on how we relate to each other. Rather than blaming parents, religion, values, education or the penal system, we will show that the scale of inequality provides a powerful policy lever on the psychological wellbeing of all of us“ (Wilkinson/Pickett 2010, S. 4f.). Vgl. für die deutsche Diskussion exemplarisch Wehler (2013), der als Sozialhistoriker in die Debatte eingreift, dabei strukturanalytisch scharf gegen Lebensstil – wie Individualisierungstheoretiker_innen argumentiert – und u. a. am Beispiel des Heiratsmarktes und der darin eingelassenen Heiratsstrategien die Klassenfrage diskutiert (Wehler 2013, S. 94f.).

5 Klassisch mit Bezug auf „Ungerechtigkeit“ ist die gleichnamige Studie von B. Moore (1982), in der Grundlagen wie Ursachen von Unterordnung und Widerstand entschlüsselt werden. D. Dorling (2015) vermittelt in einer aktuellen Studie „Injustice“ als Haupttitel mit dem Untertitel „Why Social Inequality Still Persists“.

konstitutiv für Selbstverständnis und politisches Bewusstsein gewesen ist⁶ und demzufolge gegenwärtig ein besonderes Interesse beanspruchen kann. Die zentrale Frage allerdings ist unter heutigen Bedingungen, ob und wie (gut) begründet ‚die‘ Soziale Arbeit sich in gesellschaftliche Konflikte und Kämpfe, als Ausdruck von hegemonialen Auseinandersetzungen um ein „gutes Leben“ aller, einbringt (vgl. Braches-Chyrek/Sünker 2017; Sünker 2015, 2000).⁷ Damit ist zugleich nach einer Grundlegung Sozialer Arbeit gefragt, die nicht beliebig – moralisierend etwa – und gesellschaftsanalytisch begründet ist.

In diese Richtung des reflexiven Umgangs mit dem Verständnis von „Gerechtigkeit“ verweist bereits eine Äußerung von Karl Marx in seinem Brief an Friedrich Sorge vom 19.10.1877, indem dieser seinem Ärger über seine Kontrahenten Dühning & Co Ausdruck verleiht und schreibt, man müsse sich auseinandersetzen mit „einer ganzen Bande halbreifer Studiosen und überweiser Doctores, die dem Sozialismus eine ‚höhere, ideale‘ Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis (die ernstes, objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will) (...) ersetzen durch moderne Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité“ (Marx 1973/1877; S. 303). Mithin geht es um die Semantik und Kontextualisierung des Begriffs, dessen historisch-konkrete Bedeutung in gesellschaftlichen Konstellationen, um Kriterien. Eine mögliche Grundlegung für Konzepte der Sozialen Arbeit findet sich bei M. Walzer, der argumentiert: „The critique of dominance and domination points toward an open-ended distributive principle. *No social good x should be distributed to men and women who possess some other good y merely because they possess y and without regard to the meaning of x*“ (Walzer 1983, S. 20).⁸

6 Gegen die Therapeutisierung Sozialer Arbeit und damit verknüpfte Einzelfallorientierung argumentieren vehement professionstheoretisch wie -politisch Specht/Courtney (1995). Siehe dazu auch Popple (1985, S. 565): „On the one side were the mainstream social workers who pursued their traditional goal of professionalization. They generally belonged to the American Association of Social Workers, were employed in private agencies; followed an individual-change, therapeutic model of practice; and attended graduate programs accredited by the American Association of Professional Schools of Social Work. On the other hand were social workers whose careers were generally a direct result of the country's economic problems. If they belonged to any organization, it was to a union. They were mostly employed by public agencies, were more interested in effectively implementing public welfare programs than in doing therapy with clients, and, if they were trained at all, attended undergraduate schools accredited by the National Association of Schools of Social Administration. The latter group was sharply critical of the former group's professional aspiration“.

7 Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Agenda 2010 und Hartz IV zu, politischen Entscheidungen, die erstens den Reformbegriff gestohlen haben (siehe dazu Hirschmans Rhetorik der Reaktion 1993); zweitens völlig falsch heute darstellen, dass dies zu einer Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt habe, de facto aber nur die Qualität von Arbeit reduziert und mehr ‚working poor‘ sowie einen Verlust an Arbeitsproduktivität erzeugt haben (siehe dazu Kleinknecht 2017); und last not least ist entscheidend, dass es zur Durchsetzung auf der Seite politischer Charaktermasken offensichtlich in Fällen wie diesen (Clinton ist ein anderes Beispiel mit seiner angeblichen „welfare reform“) potenzieller Lumpenproletarier bedarf, die nach eigenem ‚Aufstieg‘ die schmutzige Arbeit für das Kapital erledigen.

8 Siehe weiter als m. E. richtungsweisende Beiträge Forst (1994); Ladwig (2000).

Ausgeweitet auf Konsequenzen aus einer klassenanalytischen Vorgehensweise finden sich bei Savage u. a. wesentliche Ergebnisse für die Soziale Arbeit, womit Engführungen, die aus einer Konzentration auf Gerechtigkeitsfragen erwachsen, vermieden werden und die für die Disziplin relevante gesamte gesellschaftsanalytische wie -politische Grundlegung ins Blickfeld gerät. Deutlich wird dabei, dass es darum geht, eine Strukturanalyse statt individualisierende Zuschreibungen zu betreiben: „We can suggest five points by way of conclusion. Firstly, **a questioning of the stereotyping of those in the lowest rank of the social-class hierarchy**. We have seen in this book how those at the bottom act as a lightning conductor for stigmatization and marginalization. This is linked to the instabilities and fragmentation of previous divisions between the middle and the working classes, as many people look below themselves to identify those whom they see as lower ranked than they are as disreputable and immoral groups. There is nothing new about this in some respects: but these currents operate with particular venom today. We have insisted that **this kind of stigmatizing politics is deeply problematic in further damaging the already difficult lives of those eking out a living in on-the-breadline Britain**. We can only endorse the arguments of numerous other researchers such as Imogen Tyler, Tracy Shildrick, Robert MacDonald and Beverley Skeggs, and social-policy experts such as John Hill, in insisting that **in reality the lives of those at the bottom are not characterized by amoral scrounging on the Benefits Street model, but are in fact based on precariousness**. (...) Secondly, we need to **bring those at the top more directly into view**. It is fundamental here to question the extent to which **their mushrooming economic capital can be justified**” (Savage u. a. 2015, S. 404; Hervorh. d. Verf.).⁹

2. Von der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaftsform

Marx hat eine Analyse von differenten Vergesellschaftungsmodi vorgestellt, die historisch-systematisch ausgerichtet ist, in der es um Geschichtstheorie und nicht Geschichtsphilosophie geht. Dabei werden Vermittlungen zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Existenzbedingungen von Gesellschaftsklassen wie Individuen – mit Bezug auf Entwicklungspotenziale wie -perspektiven deutlich: „Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf sachlicher Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System

⁹ Die von Savage u. a. aufgelisteten Studien machen immer wieder deutlich, dass es nicht um einen „Krieg gegen die Armut“, sondern gegen die Armen geht. Vgl. für die US-Situation mit gleicher Stoßrichtung Gans (1995). Zur Klassenorientierung in der Sozialarbeit der USA siehe Walkowitz (1999).

des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten“ (Marx o. J./1856/57, S. 75f.).

Entscheidend für unsere Analyse ist die Darstellung der zweiten Stufe, bei der „persönliche Unabhängigkeit“, also „Freiheit“ auf der erscheinenden Oberfläche kapitalistischer Vergesellschaftung mit der tiefenstrukturellen Realität von „sachlicher Abhängigkeit“, dem Zwang einer/s jeden zum Verkauf ihres/seines Arbeitsvermögens in der Form der Ware Arbeitskraft korrespondiert. Zugleich ist in diese Stufe eine Entwicklung von Gesellschaft und ihren Mitgliedern – bis zu einem bestimmten Punkt, wo die Kapitalbewegung sich selbst zur Grenze wird – eingelassen, die von Marx als „great civilising influence of capital“ bezeichnet wird, da sich dies im Prinzip auf Potenziale, die mit der Kapitalbewegung gesetzt sind, von Universalität und Allseitigkeit beziehen lässt. Das ‚Problem‘ des Ganzen besteht dann ‚nur‘ – und dies ist wesentliche Konstitutionsbedingung Sozialer Arbeit zugleich – darin, dass mit der kapitalistischen Formbestimmtheit von Vergesellschaftung und demzufolge auch vom Produktionsprozess Ungerechtigkeiten, die dem „Schein des Äquivalententausches“ entspringen, und Klassenstrukturierungen, die Herrschafts- und Machtverhältnissen inhärent sind, soziale Ungleichheiten produzieren. Dementsprechend – so die hier vertretene These – geht es (in) einer gesellschaftspolitisch bewussten Sozialen Arbeit entscheidend um die Thematik „Demokratie und/oder Kapitalismus“.

Vor dem Hintergrund der damit verknüpften Debatte um „Reform und Revolution“¹⁰ bietet U. Steinvorth in seiner Studie „Gleiche Freiheit“ einen sozialtheoretisch begründeten gesellschaftspolitischen, im Kern reformorientierten Ansatz mit seinem Konzept eines nicht revolutionären, sondern wesentlich die Verfassung der Bundesrepublik ernstnehmenden „demokratischen Mindestmaßes“, das auf die Ermöglichung von jenen Bildungs- und Handlungsniveaus ausgerichtet ist, „die jedem die Fähigkeit zur politischen Mitbestimmung sichern; denn ohne diese Fähigkeit bleibt der Mensch von allen Entscheidungen ausgeschlossen, die ihn selbst betreffen und den Rahmen seiner Selbstbestimmung bilden; sodann die Fähigkeit zur Teilnahme am Produktionsprozess, in dem er sich die materiellen Bedingungen seiner Existenz verschaffen kann“ (Steinvorth 1999, S. 277).

Verbinden lässt sich diese Positionierung mit der makrosoziologischen, auf die Entwicklung der westlich-kapitalistischen Gesellschaften bezogenen These von einer

10 Zu der Bedeutung dieser Debatte für die Soziale Arbeit siehe ausführlich Braches-Chyrek/Sünker (2013).

Demokratisierung als realer Bewegung – möglicherweise einer unausweichlichen Tendenz der letzten zweihundert Jahre: „Sie hat zur Folge, dass eine große Zahl von Menschen auch bei größtmöglicher Loyalität gegenüber der bestehenden Ordnung im Laufe ihres Lebens drei Dinge erwartet: **eine langjährige Bildung, eine feste, gutbezahlte Beschäftigung und eine Altersversorgung.** Hinzufügen ließe sich dieser Liste von Erwartungen ein Dach über dem Kopf, und auch die Versorgung mit Wohnraum war kostspielig.“ (Wallerstein u. a. 2014, S. 214; Hervorh. d. Verf.).

Zu betonen ist die politische Logik dieser Wohlfahrtsproduktion – und deren Prekärwerden im Neoliberalismus – im Rahmen einer Zukunftsdiagnose, derzufolge kommende Jahrzehnte überraschende Schocks und gewaltige Herausforderungen für die Menschheit bringen werden. „Aufgrund unserer soziologischen Kenntnis der Weltgeschichte wollen wir in diesem Buch erkunden und diskutieren, wie diese Herausforderungen und Möglichkeiten aller Wahrscheinlichkeiten nach aussehen werden. Was uns im Grunde beunruhigt, ist die Tatsache, dass es mit dem Ende des Kalten Krieges vor fast drei Jahrzehnten unzeitgemäß – oder sogar anstößig – geworden ist, über die Zukunft der Welt und speziell des **Kapitalismus zu sprechen. Wir haben uns zu diesem ungewöhnlichen Buch zusammengefunden, weil sich etwas am Horizont abzeichnet – eine Strukturkrise weit größeren Ausmaßes als die jüngere Große Rezession, die sich rückblickend als das Vorspiel zu einer Periode noch tiefgreifenderer Störungen und Transformationen erweisen könnte**“ (Wallerstein u. a. 2014, S. 7; Hervorh. d. Verf.)¹¹.

Das grundlegende Problem des Kapitalismus, das nicht mit ‘Verteilungsgerechtigkeit’ etc. zu lösen ist, wird von M. Castells am Ende seiner Trilogie „The Information Age“ im Rückgriff auf ein klassisches Leitmotiv Kritischer Theorie benannt: „Yet there is an extraordinary gap between our technological overdevelopment and our social underdevelopment“ (Castells 1998, S. 359). Und diese Analyse führt ihn zu der Forderung: „We need not only responsible governments, but a responsible, educated society“ (1998, S. 353), gebraucht werden also gebildete Bürger_innen¹², die reflexionsstark, gesellschaftlich urteilsfähig sowie politisch handlungskompetent sind, um ihre gesellschaftlichen Beziehungen zu gestalten – insbesondere heute angesichts des Verfalls der „politischen Klasse“ und der Verbreitung oligarchischer Herrschaft.

Dem steht ‚nur‘ die inzwischen verallgemeinerte gesellschaftliche Realität mit ihren Spaltungen gegenüber, die inzwischen schon das Niveau der

¹¹ In der Perspektive sehen Wallerstein u. a. als Alternative die Entwicklung von Demokratie oder den Übergang zum Faschismus; vgl. zur Analyse der Kritischen Theorie von Kapitalismus und Faschismus Sünker (2006).

¹² Zur Debatte um Bildungssystem und Gesellschaftsverfassung, der Reproduktion sozialer Ungleichheit siehe die Beiträge in Sünker/Timmermann/Kolbe (1994).

frühbürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse erreichen; wie dies exemplarisch bei Hegel und seiner Analyse der „bürgerlichen Gesellschaft“ aufzufinden ist, der zu dem Voraussetzungen und Folgen auf der Seite der Unterprivilegierten in ihren Lebensweisen, Einstellungen, Haltungen und Werten benennt: „Das Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft notwendige reguliert, und damit zum Verluste des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre, durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen, – bringt die Erzeugung des Pöbels hervor, die hinwiederum zugleich die größere Leichtigkeit, unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände zu konzentrieren, mit sich führt“ (Hegel 1955/1830, § 244).

Und Hegel zeigt zugleich die systemischen wie systematischen, kapitalimmanenten Probleme auf, wenn es um die Produktion weniger „Reicher“ und vieler „Armer“ geht: „Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, (...) ,die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“ (Hegel 1955/1830, § 245).

In der Gestalt gegenwärtiger Kapitalismusanalyse lautet der Befund der US-amerikanischen Politökonominnen S. Bowles und H. Gintis zu Beginn ihrer Studie „Democracy & Capitalism“ folgendermaßen: „This work is animated by a commitment to **the progressive extension of people’s capacity to govern their personal lives and social histories**. Making good this commitment, we will argue, requires establishing a democratic social order and eliminating the central institutions of the capitalist economy. So stark an opposition between ‘capitalism’ and ‘democracy’, terms widely held jointly to characterize our society, may appear unwarranted. But we will maintain **that no capitalist society today may reasonably be called democratic** in the straightforward sense of securing personal liberty and rendering the exercise of power socially accountable” (Bowles/Gintis 1987, S. 3; vgl. Meiksins Wood 1995).

Damit benennen sie Maßstäbe und Kriterien, mit denen sich zugleich erklären lässt, wie Adorno – demokratiepraktisch interessiert vor dem Hintergrund des katastrophalen 20. Jahrhunderts mit Nationalsozialismus, als deutscher Gestalt von

Faschismus, Stalinismus und diversen Imperialismen und autoritären Regimen – zu seiner Einschätzung gelangt ist, Demokratie habe sich nicht derart eingebürgert, dass sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen können. Demokratie – wie sich grade gegenwärtig (wieder) deutlich zeigt – „wird als ein System unter anderen empfunden, so wie wenn man auf einer Musterkarte die Wahl hätte zwischen Kommunismus, Demokratie, Faschismus, Monarchie; nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit. Sie wird eingeschätzt nach dem Erfolg oder Mißerfolg, an dem dann auch die einzelnen Interessen partizipieren, aber nicht als Einheit des eigenen Interesses mit dem Gesamtinteresse“ (Adorno 1971: 15).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang – gerade um der There Is No Alternative/ TINA-Ideologie zu widerstehen –, dass Gesellschaftskritik in der menschlichen Geschichte nichts Neues ist und neben den schon herangezogenen Propheten des Alten Testaments vor allem vielfältige Gestaltungen von Häresie immer wieder ‚wider den Stachel‘ herrschender Ideologien löckten, wie exemplarisch und deutlich G. Duby in seiner Analyse des feudalen Weltbildes herausarbeitet: Diese Entwicklung von Herrschaftsverhältnissen zwischen 800 und 1.000 führt bereits im ersten Drittel des 11. Jahrhunderts zu grundsätzlicher Gesellschaftskritik und dem Versuch, die Verhältnisse wirklich in allen Lebensbereichen zu revolutionieren – und damit zugleich zu demokratisieren: in der Gestalt der Ketzerei. „Die Ketzerei vertrat die Gleichheit, die totale Gleichheit“ (Duby 1986, S. 198).

Und dies bedeutete im Einzelnen bezüglich der Überwindung von Herrschaft und darin eingebauten Herrschaft zum Ausdruck bringenden ‚Funktionen‘: „Indem sie (die Ketzer; d. Verf.) die Frauen uneingeschränkt in ihre Gemeinschaft aufnahmen, hoben sie die ursprünglich im gesellschaftlichen Raum errichtete Schranke auf. Das blieb nicht ungestraft: die Aufhebung des Unterschieds zwischen Weiblichem und Männlichem erlaubte die schlimmsten Verleumdungen und war meiner Ansicht nach der Hauptgrund für das Scheitern. Die Ketzer setzten sich über eine weitere wichtige Kluft hinweg: da sie die Privilegien des priesterlichen ‚Berufs‘ ablehnten, vermischten sie *clerus* und *populus*; sie luden alle Christen ein, auf die gleiche Art zu fasten und zu beten. **Da sie andererseits dazu ermahnten, alle Angriffe zu verzeihen, nicht mehr zu rächen und auch nicht mehr zu strafen, proklamierten sie die Nutzlosigkeit der Spezialisten der Repression, des Stabes und des Militärs.** Und schließlich arbeitete innerhalb der Sekte jeder mit seinen eigenen Händen, niemand erwartete, von einem anderen ernährt zu werden, niemand plagte sich im Dienst eines Herrn: **die Trennungslinie zwischen den Arbeitern und den anderen, den Grundherren, Gerichtsherren, Schutzherren, Inhabern der Strafgewalt, wurde ausgelöscht**“ (Duby 1986, S. 197f.; Hervorh. d. Verf; vgl. ebd., S. 228-240).

Für die Gegenwart ist dieser Perspektive das subversive Denken von B. Moore am Ende seiner großen Studie „Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand“ (Moore 1982, S. 671) ob seiner Semantik unmittelbar verwandt, wenn es bei ihm heißt: „Die wirklich umstürzlerische Form der Kritik beginnt, sobald das Volk fragt, ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, **ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könnte**“ (Moore 1982, S. 671; Hervorh. d. Verf.).

Dies führt zu einer Konzeptualisierung von Gleichheit, mit der Freiheit wie Individualität ernst genommen und eine den kapitalistischen Konsumismus wie Konformismus kennzeichnende Gleichmacherei überwunden werden könnten.¹³ Dabei mag als leitend die Einsicht von St. J. Gould gelten, der als Evolutionsforscher formuliert: „Menschliche Gleichheit ist ein geschichtlich kontingentes Faktum. Gleichheit ist kein Axiom; sie ist weder ethisches Prinzip (obwohl gleiche Behandlung eins sein könnte) noch stellt sie Normen sozialen Handelns auf. Sie ist ganz einfach das Ergebnis der Entwicklungsgeschichte der Menschheit“ (Gould 1995, S. 154).

Die grundlegende Bedeutung der Ideen der französischen Revolution – in ihrem Vermittlungszwang von Freiheit, Gleichheit und Solidarität – betont in diesem Kontext M. Theunissen, wenn er in transformativer Perspektive deren Herausforderung betont und daher herausstellt: „Normative Kraft besitzt nicht die bürgerliche Gesellschaft selber, sondern die Idee, die ihr zugrunde liegt. Und es könnte sein, daß diese Idee über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist und erst in einer anderen Gesellschaftsform ihren angemessenen Ausdruck zu finden vermag“ (Theunissen 1981, S. 12).

Dass diese andere Gesellschaftsform¹⁴ möglich wie nötig ist, das erweisen – auch noch in ihrer analytischen Engführung – die Diskurse um „soziale Gerechtigkeit“ in Sozialphilosophie, Gesellschaftstheorie und Sozialer Arbeit.

13 Siehe dazu Sünker (2008) als Grundlegung für eine Alternative: die Analyse der Beiträge Henri Lefebvres zu Alltagsleben und Kulturrevolution. S. Kreutzer (1970) zur Heineschen Differenz von Gleichheit und Gleichmacherei. Zur sozialstrukturanalytischen Unterfütterung einer Alternative siehe Vester u. a. (2001), die detailliert wie facettenreich die Vermittlungen von klassenbasierten Milieus, Bewusstsein und politischen Orientierungen herausarbeiten.

14 Das ist der systematische Ort von Kritischer Theorie bis heute: „If CRITICAL THEORY means anything, it means the kind of radical re-thinking that challenges what it considers to be the official versions of history and intellectual endeavour. Benjamin initiated it, perhaps, but it was Max Horkheimer who gave it a name when he became the director of the Frankfurt School in 1930: critical theory stood in opposition to all those ostensibly craven intellectual tendencies that thrived in the twentieth century and served as tools to keep an irksome social order in place – logical positivism, value-free science, positivist sociology, among others. Critical theory stood in opposition, too, to what capitalism in particular does to those it exploits – buying us off cheaply with consumer goods, making us forget that other ways of life are possible, enabling us to ignore the truth that we are ensnared in the system by our fetishistic attention and growing addiction to the purportedly must-have new consumer good“ (Jeffries 2016, S. 21).

Literatur

- Adorno, T. W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: T. W. Adorno, *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969*, Frankfurt a. M. 1971, S. 10-28.
- Bowles, S./Gintis, H.: *Democracy & Capitalism. Property, Community and the Contradictions of Modern Social Thought*, New York 1987.
- Braches-Chyrek, R./Sünker, H. Soziale Arbeit und Gesellschaftsveränderung. Positionen und Perspektiven, in: M. Schilling, H. Gängler, I. Züchner, W. Thole (Hrsg.), *Sozialarbeit quo vadis? Programatische Entwürfe auf empirischer Basis*, Weinheim und Basel, 2013, S. 73-86.
- Braches-Chyrek, R./Sünker, H. (Hrsg.): *Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen*, Wiesbaden 2017.
- Dorling, D.: *Injustice. Why Social Inequality Still Persists*, Bristol 2015.
- Duby, G.: *Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus*, Frankfurt a. M. 1986.
- Fleischer, G.: Von Menschenverkäufern, Baschankühen und Rechtsverkehren. Die Sozialkritik des Amosbuches in historisch-kritischer, sozialgeschichtlicher und archäologischer Perspektive, Frankfurt a. M. 1989.
- Forst, R.: *Kontexte der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M. 1994.
- Gans, H. H.: *The War Against the Poor. The Underclass and Antipoverty Policy*, New York 1995.
- Gould, S. J.: *Das Lächeln des Flamingos*, Frankfurt a. M. 1995.
- Hirschman, A. O.: Die Rhetorik der Reaktion – Zwei Jahre danach, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 1993, Heft 6, S. 959-978.
- Hochgrebe, V. (Hrsg.): *Provokation Bergpredigt*, Stuttgart 1982.
- Jeffries, S.: *Grand Hotel Abyss. The Lives of the Frankfurt School*, London und New York 2016.
- Kleinknecht, A.: Nach den Hartz IV-Reformen: Mehr Jobs durch eine Produktivitätskrise, in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau*, 2017, Heft 74.
- Koch, H.: *Wenn der Löwe brüllt. Die Geschichte von Amos*. 3. Auflage, Stuttgart 1978.
- Kreutzer, L.: *Heine und der Kommunismus*, Göttingen 1970.
- Ladwig, B.: Gerechtigkeit und Gleichheit, in: *PROKLA*, 2000, Heft 121, S. 585-610.
- Marx, K.: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt a. M. o. J.
- Meiksins Wood, E.: *Democracy Against Capitalism. Renewing Historical Materialism*, Cambridge 1995.
- Moore, B.: *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt a. M. 1982.
- Popple, P. R.: The Social Work Profession: A Reconceptualization, in: *Social Service Review*, 1985, Heft 4, S. 560-577.

- Santa Ana, J. de: Gute Nachricht für die Armen. Die Herausforderung der Armen in der Geschichte der Kirche, Wuppertal 1979.
- Savage, M./Cunningham, N./Devine, F./Friedman, S./Laurison, D./McKenzie, L./Miles, A./Snee, H./Wakeling, P.: Social Class in the 21st Century, London 2015.
- Sayer, A.: Why We Can't Afford The Rich, Bristol 2016.
- Schäfer, C.: Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? Die Verteilungsentwicklung in 1999 und in den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, 2000, Heft 11, S. 744-764.
- Schottroff, L./Stegemann, W. (Hrsg.): Jesus von Nazareth. Hoffnung der Armen, Stuttgart 1978.
- Schottroff, W./Stegemann, W. (Hrsg.): Der Gott der kleinen Leute. Sozialgeschichtliche Auslegungen, München 1979.
- Specht, H./Courtney, M. E.: Unfaithful Angels. How Social Work Has Abandoned Its Mission, New York u. a. 1995.
- Steinvorth, U. Gleiche Freiheit. Politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit. Berlin 1999.
- Sünker, H.: Gesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit heute, in: S. Müller, H. Sünker, T. Olk (Hrsg.), Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied 2000, S. 209-225.
- Sünker, H.: Kritische Theorie und Analyse des Nationalsozialismus. Notate zu Herbert Marcuses „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“, in: M. Heinz, G. Gretic (Hrsg.), Philosophie und Zeitgeist im Nationalsozialismus, Würzburg 2006, S. 67-83.
- Sünker, H.: Von der „Kritik des Alltagslebens“ zur „Metaphilosophie“. Henri Lefebvres philosophisch-politisches Vermächtnis der Kulturrevolution, in: M. A. Born (Hrsg.), Existenz und Wissenschaft: Festschrift für Claudius Strube, Würzburg 2008, S. 185-208.
- Sünker, H.: Gesellschaftstheorie, Gesellschaftspolitik und Soziale Arbeit, in: R. Braches-Chyrek (Hrsg.), Neue disziplinäre Ansätze in der Sozialen Arbeit, Opladen u. a. 2015, S. 119-135.
- Sünker, H.: Politische Produktivität Sozialer Arbeit und demokratische gesellschaftspolitische Perspektiven im 21. Jahrhundert, in: R. Braches-Chyrek, H. Sünker (Hrsg.), Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen, Wiesbaden 2017, S. 7-42.
- Sünker, H./Timmermann, D./Kolbe, F.-U. (Hrsg.): Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit. Internationale Beiträge aus der Bildungssoziologie und Bildungstheorie, Frankfurt a. M. 1994.
- Theunissen, M.: Selbstverwirklichung und Allgemeinheit. Zur Kritik des gegenwärtigen Bewußtseins, Berlin 1981.
- Vester, M./von Oertzen, P./Geiling, H./Hermann, T./Müller, D.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt 2001.
- Walkowitz, D. J.: Working with Class. Social Work and the Politics of the Middle Class Identity, Chapel Hill und London 1999.

Wallerstein, I./Collins, R./Mann, M./Derluigian, G./Calhoun, C.: Stirbt der Kapitalismus?, Frankfurt und New York 2014.

Walzer, M.: Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality, New York 1983.

Wehler, H.-U.: Die Neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Wilkinson, R./Pickett, K.: The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone, London 2010.

Reiner Becker

Rechtspopulismus und die Mitte der Gesellschaft¹

¹ Dem vorliegenden Beitrag liegt der gleichnamige Vortrag aus dem September 2016 im Rahmen des bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund zugrunde. Dieser wurde – vor dem Hintergrund einer hohen Ereignisdynamik gegenwärtiger Zeitläufe – in Teilen aktualisiert.

Seit der Aufnahme von über 900.000 Geflüchteten im Jahr 2015 scheint in der Bundesrepublik Deutschland ein tiefgreifender gesellschaftspolitischer Wandel stattzufinden, der sich in einer sehr fragilen Stimmungslage insbesondere im Herbst jenes Jahres gezeigt hat: Auf der einen Seite ein sehr hohes Engagement von zahllosen Menschen, die dabei geholfen haben, dass das Ankommen der Geflüchteten gelingen konnte, und Menschen, die eine Offenheit für diese Hilfe gezeigt haben – ein markantes Bild hierfür ist der Empfang von Geflüchteten am Münchener Hauptbahnhof gewesen. Auf der anderen Seite fanden Vorurteile gegenüber „Fremden“ auf vielfältige Weise ihren Ausdruck; viele Menschen proklamierten eine offene Abwehr und schließlich erreichte das Ausmaß von Straf- und Gewalttaten nicht nur gegenüber Geflüchteten oder ihren Unterkünften ein neues Ausmaß, sondern auch gegenüber Ehrenamtlichen, Kommunalpolitiker_innen und Journalist_innen. Würde man von einer polarisierten Stimmungslage sprechen, so bewegen sich zwischen diesen beiden Polen Menschen in einer „Suchbewegung“, mit ihren Ängsten und Sorgen zum Beispiel zu der Frage, wie die Integration von einer solch großen Zahl von Geflüchteten konkret gelingen kann.

Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ wirkte weithin wie ein Katalysator für die Etablierung des Rechtspopulismus in Deutschland. Der Vize-Bundesprecher der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, sah in ihr Ende 2015 gar ein Geschenk² – sie war eine Reanimation für eine zu diesem Zeitpunkt darben- und zerstrittene Partei.

Der vorliegende Beitrag möchte auf die verschiedenen Pole und einhergehenden Aspekte der o. g. Stimmungslagen eingehen und aktuelle Wegmarken rekonstruieren (vgl. Bohn/Becker 2016), die bei der Etablierung des Rechtspopulismus in Deutschland mitentscheidend waren.

1. Ehrenamtliches Engagement

Die Hilfsbereitschaft und das persönliche Engagement für die Schaffung einer „Willkommenskultur“ für die zahlreichen Geflüchteten war im Jahr 2015 enorm: Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass sich bundesweit 10,9% der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren für die Geflüchteten eingesetzt hat. Ließe man die besonders häufig geleisteten Sach- und Geldspenden außen vor, so engagierten sich immer noch 7,3% in der einen oder anderen Weise (vgl. Ahrens 2016, S. 42).

2 Vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html (Zugriff: 28.11.2018).

Für das Engagement in lokalen Helferkreisen, die sich nahezu in jedem Dorf und in jeder Stadt gefunden und etabliert haben, gibt es verschiedene Motive bei den Helfer_innen: Zunächst dominierte das Motiv einer schnellen, ersten Hilfe in einer Notlage und mit Blick auf den jeweiligen Wohnort auch im Sinne der „Nachbarschaftshilfe“, so die Ergebnisse einer Studie aus dem Jahr 2015 (vgl. Karakayali/Kleist 2015). Ein Jahr später konnte im Rahmen einer Replikationsstudie als zentrales Motiv das von den Befragten erlebte „Gemeinschaftsgefühl“ für das persönliche Engagement herausgearbeitet werden (vgl. Karakayali/Kleist 2016). „Mit anderen Menschen für andere Menschen etwas Sinnvolles tun“, so könnte diese Triebfeder für Engagement übersetzt werden, doch ist die Arbeit mit Geflüchteten für das Ehrenamt eine große Herausforderung, denn viele Ehrenamtliche sind in den Fokus von Beschimpfungen und Anfeindungen geraten, oft eher subtil, oft sehr offen und aggressiv (vgl. Dürr 2016). Für das Jahr 2016 hat das Bundeskriminalamt (BKA) 217 Straf- und Gewalttaten gegenüber ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer_innen gezählt – die Dunkelziffer dürfte dabei recht groß sein. Acht Menschen wurden bei Übergriffen verletzt; weiterhin wurden von der Behörde u. a. Nötigungen, Beleidigungen oder Sachbeschädigungen in der Statistik aufgeführt (vgl. Deutscher Bundestag 2015). Die Forschungsergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement zeigten schon in der Vergangenheit, dass das Ehrenamt zur Selbstüberforderung neigt und dabei die Gefahr des „Burning Outs“ bei Engagierten droht (vgl. Pankoke 2002, S. 85); nicht nur die Anfeindungen von außen setzen vielen Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten zu, auch Konflikte innerhalb der Helferkreise, Enttäuschungen aufgrund nicht erfüllter Erwartungen oder die Abschiebung von Geflüchteten, zu denen eine enge Beziehung aufgebaut wurde, sorgen für Frust und Resignation.

2. Vorurteile und ihre Ausdrucksformen

Schon seit Anfang der 1980er-Jahre, mit der Studie „5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben (...)“ (vgl. Sinus-Institut 1981), zeigen unterschiedliche empirische Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2002-2012) oder die Studien der Leipziger Forschungsgruppe (vgl. aktuell Decker/Kiess/Brähler 2016), dass die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Ideologeelementen, wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, in Deutschland z. T. weit in der Mitte der Gesellschaft verbreitet ist, ohne dass aus diesem Einstellungspotenzial zumindest auf Bundesebene rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien größeres Kapital schlagen konnten. Ein Beispiel für solcherlei Vorurteile stellen die jüngsten Ergebnisse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016)³:

3 Hier sind die Aussagen zusammengefasst, die mit „stimme eher“ und „stimme voll und ganz zu“ beantwortet wurden.

- » Bei Antisemitismus stimmen 9% dem Item zu: „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“; 40% stimmen dem Item zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“.
- » Bei Rassismus stimmen 13% dem Item zu: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“.
- » Bei Islamfeindlichkeit stimmen 35% der Aussage zu: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ denken 15%.
- » Bei der Abwertung von Asylbewerber_innen stimmen 41% der Aussage zu: „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“.

Solche empirische Studien zu Vorurteilspotenzialen rekurrieren auf die Einstellungsebene, doch erst in konkreten Verhaltensformen finden solcherlei Einstellungen ihren Ausdruck. Das bisher eher abstrakte, in Umfragen gemessene Potenzial von Menschen mit Vorurteilen gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen gewinnt in Zeiten eines gesellschaftspolitischen Wandels und der damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Polarisierung nun zunehmend eine physische Form.

Einen großen Beitrag zum immer schärfer werdenden politischen Diskurs leisten die sozialen Medien. Für das Jahr 2015 konnten etwa 225 sogenannte „Nein zum Heim“-Seiten bei Facebook mit dem Fokus auf geplante oder eröffnete Unterkünfte für Geflüchtete gezählt werden.⁴ Stimmungsmache, gezielte Fehlinformationen und nicht verifizierbare „Erlebnisberichte“ wurden auf diesen Seiten publiziert und z. T. in hoher Zahl von anderen User_innen geteilt. Diese (und andere) Seiten fungierten auch als Plattform für Beiträge von rechtsextremen Gruppierungen und Parteien wie der NPD oder der Partei „Der III. Weg“. Da diese Seiten in der Regel einen konkreten lokalen Bezug hatten, wirkten sie sich auf die Stimmungslagen in Kommunen im Zuge der Aufnahme von Flüchtlingen häufig sehr stark aus; so waren Bürgermeister_innen gezwungen sorgfältig zu prüfen, inwiefern sich die Postings auf solchen Seiten mit einem lokalen Bezug auf eine geplante Bürgerversammlung auswirken könnten.

Teile der Debattenkultur in den sozialen Medien führen zu einer zunehmenden Simplifizierung von komplizierten Sachverhalten und zu einer zunehmenden Verrohung der politischen Diskurskultur. Viele Menschen beziehen ihre Informationen über das gesellschaftspolitische Geschehen immer mehr über die sozialen Medien; durch die Algorithmen von Facebook, Twitter und Co einerseits und die virale

4 Vgl. www.belltower.news/artikel/monitoring-225-mal-nein-zum-heim-auf-facebook-10642 (Zugriff: 28.11.2018).

Verbreitung von Posts durch „Freund_innen“ oder Follower_innen andererseits geht zunehmend die Kompetenz zur Gewinnung von einer Informationsvielfalt in den individuellen, narzisstischen Echokammern verloren. Hinzu kommt in der postulierten Echtzeit-Demokratie die Unmittelbarkeit von der Lektüre eines Beitrags und der Möglichkeit der sofortigen Reaktion. Oft werden eigene Beiträge nicht mehr vor Veröffentlichung sorgfältig abgewogen, sondern es werden oftmals hoch emotionalisiert die eigenen Befindlichkeiten gepostet. Wahlkämpfe, so zeigt eindrucksvoll das Beispiel der US-Präsidentenwahl im November 2016, werden mehr und mehr in den sozialen Medien entschieden und die Vermittlung von Politik unterliegt dabei zunehmend einer Twitter-Logik (vgl. Hartleb 2017) – die Komplexität von politischen Fragen reduziert sich auf 140 Zeichen.

Aber nicht nur im Internet, sondern auch auf der Straße finden Vorurteile ihre Bindung. Ein herausragendes Beispiel sind die zahlreichen Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung“ (Pegida) in Dresden und ihrer Ableger in anderen deutschen Städten. Auch wenn derzeit das Mobilisierungspotenzial von Pegida deutlich zurückgegangen ist, nahmen bis zu 25.000 Menschen an den Kundgebungen in Dresden seit Oktober 2014 teil. Studien zu Pegida kommen zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmer_innen eine hohe Unzufriedenheit gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihrer Repräsentant_innen zeigen und sich geeint sehen in den Feindbildern der öffentlich-rechtlichen Medien („Lügenpresse“), dem „linken Pack“ und vor allem „dem“ Islam. Die Agenda von Pegida besteht in der Negation des politischen Systems und „die Entstehungsbedingungen für die negative Mobilisierung wurzelt im Statusverlust und Werteverfall ganzer Gruppen. Eine nahezu alle Menschen erfassende Orientierungslosigkeit macht sich breit (...). Positive Ziele und konstruktive Hoffnungen auf ein besseres Leben werden demgegenüber rar“ (Geiges/Marg/Walter 2015, S. 193).

Vorurteile finden ihre Bindung aber nicht nur durch die verbalen Entgleisungen in den Sozialen Medien oder auf der Straße durch sogenannte „besorgte Bürger_innen“. In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung schlagen sie sich auch in einem hohen Maß von Straf- und Gewalttaten nieder. Für das Jahr 2016 zählte das Bundeskriminalamt (BKA) 2.545 Straf- und Gewalttaten gegenüber Geflüchteten und 988 Straf- und Gewalttaten gegenüber ihren Unterkünften (vgl. Deutscher Bundestag 2015, S. 1.031). Auch in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich oder freiwillig engagierte Menschen geraten in den Fokus: 217 Straf- und Gewalttaten registrierte das BKA für 2016 (vgl. Deutscher Bundestag 2015). Darüber hinaus sind auch Journalist_innen oder auch Politiker_innen Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Die Zeitschrift „kommunal“ führte 2016 eine Befragung unter 1.000 deutschen Bürgermeister_innen durch: In fast jeder zweiten deutschen Kommune (47%)

wurden Bürgermeister_innen, Mitarbeiter_innen oder Gemeinderäte wegen ihrer Flüchtlingspolitik beschimpft oder beleidigt (vgl. Erhardt 2016).

3. Die Versprechungen des Rechtspopulismus

Die exakte Bestimmung des Begriffs „Populismus“ ist schwierig, denn in polarisierten Zeiten dient dieser oft mehr als Kampfbegriff, denn als Kriterium für eine bestimmte Ideologie und eine bestimmte Praxis des Politischen. Populismus lediglich als einen griffigen Politikstil zu verstehen, wäre auch zu verkürzt. Populismus lässt sich nicht an bestimmten Wähler_innen, sozialpsychologischen Profilen oder einem bestimmten Politikstil festmachen und beinhaltet keine umfangreiche Ideologie. Die Logik des Populismus könnte vielmehr lauten, dass Populist_innen grundsätzlich antielitär und grundsätzlich antipluralistisch sind: „Wir – und nur wir – vertreten das wahre Volk“; bzw. „Wir sind die 100%“ (vgl. Müller 2016, S. 44). Das wahre Volk ist dabei keine empirische Größe, sondern Ausdruck eines homogenisierenden Volksbegriffs durch bewusste Vereinfachung bzw. Negierung von strukturellen gesellschaftlichen Unterschieden (Hartleb 2017, S. 59). Die Unterscheidung politischer Strömungen im Sinne eines Rechts-Links-Schemas ist für die meisten populistischen Politiker_innen sekundär, denn die 100% legitimieren einen moralischen Alleinvertretungsanspruch und das symbolisch konstruierte Volk wird systematisch gegen bestehende Institutionen ausgespielt (Müller 2016, S. 44). Ein herausragendes Beispiel für die Gegenüberstellung von „dem Volk“ und den bestehenden Institutionen als „verhasstes Establishment“ stellt die Antrittsrede des neuen US-Präsidenten Donald Trump am 20.01.2017 dar: „Die heutige Zeremonie jedoch hat eine ganz besondere Bedeutung. Denn heute übergeben wir die Macht nicht nur von einer Regierung an die andere oder von einer Partei an die andere, sondern wir nehmen die Macht von Washington D.C. und geben sie an euch, das Volk, zurück. (...) Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert und das Volk hat die Kosten getragen.“⁵ Neben diesen skizzenhaften Annäherungen an einen allgemeinen Populismusbegriff stellt sich die Frage mit Blick auf den Rechtspopulismus, warum es rechtspopulistischen Parteien in Deutschland bisher nicht gelungen ist, auf Bundesebene eine bedeutende Rolle einzunehmen – im großen Unterschied zu zahlreichen anderen europäischen Staaten, in denen sich rechtspopulistische und auch rechtsextreme Parteien in den Nationalparlamenten etabliert haben. Als Faktoren des grundsätzlichen Scheiterns rechtspopulistischer Parteienprojekte in Deutschland galten u. a. bisher der Konsens über die Schuld Deutschlands im Nationalsozialismus und eine in der Regel klare Positionierung gegenüber Tabubrüchen, das allgemeine Bekenntnis zur europäischen Integration,

5 Quelle: www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/trump-rede-im-wortlaut-dieses-massaker-amerikas-endet-hier-und-jetzt-14709309.html; (Zugriff: 28.11.2018).

die gute wirtschaftliche Lage und die Integrationskraft der Volksparteien, das föderale System und die 5%-Hürde, die Handlungsfähigkeit der etablierten Politik in politischen oder sozioökonomischen Krisen (vgl. Hartleb 2017, S. 100). Auch das Fehlen von charismatischen Führungsfiguren in den Reihen rechtspopulistischer Parteien wird als Grund genannt; jedoch zeigt nicht nur das Beispiel der AfD, dass Erfolge auch ohne ein solches Personaltableau erzielt werden können.

Auf der Ebene von ideologischen Merkmalen können mehr oder weniger deutliche Unterschiede zwischen dem klassischen Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus konstatiert werden (vgl. Häusler 2013, S. 16):

- » Findet sich bei vielen rechtsextremen Parteien und Organisationen (Kameradschaften) ein positiver Bezug zum historischen Faschismus wieder, so proklamieren Vertreter_innen der modernen Rechte in der Regel eine Abkehr von solcherlei Bezügen.
- » Finden sich im Rechtsextremismus eine offene Ablehnung der Demokratie sowie ein proklamierter Systemsturz wieder, agiert die moderne Rechte innerhalb des bestehenden politischen Systems und zielt auf dessen Transformation. Weiterhin findet sich in den Parteiprogrammen oder in den öffentlichen Verlautbarungen von rechtspopulistischen Parteien die taktische Befürwortung der Direkten Demokratie wieder.⁶ Stellen ein biologischer Rassismus oder ein klassischer Antisemitismus u. a. den ideologischen Kern des Rechtsextremismus dar, so finden sich im Rechtspopulismus „moderne“ Formen des Rassismus in Form der Unvereinbarkeit von Kulturen (Ethnopluralismus) und die Abkehr von einem offenen Antisemitismus wieder.
- » Die Unterschiede bei den proklamierten Feindbildern sind dagegen weniger deutlich: Juden/Jüdinnen, „Ausländer_in“, Linke im Rechtsextremismus, Muslim_innen, Asylbewerber_innen und eine vermutete „linke Hegemonie“ im Rechtspopulismus. Das Feindbild der Europäischen Union findet sich ebenso in beiden Lagern wieder wie auch das Feindbild der multikulturellen Gesellschaft.

Betrachtet man die Ergebnisse der Einstellungsforschung, so können auch hier einige markante Punkte identifiziert werden, die Auskunft über ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster geben: „Die Abwertung von Flüchtlingen bildet gemeinsam mit

⁶ Eine solche taktische Befürwortung der direkten Demokratie zeigt sich im Programm der AfD für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. So forderte die AfD, den individuellen Anspruch auf Asyl im Rahmen von Plebisziten zur Abstimmung zu bringen: „Die AfD bejaht uneingeschränkt das im Grundgesetz verankerte Asylrecht (...). Wir fordern eine maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch verfolgte und Flüchtlinge festzulegen, die sich am Willen der Bevölkerung orientiert (...)“ (vgl. www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/02/Wahlprogramm_AfD_LSA_2016.pdf; Zugriff: 08.03.2016).

allgemeiner Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung von Muslim*innen und Roma, gepaart mit einer autoritären Law-and-Order Haltung sowie einem weit verbreiteten Misstrauen in und einer Verachtung von demokratischen Prozessen und Strukturen ein empirisch eng zusammenhängendes rechtspopulistisches Einstellungsmuster“ (vgl. Küpper/Zick/Krause 2015).

Vorhandene Vorurteile gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen und die bisher bei vielen Menschen verbreitete latente Abkehr von dem politischen System werden in Zeiten des gesellschaftspolitischen Wandels von rechtspopulistischen Parteien wie der AfD gebunden. Inzwischen sitzt sie trotz aller interner Grabenkämpfe und ihrer programmatischen Widersprüche in elf Landesparlamenten und wird mit großer Wahrscheinlichkeit in den Bundestag im Herbst 2017 einziehen. Die Partei besteht aus mehreren innerparteilichen Flügeln: einem nationalkonservativen, einem marktliberalen und einem rechtspopulistischen Flügel, der sich aber auch immer wieder offen für rechtsextreme Positionen und Akteur_innen zeigt (vgl. Hafeneger 2016). Geeint werden diese Flügel durch ihre Schelte gegen das „Establishment“ und dem selbstgewählten Mandat, „das Volk“ gegenüber den gesellschaftspolitischen Eliten zu vertreten. Im Spannungsfeld ihrer Flügel bewegt sich die Partei schon heute zwischen politischer Mitte und dem rechten Rand und bisher ist die (potenzielle) Wählerschaft noch geduldig in Bezug auf ihre Flügelstreitigkeiten – auch nach Björn Höckes „Schandmal-Rede“. Die punktuellen, provokativen Schritte über den rechten Rand hinaus zählen zum populistischen Kalkül, denn hierdurch und nicht durch einen dumpfen Rechtsextremismus allein erzielt die Partei die größere Aufmerksamkeit und sorgt dafür, dass sich die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts verschieben. Der gegenwärtige „Erfolg“ der Partei besteht z. T. in einer Diskursverschiebung – sie setzt „ihre“ Themen und viele gesellschaftspolitische Akteur_innen gehen mit.

Der Blick über den nationalen Tellerrand hinaus zeigt, dass das etablierte politische Gefüge vielerorts ins Wanken geraten ist und insbesondere Parteien des Rechtspopulismus dafür sorgen, dass innerhalb des bestehenden politischen Systems eine stete Aushöhlung von demokratischen Spielregeln und Werten zu beobachten ist. Die Erfolge des Rechtspopulismus in Deutschland und in Europa beruhen nicht alleine auf den erfolgversprechenden Programmatiken dieser Parteien. Viele Ursachen für die Transformation des politischen Systems finden sich auch in den „nicht erledigten Hausaufgaben“ der Vergangenheit einerseits und in den Reaktionen der politisch Verantwortlichen auf die rechtspopulistische Herausforderung andererseits. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist innerhalb dieses Prozesses dabei lediglich Katalysator für die Eruption von bereits vorhandenen subkutanen politischen Krisen gewesen.

4. Die Krise des demokratischen Systems

Die Ursachen für die konstatierte Krise des demokratischen Systems sind sehr vielfältig und komplex; daher können an dieser Stelle nur holzschnittartig einzelne Faktoren konturiert werden, die zu dieser Krise beigetragen haben:

Globale Fluchtbewegungen

Über 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht⁷: Kriege, Bürgerkriege, Armut und fehlende Perspektiven führen dazu, dass immer mehr Menschen sich auf dem Weg machen und hierbei Europa ein zentrales Ziel für Fluchtbewegungen geworden ist; der Bürgerkrieg in Syrien währt etwa nun schon seit acht Jahren. Aber gleichzeitig zeigten sich politisch Verantwortliche in Deutschland und in anderen europäischen Staaten überrascht vom sogenannten „Flüchtlingsstrom“ bzw. von der „Flüchtlingswelle“ im Sommer 2015. Die Suffixe „Strom“ und „Welle“ vermitteln den Eindruck der Konfrontation mit einer Naturkatastrophe und vielerlei politische Maßnahmen seit 2015 suggerieren, dass durch die Verschärfung des Asylrechts und die Schließung von Grenzen diese „Naturgewalt“ eingedämmt werden könne (Stichwort „Türkei-Abkommen“). Politische Weitsicht hingegen zeichnet sich in Zeiten globaler Migrationsbewegungen sicherlich nicht durch eine Präferenz der reinen Abschottung in einer Festung Europa aus – vielmehr gilt es, die Frage über einen nationalen Tellerrand hinaus zu beantworten, wie die vielfältigen globalen Ursachen für Flucht (mit-)bewältigt werden können, die u. a. ihre Ursachen in der Wirtschafts- und Lebensweise der westlichen Industriestaaten finden.

Herausforderung Integration

„Deutschland ist kein Einwanderungsland“ ist ein zentrales Diktum der populistischen Rechte und war auch jahrzehntelang Konsens bei den meisten etablierten Parteien. Dabei ist die Bundesrepublik schon seit den 1960er-Jahren durch die Anwerbung zahlreicher Gastarbeiter_innen zum Einwanderungsland geworden. Viele dieser Menschen sind im Land geblieben, haben Familien gegründet und auch, im Falle der türkischen Migrant_innen ihre Religion, in vielen Fällen den Islam, mitgebracht. Doch Maßnahmen der Integration blieben Jahrzehnte unter dem Diktum des „Nichteinwanderungslandes“ rudimentär. Mit der doppelten Staatsbürgerschaft der rot-grünen Bundesregierung wurden erst Ende der 1990er-Jahre erste Schritte unternommen. Doch erst seit dem 11.09.2001 wird auch hierzulande eine breite Integrationsdebatte geführt; etwas zynisch ließe sich sagen, dass das Thema Integration oder Islam in Deutschland seitdem unter der Hauptüberschrift „Sicherheit“ debattiert

⁷ Vgl. www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/global_trends_2015.pdf; www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/global_trends_2015.pdf (Zugriff: 26.03.2017).

wird. Die jüngsten Terroranschläge in Europa führen dann zu einem weiteren Anstieg der Islamfeindlichkeit und bereiten die Bühne für islamfeindliche Parolen.

Gesellschaftlicher Kitt

Der Aspekt der Integration kann auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden, nämlich in der Frage nach dem gesellschaftlichen Kitt: In einer hochindivdualisierten und pluralisierten Gesellschaft finden in Zeiten großer Unsicherheiten auch Suchbewegungen nach der gemeinsamen Identität statt. Die Angebote des Rechtspopulismus mit seiner Forderung einer möglichst ethnisch homogenen Gesellschaft in Abgrenzung zu unvereinbaren Kulturen ist dabei ein für viele Menschen verlockendes Angebot auf dem politischen Markt. Doch ist die Frage nicht unbeantwortet, auf welcher Basis sich eine offene, plurale Gesellschaft formatiert und einen gemeinsamen Rahmen formuliert; die Suche nach adäquaten neuen integrierenden „Großerzählungen“ (Münkler/Münkler 2016) oder nach einem „neuen Leitbild für Deutschland“ (Foroutan 2016) als Kontrapunkt zu den rechtspopulistischen Verlockungen einer nationalistisch geprägten homogenen Gesellschaft hat erst begonnen.

„Demokratieentleerung“

Die Etablierung von populistischen Parteien ist immer auch ein Indikator für Defizite in einem politischen System. So verloren etablierte Parteien ihre Bindung zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die dann durch einen Rückzug von der Wahlurne in das große, lang ignorierte Lager der Nichtwähler_innen wechselten. Bei den fünf Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahr 2016 konnte die AfD von einer Partei die meisten Stimmen gewinnen, nämlich von der der Nichtwähler_innen (vgl. Becker 2017). Gleichzeitig werden viele Menschen über die zunehmende Verflachung politischer Debatten und der wachsenden Komplexitätsreduktion des gegenwärtigen politischen Diskurses mobilisiert und in Zeiten einer 140-Zeichen-Politik geht immer mehr das Bewusstsein dafür verloren, dass sich demokratische Prozesse durch das mühsame Ringen um einen politischen Kompromiss und um Mehrheiten auszeichnet. Stattdessen verfangen Strategien der populistische Provokationen, Tabubrüche und die Erweiterung der Grenzen des Sagbaren: „Wer in Diskursen dagegen ist oder sich verteidigt, hat allerdings in der Regel schon verloren! Zum einen versäumt er, die eigene Weltsicht zu propagieren. Zum anderen propagiert er die Weltsicht des Gegners“ (Wehling 2016, S. 52).

Fragen des sozialen Ausgleichs

Die Beispiele eines emporstrebenden Front National in Frankreich oder die Analyse der Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen zeigen, wie (rechts-)populistische Parteien bzw. Akteur_innen Wählerschichten ansprechen und binden können, die zum einen ein höheres Maß an Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen aufweisen, die aber zum anderen in einem zunehmenden Maß von den Folgen einer

globalisierten Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit oder Prekariat betroffen sind (vgl. Eribon 2016; Kimmel 2016). Und auch in Deutschland ist das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen trotz niedriger Arbeitslosenquote und stabiler Wachstumsraten brüchig geworden; in der neu konturierten „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016) gelingt es immer weniger Menschen mithilfe des eigenen Einkommens auf der ökonomischen Leiter aufzusteigen: prekäre, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, die viele Menschen dazu zwingen, mehr als einer Beschäftigung nachzugehen, unbezahlte Praktika, aber auch entwertete Bildungsabschlüsse im Zuge eines z. T. atemberaubenden Wandels der industriellen Produktion (Stichwort „Industrie 4.0“) führen dazu, dass immer mehr Menschen unter immer beschwerlicheren Umständen ihr Einkommen erzielen (vgl. ausführlich dazu Becker 2017). Mit Blick auf den Rechtspopulismus stellt sich die Frage, ob die AfD die neue rechte Arbeiterpartei ist, trotz ihres äußerst marktliberalen Wirtschaftsprogramms - jedenfalls gelang es der Partei bei den Landtagswahlen 2016 die meisten Stimmen bei Arbeiter_innen und Arbeitslosen zu gewinnen (vgl. Becker 2017).

5. Was nun zählt ...

Was in der konstatierten „polarisierten Gesellschaft“ nun zählt, ist sich nicht nach den populistischen „Lauten“ zu orientieren, sondern vielmehr die Themen, welche viele Menschen motiviert, auch die AfD zu wählen, auf Basis der eigenen politischen Werte zu bearbeiten: Wie kann konkret das Zusammenleben vor Ort (nach dem Zuzug von Flüchtlingen) neu gestaltet werden? Wie kann Demokratie wieder für mehr Menschen erfahrbar werden? Wie können Fragen der sozialen Gerechtigkeit (Arbeits- und Wohnungsmarkt, Kindergartenplätze usw.), die wegen der Aufnahme von Flüchtlingen in den Mittelpunkt gerückt sind, für alle davon betroffenen Menschen beantwortet werden? Und was ist in einer pluralen und individualisierten Gesellschaft der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, wenn es nicht die tumben Vorstellungen einer ethnisch homogenen, nationalistisch geprägten Gemeinschaft sind?

Literatur

- Ahrens, P.-A.: Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, Hannover 2016.
- Becker, R.: Prekäre Mitte, Vorurteilspotentiale und der Siegeszug des Rechtspopulismus, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 2017, Heft 1, S. 9-23.
- Bohn, I./Becker, R.: Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 2016, Heft 2, S. 103-114.

- Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen 2015.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): 18. Wahlperiode Drucksache 18/11298, Berlin 2015.
- Dürr, T.: „...damit die Stimmung nicht kippt.“ Proaktive Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 2016, Heft 1, S. 73-88.
- Erhardt, C.: Hasswelle erreicht die Kommunen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 2016, Heft 2, S. 132-133.
- Eribon, D.: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.
- Foroutan, N.: Ein neues Leitbild für Deutschland. Pluralität als gesellschaftliche Aufgabe für die Zukunft, in: A. Reschke (Hrsg.), Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, Reinbek b. H. 2016.
- Gabriel, O. W.: Bürgerbeteiligung in den Kommunen, in: Enquete Kommission des Deutschen Bundestags (Hrsg.), „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Opladen 2002, S. 121-160.
- Geiges, L./Marg, S./Walter, F.: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.
- Häusler, A.: Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?, Düsseldorf 2013.
- Hafeneger, B.: Die extreme und populistische Rechte. Kommunalwahl in Hessen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 2016, Heft 1, S. 119-132.
- Hartleb, F.: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwalbach/Ts. 2017.
- Karakayali, S./Kleist, O. J.: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 1. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin 2015.
- Karakayali, S./Kleist, O. J.: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015, Berlin 2016.
- Kimmel, M.: Angry White Men. Die USA und ihre zornigen Männer, Bonn 2016.
- Küpper, B./Zick, A./Krause, D.: Pegida in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: A. Zick, B. Küpper (Hrsg.), Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Herausgegeben von R. Melzer und D. Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2015.
- Müller, J.-W.: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.
- Münkler, H./Münkler, M.: Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft, Berlin 2016.
- Nachtwey, O.: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.

Pankoke, E.: Freies Engagement, zivile Kompetenz, soziales Klima. Forderung und Förderung aktivierender Netzwerke und Lernprozesse, in: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen 2002, S. 73-87.

SINUS-Institut: 5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben.“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland, Reinbek b. H. 1981.

Wehling, E.: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln 2016.

Zick, A./Küpper, B./Krause, D.: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Berlin 2016.

Susanne Keuchel

„Diversität“ als aktuelle Herausforderung in der Kinder- und Jugendarbeit

In den letzten Jahrzehnten hat ein deutlicher soziodemografischer Wandel in Deutschland stattgefunden. Ein Merkmal dieses Wandels ist zunehmende „Diversität“. Welche Auswirkungen hat diese auf die Kinder- und Jugendarbeit? Im folgenden Beitrag werden nach einer ersten Begriffsbestimmung von „Diversität“ Begründungszusammenhänge aufgezeigt, warum es heute notwendig sein kann, in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen noch „diversitätsbewusster“ zu agieren. Es wird das Potenzial aufgezeigt, das speziell die Kinder- und Jugendarbeit im Kontext von Diversität hat. Daran anschließend wird exemplarisch anhand einer explorativen Studie, und hier speziell dem Aspekt der „Internationalität“, aufgezeigt, wo sich aktuell noch Herausforderungen stellen. Abschließend werden Empfehlungen ausgesprochen, wie die Kinder- und Jugendarbeit künftig im Kontext von Diversität noch gestärkt werden kann.

1. Was ist „Diversität“?

Der Fachdiskurs um das Thema „Einwanderung und Migration“ hat sich in Deutschland kontinuierlich weiterentwickelt. Zu Beginn der Arbeitermigration in den 1950er- und 1960er-Jahren stand zunächst das Konzept der „Multikulturalität“ im Fokus – das Nebeneinander vieler verschiedener „Kulturen“, das in der pädagogischen Arbeit oft zu separierten Arbeitsmethoden, wie die Einrichtung von „Ausländerklassen“ (vgl. Butterwegge 2005) führte. Nachdem im politischen Diskurs „Multikulti“ (vgl. Süd-deutsche.de vom 16.10.2010) als gescheitert angesehen wurde, etablierte sich der Begriff „Interkulturalität“ (vgl. Yousefi 2010) als Dialog zwischen den „Kulturen“. Entsprechend vertritt der Sozial- und Kulturpsychologe Alexander Thomas in seinen Konzepten zum interkulturellen Lernen die Grundthese, dass „Kenntnis kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung, im Denken, Werten, Empfinden und Handeln (...) ein besseres Verständnis des fremdkulturell geprägten Partners“ (Thomas 2006, S. 116) ermögliche. Nach der Etablierung einer Vielzahl an „interkulturellen“ Maßnahmen, wie der 2006 gegründete „Bundeskongress Interkultur“, oder Unterstützungsinitiativen, wie „interkulturpro“ in NRW, konnte infolge vor allem des postmigrantischen Diskurses (vgl. Yildiz/Hill 2014) eine zunehmende Distanzierung zum Konzept der „Interkulturalität“ zugunsten des Konzepts der „Transkulturalität“ von Wolfgang Welsch (vgl. Welsch 1995) beobachtet werden. Dieses sieht Kulturen nicht geschlossen und homogen im Sinne von Nationalkulturen, sondern vielmehr als pluralistisch und grenzüberschreitend. Aus dieser Perspektive heraus sind Verflechtungen und Vermischungen der Kulturen die Regel im Gegensatz zum Konzept der Interkulturalität, das „Stereotype“ durch das Gegenüberstellen zweier „Kulturen“ verfestige. Aber auch das Konzept der Transkulturalität findet Kritiker, so bezogen auf die Abstraktheit des Konzepts, das in der pädagogischen Praxisumsetzung von vielen als schwierig bewertet wird. Kritik richtet sich auch an

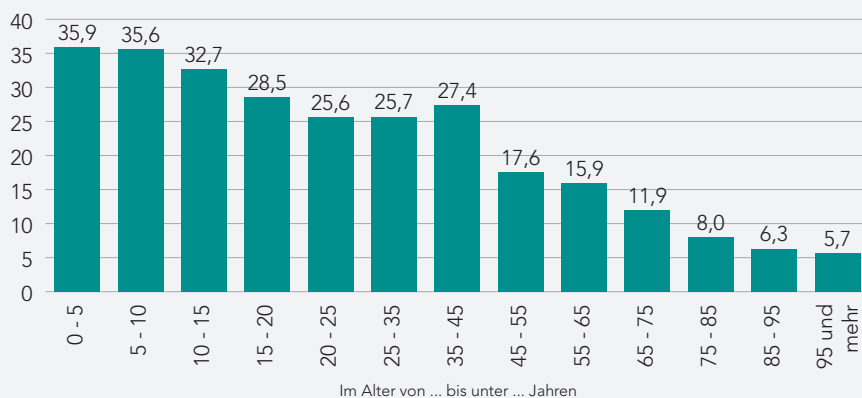
die erneute „Kulturbezogenheit“ (Griese 2006, S. 22) des Konzepts, das punktuell als „elitär bzw. homogenisierend“ (Griese 2006, S. 22) oder auch als „kulturalisierter Kapitalismus“ einer „globalisierten Klasse“ in Abgrenzung zu einer „lokalisierten globalen Unterklasse“ (Termeer 2016, S. 66) bewertet wird – als „eine internationale Gleichschaltung im ökonomisch-kapitalistischen Interesse (...) im ideologisch-pädagogischen Gewand“ (Griese 2006, S. 22). Aus eben skizzierten Gründen setzt sich aktuell im Fachdiskurs aufgrund seiner weitestgehenden Neutralität zunehmend der Begriff „Diversität“ durch, der weder eine spezifische Kulturperspektive in den Blick nimmt, noch einen konkreten politischen Handlungsauftrag beinhaltet, wie beispielsweise der Begriff „Inklusion“ (vgl. Keuchel 2016). Der Begriff „Diversität“ stammt aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre und wurde im Kontext des Rassismus gegenüber der afroamerikanischen Bevölkerung in seiner Entstehungszeit geprägt (vgl. Kreff/Knoll/Gingrich 2011). Infolge wird er, im Gegenzug zu dem Begriff „Kulturen“, jedoch nicht hauptsächlich mit der Herkunft als geografischer Raum bzw. Ethnie assoziiert. So hat die EU-Grundrechtecharta im Jahre 2000 „sechs Kerndimensionen von Diversity“ (vgl. Europäische Gemeinschaft 2000) fokussiert: Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit, Religion und Behinderung. Dennoch gibt es auch Kritik an dem Konzept der „Diversität“, denn um Diversität herzustellen, müssen Differenzen kategorisiert werden, wie Geschlecht, Herkunft, Einkommen etc., und damit würden zugleich auch „Schubladen“ und bestehende Machtstrukturen manifestiert werden (vgl. hierzu Varela/Dhawan 2011). Daher wird vielfach auch der Begriff „Inklusion“ verwendet, der sich ebenfalls in einer amerikanischen Bürgerbewegung (vgl. Hinz 2008, S. 34), hier der Elternbewegung gegen Diskriminierung von Schüler_innen mit Behinderungen, etablierte, aber infolge auch weiter gefasst wurde in Analogie zum Konzept „Diversität“. Allerdings bedarf das Handlungskonzept „Inklusion“ eben genau der Betrachtungsperspektive der Diversität, um Vielfalt als wertvolle Ressource der Gesellschaft kenntlich zu machen.

2. Notwendigkeit für mehr „Diversitätsbewusstsein“ in der pädagogischen Arbeit

Es wurde schon auf den starken soziodemografischen Wandel in Deutschland verwiesen. Dieser manifestiert sich an vielen Faktoren, wie beispielsweise dem Stadt-/Landgefälle, der zunehmenden „Veralterung“ der Gesellschaft oder der Migration.

Betrachtet man exemplarisch hier den Faktor Migration, so ist der Zuwachs bezogen auf Ausländer_innen, die lange Zeit ausschließlich vom Statistischen Bundesamt als Grundlage für Einwanderung gemessen wurden, nur um 4 Prozentpunkte – von 7% auf 11% (vgl. Statistisches Bundesamt 2017) – angestiegen. Parallel wird seit 2005

Abb. 1 | Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen (Deutschland; 2015; Angaben in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus (2015 bis 2017, S. 62f.); eigene Zusammenstellung

vom Statistischen Bundesamt auch der Migrationshintergrund in der Bevölkerung erfasst. Dieser ist seit 2005 von 18% auf 21% in 2015 um 3 Prozentpunkte angestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt – Mikrozensus 2015 bis 2017, S. 61). Dieser Wandel bezogen auf einen 10-jährigen Zeitraum klingt nicht allzu dramatisch, bekommt jedoch eine andere Dimension, wenn die Entwicklung der Gesamtbevölkerung in den Blick genommen wird: Denn seit 1970 hat die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte kontinuierlich aufgrund des Geburtenrückgangs abgenommen. Daher ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter den jüngeren Bevölkerungsgruppen wesentlich höher als bei den Älteren (vgl. Abb. 1).

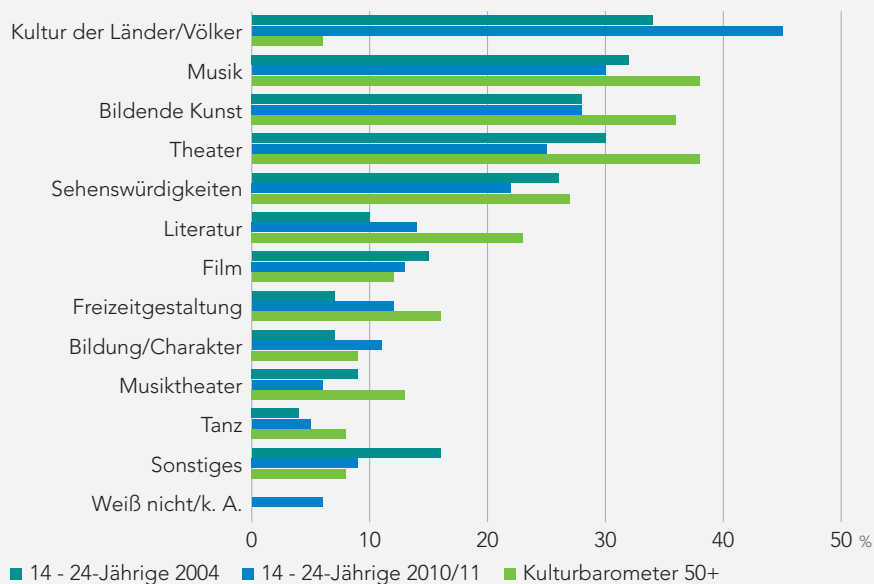
Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Verteilung der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sich in Deutschland bezogen auf Stadt/Land, aber auch auf die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich gestaltet. In Großstädten mit mehr als einer halben Millionen Einwohner_innen liegt der Anteil der Minderjährigen mit Migrationshintergrund z. B. bei 46% (vgl. Statistisches Bundesamt 2011). Kinder und Jugendliche betrifft dieser Wandel also wesentlich stärker als ältere Bevölkerungsgruppen in Deutschland.

Es ist nicht nur der Faktor Migration, der aktuell die Diversität innerhalb der Bevölkerung stärkt. Zu nennen sind hier auch Faktoren wie Globalisierung, Medialisierung, Individualisierung oder zunehmende Mobilität, u. a. auch im Tourismus, die Diversität, aber beispielsweise auch speziell transkulturelle Perspektiven in unserer Gesellschaft begünstigen.

So zeigen Bevölkerungsumfragen auf, dass junge Menschen in Deutschland kulturelle Differenzen heute als sehr relevant wahrnehmen. So wurde in den beiden Jugend-KulturBarometern (vgl. Keuchel/Wiesand 2006; Keuchel/Larue 2012) sowie auch dem KulturBarometer 50+ (vgl. Keuchel/Wiesand 2008) bei einer offenen Fragestellung zur persönlichen Definition des Kulturbegriffs beobachtet, dass junge wie auch ältere Bevölkerungsgruppen einen sehr enggeführten Kulturbegriff pflegen, der sich stark an Angeboten der klassischen Kultureinrichtungen orientiert. Speziell die Jüngeren unterschieden sich jedoch in einem Punkt deutlich von den Antworten der Älteren, bezogen auf die Wahrnehmung kultureller Differenzen, hier vor allem bezogen auf Unterschiede in den Ländern und Völkern (vgl. Abb. 2). Bei den 50-Jährigen und Älteren spielte dies 2007 kaum eine Rolle.

Im InterKulturBarometer (vgl. Keuchel 2012, S. 9), einer anderen bundesweiten Befragung, konnte beobachtet werden, dass die Herkunft nach eigener Einschätzung der Befragten und hier vor allem derjenigen mit Migrationshintergrund aus weiter

Abb. 2 | Persönliche Definition des Kulturbegriffs in den Jugend-KulturBarometern¹ und im KulturBarometer 50+² (Angaben in %)



¹ Vgl. Keuchel (2012, S. 12)

² Vgl. Keuchel/Wiesand (2006); Keuchel/Wiesand (2008)

Quelle: ZfKf/GfK (2004); ZfKf/GfK (2011); ZfKf/Ifak (2007)

entfernten Kulturräumen einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der eigenen Identität zugemessen wurde. Dies galt beispielsweise auch für die Religion, wenn es sich um eine Minderheitenreligion handelte, oder der eigenen Bildung, wenn die befragte Person einen hohen Bildungsstatus besaß. Diese Beobachtungen lassen sich mit einem theoretischen Modell der „culture studies“ von Stuart Hall (vgl. Hall/du Gay 1996) erklären: Dieser geht davon aus, dass es bei einer zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft zunehmend schwerer wird, Gemeinsamkeiten über große Sinnsysteme zu stiften und daher der Einzelne Abweichungen von der kulturellen Norm als wichtige Grundlage für die eigene kulturelle Identität heranzieht.

Dieses Modell erklärt, warum persönlich „gefühlte“ Abweichungen von der Norm, wie eine Minderheitenreligion oder ein von der Norm abweichendes Aussehen, zur Grundlage der eigenen Identität werden kann. Dieses Prinzip wird sehr deutlich im folgenden Zitat einer Russlanddeutschen in der ersten Generation in Deutschland lebend: *„In Russland waren wir immer Deutsche. Hier sind wir immer Russen“* (Keuchel 2012, S. 69).

Zugleich wird an diesem Phänomen die Notwendigkeit einer diversitätsbewussten Pädagogik und Haltung deutlich: Wenn Pädagog_innen in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen Minderheitenreligionen in Deutschland, wie den Islam, oder die Herkunft als etwas Ungewöhnliches reflektieren – selbst wenn dies in einem positiven Sinne geschieht – verstärken sie genau den eben beschriebenen Reflex bei jungen Menschen, diese Merkmale als Abweichung von der gesellschaftlichen Norm wahrzunehmen und manifestieren so Stereotype. Dies wird besonders schwierig, wenn diese Stereotype auf die Lebenssituation junger Menschen gar nicht mehr anwendbar sind, da sie zum Beispiel in der zweiten oder dritten Migrantengeneration aufgewachsen sind, also in Deutschland geboren worden sind, aber innerhalb der Familie auch mit Kulturpraktiken aus ihren Herkunftsländern vertraut gemacht werden. Oft entstehen dadurch unterschiedliche Erwartungshaltungen Dritter, die es dann den jungen Leuten erschweren, ihre unterschiedlichen Identitätsrollen in ein stimmiges Identitäts-Rahmenkonzept (vgl. Keupp 2008, S. 207f.) einzubinden, wie dies das folgende Zitat eines jungen in Deutschland in der zweiten Generation lebenden Türken verdeutlicht:

„Ich bin auch so geteilt, ich habe beide Kulturen. Das liegt auch am Persönlichen, wie man das aufnehmen will, bzw. in welchem Klischee man aufgewachsen ist. Da spielen mehrere Faktoren eine Rolle. An meinem Beispiel kann ich sagen ja! (...) Auch eine andere Form von Kultur, etwas Neues quasi. Weder noch sind wir“ (Keuchel 2012, S. 175).

Statt eines Nichtdazugehörigkeitsgefühls des „Weder-noch“, wäre es wünschenswert, wenn junge Menschen unterschiedliche Identitätsrollen als Wahloption ansähen, die diese selbst gestalten und weiterentwickeln können. Im InterKulturBarometer wurde in diesem Sinne deutlich, dass Menschen mit Migrationserfahrung diese immer dann besonders positiv erlebten, wenn sie sowohl die Kulturgeschichte des Aufnahme- wie des Herkunftslandes schätzten (Keuchel 2012, S. 49ff.).

Stuart Halls theoretischer Ansatz ist auch im Kontext der Jugendkulturen und des gesellschaftlichen Wandels aufschlussreich. Wurden Jugendkulturen in der Vergangenheit auch als Protesthaltungen gegenüber der erwachsenen Bevölkerung verstanden, wie auch um die eigene jugendliche Identität und Gemeinschaft zu unterstreichen, hat sich dies heute mit der zunehmenden Kommerzialisierung von Jugendkulturen (vgl. Tully/Krug 2009) verändert. Diese führt dazu, dass Ältere Jugendkulturen nicht mehr als Provokation, sondern als attraktive Ausdrucksformen bewerten, die sich eignet, im Alter die eigene „geistige“ Jugendlichkeit hervorzuheben. Dadurch wird jedoch den Jugendlichen eine eigene Identitätsgrundlage, im Sinne von Halls Abweichung von der gesellschaftlichen Norm, entzogen. Auch in diesem Kontext gilt es, Diversitätssensibilität zu entwickeln und innerhalb einer Gruppe entwickelte Identitätssymbole nicht unreflektiert zu übernehmen.

Allgemein wird es zunehmend schwieriger eigene Identitäten zu entwickeln in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft mit einer Vielzahl an Vorbildern, Wegen und Möglichkeiten, die zudem einhergeht mit einer zunehmenden Selbstverantwortlichkeit, eigene Wege zu finden (vgl. Beck 1986).

3. Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit für „Diversität“

Die Kinder- und Jugendarbeit besitzt gute Voraussetzungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung einer diversitätsbewussten Pädagogik und Haltung aufgrund ihrer inhaltlichen Grundlagen, die im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert sind. So heißt es dort, dass die Angebote der Jugendarbeit „an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden“ (SGB VIII, § 11 (1)) sollen. Aus diesem Satz leiten sich Grundprinzipien der Jugendarbeit ab wie „Partizipation“ und „Lebensweltbezug“, die auch wichtige Grundvoraussetzungen für eine diversitätsbewusste Haltung sind, hier das Wahrnehmen anderer Perspektiven und das aktive Einbeziehen dieser Perspektiven. So betont auch Erziehungswissenschaftler Werner Thole: „Die integrative Funktion der Jugendarbeit liegt in der Einbindung unterschiedlicher Interessen und Problemlagen, kulturellen

und religiösen Orientierungen, Milieus und Lebenswelten und der unterschiedlichen Geschlechter“ (Thole 2000, S. 260).

In diesem Sinne setzen schon viele Einrichtungen der Jugendhilfe in ihren Leitbildern Bezüge zu Diversität, Vielfalt oder auch zu kulturellen Differenzen. So beschreibt die Bundesvereinigung kultureller Kinder- und Jugendbildung (BKJ) „Vielfalt (Er) Leben“ (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit (BKJ) 2009, S. 8f.) als ein Grundprinzip der Kulturellen Bildung. Es sind Grundprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe, wie Interessen- und Lebensweltorientierung sowie partizipative Vermittlungskonzepte, die eine gute Grundlagen bieten für eine diversitätsbewusste Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Es stellt sich jedoch angesichts des soziodemografischen Wandels, des medialen Wandels, Wirtschaftsmigration und Flucht die Frage: Reicht dies als Grundlage für die Arbeit mit aktuell sehr heterogenen jungen Zielgruppen aus? Oder bedarf es heute zusätzlicher Hilfestellungen für Pädagogen, um angemessen auf Vielfalt reagieren und diese einbinden zu können?

Im Folgenden wird exemplarisch anhand einer empirischen Studie (vgl. Keuchel 2015) lediglich ein Aspekt von Diversität in Projekten der Kulturellen Bildung untersucht, um erste Hinweise zu erhalten, ob die bisherige Praxis ausreicht oder neue Praktiken entwickelt werden müssen, um auf die gesellschaftliche Transformation und die damit verbundenen Herausforderungen angemessen reagieren zu können.

4. Eine explorative Bestandsaufnahme zum Umgang mit Diversität in der Kulturellen Bildung

Diversitätsbewusste Ansätze können auf unterschiedlichste Weise in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verankert werden. Dies gilt in besonderer Weise für die Kulturelle Bildung, die Kunst und Kultur, also gesellschaftliche Ausdrucksformen, in den Blick nimmt, wie dies folgende Übersicht verdeutlicht (vgl. Tab. 1).

Ein Diversitätsansatz kann in der bewusst divers zusammengesetzten Vermittler- und/oder Zielgruppenkonstellation liegen. Es kann aber auch bewusst mit homogenen Zielgruppen gearbeitet werden im Sinne von „Empowerment“-Ansätzen (Hentges 2014, S. 316) und der Stärkung junger Menschen, die sich aufgrund ihrer Herkunft, Geschlecht oder Religion benachteiligt fühlen. Diversitätsaspekte können inhaltlich durch das Aufgreifen von Themen, wie Migration, Identität oder Exklusion, gesetzt werden. Auch die Perspektive auf Inhalte, Zielgruppen etc. kann einen Diversitätsaspekt behandeln: Geht es um das Aufzeigen vieler unterschiedlicher „Kulturen“ nebeneinander? Um einen Dialog? Oder kulturelle Wechselbeziehungen? Auch können unterschiedliche Diversitätsmerkmale thematisiert

Tab. 1 | Merkmale diversitätsbewusster kultureller Bildung auf verschiedenen multidimensionalen Ebenen

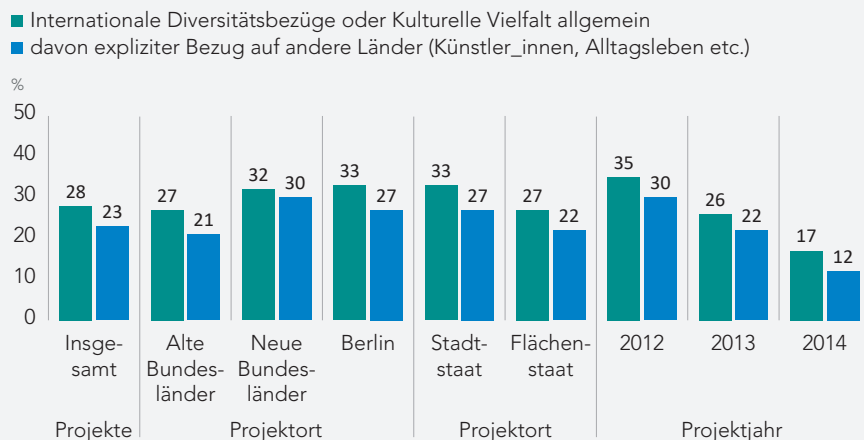
Konzeption	Themen	Perspektiven	Diversitätsbezüge
heterogene Vermittlergruppen	Migration	kulturelle Vielfalt bzw. polykulturell	international
heterogene Zielgruppengruppenzusammensetzung	Identität	interkulturell	milieuspezifisch
homogene Zielgruppengruppenzusammensetzung (im Sinne von Empowerment)	Inklusion	transkulturell	generationsspezifisch
(...)	Exklusion		Kunst als ungewöhnte Perspektive auf Alltagsaspekte
	(...)		(...)

Quelle: Keuchel (2015, S. 136)

werden, wie generationsspezifische, internationale, genderspezifische und/oder milieuspezifische. Die eben aufgezeigten möglichen, diversitätsbewussten Ansätze in der Kulturellen Bildungsarbeit erheben dabei keineswegs einen Anspruch auf Vollständigkeit und zeigen zugleich die Schwierigkeit auf, Projekte im Kontext von Diversität in der Fläche zu analysieren. Daher wurde in der folgenden explorativen Studie bewusst ein einziger Aspekt herausgenommen, der zugleich sehr konkret messbar ist: die „Internationalität“, die in der Erziehungswissenschaft (vgl. Rühle/Müller/Knobloch 2014) zunehmend eine Rolle spielt unter der Fragestellung: Wie international sind Bildungsinhalte in der Schule aufgestellt? In der Kulturellen Bildung kann demgemäß die Frage nach der „Internationalität“ von Themenbezügen und künstlerischem Repertoire gestellt werden: Werden auch Kunstwerke von nichtnationalen Künstler_innen thematisiert? Welche Namen und Protagonist_innen tauchen in Erzählgeschichten auf? Siegfried und Kerstin, oder beispielsweise auch Ali, Murad und Aylin? Steht die Vierteltontechnik oder Halbtonleiter im Fokus des gemeinsamen Musizierens? Werden auch Lebenserfahrungen und Alltagspraktiken aus anderen Ländern innerhalb der künstlerischen Arbeit reflektiert?

In der folgenden explorativen Studie (vgl. Keuchel 2015) wurden sekundäranalytisch die Projektbeschreibungen von 459 kulturellen Bildungsprojekten der Projektdatenbanken der Bundewettbewerbe „Kinder zum Olymp“ und „Mixed up“ im Zeitraum 2012 bis 2014 auf die Internationalität ihrer Inhalte, hier beteiligte Künstler und Lebensweltbezüge, untersucht.

Abb. 3 | Nichtnationale Themenbezüge bzw. Fokus auf kulturelle Vielfalt allgemein bei den kulturellen Bildungsprojekten¹ (Angaben in %)



¹ Keuchel (2015, S. 141)

Quelle: Akademie der Kulturellen Bildung 2015

Insgesamt hatten nach den vorliegenden Projektbeschreibungen 23% explizit auch Kunstwerke von mindestens einem bzw. einer nichtnationalen Künstler_in eingebunden und/oder Bezug genommen auf Lebens- und Alltagsbezüge eines anderen Landes (vgl. Abb. 3). Bei weiteren 5% wurde allgemein auf das Ziel, kulturelle Vielfalt sichtbar zu machen, hingewiesen, ohne das explizit andere Länderbezüge genannt wurden. Differenziert man die nichtnationalen Länderbezüge, so zeigt sich eine deutlich westlich-eurozentristische Perspektive, wie dies in der Bildung allgemein (vgl. Knobloch 2014, S. 297) in Deutschland beobachtet werden kann. Nur 6% der kulturellen Bildungsprojekte beziehen auch Lebensbezüge oder Kunstwerke von Künstlern aus Ländern außerhalb des europäischen und angloamerikanischen Raums mit ein.

Nichtnationale Länderbezüge finden sich hier mit einem Drittelanteil stärker in den Stadtstaaten und den östlichen Bundesländern. Letzteres kann möglicherweise auch eine Reaktion der Kinder- und Jugendarbeit in den östlichen Bundesländern auf die vielfach vor Ort thematisierte Ausländerfeindlichkeit in den Medien (vgl. Ruhrmann/Demren 2000) sein.

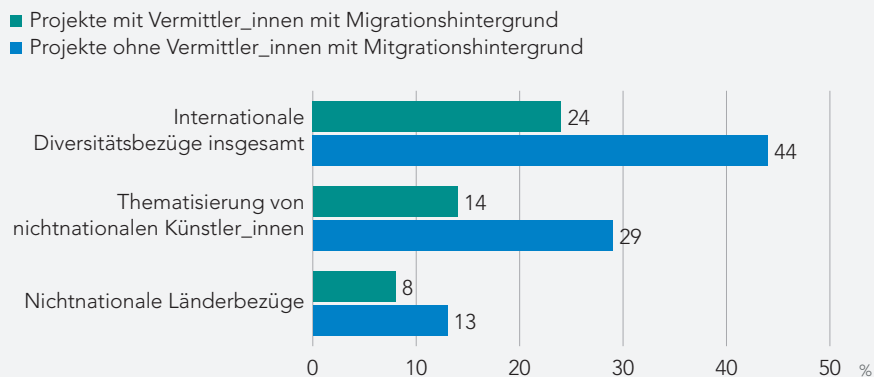
Auffällig ist die Beobachtung, dass der Anteil an nichtnationalen Bezügen in den Projekten im Zeitraum von 2012 bis 2014 abnimmt. Bei der Betrachtung der politischen Schwerpunktthemen in der Kulturellen Bildung in dieser Zeit fällt auf, dass 2012 das Thema „Interkultur“ eine sehr große Rolle im Kontext von bundesweiten

Tagungen (vgl. Keuchel 2015, S. 143) und Forschungsprojekten (vgl. Keuchel 2015, S. 143) spielte. In den Folgejahren wurden neue Themenschwerpunkte, wie Partizipation oder Inklusion, gesetzt. Aktuell zu vermuten ist, dass seit 2016 aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland das Thema Diversität – und hier auch der Faktor „Internationalität“ – wieder einen größeren Raum in der Kulturellen Bildung einnimmt. Diese Beobachtung legt nahe, dass politische jahresspezifische Themenschwerpunktsetzungen nicht ausreichen, um Querschnittsthemen nachhaltig in den Strukturen zu verankern.

In der explorativen Studie wurde zudem untersucht, ob Vermittler_innen mit Migrationshintergrund sensibler mit der Perspektive der „Internationalität“ umgehen, aufgrund familiärer Bezüge zu mindestens zwei Ländern. In der Tat ist der Anteil der Projekte mit nichtnationalen Länderbezügen bei Einsatz eines oder mehrerer Vermittler_innen mit Migrationshintergrund mit 44% nahezu doppelt so hoch wie bei Projekten ohne Vermittler_innen mit Migrationshintergrund (24%) (vgl. Abb. 4). Das heißt jedoch auch im Umkehrschluss: 56% der Projekte, die Vermittler_innen mit Migrationshintergrund einsetzen, setzten keine nichtnationalen Bezüge. Es kann also nicht grundsätzlich eine entsprechende Sensibilisierung in dieser Gruppe vorausgesetzt werden.

In den östlichen Bundesländern konnte beobachtet werden, dass der Anteil der kulturellen Bildungsprojekte, die mindestens eine_n Vermittler_in mit Migrationshintergrund eingesetzt haben, mit 15% dreifach so hoch war wie vergleichsweise

Abb. 4 | Beziehung zwischen Migrationshintergrund der Vermittler_innen und der Thematisierung von nichtnationalen Diversitätsbezügen in den untersuchten kulturellen Bildungsprojekten¹ (Angaben in %)



¹ Keuchel (2016b)

Quelle: Akademie der Kulturellen Bildung (2015)

der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den östlichen Bundesländern (5%) (vgl. Statistisches Bundesamt 2016, S. 224). Bei den westlichen Bundesländern ist der entsprechende Anteil mit 18% geringer gewesen als der entsprechende Bevölkerungsanteil. Da in den östlichen Bundesländern auch der Anteil an Projekten mit „Internationalität-Perspektive“ höher war, könnte vermutet werden, dass, wenn bei Projekten als explizites Ziel „Diversität“ oder die Sensibilisierung für anti-rassistische Haltungen im Vordergrund stand, Projektverantwortliche bewusst oder unbewusst eher auch Vermittler_innen mit Migrationshintergrund miteinbezogen haben. Dies geschah möglicherweise unter der Annahme, dass diese für diese Themen besonders prädestiniert seien. Eine solche Haltung manifestiert jedoch „Stereotype“. Auch von Vermittler_innen ohne Migrationshintergrund sollte eine diversitätsbewusste Haltung vorausgesetzt werden.

5. Fazit: Aktuelle Herausforderungen im Kontext von Diversität in der Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit hat ein besonderes Potenzial, sich mit Diversität auseinanderzusetzen. Es wurde jedoch sowohl angesichts des soziodemografischen Wandels, den Bevölkerungsumfragen zum Umgang mit Diversität als auch dem explorativen Blick in die Praxis deutlich, dass die Herausforderungen im Kontext von Diversität heute deutlich gestiegen sind, aufgrund von Migration, Flucht, aber auch der Vielfalt an kulturellen Lebensstilen und Milieus und der zugleich zunehmenden sozialen Spaltung innerhalb der Gesellschaft.

Daher sollten die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit künftig wesentlich mehr Unterstützung und Fachwissen erhalten, um entsprechend diversitätssensibel agieren zu können, im Umgang mit heterogenen Gruppen, neuen unbekannten Perspektiven und inhaltlichen Gestaltungsräumen. Dabei wird es zunehmend wichtig nicht nur die Lebenswelt des Einzelnen miteinzubeziehen, sondern auch andere erweiterte Perspektiven aufzuzeigen. So ist es beispielsweise nicht nur wichtig, die Internationalitäts-Perspektive für junge Menschen aus anderen Herkunftsländern im Sinne gleicher Bildungschancen adäquat miteinzubeziehen. Es ist mindestens genauso wichtig, junge Menschen ohne Migrations- und ohne eigene internationale Erfahrungsräume, aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung im Elternhaus, mit internationalen Perspektiven vertraut zu machen. Dies ist in Zeiten der Globalisierung besonders wichtig, um soziale Spaltung und die damit einhergehende Entwicklung von Globalisierungsgewinner_innen und -verlierer_innen (vgl. Troger 2014, S. 13ff.) in der Bevölkerung nicht noch weiter zu befördern.

In diesem Sinne ist es entscheidend, dass das Thema Diversität nicht nur innerhalb jährlicher politischer Schwerpunktsetzungen und Projektförderungen behandelt wird, sondern systematisch in Aus-, Weiterbildung und Leitbildern der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit integriert wird. Hierzu bedarf es auch neuer Konzepte in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, wie diese aktuell beispielsweise in dem vom BMBF geförderten Fortbildungskonzept „Diversitätsbewusste Kulturelle Bildung“ (vgl. Keuchel/Dunz 2015) entwickelt werden. Es ist also auch Forschung gefragt, Grundlagen zu schaffen, die eine diversitätsbewusste Haltung sowohl bei Multiplikator_innen als auch bei Kindern und Jugendlichen fördern.

Literatur

- Beck, U.: Risikogesellschaft, Frankfurt a. M. 1986.
- Beyersdörfer, F.: Multikulturelle Gesellschaft, Münster 2004.
- Butterwegge, C.: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. bpb Grundlagendossier Migration 2005 (www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all; Zugriff: 28.11.2018).
- Dortmunder Statistik: Nr. 202 Jahresbericht 2014, Dortmund 2014.
- Europäische Gemeinschaft: Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000/C 364/01). DE, 18.12.2000, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 364/1, 2000 (www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf; Zugriff 28.11.2018).
- Ghaderi, C./Eppenstein, T.: Flüchtlinge: Multiperspektivische Zugänge, Wiesbaden 2016.
- Griese, H.: „Meine Kultur mache ich selbst.“ Kritik der Inter- und Transkulturalität in Zeiten der Individualisierung und Globalisierung, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 2006, Heft 4, S. 19-23.
- Hall, S./Gay, P. du (Hrsg.): Questions of Cultural Identity, London 1996.
- Hentges, G.: Politische Bildung für MigrantInnen, in: B. Marschke, H. U. Brinkmann (Hrsg.), Handbuch Migrationsarbeit. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2014, S. 303-318.
- Hinz, A.: Inklusion – historische Entwicklungslinien und internationale Kontexte, in: A. Hinz, I. Körner, U. Niehoff (Hrsg.), Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis, Marburg 2008, S. 33-52.
- Keuchel, S.: Das 1. InterKulturBarometer, Köln 2012.
- Keuchel, S.: Zur Diskussion der Begriffe Diversität und Inklusion – mit einem Fokus auf die Verwendung und Entwicklung beider Begriffe in Kultur und Kultureller Bildung, in: J. Gerland, S. Keuchel, I. Merkt (Hrsg.), Kunst, Kultur und Inklusion. Teilhabe am künstlerischen Arbeitsmarkt, 2016, S. 21-29.

- Keuchel, S.: „Internationalität“ in der kulturellen Bildungspraxis, in: S. Keuchel, V. Kelb (Hrsg.), *Diversität in der Kulturellen Bildung*, Bielefeld 2015, S. 129-161.
- Keuchel, S./Dunz, M.: *Diversitätsbewusste Kulturelle Bildung (DiKuBi)*, in: S. Keuchel, V. Kelb (Hrsg.), *Diversität in der Kulturellen Bildung*, Bielefeld 2015, S. 185-204.
- Keuchel, S./Larue, D.: *Das 2. Jugend-KulturBarometer*, Köln 2012.
- Keuchel, S./Wiesand, A. J.: *Das 1. Jugend-KulturBarometer*, Bonn 2006.
- Keuchel, S./Wiesand, A. J.: *KulturBarometer 50+*, Bonn 2008.
- Keupp, H./Ahbe, T./Gmür, W./Höfer, R./Mitzscherlich, B./Kraus, W./Sraus, F.: *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. 4. Auflage, Reinbek 2008.
- Knobloch, P. D. T.: Reflektierter Euro- und Okzidentozentrismus. Über die Verortung von Bildung und Erziehungswissenschaft im Kontext globaler Pluralität, in: S. Rühle, A. Müller, P. D. T. Knobloch (Hrsg.), *Mehrsprachigkeit – Diversität – Internationalität*, Münster 2014, S. 297-320.
- Kreff, F./Knoll E.-M./Gingrich, A.: *Lexikon der Globalisierung*, Bielefeld 2011.
- Rühle, S./Müller, A./Knobloch, P. D. T. (Hrsg.): *Mehrsprachigkeit – Diversität – Internationalität*, Münster 2014.
- Ruhrmann, G./Demren, S.: Wie Medien über Migranten berichten, in: H. Schatz, C. Holtz-Bacha, J.-U. Nieland (Hrsg.), *Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk*, Wiesbaden 2015, S. 69-81.
- Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII): *Kinder- und Jugendhilfe vom 26. Juni 1990*, § 11 (1).
- Statistisches Bundesamt: *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2016.
- Statistisches Bundesamt: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2 2015*, Wiesbaden 2017.
- sueddeutsche.de: „Merkel: „Multikulti ist absolut gescheitert“, 16.10.2010 (www.sueddeutsche.de/politik/integration-seehofer-sieben-punkte-plan-gegen-zuwanderung-1.1012736; Zugriff: 22.02.2017).
- Termeer, M.: *Menschen mit fremden Wurzeln in hybriden Stadtlandschaften. Versuch über Identität und Urbanität im Postfordismus*, Berlin 2016, S. 66.
- Thole, W.: *Kinder- und Jugendarbeit: Eine Einführung*, München 2000.
- Thomas, A.: *Interkulturelle Handlungskompetenz – Schlüsselkompetenz für die moderne Arbeitswelt*, in: *Arbeit*, 2006, Heft 2, S. 114-125.
- Troger, R.: *Globalisierung und Depression: Fördert die moderne Wirtschaft psychische Erkrankungen*, Wiesbaden 2014.
- Tully, C./Krug, W.: *Konsum und Umwelt im Jugendalter*, München 2009.
- Valera, M./Dhawan, N. (Hrsg.): *Soziale (Un)Gerechtigkeit: Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung*, Berlin 2011.

„Diversität“ als aktuelle Herausforderung in der Kinder- und Jugendarbeit

Welsch, W.: Transkulturalität, in: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.), Migration und Kultureller Wandel, 1995, 1. Vierteljahr, Stuttgart 1995, S. 39-44.

Yildiz, E./Hill, M.: Nach der Migration: Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft, Bielefeld 2014.

Yousefi, H. R.: Interkulturalität und Geschichte, Hamburg 2010.

Peter Martin Thomas

„Es ist eine gute Tat von Deutschland.“
Jugendliche und ihre Haltungen zu
Flucht und Asyl, Nation und Religion.
Erkenntnisse aus der Sinus-
Jugendstudie 2016

Die aktuelle Sinus-Jugendstudie wurde – zum dritten Mal nach 2008 und 2012 – im April 2016 veröffentlicht. Sie ist mittlerweile ein Standardwerk der qualitativen Jugendforschung in Deutschland. Die Studie wird jeweils von einer Gruppe verschiedener Organisationen aus dem Bereich der Jugendarbeit, der Jugendhilfe und anderen Praxisfeldern beauftragt. Jede Studie hat durch diese Auftraggeber neue praxisrelevante Themenschwerpunkte. An der Studie 2016 waren beteiligt

- » die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) mit den Themenschwerpunkten Nation und Nationalität, Geschichtsbilder sowie Flucht und Asyl,
- » der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zusammen mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) mit den Themen Glaube und Religion, Liebe und Partnerschaft sowie Umweltschutz, Klimawandel und kritischer Konsum,
- » die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) mit dem Thema digitale Medien und digitales Lernen sowie
- » die Akademie des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen (VDV-Akademie) zum Thema Mobilität.

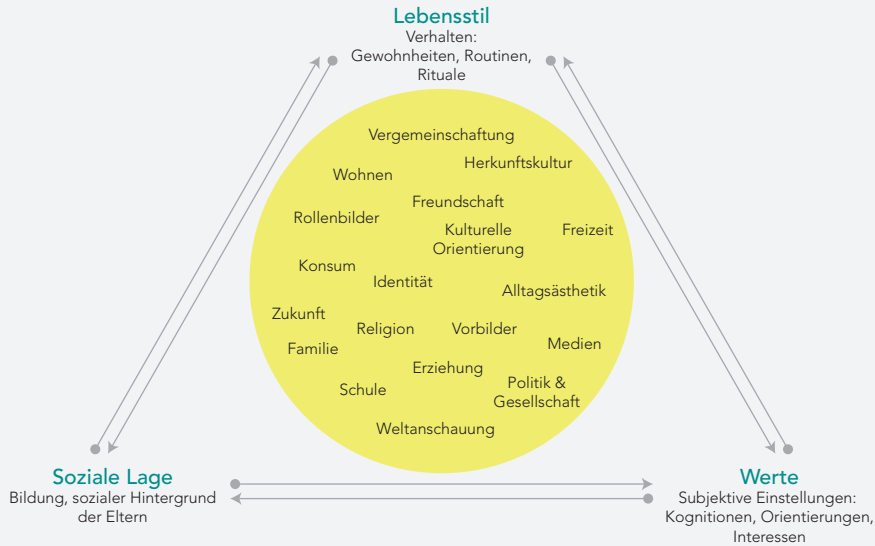
Dieser Artikel gibt einen Überblick über die Grundlagen der Jugendforschung des SINUS-Institutes, eine kurze Einführung in die Lebenswelten und konzentriert sich dann auf die Themen Flucht und Asyl, Glaube und Religion sowie Nation und Nationalität, die alle für die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit von Bedeutung sind.

1. Die Sinus-Jugendstudie 2016

Die Sinus-Jugendstudien beschreiben umfassend die Vielfalt der Lebenswelten junger Menschen im Alter von 14 bis 17 Jahren und deren Alltagserleben. Im Mittelpunkt der Studie stehen folgende Fragen:

- » Was ist Jugendlichen in den verschiedenen Lebenswelten wichtig im Leben? An welchen Werten orientieren sie sich?
- » Wie blickt man in den einzelnen Lebenswelten in die Zukunft? Wie möchte man später leben? Welche Hoffnungen, Ängste und Sorgen hat man?
- » Wie gestalten die verschiedenen Gruppen ihre Freizeit? Welche lebenswelt-spezifischen kulturellen Vorlieben und Hobbies zeigen sich?

Abb. 1 | Bausteine der Lebensweltanalyse



Quelle: SINUS (2016)

- » Welche Vorbilder hat man?
- » Was sind typische Merkmale der Vergemeinschaftung und Abgrenzung in den jugendlichen Lebenswelten?

Hinzu kommen die bereits oben erwähnten thematischen Schwerpunkte.

Für die Studie 2016 wurden erneut 72 Jugendliche in zweistündigen narrativen Interviews befragt. Die Stichprobe wurde quotiert nach dem angestrebten Bildungsabschluss, dem Migrationshintergrund, dem Geschlecht sowie dem Wohnort (Stadt/Land). Der qualitativ-ethnologische Forschungsansatz und die eingesetzten Methoden sorgen für unverfälschte Antworten. Mit der Forschung sollen Einflussfaktoren bei den angesprochenen Themen herausgearbeitet und beschrieben werden. Die Ergebnisse der Studie sind nicht im statistischen, wohl aber im psychologischen Sinne repräsentativ.

Neben den leitfadengestützten narrativen Interviews haben die teilnehmenden Jugendlichen im Vorfeld der Gespräche ein „Hausarbeitsheft“ mit verschiedenen Fragen zu ihrem Alltag bearbeitet und während der Interviews ein „Werte-Universum“ ausgefüllt. Zudem wurden die Zimmer der Jugendlichen fotografisch dokumentiert.

Bei der Profilierung der Lebenswelten werden die formale Bildung, die Lebensstile, die Werte und die ästhetischen Präferenzen in den Blick genommen. Die folgende Grafik zeigt relevante Bausteine der Lebensweltanalyse (vgl. Abb. 1).

Da bei den 14- bis 17-jährigen Jugendlichen zentrale Übergänge – zum Beispiel Berufswahl und Erwerbseinstieg, eigene Wohnung, feste Partnerschaft usw. – noch bevorstehen, wird in der Jugendstudie nicht von „sozialen Milieus“, sondern von Lebenswelten gesprochen. Bei diesen Lebenswelten handelt es sich um real existierende Gruppierungen, die ähnliche Vorstellungen von ihrer Lebensweise, zur Lebensqualität, zu Werten und Zukunft haben.

Das Modell der Sinus-Lebenswelten u18 hat sich gegenüber der Studie 2012 nicht verändert. Die folgende Grafik positioniert die Lebenswelten in einem zweidimensionalen Achsensystem (vgl. Abb. 2). Die vertikale Achse bildet den Bildungsgrad, die horizontale Achse die normative Grundorientierung ab. Je höher eine Lebenswelt in der Grafik dargestellt wird, desto gehobener ist also die formale Bildung in dieser Lebenswelt. Je weiter rechts eine Lebenswelt dargestellt wird, desto moderner ist ihre soziokulturelle Grundorientierung.

2. Die Lebenswelten der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland

Die sieben Lebenswelten der 14- bis 17-Jährigen lassen sich in ihren Werten, ihrem Alltag und ihren Zukunftsvorstellungen mit folgenden Kurzprofilen beschreiben:

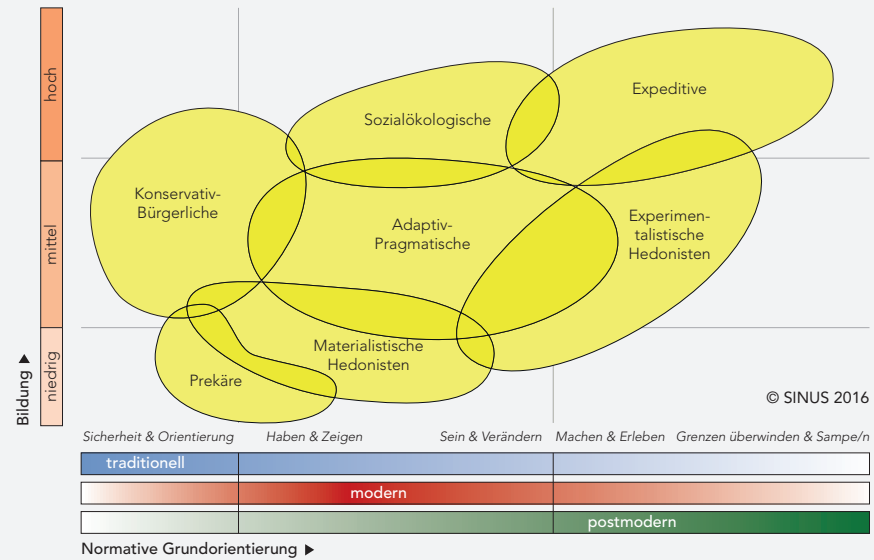
Konservativ-Bürgerliche Jugendliche

Die familien- und heimatorientierten Bodenständigen mit Traditionsbewusstsein und Verantwortungsethik: Sie versuchen möglichst schnell ihren Platz in der Erwachsenenwelt zu finden und planen für sich eine „Normalbiografie“ mit gradlinigem Lebenslauf. Feste Tagesabläufe, bekannte Strukturen und Routinen geben ihnen Sicherheit. Konservativ-bürgerliche Jugendliche beschäftigt im Hinblick auf die Zukunft insbesondere die Frage, ob man den angestrebten geradlinigen Lebensweg wie geplant umsetzen kann. Nach der eigenen Einschätzung wird dies dann gelingen, wenn man pflichtbewusst und fleißig ist und realistisch vorausdenkt.

Sozialökologische Jugendliche

Die nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientierten Jugendlichen mit sozialkritischer Grundhaltung und Offenheit für alternative Lebensentwürfe: Sie distanzieren sich von materialistischen Werten und äußern sich häufig sozial- und systemkritisch. Sie sind offen für alternative Lebensentwürfe und setzen sich für Gerechtigkeit und

Abb. 2 | Modell der Sinus-Lebenswelten u18 2016



Quelle: SINUS (2016)

Umweltschutz ein. Darüber hinaus engagieren sie sich häufig sowohl politisch als auch sozial. Sozialökologische Jugendliche haben durchaus konkrete Ideen und Vorstellungen für ihre Zukunft, halten sich aber verschiedene Optionen offen. Bevor sie sich einen „sinnvollen“ Beruf suchen, wollen Sie oftmals noch ein Jahr im Ausland verbringen. Sie blicken insgesamt gelassen und optimistisch in die Zukunft.

Expeditiv Jugendliche

Die erfolgs- und lifestyleorientierten Networker_innen auf der Suche nach neuen Grenzen und unkonventionellen Erfahrungen: Sie wollen in ihrem Leben nicht an-, sondern weiterkommen. Sie sind sehr mobil und darauf bedacht den eigenen Erfahrungshorizont kontinuierlich zu erweitern. Sich selbst beschreiben sie als die urbane und kosmopolitische Elite und gehen ihre weitere Lebens- und Karriereplanung außerordentlich selbstbewusst an. Expeditiv Jugendliche zeigen den größten Optimismus für ihre Zukunft. Für sie ist ein insgesamt recht entspannter Blick auf das künftige Leben charakteristisch. Man weiß um die eigenen Stärken.

Adaptiv-Pragmatische Jugendliche

Der leistungs- und familienorientierte moderne Mainstream mit hoher Anpassungsbereitschaft: Sie bezeichnen Kompromissbereitschaft sowie Realismus und

Zielstrebigkeit als ihre Stärken. Ihr Platz ist in der Mitte der Gesellschaft. Für die Zukunft wünscht man sich in jedem Fall eine romantische Beziehung, ein schönes Zuhause und eigene Kinder. Adaptiv-pragmatische Jugendliche haben ebenfalls einen klaren Plan fürs Leben. Sozialer Aufstieg und damit einhergehende Statusgewinne sind fest einkalkuliert. Diese Ziele sind aufgrund der lebenswelttypischen Leistungsbereitschaft und Bildungsbestrebungen nicht unrealistisch.

Experimentalistische Hedonisten

Die spaß- und szeneorientierten Nonkonformisten mit Fokus auf Leben im Hier und Jetzt: Sie wollen das Leben in vollen Zügen genießen und den Ernst des Lebens möglichst lange ausblenden. Man mag es gar nicht, wenn das Leben nur aus Vorschriften besteht. Grenzen sind dazu da, überschritten zu werden und Regeln, um sie zu brechen. Experimentalistische Hedonisten vertagen das Nachdenken über die Zukunft gerne und versuchen, das Hier und Jetzt zu genießen. Sie wollen sich nicht mit Gedanken über den erwarteten Leistungsdruck in der Arbeitswelt den Tag vermiesen.

Materialistische Hedonisten

Die freizeit- und familienorientierte Unterschicht mit ausgeprägten markenbewussten Konsumwünschen: Sie sind immer auf der Suche nach Marken- und Luxusgütern oder Schnäppchen. Konsum kommt klar vor Sparsamkeit. Sie möchten ein „gechilltes Leben“ führen: Freunde treffen, abends weggehen, zocken oder Shisha rauchen sind beliebte Freizeitbeschäftigungen. Auch für die Materialistischen Hedonisten gehören Familie, Ehe, Kinder und ein schönes Zuhause zu den wichtigen Zukunftsträumen. Dem Wunsch nach schneller finanzieller Unabhängigkeit steht die Sorge gegenüber, keinen Ausbildungsplatz zu finden und den Anforderungen der Arbeitswelt nicht gewachsen zu sein.

Prekäre Jugendliche

Die um Orientierung und Teilhabe bemühten Jugendlichen mit schwierigen Startvoraussetzungen und Durchbeißer-Mentalität. Sie sind bemüht ihre Situation zu verbessern und „hier raus zu kommen“. Man hat den starken Wunsch dazuzugehören und „auch mal etwas richtig gut zu schaffen“, nimmt jedoch wahr, dass das nur schwer gelingt. Viele sind sehr empfänglich für die mediale Präsentation von Vorbildern. Prekäre Jugendliche blicken pessimistisch in die Zukunft, weil sie wissen, dass Bildung für die ersehnte finanzielle Unabhängigkeit und für ein abgesichertes Familienleben eine entscheidende Voraussetzung ist – und auf diesem Feld sind nicht wenige abgehängt oder zumindest davon gefährdet.

Flucht und Asyl

„Wir schaffen das“, hat Angela Merkel am 31.08.2015 gesagt. Das Thema Flucht und Asyl war zum Zeitpunkt der Befragung für die Jugendstudie das Top-Thema in den Medien, in der Politik, in der Öffentlichkeit und auch bei den Jugendlichen. Zu diesem Zeitpunkt gab es große Solidarität für die geflüchteten Menschen in Deutschland. Es gab aber ebenso schon die ersten Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte.

Über alle Lebenswelten hinweg befürwortete die Mehrheit der Jugendlichen im Befragungszeitraum grundsätzlich die Aufnahme der geflüchteten Menschen, so lange Deutschland die notwendigen Kapazitäten dafür hat. Weniger Jugendliche sprachen sich dafür aus, die Zuwanderung zu begrenzen oder sogar die Leistungen für Asyl-suchende einzustellen.

Flucht und Migration wurden oftmals als unverschuldete Konsequenz aus politischen Krisen und Kriegen beschrieben. Teilweise gab es sogar Bewunderung für den Mut, einen Neuanfang in einem fremden Land zu wagen. Jugendliche aus den postmodernen, bildungsnahen Lebenswelten appellierten daher an die humanitäre Verantwortung eines stabilen und wohlhabenden Landes wie Deutschland.

Im Umgang mit den geflüchteten Menschen wurde Deutschland durch die Jugendlichen positiv bewertet, vor allem im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern. In diesem Zusammenhang forderten die Jugendlichen eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten.

„Ich denke, Deutschland macht zurzeit sehr viel dafür. Es gibt andere Länder, die gar nicht aufnehmen. Diese Länder sollten jetzt handeln. Ich finde, Deutschland handelt richtig.“ (männlich, 18 Jahre, Adaptiv-Pragmatische)

Im Zuge der im Sommer 2015 stark ansteigenden Zahlen der geflüchteten Menschen waren die Jugendlichen – wieder quer durch alle Lebenswelten – der Ansicht, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen könne. Diese Situation wurde jedoch, je nach Lebenswelt, unterschiedlich bewertet. Jugendliche aus der gesellschaftlichen Mitte (Adaptiv-Pragmatische und Konservativ-Bürgerliche) hatten einen eher nüchternen Blick auf die Situation und formulierten die Hoffnung, dass die Menschen bald in ihre Herkunftsländer zurückkehren können.

„Wir können ja nicht Jeden aufnehmen, der jetzt ankommt. Das ist ja für uns auch eine Belastung, diese Asylanten aufzunehmen. Aber das nehmen wir in Kauf dafür, dass die in Sicherheit sind. Und wenn das Problem sich wieder aufgelöst hat, können sie wieder in ihr Land zurück.“ (männlich, 18 Jahre, Konservativ-Bürgerliche)

Jugendliche aus den eher bildungsnahen Lebenswelten kamen durch die Situation in ein moralisches Dilemma. Sie hätten gerne eine andere Lösung als die Aufnahmebegrenzung gefunden. Aber auch in diesen Lebenswelten gab es Jugendliche, die sich für eine Begrenzung aussprachen, da sonst aus ihrer Sicht keine humanitäre Versorgung und gelungene Integration der bereits aufgenommenen Flüchtlinge möglich wäre.

Der positiven Grundhaltung zur Aufnahme von Flüchtlingen stand eine Minderheit von Jugendlichen gegenüber, die sich – teilweise eher zögerlich und teilweise sehr drastisch – gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aussprach. Diese Befragten formulierten Ängste vor Überfremdung und der Veränderung ihrer vertrauten Umwelt.

„Weniger gut sind die Flüchtlinge gerade, weil laut den Nachrichten ja irgendwie jeder Flüchtling alles umsonst bekommt, das finde ich jetzt nicht so gut. (...) Und dass sie irgendwie alles zumüllen, habe ich gehört, und dadurch auch die deutsche Sprache aussterben soll, habe ich gehört, ja.“ (weiblich, 16 Jahre, Adaptiv-Pragmatische)

„Ja, also, ich bin eigentlich nicht rassistisch, aber ich finde, dass Schwarze und Türken nichts in unserem Land zu suchen haben. Die haben ein eigenes Land, und wenn die da verschuldet sind oder damit nicht klarkommen, dann ist das deren Problem. Dann müssen die nicht nach Deutschland kommen und uns das Leben schwermachen.“ (weiblich, 17 Jahre, Materialistische Hedonisten)

Bei den zustimmenden und ablehnenden Haltungen zur Frage der Flüchtlinge gab es keine nennenswerten Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen. Bei der ablehnenden Haltung ließ sich jedoch ein lebensweltlicher Schwerpunkt bei den Adaptiv-Pragmatischen sowie in den bildungsfernen Lebenswelten (Materialistische Hedonisten und Prekäre Jugendliche) erkennen. Für Jugendliche aus der gesellschaftlichen Mitte war darüber hinaus die Unterscheidung zwischen sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ und Kriegsflüchtlingen wichtig. Die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ waren nicht erwünscht, denn die Jugendlichen gingen von einer geringen Leistung- und Anpassungsbereitschaft der geflüchteten Menschen aus. Auch in den bildungsfernen Lebenswelten hatte man Angst, dass diese Flüchtlinge „dem Staat auf der Tasche liegen“ und „nichts bringen“. In diesen Lebenswelten gibt es allgemein weniger Neugier auf Neues und Fremdes. Dies macht die Jugendlichen anfällig für Ressentiments.

Während in den einen Lebenswelten sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ abgelehnt wurden, wurde in anderen Lebenswelten neben der humanitären Verantwortung auch die ökonomische und demografische Bedeutung von Zuwanderung betont.

Dabei standen die Jugendlichen besonders der Zuwanderung von akademisch und beruflich qualifizierten Menschen offen gegenüber.

„Und außerdem ist Deutschland ja generell unterbevölkert. Das kann man ja auch mal dazu sagen. Ich sag mal, wenn allein nur die Deutschen hier leben würden, dann würde es ja irgendwann nur noch alte Menschen hier geben. Also ich verstehe gar nicht, wo da das Problem ist.“ (weiblich, 18 Jahre, Sozialökologische Jugendliche)

Experimentalistische Hedonisten, Expeditiv und Sozialökologische Jugendliche brachten die geflüchteten Menschen auch mit der Hoffnung auf ein „bunteres Deutschland“ in Verbindung. „Multi-Kulti“ ist in diesen Lebenswelten häufig schon bei den jüngeren Jugendlichen als soziale Norm verankert und wird gelegentlich auch idealistisch überhöht. Sie fordern ganz generell eine gerechte, offene Gesellschaft ohne Benachteiligung wegen Geschlecht, Religion oder Ethnie. Sie fordern, dass mehr für den Abbau von Vorurteilen getan wird und dass man sich aktiv gegen Ausländerfeindlichkeit einsetzt. Darüber hinaus treten sie dafür ein, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.

Bei der Integration der Geflüchteten nahmen die Jugendlichen den Sozialstaat und die geflüchteten Menschen gleichermaßen in die Pflicht. Der Staat solle den Spracherwerb organisieren, die Versorgung sicherstellen und den Übergang in die Arbeitswelt ermöglichen. Von den geflüchteten Menschen wurde erwartet, dass sie schnell die deutsche Sprache lernen. Teilweise gab es klare Assimilationsforderungen. Insgesamt zeigten die Jugendlichen oftmals eine paternalistische, von Mitleid geprägte Haltung gegenüber den geflüchteten Menschen. Auffallend war dabei, dass die Jugendlichen zum Zeitpunkt der Befragung über alle Lebenswelten hinweg wenig bis gar keinen persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen hatten.

3. Glaube und Religion

Glaube und Religion sind in allen Sinus-Jugendstudien ein wichtiges Thema. In der Studie 2016 fand die Befragung der Jugendlichen – wie im vorhergehenden Abschnitt deutlich geworden ist – vor dem Hintergrund aktueller, weltweiter religiöser Konflikte statt. Daher wurden die Jugendlichen nicht nur zu ihrem eigenen Glauben, sondern auch zu ihrer Haltung gegenüber religiös begründeter Gewalt befragt.

Die meisten Jugendlichen – egal ob sie selber einer Religionsgemeinschaft angehören oder nicht – können nicht nachvollziehen, wie man Religion als Argumentationsgrundlage für Krieg oder Gewalt heranziehen kann. Die Jugendlichen vermuten, dass Religion nur ein vorgeschobener Grund für gewaltsame Konflikte ist und sonst

andere Gründe, zum Beispiel Nationalität oder Hautfarbe, genannt würden, um Gewalt zu rechtfertigen.

[Interviewer: Es gibt in manchen Ländern Kriege und Konflikte wegen Religion, was sagst du denn dazu?] „Das finde ich total den Unsinn. Jeder hat ja seinen Glauben. Früher wurden die Heiden immer so weggescheucht, weil die ja keinen Glauben hatten. Das finde ich eigentlich dumm. Wenn die keinen Glauben haben, dann lass sie doch. Ich finde es eigentlich nur dumm, wenn man sich bekriegt, weil der eine nicht an den anderen Gott glaubt. Im Islam glauben die ja an Allah und so etwas halt alles, und der andere glaubt an Gott oder Christi Himmel oder so etwas alles. Da denke ich mir so, mein Gott, du glaubst an Christus und du an Allah, hast du ein Problem damit? Wenn ja, dann geh in die Ecke und heul! Ich finde es einfach nur dumm, wenn man sich bekriegt, weil der eine nicht an das andere glaubt. Das wäre das Gleiche, wenn zwei kleine Mädchen sich bekriegen, weil die eine an Lillifée glaubt und die andere an Medusa zum Beispiel.“ (weiblich, 14 Jahre, Experimentalistische Hedonisten, keine Religionszugehörigkeit)

Besonders bestürzt von den religiösen Konflikten sind Konservativ-bürgerliche und Sozialökologische Jugendliche, denen Frieden und Nächstenliebe besonders wichtig sind.

Viele Jugendliche beschäftigen sich zwar intensiv mit den aktuellen religiösen Konflikten. Diese haben aber keine unmittelbare Auswirkung auf ihren eigenen Glauben und ihre Religionszugehörigkeit. Dies gilt sowohl für christliche als auch für muslimische Jugendliche.

Für die muslimischen Jugendlichen ist jedoch die Abgrenzung zwischen religiösen Konflikten und ihrem persönlichen Glauben von größerer Bedeutung. Noch entschiedener als christliche Jugendliche oder Jugendliche ohne Religionszugehörigkeit betonen die muslimischen Jugendlichen ihr Unverständnis gegenüber radikalen Gruppierungen, die im Namen der Religion agieren. Sie betonen, dass die aktuellen Konflikte nichts mit dem Islam – und damit mit ihrer eigenen Religion – zu tun haben. Sie betrachten die Radikalisierung als eine abwegige Auslegung des Korans und erfahren dabei teilweise Unterstützung durch ihre eigene muslimische Gemeinde und den Imam. Sie beobachten aber zugleich eine Stigmatisierung ihrer Religion durch die christliche Mehrheitsgesellschaft und haben den Eindruck, dass ihre Religion falsch wahrgenommen wird. Sie wünschen sich daher, dass ihr Glaube nicht per se negativ bewertet und ihre Religionszugehörigkeit respektiert und ernst genommen werden.

„Für mich sind das keine Muslime, und dass sie unter dem Namen vom Islam Terror machen, das ist keine Bedrohung für mich jetzt zu sagen, ich will kein Moslem mehr sein oder so. Weil für mich sind das keine Muslime. (...) Die Menschen sollten aufhören, über die Religion zu urteilen. Wir sind alle Mensch und Mensch sollten den Mensch beschützen. Aber wir tun genau das Gegenteil. Löwen beschützen auch Löwen gegen Tiger, aber wir sind Feinde gegeneinander. Warum? Ich frage wieder warum, es kommt automatisch immer diese Frage, aber das ist halt so. Ich glaube, die Kriege haben die Menschen auch irgendwie angenommen, zum Lebensbestandteil gemacht, automatisch, weil sie jeden Tag in den Nachrichten etwas hören.“ (männlich, 15 Jahre, Konservativ-Bürgerliche, muslimisch)

Die Jugendlichen gehen davon aus, dass alle Religionen grundsätzlich auf ein friedliches Miteinander angelegt sind. Religionen und der persönliche Glaube könnten einen Beitrag für ein gutes Zusammenleben leisten. Nur vereinzelt wird die Meinung vertreten, dass es ohne Religionen weniger Kriege und soziale Konflikte gäbe. Die „Abschaffung der Religion“ wird aber weder als machbar noch als wünschenswert gesehen.

Auch wenn der Glaube im Alltag der meisten Jugendlichen nur eine geringe Rolle spielt, sehen sie – auch vor dem Hintergrund der aktuellen religiösen Konflikte – positive und wichtige Aspekte des Glaubens. Diese werden von ihnen allerdings eher rational als mit großer emotionaler Beteiligung beschrieben. So können Religionen ein Orientierungsgeber im Alltag sein, Sicherheit und Vertrauen im Leben geben und bieten insbesondere Antworten auf existenzielle Fragen.

„Nein, man braucht Religionen. Man braucht Vertrauen. Die meisten Menschen brauchen Vertrauen darauf, dass nach dem Leben noch etwas kommt. Sonst gäbe es zu viel Angst vorm Sterben. Der Gedanke wäre zu arg, dass man dann nicht mehr da ist. Dass man dann einfach weg ist. Ich glaube, das können die meisten Menschen nicht verstehen. (...) Ich finde, religiöse Leute haben im Prinzip ein sorgenfreieres Leben. Sie müssen sich keine Sorgen machen, was mit ihnen nach dem Tod passiert. Sie sind dann bei ihrem Gott, und dann ist alles gut. Wenn man selber an nichts glaubt, dann geht man einfach. Nein, das hört sich nicht so schön an.“ (weiblich, 16 Jahre, Experimentalistische Hedonisten, katholisch)

Für die meisten Jugendlichen gehört es zur Normalität, in ihrem Freundeskreis Jugendliche verschiedener Religionen und konfessionslose Jugendliche zu haben. Lediglich bei den Materialistischen Hedonisten und den Prekären Jugendlichen, darunter insbesondere bei männlichen Muslimen, zeigt sich teilweise die Tendenz zu religiös homogenen Freundeskreisen. Hier berichten manche Jugendliche, dass ihre Freund_innen alle den gleichen Glauben haben.

Des Weiteren steht die Religionsvielfalt im Freundeskreis bei den meisten Jugendlichen in einem engen Zusammenhang mit der Vielfalt der Nationen und Kulturen der Freund_innen. Dort, wo im lokalen Umfeld die religiöse Vielfalt geringer ist, zum Beispiel in ländlichen Gebieten oder in ostdeutschen Regionen, nimmt auch die Vielfalt der Religionen im Freundeskreis ab.

Oftmals kennt man die Religionszugehörigkeit der Freund_innen gar nicht genau. Der Austausch über den eigenen Glauben und das Thema Religion spielt im Alltag der Jugendlichen nur eine geringe Rolle. Am ehesten sind Glauben und Religion bei Sozialökologischen, Expositiven und Experimentalistisch-hedonistischen Jugendlichen ein Gesprächsthema. Hier steht man Glauben und Religion einerseits besonders kritisch gegenüber, ist andererseits aber auch besonders interessiert an dem Thema. Jugendliche, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, interessieren sich manchmal dafür, wie der Alltag gläubiger Jugendlicher durch ihre Religionszugehörigkeit beeinflusst wird oder für rational unerklärliche Phänomene.

Die Freundschaft zwischen Jugendlichen mit und ohne Religionszugehörigkeit beruht auf religiöser Toleranz. Die Norm der religiösen Toleranz hat sich in allen Lebenswelten verfestigt. Man erwartet und praktiziert gegenseitige Toleranz bei der Religionsausübung und der persönlichen Lebensführung.

4. Nation und Nationalität

Die Haltung junger Menschen zu den Themen Nation und Nationalität ist für die Jugendarbeit und Jugendhilfe von Interesse, weil die nationale Identität ein möglicher Baustein sozialer Leitbilder und Gruppenzugehörigkeiten bei der Identitätsfindung sein kann. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde daher nach Zusammenhängen zwischen persönlicher und nationaler Identität in einer globalisierten und vernetzten Welt gefragt.

Zunächst lässt sich festhalten, dass für die befragten jungen Menschen bei Freundschaften die Herkunft genauso wenig eine Rolle spielt, wie dies weiter oben für die Religion beschrieben wurde. Dies gilt insbesondere für die soziokulturell modernen und bildungsnahen Lebenswelten. Hier findet man häufig eine „postintegrative“ Perspektive, d. h., Integration und interkulturelle Unterschiede sind kein Thema.

„Bei meinen Freunden ist mir das vollkommen egal, wo die herkommen. Ich habe so viele Freunde, und die sind alle irgendwie Halb-Indonesier, Halb-Russen, Halb-Türken. Das ist mir vollkommen egal.“ (weiblich, 17 Jahre, Migrationshintergrund, Adaptiv-Pragmatische)

Trotz dieser grundsätzlichen Offenheit gegenüber Menschen verschiedener Herkunft sind stereotype Vorstellungen – im ganzen Spektrum von harmlosen Klischees bis zu diskriminierenden Verallgemeinerungen – über andere Kulturen und Nationen weiterhin verbreitet. Negative Klischees und deutliche Forderungen zur Assimilation finden sich dabei verstärkt im bürgerlichen Segment. Das Bild einer pluralen Gesellschaft hat sich noch nicht bei allen Jugendlichen vollständig verfestigt. Ob sich die Stereotypen und Klischees in Zukunft zu manifesten Vorurteilen entwickeln oder aber auflösen werden, ist noch offen.

Die meisten Jugendlichen sind allerdings davon überzeugt, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Vor allem bei höher gebildeten Jugendlichen ist ein Bewusstsein für strukturelle Alltagsdiskriminierung zu erkennen. Die Jugendlichen spüren Unbehagen bei den von ihnen selbst genannten Stereotypen und suchen nach alternativen Definitionen. Sie wollen sich von Vorurteilen nicht beeinflussen lassen.

Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund reagieren auf die wahrgenommene Ausgrenzung nicht selten mit Rückzug oder ebenfalls mit Abgrenzung. Vor allem Jugendliche mit türkischer oder arabischer Herkunft werden diskriminiert. Türkeistämmige Jugendliche sind für viele Jugendliche „die typischen Ausländer_innen“. Von ihnen und den Jugendlichen arabischer Herkunft grenzt man sich am ehesten ab. Als „typische“ Merkmale gelten das Kopftuch bei den Mädchen und aggressives Auftreten der Jungen.

„Ja. Also man sieht ja, wenn eine Frau zum Beispiel Türkin ist, trägt sie ein Kopftuch, manchmal. Nicht immer, aber meistens. Deutsche Frauen tragen auch keine Kopftücher, und ich finde, dass die, wenn die in unser Land kommen, dass die sich an unsere Vorschriften halten sollten, oder sich an uns anpassen sollten. Und ich verstehe nicht, warum türkische Frauen in Deutschland Kopftücher tragen. Darüber rege ich mich aber sehr lange schon auf. Ich habe Angst vor Menschen mit Kopftuch. Man sieht halt auch oft in den Nachrichten oder auf Facebook Videos, wie Türken andere zusammenschlagen und ich habe auch ehrlich gesagt ein bisschen Angst vor den Menschen.“ (weiblich, 17 Jahre, kein Migrationshintergrund, Materialistische Hedonisten)

Fragt man die Jugendlichen nach ihrer eigenen nationalen Identität, so ist diese den meisten – vor allem autochthonen – Jugendlichen nicht sehr wichtig. Die Begriffe „Nation“ und „Nationalität“ sind bei den Jugendlichen aber auch nicht unbedingt negativ besetzt, sondern werden wertfrei beispielsweise mit „Herkunft“ umschrieben. Je höher die formale Bildung und je moderner die soziokulturelle Orientierung, desto wahrscheinlicher wird eine kritische Deutung der genannten Begriffe. Dann werden auch direkte Bezüge zu Rassismus,

Rechtsextremismus und Nationalsozialismus hergestellt. Diese Jugendlichen grenzen sich dann auch sehr bewusst gegen jede Form des Nationalstolzes ab. *„Das heißt einfach, aus welchem Land man kommt. Aber mehr fällt mir nicht dazu ein, nein.“* (weiblich, 14 Jahre, Migrationshintergrund, Expeditiv)

„Da denke ich natürlich direkt an Hitler, muss ich ganz ehrlich zugeben. Das verbindet man halt damit. Gerade, weil Nationalität (...) nein, eigentlich hat es nicht wirklich was mit Hitler zu tun. Also doch, ja. Aber man muss dann nicht gleich Hitler damit verbinden.“ (weiblich, 16 Jahre, kein Migrationshintergrund, Sozialökologische)

Staatsbürgerschaft und Nationalsymbole haben entsprechend eine geringe Bedeutung. Zu Flagge, Hymne oder Bundesadler bestehen eher wenig emotionale Bezüge. Auch die „Fußballnation“ ist lediglich im Mainstream als Identifikationsobjekt relevant. Die ethnische Vielfalt der Nationalmannschaft wird vereinzelt sogar als Hinweis für ein neues, vielfältiges Deutschland genannt. Die Staatsbürgerschaft ist kein lebendiges Merkmal der individuellen Identität. Etwas anders stellt sich dies lediglich bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus unterschichtigen Lebenslagen dar. Auch finden sich bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund etwas häufiger Nationalsymbole in ihren Zimmern.

Insbesondere in den formal höher gebildeten und postmodernen Lebenswelten – Sozialökologische, Expeditiv und Experimentalistische Hedonisten – möchte man die Begriffe „Nation“ und „Nationalität“ in Richtung Vielfalt und Diversität umdeuten, da diese Begriffe historisch vorbelastet sind. Man erlaubt sich keine ungebrochene Identifikation mit dem Herkunftsland, sondern betont stattdessen die eigene internationale bzw. globale Grundorientierung.

„Bei „Nation“ oder „Nationalität“ denke ich einfach an die Vielfalt von den ganzen Nationalitäten, kultureller Austausch. Ich weiß nicht, irgendwie fallen mir Gewürze ein von anderen orientalischen Gegenden und einfach auch die Urlaubsziele, wo wir schon öfter waren. Einfach generell die ganze Vielfalt von der Menschheit. Ja, da fällt mir halt Zweiter Weltkrieg ein, weil das war ja immer so, ein Volk, eine Nation und so. Das von heute ist natürlich positiv, aber so die Geschichte lastet uns ja teilweise immer noch so an.“ (weiblich, 16 Jahre, kein Migrationshintergrund, Sozialökologische)

Literatur

Calmbach, M./Borgstedt, S./Borchard, I./Thomas, P. M./Flaig, B. B.: Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Wiesbaden 2016.

Klaus Farin

Über die Jugend und andere Krankheiten

Es sind harte Zeiten angebrochen für die Jugendarbeit, deren tragende Säulen kreatives Engagement und Partizipation der Jugendlichen sind, die sich häufig jener annimmt, die viele Probleme haben und viele(n) Probleme machen. Letzteres ist aus der Perspektive der Politik – derjenigen, die entscheiden, ob überhaupt professionelle Jugendarbeit sein darf und für wen und unter welchen Rahmenbedingungen – in der Regel der entscheidendere Gesichtspunkt. Jugendarbeit hat immer auch eine Kontrollfunktion, sie soll jugendliche Ruhestörer ruhig stellen und erwachsene Wähler_innen beruhigen. Die Jugendarbeit will Jugendliche fördern, unterstützen, auf ihrem bisweilen schwierigen Weg zu selbst denkenden, selbstbewussten und selbstständigen Menschen begleiten, stellt nicht ihre Defizite in den Mittelpunkt, sondern ihre Talente, ihr Potenzial. Lobbyarbeit für Jugendliche zu betreiben ist schwierig in Zeiten, in denen Jugendliche in erster Linie als Bedrohung wahrgenommen werden.

Die sich auf der Basis globaler Unsicherheiten verbreitende skeptizistische, kulturpessimistische Grundhaltung großer Teile der Erwachsenenbevölkerung bekommt insbesondere die Jugend zu spüren, die seit jeher gerne als Blitzableiter für gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen genommen wurde. Ob Rechtsextremismus, Gewalt, Kriminalität, Medien- oder Drogenkonsum – stets konzentrier(t)en sich sowohl die Populärmedien als auch die Forschung auf die junge Generation. Man muss kein_e Psychoanalytiker_in sein, um zu erkennen, dass die Gesellschaft ihre eigenen Sündenfälle gerne auf „die Jugend“ überträgt. Sie gilt als respektlos und unpolitisch (und wenn politisch, dann auch noch in die falsche – rechtsextreme – Richtung), konsum- und markenverliebt; sie raucht, trinkt und kiff zu viel und engagiert sich zu wenig; statt gute Bücher zu lesen, verstümmelt sie die deutsche Sprache in Chatrooms und SMS-Botschaften; statt reale Beziehungen zu knüpfen, sitzt sie autistisch vor dem PC und sammelt virtuelle „Freund_innen“ bei Facebook.

Die bürgerliche Mitte, einstmals verlässlicher Motor der progressiven Weiterentwicklung der Gesellschaft zu mehr sozialer Gerechtigkeit und politischer Demokratie, entwickelt ein beachtliches sozialdarwinistisches Potenzial und lädt sich mit Vorurteilen und Rassismen gegen Schwächere und Fremde auf (vgl. Heitmeyer 2007; Heinzlmaier 2016). Progressive „Bürgerkultur“ und „Jugendkultur“, die „post ‘68“ lange Jahre viele Gemeinsamkeiten hatten, gehen wieder getrennte Wege. Und die Jugendarbeit wird immer stärker in die Pflicht genommen, die bürgerliche Gesellschaft vor dieser Jugend zu schützen. Pädagogisch und „jugendschützerisch“ verbrämt werden jugendliche Freiräume weiter eingeschränkt. Die Jugend ist heute von einem „pädagogischen System fürsorglicher Belagerung“ umstellt, „das ausufernde Präventionsdenken in unserer Gesellschaft stattdessen mit immer rigideren Kontrollwünschen aus“, stellt Werner Lindner, Professor für Sozialwesen in Jena, fest (Lindner 2011, S. 206). So gibt es kaum noch „öffentliche, frei zugängliche und

unverzweckte Räume, also Räume ohne vorab festgelegte Funktionserwartungen. Die Alltags- und Lebenswelten von Jugendlichen – insbesondere in den Städten – werden zusehends funktionalisiert, verdichtet, kommerzialisiert und der öffentlichen Überwachung und Kontrolle unterworfen“ (Lindner 2011, S. 110).

1. Brave Jugend

- » Das repressive Revival verwundert umso mehr, als wir derzeit entgegen aller Mythen die bravste Jugendgeneration seit Jahrzehnten erleben.
- » Jugendgewalt und -kriminalität sinken seit Jahren (vgl. etwa Baier u. a. 2009).
- » Trotz im Alltag von Jugendlichen allseits präsenter Pornografie ergaben Studien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), dass der erste Geschlechtsverkehr heute durchschnittlich ein Jahr später als noch in den 1980er-Jahren stattfindet und überhaupt Jugendliche in der Praxis eher prüde als offensiv mit dem Thema umgehen: „Verglichen mit der letzten Erhebung von 2005 sank bei den 14-jährigen Mädchen der Anteil derer, die bereits Sex hatten, von zwölf auf sieben Prozent. Bei den gleichaltrigen Jungen fiel er sogar von zehn auf vier Prozent. Bis zu einem Alter von 17 Jahren hatten mehr als ein Drittel der jungen Frauen und Männer noch keinen Geschlechtsverkehr. (...) In der Regel erleben deutsche Jugendliche ihr erstes Mal in einer festen Beziehung.“ (www.zeit.de/gesellschaft/familie/2010-09/studie-jugend-sexualitaet; Zugriff: 28.11.2018)
- » Die regelmäßig erhobenen Repräsentativstudien der BZgA zur „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland“ zeigen, dass der Konsum von Alkohol, Tabak und Cannabis unter Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Der regelmäßige, das heißt mindestens wöchentliche, Alkoholkonsum ist bei den 12- bis 17-Jährigen von knapp 18% im Jahr 2001 auf heute gut 14% zurückgegangen. Die Mehrheit der unter 18-Jährigen trinkt prinzipiell niemals Alkohol. Die Raucherquote unter den Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren ist auf einen neuen historischen Tiefstand gesunken: von fast 28% in 2001 auf heute 12%. Parallel zu dieser Entwicklung ist der Anteil der jungen Menschen, die noch nie im Leben geraucht haben, weiter gestiegen: Unter den 12- bis 17-Jährigen hat sich der Nieraucheranteil von 41% in 2001 auf 71% und unter den 18- bis 25-Jährigen von 23% in 2001 auf 28% erhöht. Cannabiskonsum: Viele probieren es, in Großstädten wie Berlin oder Hamburg zwei von drei Jugendlichen – und entscheiden sich dann bewusst dagegen. Nur gut 2% der 12- bis 19-Jährigen

kiffen derzeit regelmäßig (häufiger als zehnmal pro Jahr), sind also im eigentlichen Sinn Drogenkonsument_innen. Seit Beginn der Untersuchungsreihe der BZgA im Jahre 1973 ergibt sich so ein „langfristig konstanter Anteil von Jugendlichen, die Drogen nehmen, von durchschnittlich 5 Prozent“ (BZgA 2015). Dies ist der faktische Kern der schreienden Schlagzeilen von „immer mehr“ jugendlichen Drogenkonsument_innen. Dabei sind Drogen allgegenwärtig. Jede_r zweite (49%) 12- bis 25-Jährige hat schon einmal Drogen angeboten bekommen. 53% der 16- bis 19-Jährigen und sogar 19% der 12- bis 15-Jährigen könnten sich bei Bedarf innerhalb von 24 Stunden „sehr“ oder „ziemlich leicht“ Cannabis beschaffen. Doch 87% der 12- bis 15-Jährigen und 83% der 16- bis 19-Jährigen, die Drogen angeboten bekommen, sagen beim ersten Mal nein, 35% bleiben auch bei wiederholten Angeboten resistent. Mit anderen Worten: Ist das Ziel eine Gesellschaft mit möglichst geringem Rauschmittelkonsum, so schneidet im Vergleich der Generationen die heutige Jugend eindeutig besser ab als wir Älteren. Trotz wesentlich erleichterter Zugänge und weit verbreiteter Angebotsstrukturen saufen, rauchen und kiffen sie weniger und seltener als ihre Elterngeneration.

2. Jugend und Engagement

Ein weiterer beständig wiederholter Mythos besagt, „die heutige Jugend“ sei „unpolitisch“. Befragt man Jugendliche selbst, bestätigen diese den Verdacht. Wer weiter nachhakt, stellt jedoch bald fest, dass Jugendliche offenbar „Politik“ nur anders definieren: „Politik“ wird von ihnen selten als Prozess und Chance der Gestaltung ihres eigenen Lebensalltags gesehen, sondern auf Partei- und Regierungspolitik reduziert, auf etwas Unangenehmes oder zumindest Abstraktes, welches auf für sie unerreichen und undurchschaubaren Ebenen stattfindet. Die Privatisierung einstmals staatlicher Dienstleistungen (Telefon, Post, öffentlicher Verkehr, zahlreiche Universitäten, Bibliotheken, große Teile des Schulwesens usw.) hat zu einem realen Bedeutungsverlust des Staates für den jugendlichen Alltag geführt, die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsstrukturen auf die internationale Ebene bei gleichzeitig nicht abreißen den Berichten über gewaltige Ausmaße ökonomischer Misswirtschaft (Verschwendung, Fehlplanungen, Korruption), für deren Beseitigung in Krisensituationen vonseiten der Politik plötzlich Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden („Bankenkrise“), nachdem es immer hieß, für die Renovierung des maroden Bildungssystems oder die lokale Jugend- und Kulturarbeit sei kein Geld da, hat die Distanz von Jugendlichen gegenüber der Politik weiter verstärkt. Der Begriff Politik ruft heute Assoziationen wie Korruption, Egoismus, Doppelmoral, Langeweile und Uneffektivität hervor; Politiker_innen gelten als unehrlich und doppelzüngig (selbst Millionenhonoreare kassieren und über „soziale Ungerechtigkeit“

schwadronieren) oder unfähig und schon allein kulturell/ästhetisch als jugendfreie Berufsgruppe.

Dies alles führte zu dem seltsamen Ergebnis, dass sich heute nur rund 10% der Jugendlichen selbst als „politisch engagiert“ einschätzen, gleichzeitig aber jede_r dritte Jugendliche schon „mindestens einmal“ an Demonstrationen teilgenommen hat und jede_r vierte Jugendliche sich sogar regelmäßig unentgeltlich zum Beispiel in der sozialen Arbeit, im Umweltschutz, in antirassistischen Gruppen, Internetmagazinen oder jugendkulturellen und Musikprojekten betätigt.

Selbstverständlich wäre es Unsinn, hier den Mythos einer allgemein engagierten Jugend zu verbreiten. Die Mehrheit jeder Generation ist bieder, spießig, konsumtrottelig und unengagiert. Das ist bei den Jungen kaum besser als bei den Alten. Permanenter Konsum ist die Existenzgrundlage einer kapitalistischen, profitorientierten Gesellschaft. Das gilt auch für die Jugend. Wie sollte es auch anders sein: Schließlich haben sie es ja von uns so gelernt. Jugendliche leben nicht in einem Vakuum, sondern sie sind von Erwachsenen und durch die Rahmenbedingungen der Erwachsenenengesellschaft geprägt. Sie sind also letztlich – auch wenn sie es selbst gar nicht so gerne hören mögen – fast genauso engagiert oder konsumtrottelig, politisch oder unpolitisch, kritisch oder konform wie wir Alten auch. Die ganze Hoffnung der Evolution liegt also in dem kleinen Wort „fast“: Studien bestätigen immer wieder, dass zentrale, von der Erwachsenenengesellschaft gerne propagierte Werte wie die Ächtung von Gewalt, der Wunsch nach einem friedlichen und fairen Miteinander, aber auch die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement bei den Jungen am stärksten ausgeprägt sind.

Glück kann man kaufen, lernen wir tagtäglich in der Werbung. Warum selber machen – der Markt bietet doch (fast) alles. Mussten Fans einer Fußballmannschaft oder einer Rockband sich noch vor wenigen Jahrzehnten die Insignien ihrer Leidenschaft mühselig selbst basteln und auf die Jeans nähen oder gar nach London reisen, um echte DocMartens-Schuhe oder die neuesten Tonträger zu bekommen, so hat heute jeder zweitklassige Fußballverein und jede Band, noch bevor sie ihr erstes Album veröffentlicht hat, bereits einen opulenten Merchandise-Katalog am Start; die Musik und das passende Outfit zum Konzert oder zur Party lässt sich innerhalb von Minuten aus dem World Wide Web herunterladen oder online bestellen.

So leben wir in einer Gesellschaft der Couch-Potatoes, der mehrheitlich Nichtengagierten, der bloß Konsumierenden all dessen, was der bunte Markt uns offeriert – ob Politik oder Sport, Musik oder Theater, Freund_innen oder Ehepartner_innen, Sex oder Gesinnung. Und ganze Branchen und Industriezweige leben wieder davon, die Folgeschäden und Nebenwirkungen dieser permanenten Konsumsucht

zu „beseitigen“: Diätprogramme, Fitnessstudios, Wellnessprodukte, Schönheitschirurg_innen, Polizei, Kriminalprävention, Schuldenberatungen etc. Es sind stets nur Minderheiten, die sich in Konsumgesellschaften engagieren, die durch ihr Engagement aber zugleich – wie wir am Beispiel der Achtundsechziger gesehen haben – die gesamte Gesellschaft entscheidend prägen und verändern können.

Diese Engagierten, diese Kreativen gibt es auch heute. Doch es ist schwieriger, die grundsätzlich vorhandene Bereitschaft zu aktivieren. In Zeiten, in denen wir schon von Kind auf erfahren, der Markt bietet uns alles, was wir wünschen, ohne eigenes Engagement, wir brauchen es nur zu kaufen, müssen wir kreatives Engagement wieder neu erlernen, erproben, von Kind an trainieren, erfahren, dass eigene Kreativität Sinn und Spaß bringen.

3. Engagementbedingungen

Was macht Jugendkulturen – von „unpolitischen“ Freizeitszenen bis hin zu bunt-alternativen und Antifa-Gruppen – für Jugendliche attraktiver als die traditionelle Partei- oder Jugendverbandsarbeit? Untersuchungen des Archivs der Jugendkulturen zu den Strukturen, Protagonist_innen und Zielen der Szenen, in denen Jugendliche der Gegenwart überproportional engagiert sind, enthüllen sieben Kriterien, die Jugendliche offenbar als unabdingbar für ihre Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement sehen:

1. Keine Hierarchien: Die Strukturen, in denen sich Jugendliche engagieren, sind kaum hierarchisiert. Hierarchien bilden sich, wenn überhaupt, eher spontan und informell aufgrund von längeren oder kürzeren Erfahrungen und unterschiedlichen Persönlichkeiten, die Rangfolgen sind jedoch flexibel. Auch jeder „Neuling“ wird sofort an sämtlichen Entscheidungen beteiligt. Die Gruppe der Aktiven kann Ziele und Wege weitreichend selbst bestimmen.
2. Spaß-Kultur: Jugendliche des 21. Jahrhunderts engagieren sich nicht mehr bloß aus einem Pflichtgefühl heraus. Sie sind nicht bereit, ihre Freizeit für Termine zu opfern, die sie als „unangenehm“ und „stressig“ empfinden. Sie wollen Spaß haben – auch bei der Beschäftigung mit ernststen Angelegenheiten. Das setzt voraus, dass sie ihre Alltagskultur – ihre Sprache und ihre Rituale, ihr Outfit, ihre Musikleidenschaft – nicht verleugnen müssen.
3. Freundschaften: Wenn Jugendliche sich engagieren, ist mitunter der Weg das Ziel: Sie wollen nicht nur etwas Bestimmtes erreichen, sondern schon auf dem

Weg dahin nette Leute kennenlernen, Freundschaften für den Alltag knüpfen. Szenen sind auch Kontaktbörsen für Cliques und Singles.

4. Keine Taktik, keine Kompromisse: Die Szenen, in denen Jugendliche sich engagieren, sind eindeutige, punktgenaue, zeitlich limitierte Lobby-Gruppen. Lässt sich das Ziel nicht erreichen, steigen sie aus oder versuchen es auf anderen Wegen. Interessenkonflikte, wie sie Parteien und andere Großorganisationen mit gesamtgesellschaftlichem Repräsentanzanspruch auszeichnen, taktische Rücksichtnahmen auf andere „Fraktionen“ oder „übergeordnete“ Interessenlagen (zum Beispiel in Wahlkampfzeiten) sind ihnen tendenziell wesensfremd.
5. Action statt Schulungskurse: Jugendliche erleben Zeit anders als Erwachsene. Sie (er)leben alles intensiver, ihnen rennt die Zeit ständig davon. So suchen sie Strukturen, die es ihnen ermöglichen, sofort zu handeln. Sie sind ungeduldig, eher visuell als textorientiert, wissen, dass eine lang andauernde Beschäftigung mit einem Thema ihre Tatkraft absorbiert. Sie vertrauen auf die Richtigkeit ihrer Gefühle und der (zumeist durch Medienberichte ausgelösten) moralischen Empörung – und schreiten zur Tat. Strukturen, in denen Jugendliche sich engagieren, müssen Aktionsmöglichkeiten bieten, Kopf und Körper der Jugendlichen ansprechen und last, but not least als Wirkungsbeleg die öffentliche, also mediale Sichtbarkeit des Engagements gewährleisten.
6. Realistische Ziele: Obwohl die von Jugendlichen getragenen Bewegungen und Szenen oft auf einem rigoros vertretenen humanistischen, ökologischen und Gewalt ächtenden Grundverständnis basieren, beinhalten ihre konkreten Zielsetzungen selten gesamtgesellschaftliche Forderungen an Politik und Wirtschaft – also zum Beispiel nicht die gesetzliche Ächtung von Rassismus, sondern die Rücknahme einer konkreten Maßnahme im direkten Lebensumfeld der Jugendlichen. Die Ziele müssen realistisch und in einem überschaubaren Zeitrahmen erreichbar sein.
7. Engagement auf Zeit: Jugendliche sind durchaus bereit, sehr viel Energie in eine Sache zu investieren, doch dies nur so lange, wie sie es für sinnvoll und spannend erachten. Bewegungen und Szenen, in denen sich Jugendliche engagieren, müssen ihnen die Möglichkeit bieten, von Anfang an hundertprozentig mitzuwirken und ebenso jederzeit wieder aussteigen zu können.

Jugendliche engagieren sich also immer dann, wenn sie sich persönlich betroffen fühlen und daran glauben, durch ihre Aktivitäten wirklich etwas bewirken zu können. Kritischer als ihre Vorgängergenerationen prüfen sie sehr genau, ob die Engagementangebote Sinn machen, das heißt, dass das anvisierte Ziel realistischerweise

zu erreichen ist, ihnen von Anfang an weitreichende Möglichkeiten ernsthafter Partizipation geboten werden und der Weg zum Ziel nicht zur Tortur wird, weil man gezwungen ist, ständig mit Langweiler_innen und Unsympath_innen zu kommunizieren. Da jede_r 14-Jährige weiß, dass Menschen ab spätestens 30 in der Regel ziemlich uncool werden, bevorzugen Jugendliche von vornherein Gleichaltrigensstrukturen, in denen ihnen möglichst wenige Erwachsene allenfalls mit Rat und Tat, Geld und Infrastruktur zur Seite stehen.

Die Zahl der Jugendkulturen explodierte in den späten 1970er-, frühen 1980er-Jahren – exakt in dem Moment, in dem der Prozess der Individualisierung seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. „Individualisierung“ bedeutet Vielfalt, aber auch die Notwendigkeit, sich in einer zunehmend komplexeren und widersprüchlicheren Welt eigenständig zurechtzufinden, aus der Fülle an Identitäts- und Lebensstilangeboten sein eigenes Ding herauszufiltern, sich seine eigene Umwelt inklusive verbindlicher Beziehungen und Freundeskreise selbst zusammenzustellen. Jugendkulturen befriedigen dieses Bedürfnis nach temporären Beziehungsnetzwerken, sie bringen Ordnung und Orientierung in die überbordende Flut neuer Erlebniswelten und füllen als Sozialisationsinstanzen das Vakuum an Normen, Regeln und Moralvorräten aus, das die zunehmend unverbindlichere, entgrenzte und individualisierte Gesamtgesellschaft hinterlässt. Sie sind Beziehungsnetzwerke, bieten Jugendlichen eine soziale Heimat, eine Gemeinschaft der Gleichen. Jugendkulturen sind artificial tribes, künstliche Stämme und Solidargemeinschaften, deren Angehörige einander häufig bereits am Äußeren erkennen (und ebenso natürlich ihre Gegner_innen). Selbst gewählte Grenzziehungen halten die verwirrende Außenwelt auf Distanz und schaffen zugleich unter den Gleichgesinnten und -gestylten der eigenen Szene ein Gefühl der Sicherheit und Zugehörigkeit. Menschen, die sich nie zuvor begegnet sind, gehören von einem Tag auf den anderen durch den Anschluss an ein Zeichenensemble, eine Veränderung ihrer Haare, eine knapp über den Kniekehlen sitzende Hose, einer Sinngemeinschaft an. Körpersprache ersetzt die verbale Kommunikation (bzw. entscheidet vorab, mit wem ein Gespräch überhaupt sinnvoll erscheint), macht lange Prozesse der Vorsicht, des Abtastens überflüssig. Dadurch, dass sie sich ähnlich machen, finden binnen Sekunden die Kurz- oder Langhaarigen, die Buntten oder die Schwarzen soziale Zugehörigkeit.

Wer wirklich dazugehören will, muss selbst auf dem Skateboard fahren, nicht nur die „richtige“ teure Streetwear tragen, selbst Graffiti sprühen, nicht nur cool darüber reden, selbst Musik machen, nicht nur hören, usw. Es sind schließlich die Jugendlichen selbst, die die Szenen am Leben erhalten. Auch hier sind es wieder Minderheiten, wie schon bei den Achtundsechziger, die sich engagieren, doch diese gehören oft zu den Kreativsten ihrer Generation. Für sie sind Jugendkulturen Orte der Kreativität und des Respektes, den sie nicht durch Geburt, Hautfarbe, Reichtum der Eltern etc.

erhalten, sondern sich ausschließlich durch eigenes, freiwilliges, selbstbestimmtes und in der Regel ehrenamtliches Engagement verdienen.

So existiert heute ein dichtes Netzwerk jugendlichen Engagements, das, schon allein aufgrund seiner Kommunikationswege (Web 2.0, Party-Zentralen als News Boxes) weitgehend unbemerkt von älteren Jahrgängen, stets spontan, aber sehr effektiv eine Vielzahl von Aktivitäten entfaltet. Noch nie waren so viele Jugendliche kreativ engagiert wie heute – in jeder Stadt gibt es heute Rapper_innen, B-Boys und -Girls, Sprayer_innen, Beatboxer_innen und DJanes. Tausende von Jugendlichen produzieren Woche für Woche an ihren PCs Sounds – der einzige Lohn, den sie dafür erwarten und bekommen, ist Respekt. Noch nie gab es so viele junge Punk- und Metalbands wie heute. Auch die Sportszenen jenseits der traditionellen Vereine – von den Boarderszenen über Parcours bis zu den Juggler_innen – boomen.

Für knapp 20% der Jüngeren sind Jugendkulturen – nicht Kirchen, traditionelle Jugendverbände und Vereine – der bevorzugte Ort ihres Engagements, ihrer Freizeitgestaltung und – vor allem für die unter 18-Jährigen – ihrer Identitätsfindung. Natürlich sind Jugendkulturen stets auch Konsumkulturen. Doch trotz aller Kommerzialisierung sind sie zumindest für die Kernszenangehörigen vor allem eine attraktive Möglichkeit des eigenen kreativen Engagements. In diesen jugendkulturellen Netzwerken kommt oft alles zusammen, was Jugendliche fasziniert: Musik, Mode, Körperkult, Gleichaltrigenstrukturen und selbstbestimmtes Engagement, also Spaß und Sinn. Jugendkulturen sind vielseitig und ganzheitlich, temporär und lebensweltlich orientiert. Natürlich könnten engagementwillige Jugendliche auch bei den Pfadfinder_innen, im christlichen Chor oder bei der Freiwilligen Feuerwehr landen (und viele tun das ja auch). Ihr Engagement ist überwiegend nicht grundsätzlich antiinstitutionell gemeint. Dass der Aufschwung jugendlichen Engagements bisher an Parteien, Gewerkschaften, Amtskirchen und zahlreichen traditionellen Jugendverbänden spurlos vorbeizieht, hat seine Ursache nicht in der Politik- und Institutionenfeindlichkeit der Jugend, sondern in der Jugendfeindlichkeit der Politik und der Institutionen – in ihrer Erstarrung zwischen taktischen Geplänkeln, tradierten Alt-Herren-Ritualen, bürokratischen Endlosschleifen und der Forderung nach bedingungsloser Anerkennung einer Autorität, die nicht oder nur historisch begründet wird und nicht tagtäglich neu verdient werden muss. Jugendpolitik, -verbände, Vereine, die Jugendliche zukünftig erreichen wollen, werden umdenken müssen. Nicht die Jugendlichen werden sich den Strukturen, Traditionen, Kommunikationskulturen der Alten anpassen müssen, sondern die alten Strukturen den Jungen. Respekt ist keine Einbahnstraße. Statt „Runden Tischen gegen Gewalt“ und Ähnlichem werden sich Initiativen gründen müssen, die ernsthaft darüber nachdenken: Wie können wir die Lebensqualität der Jungen in unserer Gemeinde verbessern? Was können wir für – und nicht gegen – Jugendliche tun?

Und das bedeutet zunächst, die Bedürfnisse der Jungen auch zu kennen. Das Archiv der Jugendkulturen entwickelte deshalb in Zusammenarbeit mit dem Träger Postillion e. V. ein Organisationsentwicklungsmodellprojekt inklusive einer regionalen Jugendstudie, auf deren Basis gezieltes und nachhaltiges politisches und pädagogisches Handeln möglich ist. Die Besonderheit der Studie liegt darin, dass die Jugendlichen selbst aktiv eingebunden wurden: Sie wurden nicht nur befragt, sondern entwickelten in verschiedenen Settings eigene Ideen, Wünsche und Positionen. Sie erkannten dabei, dass die Erwachsenenwelt sich für ihre Perspektive interessiert und ihre Partizipation ausdrücklich erwünscht ist. Denn nachhaltige Veränderungen lassen sich heute nur noch erzielen, wenn die Zielgruppe bei der Entwicklung und Implementierung neuer Methoden selbst aktiv mitwirkt. Das gilt nicht nur für Großbauprojekte, sondern auch für die kleinteilige Beziehungsarbeit mit Jugendlichen vor Ort. Identifikation – mit der Schule, dem Jugendhaus, der Gemeinde – entsteht letztlich nur durch Teilhabe und die Erfahrung von Respekt.

Doch noch nie war die Erwachsenenwelt derart desinteressiert an der Kreativität ihrer „Kinder“. *Respekt* ist nicht zufällig ein Schlüsselwort fast aller Jugendkulturen. Respekt, Anerkennung ist das, was Jugendliche am meisten vermissen, vor allem vonseiten der Erwachsenen. Viele Erwachsene, klagen Jugendliche, sehen Respekt offenbar als Einbahnstraße an. Sie verlangen von Jugendlichen, was sie selbst nicht zu gewähren bereit sind, und beharren eisern auf ihre Definitionshoheit, was anerkennungswürdig sei und was nicht: Gute Leistungen in der Schule werden belohnt, dass der eigene Sohn aber auch ein exzellenter Hardcore-Gitarrist ist, die Tochter eine vielbesuchte Emo-Homepage gestaltet, interessiert zumeist nicht – es sei denn, um es zu problematisieren: Bleibt da eigentlich noch genug Zeit für die Schule? Musst du immer so extrem herumlaufen, deine Lehrer_innen finden das bestimmt nicht so gut ...

Dabei weiß jede_r gute Lehrer_in, welche Schüler_innen am meisten Stress verursachen: die Gleichgültigen, die, die sich für gar nichts interessieren, die keine Leidenschaft kennen, für nichts zu motivieren sind. Schule braucht heute nicht nur motivierte Lehrer_innen, sondern auch engagierte, kreative, selbstbewusste Schüler_innen. Leider haben immer noch sehr, sehr viele Jugendliche wenig Anlass und Chancen, Selbstbewusstsein zu erwerben. Während die Armut der Gesamtgesellschaft leicht sinkt, wächst die Kinder- und Jugendarmut ungebremsst weiter. Die Schere zwischen denen, die fast alles haben, und denen, die an und unter der Armutsgrenze leben, öffnet sich weiter. Während „die Jugend“ heute in ihrer Gesamtheit zu einer der reichsten Generationen seit Jahrzehnten gehört, wird ein Drittel dieser Generation vom Reichtum und den Chancen der postmodernen „Multioptionsgesellschaft“ systematisch ausgeschlossen. Viele Junge fühlen sich schon mit 13, 14 Jahren „überflüssig“ in dieser Gesellschaft. Und auch die Schule – als

der zentrale Lebensort aller Jugendlichen – ist offenbar oft nicht in der Lage bzw. willens, da gegenzusteuern. Sie hat es bis heute strukturell nicht verstanden, eine Anerkennungskultur zu entwickeln, die Schüler_innen für gute Leistungen belohnt, statt für Versagen bestraft und herabwürdigt. Auch deshalb werden Jugendkulturen – und damit auch die kulturelle Bildungs- und Offene Jugendarbeit – immer wichtiger: Hier können Jugendliche einmal selbst erfahren, dass in ihnen noch etwas steckt, dass sie kreative Fähigkeiten haben, die ihnen ihre Umwelt selten zutraut – bis sie sich selbst auch nichts mehr zutrauen.

4. Kinder stark machen

„Kinder stark machen“ lautet ein zentraler Grundsatz pädagogischer Arbeit, denn starke Kinder und Jugendliche, selbstbewusste Menschen sind für viele problematische Verführungen kaum anfällig. Oder wie es der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer einmal formulierte: „Glückliche Menschen werden keine Rechtsextremisten.“ Selbstbewusste Menschen müssen nicht andere diskriminieren, um sich selbst zu erhöhen; wer gelernt hat, Sprache und Kreativität einzusetzen, um sich selbst zu inszenieren, der braucht keine Gewalt. Kreatives (jugendkulturelles) Engagement ist immer auch ein Kompetenztraining. In ihren Jugendkulturen lernen Jugendliche, an einer Sache dranzubleiben, nicht sofort aufzugeben, selbst wenn mal etwas schiefgeht, zu organisieren, zu planen, sich und ihre Vorstellungen zu präsentieren und gegenüber anderen zu verteidigen. Und schließlich erfahren sie, dass kreatives Engagement nicht nur Spaß macht, sondern auch Anerkennung bringt.

5. Fünf Herausforderungen für die Jugendarbeit von Trägern und Kommunen in der Zukunft

1. Die Geschlechterverhältnisse und -sichtweisen der Jungen ändern sich; geschlechtersensible Wahrnehmungen, aber auch entsprechende Personalstrukturen seitens der Träger, sind jedoch längst noch nicht Alltag. Die explodierende Gender-Forschung an den Universitäten und Fachhochschulen mit derzeit weit über 100 Professuren mit einer Denomination für Gender Studies allein in Deutschland (siehe die Datensammlung www.database.mvbz.org/database.php; Zugriff: 28.11.2018) erschöpft sich als relativ junger Forschungsbereich noch weitgehend in Inhouse-Theorie-Diskursen und hat die Praxis noch lange nicht erreicht. Im realen Leben werden feministische Empowermentstrategien für die Mädchen- und Jungenarbeit heute, da man sich allerorts empathisch den benachteiligten Jungen zuwendet, skeptischer betrachtet als noch vor einem Jahrzehnt. Jungenarbeit ist in der Jugendarbeit häufig noch lediglich nichtreflektierende

Jugendarbeit „zufälligerweise“ mit Jungen, weil die eben die Angebote zum Beispiel im HipHop-Bereich häufiger nutzen als Mädchen. Rappen und Kickern ausschließlich mit Jungen ist jedoch noch lange keine Jungenarbeit.

2. Trotz jahrzehntelanger Präsenz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch in der Jugendarbeit sind Diversity und Inklusion heute häufig immer noch nur gern verwendete Schlagworte für Projektförderanträge, aber nicht alltägliche Realität der postmigrantischen Jugendarbeit. Hier sind die Projekte und Strukturen der (sozio-)kulturellen Bildung und verbandlichen wie Offenen Jugendarbeit kaum besser als die der „Hochkultur“: Künstler_innen, Dozent_innen, Hauptamtliche und andere Engagierte mit Migrationshintergrund werden in der (jugend-)kulturellen Bildung, der Offenen und Verbandsjugendarbeit nach wie vor in ihrem Engagement auf „ihr“ Thema Migration/Rassismus festgelegt und finden sich nur selten als Entscheidungsträger_innen hinter den Kulissen, als Regisseur_innen, Dramaturg_innen, in den Leitungsgremien von Jugendmusik- oder -kunstschohlen, -theatern oder soziokulturellen Zentren, Sportvereinen und Verbänden. Jedes zweite Kind, das im kommenden Schuljahr in Deutschland eingeschult werden wird, wird einen Migrationshintergrund haben. Nicht einmal jedes zehnte von ihnen wird im Laufe seines Lebens, sollte sich nichts ändern, ein deutsches Theater, Museum, eine Kunst- oder Musikschule, einen Schwimm- oder Tennisverein besuchen. Drei Viertel dieser Kinder werden weder bei den Pfadfinder_innen noch der Freiwilligen Feuerwehr, beim Deutschen Roten Kreuz oder anderen Freiwilligenorganisationen und Jugendverbänden landen, die gleichzeitig händierend um Nachwuchs kämpfen, weil ihnen an allen Ecken Mitglieder und ehrenamtlich Engagierte zum Beispiel zur Erfüllung ihrer gemeinnützigen Tätigkeiten fehlen. In Zeiten, in denen die „biodeutschen“ Jugendlichen zur Minderheit in Schule, Ausbildung und Jugendarbeit werden (in vielen Großstädten bereits geworden sind), muss interkulturelle Kompetenz vom politisch proklamierten Ziel zur professionellen Selbstverständlichkeit der beteiligten Einrichtungen, Träger und Verbände werden.

Möglicherweise liegt hier in der Zunahme von Geflüchteten und der dadurch forcierten gesellschaftlichen Debatte eine Chance der positiven Sensibilisierung für das Thema. Schon heute haben zum Beispiel Dörfer in Brandenburg und Thüringen damit begonnen, um Geflüchtetenfamilien zu werben – um zum Beispiel die Schließung von Schulen und anderen gefährdeten Infrastruktureinrichtungen noch abzuwenden oder dringend benötigte Arbeitskräfte zu bekommen.

3. Jugendarbeiter_innen, die nicht selbst in den Sozialen Netzwerken der Jugendlichen zu Hause sind, werden in spätestens zwanzig Jahren nicht mehr in der Lage sein, diese Jugendlichen zu erreichen und deren Lebenswelten zu begreifen.

4. Die Qualität der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit und vor allem -förderung zeigt sich nicht in den „Leuchttürmen“, den Festivals und anderen affirmativen Großevents, sondern darin, wie sie mit dem umgeht, was die Bürgerkultur nicht mag – mit der nicht autorisierten Wiederaneignung des öffentlichen Raums durch Punk, Graffiti, Street Art, Parours oder Straßengangs.
5. In Krisenzeiten wird stets als erstes bei Kultur und Jugend gespart, und hier vor allem bei dem „Randständigen“ und „Widerborstigen“, und auch die Lebensverhältnisse werden sich für einen Teil der Jugend weiter verschlechtern. Die Jugend selbst, so engagiert sie auch sein mag, hat keine Chance, dies zu ändern. Sie braucht Bündnispartner bei den älteren Generationen. Jugendarbeit, die nicht zur bloßen (Freizeit-)Pädagogik und PR-Show gerinnen will, wird verstärkt intergenerative Lobbyarbeit betreiben und sich (wieder) politisieren müssen.

Literatur

Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hrsg.): Jugendkulturelle Projekte in Jugendarbeit und Schule, Berlin 2012.

Archiv der Jugendkulturen e. V./Postillion e. V. (Hrsg.): Check das! Jugend im Rhein-Neckar-Kreis, Berlin 2017.

Baier, D./Pfeiffer, C.: Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin. KFN-Forschungsbericht Nr. 114, Hannover 2011 (http://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_114.pdf; Zugriff: 28.11.2018).

Baier, D./Pfeiffer, C./Simonson, J./Rabold, S.: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Forschungsbericht Nr. 107, Hannover 2009 (http://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_107.pdf; Zugriff: 28.11.2018).

(BZgA) Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 2015 (www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Drogenbeauftragte/2_Themen/2_Suchtstoffe_und_Abhaengigkeiten/6_Cannabis/Downloads/DAS_2015_Basis-Bericht_fin.pdf; Zugriff: 28.11.2018).

Farin, K.: Über die Jugend und andere Krankheiten, Berlin 2008.

Heinzlmaier, B.: Anpassen, mitmachen, abkassieren. Wie dekadente Eliten unsere Gesellschaft ruinieren, Berlin 2016.

Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a. M. 2007.

Lindner, W.: Lebenssituationen junger Menschen in Bezug auf die Veränderung von Zeit, Raum und Lebensort, in: B. Kammerer (Hrsg.), Chancen und Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit, Nürnberg 2011, S. 103-116.

Margherita-von-Brentano-Zentrum/Freie Universität Berlin: Datensammlung Geschlechterforschung (www.database.mvbz.org/database.php; Zugriff: 28.11.2018).

Teil 3

Herausforderungen und Kontroversen der Kinder- und Jugendarbeit

Mike Corsa/Werner Lindner/Jens Pothmann

Von der amtlichen Statistik bis zur Datenpolitik – Perspektiven für eine „Datenkultur“ im Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit¹

¹ Der nachfolgende Beitrag basiert auf der Veranstaltung „Vom Sinn und Unsinn der Erhebung statistischer Daten in der Kinder- und Jugendarbeit“ beim bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit vom 26. bis 28.09.2016 an der TU Dortmund. Der Beitrag basiert auf den jeweiligen Inputs der Autoren im Rahmen der Veranstaltung unter der Kongressrubrik „Herausforderungen und Kontroversen“. Bei der Ausformulierung der jeweiligen Teile wurden aktuelle und für das Thema des Beitrags relevante Entwicklungen seit Ende September 2016 mit berücksichtigt.

Die Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts spricht von einer „Kinder- und Jugendhilfe in neuer Verantwortung“ für das Aufwachsen junger Menschen und konkretisiert dies mit der Beobachtung von einer verstärkten Übernahme öffentlicher Verantwortung für eben das Aufwachsen junger Menschen (vgl. Deutscher Bundestag 2013, S. 37f.).

Schon die damit verbundenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, aber auch familialen und individuellen Erwartungen an Betreuung, Förderung und Bildung in der Kindheit und im Jugendalter werfen auch Fragen nach der Bedeutung und dem Selbstverständnis der Kinder- und Jugendarbeit auf. Und weitere Fragen kommen hinzu, wenn die Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts auf der einen Seite „Jugend ermöglichen“ (Deutscher Bundestag 2017, S. 47) als leitende Perspektive ihrer Berichterstattung und sozialpolitische Forderung ausformuliert, auf der anderen Seite noch eher vorsichtig von heterogenen Entwicklungen bei der Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit schreibt, damit aber „Schrumpfungstendenzen“ und kontinuierliche Rückgänge bei den beruflich Beschäftigten in ihren Analysen für die Kinder- und Jugendarbeit meint (vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 64f.). Trotz einer allgemein gestiegenen Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für das Aufwachsen junger Menschen sowie einer „neuen Sensibilität“ für das Jugendalter, scheint die Kinder- und Jugendarbeit also eher in die Defensive geraten zu sein. Sie sieht sich zunehmend Anforderungen gegenüber, ihren Beitrag für ein gelingendes Aufwachsen nicht nur mit Blick auf notwendige Selbstvergewisserungen zu formulieren, sondern vor allem auch nach außen nachvollziehbar darzustellen.

Ein Zurückgreifen auf statistische Zeitreihen oder auch Daten in Abbildungen oder Tabellen ist sicherlich nicht hinreichend, aber notwendig. Ausschließlich normative Leitsätze dürften in jedem Fall in einer Wissensgesellschaft auch nicht weiterhelfen, erst recht, wenn sich diese in der Regel auf Einzelphänomene einer heterogenen und empirisch nicht ganz einfach zu fassenden Praxis beziehen und entsprechend leicht zu hinterfragen sind. Statistische Daten sind demgegenüber immerhin dazu in der Lage, notwendige Prozesse einer Vergewisserung nach innen und nach außen zu untermauern, wenn sie entsprechend ausgewertet und kommentiert werden. So ermöglichen sie Erkenntnisgewinn, fördern Praxisentwicklung, aber sind auch wichtig für Standortbestimmungen im politischen Raum – beispielsweise um behauptete gesellschaftspolitische Relevanz zu belegen oder zumindest zu plausibilisieren.

Hierfür braucht es allerdings geeignete Beobachtungsinstrumente, effiziente Verfahren der Datenerhebung mit einem Gespür für den damit verbundenen Aufwand aufseiten der Auskunftgebenden sowie gefestigte Formen und Regeln eines Umgangs mit den statistischen Daten. Es braucht also so etwas, was man zusammenfassend

auch als „Datenkultur“ bezeichnen könnte. Dass dies alles andere als trivial ist, wird möglicherweise an dieser Stelle schon deutlich, wird aber im Folgenden anhand von zu bewältigenden konkreten Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit herausgearbeitet.

Zunächst werden von Jens Pothmann Darstellungsprobleme für die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen einer amtlichen Statistik am Beispiel der Erhebung zu den öffentlich geförderten Angeboten im Arbeitsfeld in den Blick genommen (1). Der zweite Teil des Beitrags von Mike Corsa befasst sich aus Sicht eines der größten Jugendverbände in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej), mit dem Datenbedarf einer solchen Organisation und zeigt für die Kinder- und Jugendarbeit Möglichkeiten der Verknüpfung zwischen einer Trägerstatistik und der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik) auf (2). In einem dritten Teil schließlich plädiert Werner Lindner nicht nur für eine Nutzung der mittlerweile zahlreichen für die Kinder- und Jugendarbeit vorliegenden Daten, sondern er entwirft eine Strategie der „Datenpolitik“ im Gegensatz zu einer immer noch zu häufigen folgen- und mitunter auch arglosen Datenproduktion (3).

1. Kinder- und Jugendarbeit und ihre amtliche Statistik – Einblicke in die aktuelle Datenlage²

Die Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht arbeitet heraus, dass angesichts der Zunahmen bei den finanziellen Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung und für die Kindertagesbetreuung der Anteil der Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit am Gesamtetat für die Kinder- und Jugendhilfe zwar rückläufig ist, absolut betrachtet allerdings das Volumen der finanziellen Aufwendungen in den letzten Jahren gestiegen ist (vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 377f.). Zwischen 2010 und 2014 haben sich die Ausgaben von knapp 1,6 Milliarden Euro auf etwas mehr als 1,7 Milliarden Euro um rund 9% erhöht. Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex hat sich im gleichen Zeitraum um nicht ganz 7% erhöht.

Für die Kinder- und Jugendarbeit kann auf diese Weise somit festgestellt werden, dass auch inflationsbereinigt mehr finanzielle Ressourcen für ihre Angebote und Strukturen im benannten Zeitraum ausgegeben worden sind, allerdings konnten – anders als für die Kindertagesbetreuung und die Hilfen zur Erziehung – bislang keine Aussagen über die von den Trägern durchgeführten Angebote gemacht werden. Mit dem entwickelten Erhebungsinstrument zur Erfassung der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit ist eine notwendige Voraussetzung geschaffen worden, um Kinder- und Jugendarbeit zukünftig auch im Rahmen der

2 Verfasser: Jens Pothmann

KJH-Statistik besser sichtbar zu machen (vgl. auch von der Gathen-Huy/Pothmann/Schramm 2013; Pothmann 2017).

Mit der Statistik zu den öffentlich geförderten Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit 2015 liegen seit März 2017 erstmalig Daten zu den Trägerstrukturen und zum Angebotsspektrum für die Kinder- und Jugendarbeit vor. Es stehen empirische Befunde zur Reichweite der Angebote zur Verfügung sowie zum Einsatz personeller Ressourcen. Hierbei zählt die Statistik zu den öffentlich geförderten Angeboten im Einzelnen offene Angebote, gruppenbezogene Angebote sowie Veranstaltungen und Projekte. Diese Daten werden zukünftig alle zwei Jahre durch eine Erhebung bei öffentlichen und freien Trägern neu erhoben.

Im Rahmen der Erhebung werden unterschiedliche Arten der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit unterschieden. Dies sind im Einzelnen³:

- » Offene Angebote: Hiervon erfasst die KJH-Statistik für das Berichtsjahr 2015 19.339 Angebote mit 753.182 Stammbesucher_innen. „Offene Angebote sind in der Regel auf Dauer angelegt und finden an festen Orten statt (z. B. Räumlichkeiten, bestimmte öffentliche Plätze). Es gibt keinen festen Teilnehmerkreis und keine verpflichtende Mitgliedschaft, die Besucher kommen und gehen nach Belieben.“ Beispiele sind Kinder- und Jugendzentren, sogenannte „Offene Türen“ oder auch Angebote der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit.“
- » Gruppenbezogene Angebote: Die KJH-Statistik erfasst insgesamt 23.841 dieser Angebote mit 619.983 Teilnehmenden. „Gruppenbezogene Angebote sind auf Dauer angelegt und finden in regelmäßigen Abständen in einem zeitlich begrenzten Rahmen statt. Die Teilnehmenden nehmen mindestens an der Hälfte der Treffen teil und zeichnen sich durch ein persönliches Zugehörigkeitsgefühl und/oder durch eine Verbindung zum Träger aus.“ Eine vollständige Erfassung der Kinder- und Jugendgruppen der Jugendverbände kann über die amtliche Statistik allerdings nicht gewährleistet werden, da generell die KJH-Statistik nur die öffentlich geförderten Angebote erfasst.
- » Veranstaltungen und Projekte: Unter dieser Rubrik werden im Rahmen der KJH-Statistik ganz unterschiedliche Angebotsformate der Kinder- und Jugendarbeit subsumiert, z. B. 30.282 Freizeiten, 26.182 Aus-, Fort- und Weiterbildungen oder auch 14.088 themenzentrierte Projekte. Diese „Veranstaltungen und Projekte“ sind auf einen beschränkten Zeitraum festgelegt,

3 Die nachfolgenden Zitate sind übernommen aus den Erläuterungen der amtlichen Statistik zu den öffentlich geförderten Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Die Erläuterungen sind u. a. über einen Gastzugang für die Internetdatenerhebung im Verbund (IDEV) einsehbar (www.jugendarbeitsstatistik.tu-dortmund.de; Zugriff: 28.11.2018). Die dargestellten Daten sind entnommen aus dem Beitrag von Pothmann (2017).

der nicht zusammenhängend sein muss (Veranstaltungsreihen). Eine Teilnahmezusicherung (Anmeldung) kann, muss jedoch nicht vorliegen. Die Teilnahme ist freiwillig und kann gegebenenfalls auf bestimmte Personengruppen beschränkt sein. Veranstaltungen und Projekte sind eigenständige Angebote gegenüber der alltäglichen Arbeit in gruppenbezogenen und offenen Angeboten.“

Allerdings müssen die aufgezählten Angebote – wie am Beispiel der gruppenbezogenen Angebote bereits verdeutlicht – bestimmte Voraussetzungen erfüllen, damit sie im Rahmen der amtlichen Statistik berücksichtigt werden können. So müssen drei Bedingungen erfüllt werden, und zwar:

- » Das Angebot wird erstens von einem öffentlichen oder einem anerkannten freien Träger durchgeführt,
- » das Angebot wird zweitens öffentlich finanziell gefördert sowie
- » drittens das Angebot in den Geltungsbereich des § 11 SGB VIII fällt oder es sich um eine Mitarbeiterfortbildung nach § 74 Abs. 6 SGB VIII handelt.⁴

Werden diese Bedingungen erfüllt, so wird je Angebot nach u. a. Art und Rechtsform des Trägers, nach der Dauer, dem Durchführungsort oder auch nach einer möglichen Kooperation mit Schule im Rahmen des Angebots gefragt. Ferner werden Daten erhoben zu Teilnehmenden und Besucher_innen sowie zu personellen Ressourcen einschließlich der ehrenamtlich Engagierten (vgl. Pothmann 2017).⁵

Das Instrument zur Erfassung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen einer amtlichen Statistik ist sowohl inhaltlich als auch organisatorisch anspruchsvoll. Dies zeigen auch die gemachten Erfahrungen im Rahmen der ersten Erhebung. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können im Nachgang zum ersten Erhebungsdurchgang bislang folgende Problemkreise identifiziert werden:

- » Mit der Durchführung der Erhebung ist bei den Statistischen Landesämtern ein hoher logistischer Aufwand verbunden, denkt man beispielsweise nur an die Adressermittlung der Auskunftspflichtigen, den sogenannten „Berichtskreis“.

4 Eine ausführliche Erläuterung zu diesen drei Voraussetzungen für die Erfassung eines Angebots der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der KJH-Statistik ist nachzulesen (www.jugendarbeitsstatistik.tu-dortmund.de/index.php?id=169#c358; Zugriff: 28.11.2018).

5 Eine vollständige Datensatzbeschreibung mit allen Erhebungsmerkmalen und Merkmalsausprägungen ist bei den Statistischen Landesämtern verfügbar, beispielsweise beim Landesamt für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT NRW) (www.it.nrw.de/statistik/e/erhebung/kjh/db_teil_2.pdf; Zugriff 13.02.2017). Der nur noch in Ausnahmefällen zum Einsatz kommende Erhebungsbogen ist ebenfalls online verfügbar, und zwar auf den Seiten der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/jugendhilfe/fdz_22531_jugendhilfe_teil_2_metadaten_2015.pdf; Zugriff: 13.02.2017).

- » Die Auskunftspflicht stellt für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit eine zusätzliche Belastung dar und bindet personelle Ressourcen.
- » Zwar handelt es sich bei der Statistik zu den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit um ein bundesweit gleiches Erhebungsinstrument, allerdings ist die Durchführung der Erhebung Ländersache. Hieraus resultieren unterschiedliche Vorgehensweisen und „Geschwindigkeiten“ bei den Erhebungsdurchgängen der Länder.
- » Bei der Erfassung der Angebote kommt es teilweise zu Schwierigkeiten bei Abgrenzungen des Erhebungsbereichs.

Bei der Bearbeitung und Überwindung dieser Schwierigkeiten ist es hilfreich, wenn die Durchführung der amtlichen Statistik ganz praktisch mit anderen Datenerhebungen des Trägers verbunden werden kann und wenn es eine konkrete Perspektive für die Nutzung der Daten gibt. Oder im Bild gesprochen: Eine Statistik, die nur um ihrer selbst willen durchgeführt wird, ist schon so gut wie auf dem „Datenfriedhof“ begraben. Die amtliche Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit darf also kein Selbstzweck sein. Sie muss vielmehr einen konkreten Nutzen haben, der möglichst über den im SGB VIII formulierten Auftrag, die Auswirkungen des Fachgesetzes zu bestimmen, hinausgeht und für den jeweiligen Träger auch erkennbar ist (§ 98 SGB VIII). Ein solcher Nutzen könnte – und darauf wird im zweiten Teil dieses Beitrags eingegangen – bereits erkennbar werden, wenn die amtliche „Pflichtstatistik“ verbunden wird mit Datenerhebungen bei den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit. Damit könnten Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen von Berichterstattung, Planung und Qualitätsentwicklung, aber auch für den politischen Raum besser ausgeschöpft werden.

2. 400.000 versus 1,35 Millionen – Hinweise zur Bedeutung von Statistik im Jugendverband und die Schaffung einer validen Datenbasis für die Kinder- und Jugendarbeit⁶

Die jährliche Statistik der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) über das kirchliche Leben erhebt auch Daten zu Angeboten für Kinder und Jugendliche. Erfasst wird jedoch nur ein eingegrenztes Spektrum von Angebotsformen – nämlich kontinuierlich ausgerichtete Gruppenangebote in der Trägerschaft der Kirchengemeinden. Völlig unbeachtet bleiben außer- und übergemeindliche Angebote,

6 Verfasser: Mike Corsa

Angebote von eigenständigen Trägern wie den CVJM oder den evangelischen Pfadfinder_innen und eine Vielzahl von Maßnahmenformen wie Ferienfreizeiten, Bildungsmaßnahmen, Projekten oder offenen einrichtungsbezogenen Formen.

Die Studie „Jugend im Verband“ zur Realität und Reichweite der Evangelischen Jugend (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006) hat im Jahr 2004 repräsentativ und sehr aufwendig erhoben, wie viele junge Menschen im Alter von 10 bis 20 Jahren Angebote der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit nutzen. 10,1% der Alterskohorte haben seinerzeit angegeben, dies zu tun oder getan zu haben. Bezieht man, konservativ gerechnet, die Altersgruppe der 6- bis 9-Jährigen im selben Umfang mit ein, kommt man auf eine Zahl von rund 1,35 Millionen erreichte Kinder und Jugendliche (vgl. Corsa/Freitag 2014, S. 144). Die korrespondierende Zahl der kirchlichen Statistik im entsprechenden Erhebungsjahr lautet 400.000. Dieser beträchtliche Unterschied hat Konsequenzen für die Beschreibung der Realität und der Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in Kirche, Politik und gegenüber anderen kirchlichen Handlungsfeldern – nicht zuletzt bei der Verteilung von Ressourcen.

Nun sind natürlich beide Zahlen problematisch: Die kirchliche Statistik erhebt die Zahl der Trägerangebote und lässt ihnen jeweils die durchschnittliche Zahl von Nutzer_innen zuordnen. Ergeben die Nennungen der Angebote noch einigermaßen valide Daten, so sind die gezählten Nutzer_innen mehr oder weniger geschätzte Daten, weil zu diesen Angeboten keine Teilnehmendenstatistiken geführt werden. Da aber keine anderen systematisch erhobenen Daten zur Verfügung stehen, kommt diesen eine große Bedeutung bei der Beschreibung und Interpretation der Realität von evangelischer Kinder- und Jugendarbeit zu. Seit Jahren widersprechen die Praktiker_innen der Evangelischen Jugend begründet diesen Zahlen. Doch man muss eingestehen: Dies geschieht ohne nennenswerte Breitenwirkung. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass ihren Erwiderungen eine systematische und bundesweite empirische Grundlage fehlt. Damit gilt: Jeder kann nach Gusto Behauptungen über die evangelische Kinder- und Jugendarbeit aufstellen – entscheidend für die jeweils gültige Wahrheit sind dann ganz andere Faktoren (Status der Personen, Habitusfragen etc.). Und im Konfliktfall wird auf die Auswertung der kirchlichen Statistik zurückgegriffen – letztendlich immer zum Schaden der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit.

Die empirischen Daten der Studie „Jugend im Verband“ sind zwar valide, dokumentieren aber nur einen Erhebungszeitraum (2004) und verlieren schnell ihre Aussagekraft. Sie lassen natürlich auch keine Darstellungen von Entwicklungen und Veränderungen zu. Hinzu kommt, dass die Daten keine Einblicke in das Nutzungsverhalten geben können – weder dokumentieren sie eine Nutzungshäufigkeit noch können mit ihnen die (nicht) genutzten Angebotsformen dargestellt werden.

Nachdem jahrelange Bemühungen erfolglos blieben, die kirchlichen Erhebungen zu erweitern und hinsichtlich der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit zu qualifizieren, hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) gegen Widerstände aus der Praxis und mit der Zustimmung aller Mitgliedsorganisationen entschlossen, eigenständig und regelmäßig in 2-jährigem Turnus bundesweit Daten über das Wirken der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit zu erheben.

Nach umfangreichen Vorarbeiten startete zum Schuljahr 2012/2013 die erste bundesweite Erhebung zur evangelischen Kinder- und Jugendarbeit mit den Kategorien: Gruppen, Einrichtungen, Projekte, Events, Ferienfreizeiten, Bildungsmaßnahmen, berufliche Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte. Das Verfahren war digital ausgelegt, der Fragebogen wurde online ausgefüllt, indem die übergeordnete Ebene die jeweils nächste Ebene zur Mitwirkung einlud und den Bogen freischaltete. War der Bogen ausgefüllt, erhielten die jeweiligen Akteure sofort eine Auszählung, die sie im geeigneten Dateiformat für eigene Belange nutzen konnten. Zentraler Ort für Fragebogen, Daten und Auswertung ist die Website „www.aej-statistik.de“. Die Mitarbeiter_innen der Evangelischen Jugend wurden intensiv über das Verfahren informiert. Einzelne Phasen des Projektes wurden vom Sozialforscher Arthur Fischer und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, ein Projekt im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, begleitet. Die Ergebnisse sind auf der oben angegebenen Website veröffentlicht.

Die Beteiligung war schon beim ersten Durchlauf erstaunlich hoch. Innerhalb der beteiligten Landeskirchen hat sich die überwiegende Mehrheit der Kirchenkreise bzw. Dekanate und Propsteien beteiligt. Die Beteiligungszahlen auf Ortsebene differieren allerdings erheblich. Sie schwanken zwischen 30% und 85%. Es spricht einiges dafür, dass eine relevante Zahl von Kirchenkreisen auch die örtlichen Angebote aufgenommen hat. Insgesamt ist es gelungen, eine breite Zustimmung zur Online-Erhebung von Daten über die evangelische Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen – hierauf lässt sich aufbauen.

Damit ist ein wichtiges Ziel erreicht worden: Gewinnung von Akteuren aus der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit, um ihr Wirken empirisch abzubilden. Es konnte vermittelt werden, dass regelmäßige Datenerhebungen nicht nur die Qualität der Zahlen verbessern, sondern auch ermöglichen, Veränderungen aufzuzeigen, Entwicklungen zu beschreiben und begründete Prognosen zu wagen. Für die evangelische Kinder- und Jugendarbeit sind sie ein wichtiges Instrument für die Weiterentwicklung von Konzeptionen und für die politische Sicherung der Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiger und eigensinniger Lebensbereich und Gestaltungsrahmen von Kindern und Jugendlichen.

Nachdem die KJH-Statistik zu den öffentlich geförderten Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit neu aufgestellt wurde und – wie im Teil von Jens Pothmann dargestellt – die Erhebung unter diesen Vorzeichen erstmalig 2015 ins Feld ging (vgl. von der Gathen-Huy/Pothmann 2015), stellten sich grundsätzliche Anfragen an die Weiterführung der eigenständigen bundesweiten Erhebungen bzw. an die Statistik zur evangelischen Kinder- und Jugendarbeit. Die Beteiligung der Akteure an zwei voneinander unabhängigen, regelmäßigen Erhebungen zu den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit ist nicht nur unsinnig, sondern auch wenig erfolgversprechend. Ein solches Anliegen würde erfahrungsgemäß die Verweigerungshaltung gegenüber einer Beteiligung an empirischen Erhebungen nur fördern.

Deshalb hat sich die aej entschieden, ihre Bestrebungen, bundesweit Daten zu erheben, mit der KJH-Statistik zu verbinden. Für eine nächste Erhebung der aej ist also geplant, sie gleichzeitig und mit einem Erhebungsinstrument durchzuführen, das auch die Anforderungen der KJH-Statistik zur Erhebung der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt. Grundlage der Online-Erhebung ist der komplette Fragebogen der KJH-Statistik (siehe auch Abschnitt 1 dieses Beitrags), sodass die notwendigen Daten für die Auskunftserteilung zur amtlichen Statistik nicht noch einmal gesondert erhoben werden müssen. Dieser Fragebogen wird um wenige zusätzliche Fragen erweitert. Diese Erweiterung betrifft vor allem diejenigen Angebote, die nicht öffentlich gefördert werden, die spezifisch für die evangelische Kinder- und Jugendarbeit sind, primär religiöse Akzentsetzungen haben und die vom Fragebogen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht abgefragt werden.

Zusammen mit der bereits erwähnten Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wurde herausgearbeitet, wie ein solches „Kombimodell“ aufgestellt werden muss, damit beide Seiten ihren konzeptionellen und rechtlichen Anforderungen genügen können und dabei möglichst ein „Mehrwert“ für die auskunftgebenden Träger und die datenerhebenden Behörden durch eine möglichst effiziente Zusammenarbeit entsteht. Ein solcher Mehrwert drückt sich in folgenden Punkten aus:

- » Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit stärkt die KJH-Statistik durch eine zu erwartende Erhöhung der Verbindlichkeit bei der Mitwirkung. Ferner sind die für die KJH-Statistik auskunftspflichtigen Träger der evangelischen Jugend bekannt und werden an den jeweils zuständigen Landesämtern benannt. Das erhöht die Zuverlässigkeit des vor der Erhebung zu bestimmenden Kreises der Auskunftspflichtigen, dem sogenannten „Berichtskreis“. Die Trägerorganisationen der aej werden wiederum innerverbandlich angehalten, sich zu beteiligen, die abgegebenen Daten werden von den verantwortlichen Strukturen der

Evangelischen Jugend hinsichtlich ihrer Plausibilität vorgeprüft. Dies bedeutet eine Entlastung für die Statistischen Landesämter.

- » Die technische Infrastruktur wird es möglich machen, dass aus den bei den Trägerorganisationen der aej erhobenen Daten ein separater Datensatz generiert werden kann, um internetgestützt die Meldung zur KJH-Statistik beim jeweiligen zuständigen Statistischen Landesamt abzugeben. Ein weiterer Vorteil besteht neben der Programmierung einer Schnittstelle zur Meldung der Angaben zur amtlichen Statistik darin, dass die Plausibilität der Daten für die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bei der Erfassung über die technische Infrastruktur des Trägers einer weiteren Plausibilitätsprüfung unterzogen werden kann.
- » Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit kann mit einem um die nicht öffentlich geförderten Maßnahmen und trägerspezifischen Angebote ergänzten Fragebogen die Breite ihrer Angebote, Arbeitsformen und Inhalte besser abbilden. Die Entwicklung einer notwendigen technischen Infrastruktur wird es ermöglichen, dass Träger unterjährige Eingaben machen können sowie sich zeitnahe Reportingmöglichkeiten eröffnen werden.
- » Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit hat ein systematisches Datenerhebungsinstrument zur Selbstbeobachtung, Konzeptbildung und Datenpolitik zur Verfügung, das auch andere Träger der Kinder- und Jugendarbeit anwenden könnten.

Ziel der aej ist, dieses Verfahren spätestens bis zum Erhebungsjahr 2019 der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik aufzustellen. Ziel ist es weiter, für dieses Verfahren auch andere Träger der Kinder- und Jugendarbeit zu gewinnen, damit die Datenlage systematisch verbessert wird und die Daten für die Weiterentwicklung der Fachpraxis und den politischen Raum genutzt werden können.

3. Mit Daten Politik machen – Plädoyer für eine stärkere Nutzung vorliegender Statistiken⁷

Wenn die Kinder- und Jugendarbeit ihre – wie eingangs bereits festgestellt durch- aus verbesserungswürdige – fachliche, wissenschaftliche, politische und öffentliche Reputation steigern will, so wird dies nicht ohne empirische Daten gelingen. Konzeptionelle Zugänge und ein Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven und effektiven Datenpolitik in der Kinder- und Jugendarbeit aber eröffnen sich zunächst unumgänglich über den Hinweis darauf, dass jedwede Erhebung von Daten niemals

7 Verfasser: Werner Lindner

objektiv ist. Jede Wissenschaft, die Daten erhebt, ist unvermeidbar eingebunden in Absichten, Interessen und Machtkonstellationen (vgl. Fleck 1935⁸). Es gibt keine Wissenschaft nach dem Motto: „Schön, dass wir das jetzt auch wissen“ oder gar, um lediglich eventuelle „Forschungslücken“ zu schließen, sondern sie dient stets als Instrument zur Erreichung bestimmter Ziele. Gerade wissenschaftliches Wissen hat eine spezielle strategische Bedeutung im politischen Kampf um Macht, Vorherrschaft und um die Legitimität bestimmter Auffassungen; und aus diesem Grund versuchen *alle* Institutionen, Parteien, Behörden und Interessensverbände eines Themen- oder Politikfeldes sich das aus ihrer Sicht relevante Wissen zu beschaffen, zu kontrollieren und gegen konträre Auffassungen abzusichern. Und auch die Wahl (und der Ausschluss) von Wissenschaftler_innen und Forscher_innen wird von *allen* Seiten nach politischen Opportunitäts Gesichtspunkten vorgenommen (vgl. Heinelt 2016, S. 124). Mehr noch, die Austauschprozesse zwischen Wissenschaften, Interessen und politischen Verwertungszwecken erfolgen auf sogenannten „Wissensmärkten“ oder „Datenbasaren“, die den Vergleich mit orientalischen Handelsplätzen keineswegs zu scheuen brauchen: Die Politik hält permanent Ausschau nach brauchbarem Wissen für ihre jeweiligen Zwecke, kauft verwertbare Erkenntnisse ein über Ausschreibungen, Wettbewerbe und Forschungsförderungen; die Wissenschaft hingegen bietet ihr Wissen auf diesen Basaren an und verfasst (gerade im Rahmen sogenannter Drittmittelforschung) Forschungsanträge, in denen neben dem individuellen/fachlichen Reputationsgewinn selbstverständlich die gesellschaftliche bzw. politische Nützlichkeit der erwarteten Ergebnisse herausgestellt werden muss.

Unzweifelhaft sind die konkreten Ergebnisse empirischer Forschungen von Belang; weitaus entscheidender aber sind jene Vorgänge, die sich zum einen *vor* dem jeweiligen Forschungsvorhaben und zum anderen *danach* ergeben. Bereits die Entscheidung, ob und wenn ja, welche Daten erzeugt werden sollen, welcher Forschungsnutzen hiermit versprochen wird und welche Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, ist eine (macht-)politische. Und auch die Frage, wie hiernach mit den gewonnenen Daten weiter verfahren wird, ist wesentlich politisch dominiert. Ebenso aber ist auch die Wissenschaft selbst durchzogen von Interessen, Reputations- und Machtkämpfen:

„Wissenschaftler (betreiben) nicht nur Wissenschaft, sondern auch Agenda-Setting. Das heißt, Wissenschaftler versuchen dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Themen und Forschungsgebiete als gesellschaftlich wichtig erachtet werden. (...). Wissenschaftler agieren im Hinblick auf Agenda-Setting und Forschungsplanung wie Politiker, also völlig interessengeleitet, d. h. an dem Ziel ausgerichtet, das, was sie selbst forschen, möglichst stark zu machen. Ich weiß, das Wissenschaftssystem beruht zum

8 Für eine erste Einführung und als Blog zu empfehlen: <https://soundcloud.com/dehypotheses/mit-fleck-auf-der-insel> (Zugriff: 10.03.2017).

Teil darauf, dass es den Eindruck erweckt, als sei das nicht der Fall. Deshalb sage ich ausdrücklich: im Hinblick auf Agenda-Setting sind Wissenschaftler, zumindest erfolgreiche Wissenschaftler, echte Politiker“ (Wagner 2015, S. 199f.).

Eine Bestätigung hierfür eröffnet sich aus dem Insiderblick einer Politikerin:

„Wenn es konkret wird, zeigt sich wie überall, wo es um Verteilungsfragen geht, dass es auch in der Wissenschaft unterschiedliche Interessen und Lobbyisten in eigener Sache gibt. (...) Von wissenschaftlicher Objektivität ist da nicht mehr die Rede. Da geht es – völlig legitim, wenn sie offen ausgesprochen werden – um Interessen“ (Burchardt 2015, S. 219; vgl. Lindner 2016).

Auf diese spezifischen Vorgänge hat die Kinder- und Jugendarbeit bislang noch kaum ihre Beobachtung verschwendet, denn deren sozialpädagogische Fachkräfte besuchen mit fröhlich-affirmativer Begeisterung Veranstaltungen, auf denen aktuelles, für ihr Arbeitsfeld vermeintlich relevantes wissenschaftliches Wissen nach dem Motto vorgestellt wird: „Die Wissenschaft hat festgestellt (...)“. Hierunter fallen z. B. die periodischen Vermarktungstagungen der SINUS-, SHELL- oder JIM-Studien (zum Mediengebrauch Jugendlicher), die alarmistischen Gefährdungsveranstaltungen von Jugendschutzstellen oder auch aktuell die Präsentation des 15. Kinder- und Jugendberichts (vgl. im Weiteren z. B. die Angebote unter: www.jugendhilfeportal.de/forschung/). Die frappierende Naivität solcher Aktivitäten ergibt sich daraus, dass die reine Vorstellung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Regel breitesten Raum einnimmt, aber deren Entstehung wie auch weitere strategische Verwendung kaum erörtert werden und so über den Befund folgenloser Richtigkeit kaum hinaus gelangen.

Manche mögen sich noch an die sogenannte „Pfeiffer-Debatte“ im Jahre 2008 erinnern, in welcher der gleichnamige Kriminologe herausgefunden haben wollte, dass der Aufenthalt in Jugendzentren Kriminalität befördere, aber: Deutungskämpfe um empirische Daten gibt es keineswegs nur in der Kinder- und Jugendarbeit, sondern selbstverständlich auch in anderen Feldern der Gesellschaft. Hinzuweisen wäre etwa auf die Debatten um die Konzession des Schädlingsbekämpfungsmittels Glyphosat, auf die Querelen um die Zulassung neuer Medikamente oder an den Datenkampf zum Klimawandel. Mit Daten wird also Politik gemacht – so oder so.

Sofern die Kinder- und Jugendarbeit darauf verzichtet, hier mitzuspielen, treffen andere die Entscheidungen; oder etwas rüde formuliert: „Entweder die Kinder- und Jugendarbeit sitzt hier mit am Tisch, oder sie steht auf der Speisekarte.“ Derzeit scheint eher Letzteres der Fall zu sein (vgl. die aktuelle Datenlage in Pothmann 2016, der vom „Patienten“ Kinder- und Jugendarbeit spricht), denn die Kinder- und

Jugendarbeit bzw. ihre Akteure sind weit davon entfernt, an diesem Spiel überhaupt qualifiziert teilnehmen zu können. Dies nicht zuletzt deshalb, weil bisweilen nicht mal die simpelsten Voraussetzungen hierfür gegeben sind, z. B. im Hinblick auf eine gehaltvolle Evaluationsdebatte (vgl. Lindner 2015) oder angesichts einer gerade für die Kinder- und Jugendarbeit allenfalls partiell funktionierenden Jugendhilfeplanung. So trivial es ist: *Datenpolitik* kann man zunächst nur machen, wenn man auch Daten *hat*.

Um sich aber auch nicht im aktuell „post-faktischen“ Fabulieren zu verlieren, sei darauf hingewiesen, dass Datenpolitik und Wissenspolitik gerade *nicht* bedeuten, dass vice versa etwa der beliebte Slogan gelten würde: „Glaube keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast.“ Im Gegenteil: die empirieinternen Gütekriterien: Transparenz des Forschungsprozesses/Verfahrensdokumentation, Validität, Reliabilität, Regelgeleitetheit, kommunikative Validierung etc. müssen den höchstmöglichen Qualitätskriterien genügen. Denn sofern man mit anfechtbaren oder verfälschten Daten in eine Debatte hinein geht, ist nichts zu gewinnen. Schlimmer noch: Sofern man der Politik mit unsauberen oder gar geschönten Daten kommt und sich dabei erwischen lässt, ist man aus dem Spiel und verscherzt sich seine Sympathien sehr nachhaltig. Daten, gute Daten sind also absolut notwendig, und hierzu zählt auch die Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit: Ohne Daten hat die Kinder- und Jugendarbeit allenfalls eine *Meinung* – mit Daten hat sie immerhin eine *Position*. Aber Daten *allein* reichen nicht, denn die Politik macht mit empirischen Befunden was sie will; im Zweifelsfall gar nichts. Es gibt dann vielleicht eine punktuelle Debatte, aber mehr auch nicht. (Die seit Jahren bekannten Zahlen zur Kinder- und Jugendarmut, die empiriegestützten Befunde zur sozialen Selektivität des Bildungssystems oder auch zur Erosion der Kinder- und Jugendarbeit haben bislang jedenfalls noch keine n Politiker_in, keine Regierung dazu motiviert, daran endlich einmal substantziell Nachhaltiges zu ändern; gerade für die Kinder- und Jugendarbeit dreht sich die Abwärtsspirale einstweilen weiter.)

Für den strategischen Einsatz von empirischen Daten ist eine möglichst aufmerksame Beobachtung derjenigen Prozesse bedeutsam, in denen „aus Daten Sinn“ erzeugt wird. Denn Daten stehen nicht für sich selbst; sie sind nicht selbst-evident, sie müssen interpretiert und gedeutet werden. Für die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit käme es mithin darauf an, die politische Agenda aktiv zu bearbeiten, die eigenen Narrative gezielt zu platzieren, die Deutungshoheit über die eigenen Daten (möglichst) zu behalten und sich diese nicht durch andere politische Akteur_innen (zum Beispiel den/die Stadtkämmer_innen oder Vertreter_innen anderer Wissenschaften, etwa Pfeiffer u. a. 2008) enteignen zu lassen. Aber wie geht so etwas? Eine qualifizierte Datenpolitik der Kinder- und Jugendarbeit – wenn es sie denn irgend gäbe – wäre einzubetten in eine Strategie; und diese ist vergleichbar mit der

Zubereitung eines „Zaubertranks“, der aus vielen verschiedenen Zutaten besteht und dazu angetan ist, die (Jugend- oder Kommunal-)Politik effektiver als bislang in Bewegung zu versetzen. Die benötigten „Zutaten“ sind immerhin konzeptionell einigermaßen bekannt, es handelt sich um ca. 20 bis 30 verschiedene Ingredienzien, die jedoch auch ihrerseits noch sorgfältiger zu prüfen, zu begründen und zu verifizieren wären. Etliche dieser (für die Kinder- und Jugendarbeit weithin unbekannten) Beimischungen entstammen politikwissenschaftlichen Theorien und Konzeptionen. Hier wäre es von Belang, etwa abschätzen zu können, wann und wo ein politisches Chancenfenster („window of opportunity“) aufgehen könnte, oder wie man ein solches Chancenfenster selbst erzeugt; was ein Policy-Cycle ist, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sich Politikfelder entwickeln, oder wie man überhaupt erst mal ein Politikfeld analysiert. Es wäre praktisches Wissen darüber erforderlich, wie man mit Politiker_innen aussichtsreich verhandelt; aber nicht naiv (über Versuch und Irrtum), sondern reflektiert: mit wissenschaftlicher Fundierung. Es wäre bedeutsam zu wissen, was überhaupt ein Narrativ ist und welche Gütekriterien ein überzeugendes Narrativ aufweist. Es wären Kompetenzen hilfreich, um effiziente Diskurs- und Akteurskoalitionen aufzubauen. Solche (und andere) praktische Wissens- und Kompetenzbestände sind keine absoluten Erfolgs-Garanten, aber sie erhöhen immerhin die Erfolgs-Wahrscheinlichkeiten. Zudem muss das erforderliche Rezept immer wieder neu in den richtigen Mischungsverhältnissen kombiniert werden, damit es auf den verschiedenen Ebenen und in diversen Politikarenen auch wirken kann. Hier besteht nicht zuletzt dringender weiterer Erprobungs- und – Ironie der Sache – Forschungsbedarf.

Literatur

- Burchardt, U.: Braucht das Parlament wissenschaftlichen Rat?, in: P. Weingart, G. G. Wagner (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*, Weilerswist 2015, S. 217-228.
- Corsa, M./Freitag, M.: *Jung sein und evangelisch in Kirche und Gesellschaft. Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Kinder- und Jugendarbeit*, Hannover 2014.
- Deutscher Bundestag: *Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht. Unterrichtung durch die Bundesregierung*. Bundestagsdrucksache 17/12200, Berlin 2013.
- Deutscher Bundestag: *Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht. Unterrichtung durch die Bundesregierung und Stellungnahme der Bundesregierung*, Berlin 2017.
- (EKD) Kirchenamt der EKD (Hrsg.): *Evangelische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben*, Hannover 2005.

- Fausser, K./Fischer, A./Münchmeier, R.: Jugend im Verband 1. Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend, Opladen und Farmington Hills 2006.
- Fleck, L.: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Basel 1935.
- Gathen-Huy, J. von der/Pothmann, J./Schramm, K.: Ein Feld macht sich sichtbar(er) – Vorschläge für die Neukonzeption eines Erhebungskonzeptes der amtlichen Statistik für die Kinder- und Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 2013, Heft 9, S. 390-398.
- Gathen-Huy, J. von der/Pothmann, J.: Jetzt zählt es – Hinweise zur Jugendarbeitsstatistik, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2015, Heft 2, S. 19.
- Heinelt, H.: Governance und politisches Entscheiden. Zur intersubjektiven Erschließung der Grundlagen politischer Entscheidungen, Baden-Baden 2016.
- Lindner, W.: Wirkfaktoren und Wirkungen der Jugendarbeit, in: jugendhilfe, 2015, Heft 5, S. 379-383.
- Lindner, W.: Mit Daten Politik machen? Mit Daten Politik machen! Jugendberichterstattung und Jugend-Jugendbefragungen als Instrumente (kommunaler) Jugendpolitik, in: deutsche jugend, 2016, Heft 2, S. 67-76.
- Pothmann, J.: Umbau oder Abbau? Ein Rückgang in der Kinder- und Jugendarbeit mit vielen Fragezeichen, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2016, Heft 2, S. 12-16.
- Pothmann, J.: Kinder- und Jugendarbeit – ein erster Blick in die neue Statistik, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2017, Heft 1, S. 7-11.
- Weingart, P./Wagner, G. G. (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist 2015.
- Wagner, G. G.: Welche Rolle kann wissenschaftliche Beratung spielen?, in: P. Weingart, G. G. Wagner (Hrsg.), Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist 2015, S. 189-216.

Kai Maaz

Aktuelle Trends im Bildungssystem – Herausforderungen und Perspektiven¹

¹ Der Text orientiert sich an den Ausführungen des aktuellen Bildungsberichts (vgl. Autorengruppe Bildungsberichtserstattung 2016). Wesentliche Teile dieses Beitrags basieren auf einer früheren Arbeit des Autors (vgl. Maaz 2017).

Spätestens seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie ist das Bildungssystem verstärkt in das öffentliche, bildungspolitische und wissenschaftliche Interesse gerückt. In den letzten 17 Jahren gab es zum Teil tief greifende Veränderungen in allen Bildungsbereichen. Auch gegenwärtig ist das Bildungssystem von einer Dynamik der Veränderung geprägt. Einen Überblick über Entwicklungen in allen Bereichen des Bildungssystems gibt der alle zwei Jahre erscheinende Nationale Bildungsbericht. Die folgende Darstellung greift auf Analysen des aktuellen Berichts zurück (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016).

1. Folgt man der Analyse des Nationalen Bildungsberichts 2016, so befindet sich das deutsche Bildungssystem gegenwärtig in einer Situation zwischen Bildungsexpansion und Bildungsintegration. In einer Vielzahl von Bildungsbereichen sind in den vergangenen Jahren wichtige strukturelle Veränderungsprozesse eingeleitet worden: vom Ausbau der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über Ganztagschulen bis hin zu schulstrukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I sowie zu der Inklusion von Kindern und Jugendlichen. Trotz dieser positiven Entwicklung steht das deutsche Bildungssystem auch künftig vor großen Herausforderungen, die sich in sechs Handlungsfeldern für Bildungspolitik und Bildungsinstitutionen beschreiben lassen, auf die im Folgenden überblicksartig eingegangen werden soll:
2. Anhaltende Expansion zu höherer Bildung und Probleme im unteren Bildungsbereich
3. Soziale Disparitäten als bekanntes, anhaltendes Strukturproblem
4. Regionale Disparitäten als bekanntes, sich verschärfendes Strukturproblem
5. Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur
6. Bedarfsgerechtigkeit des öffentlichen Bildungssystems als Problem
7. Migration als multidimensionale Herausforderung und Chance

1. Anhaltende Expansion zu höherer Bildung und Probleme im unteren Bildungsbereich

In allen Bereichen des Bildungssystems zeigt sich ein anhaltender Trend zu mehr Bildung – sowohl bei der Bildungsbeteiligung als auch bei den Ergebnissen von Bildungsprozessen. Mehr Kinder nutzen das Angebot frühkindlicher Bildung.

Die Nachfrage von höher qualifizierenden Schularten und den dort erreichbaren Abschlüssen steigt, ebenso die Anzahl von Jugendlichen, die die Schule mit Hochschulreife verlassen. Auch im Weiterbildungsbereich setzt sich der positive Entwicklungstrend fort. Die Erfolge dieser Bildungsexpansion lassen sich an den Bildungsabschlüssen ablesen: Je jünger die Menschen, desto höher ist ihr erreichter Bildungsstand. In der Generation der 60- bis unter 65-Jährigen hat zum Beispiel weniger als ein Fünftel der Bevölkerung einen Hochschulabschluss erworben. Bei den 30- bis unter 35-Jährigen ist es bereits ein Viertel. Hier unterscheiden sich auch die Bildungserfolge von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kaum noch.

Jedoch profitieren nicht alle gleichermaßen von der steigenden Bildungsbeteiligung. Besonders im unteren Qualifizierungsbereich bleiben Probleme bestehen. Zu viele Jugendliche und junge Erwachsene erwerben maximal einen Hauptschulabschluss. Der Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss hat sich insgesamt nur geringfügig verändert. Trotz positiver Entwicklungen sind Personen mit Migrationshintergrund mehr als dreimal so häufig von Ausbildungslosigkeit betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund, wobei sich der Trend im unteren Qualifikationsbereich vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsentwicklung in Zukunft noch verstärken könnte.

Hinsichtlich der fachspezifischen Leistungen von Jugendlichen kann ebenfalls eine leichte positive Entwicklung diagnostiziert werden. So haben sich die Kompetenzstände der Jugendlichen in den letzten 15 Jahren in fast allen untersuchten Domänen leicht, aber kontinuierlich verbessert. Der Anstieg der mittleren Kompetenzen ist insbesondere auf Verbesserungen bei Jugendlichen aus sozial weniger begünstigten Familien sowie von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Dieser positive Trend darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Anteil der Jugendlichen, die am Ende der Vollzeitschulpflicht über unzureichende Kompetenzstände in den Basiskompetenzen verfügen und damit Probleme beim Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung und später in das Erwerbssystem bekommen, mit 15% weiterhin zu groß ist.

Nach wie vor besteht ein enger Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb, die die Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern bilden. Der Bildungsbericht unterscheidet in seiner Analyse drei Risikolagen: (1) Die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern liegt vor, wenn beide Eltern weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch eine Hochschulzugangsberechtigung vorweisen können. In der Folge fehlen möglicherweise die Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern in schulischen Belangen der Kinder, was einen negativen Einfluss auf den Bildungserwerbsprozess nehmen kann. (2) Eine soziale Risikolage liegt vor, wenn kein im Haushalt

lebender Elternteil erwerbstätig ist. Damit fehlt gegebenenfalls ein wichtiger Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens. (3) Eine finanzielle Risikolage liegt vor, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze von 60% des Durchschnittsäquivalenzeinkommens liegt. Etwa jedes vierte Kind in Deutschland ist von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen. Eine Häufung aller drei Risikolagen tritt insbesondere bei Kindern Alleinerziehender und bei Kindern mit Migrationshintergrund auf. In der Tendenz ist ein Rückgang des Anteils von Kindern in bildungsbezogener und sozialer Risikolage seit 2006 zu verzeichnen, der Anteil armutsgefährdeter Kinder ist jedoch weiterhin hoch, insbesondere bei Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund.

Wenngleich von einer anhaltenden Bildungsexpansion zu sprechen ist, partizipieren nicht alle Beteiligten davon gleichermaßen. Die Probleme, vor allem im unteren Qualifizierungsbereich, dürfen bei allem Optimismus nicht übersehen werden. Damit gilt, auf die Gruppe der formal gering oder nicht Qualifizierten weiterhin den bildungspolitischen Blick zu richten, auch mit dem Ziel, die Zahl der Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne einen qualifizierten Abschluss verlassen, weiter zu verringern. Von besonderer Bedeutung bleibt dabei die Gestaltung der Schnittstellen individueller Bildungsverläufe und, mit Blick auf die Personen ohne oder mit geringen schulischen Abschlüssen, der Übergang in Berufsausbildung und Berufsvorbereitung.

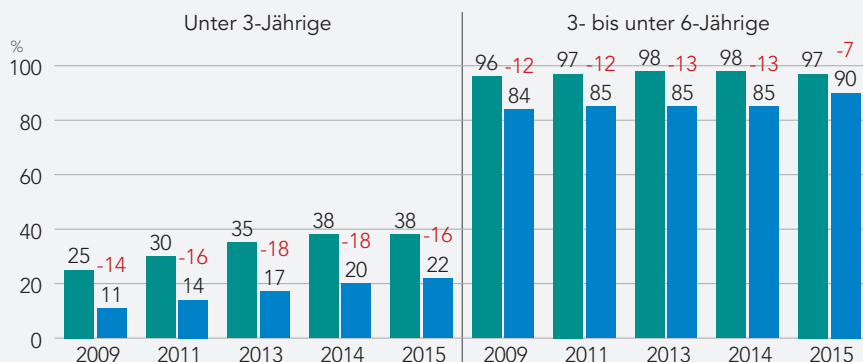
2. Soziale Disparitäten als bekanntes, anhaltendes Strukturproblem

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist weiterhin beständig und in allen Bildungsbereichen ausgeprägt. Dies bezieht sich sowohl auf Partizipationsmerkmale beim Zugang zu institutionalisierten Bildungsangeboten im frühkindlichen Bereich bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter als auch auf den Kompetenzerwerb.

Angebote im frühkindlichen Bereich wurden in den letzten Jahrzehnten deutlich ausgebaut. Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Angebote gibt es sowohl nach der Altersgruppenzugehörigkeit der Kinder, dem Migrationshintergrund und der sozialen Herkunft sowie nach Regionen (vor allem Ost- und Westdeutschland). Während die Wahrnehmung frühkindlicher Betreuungsangebote bei den 3- bis unter 6-Jährigen gegen 100% geht, liegt die der unter 3-Jährigen deutlich darunter (vgl. Abb. 1). Die Beteiligungsquoten sind in Ostdeutschland durchweg höher als in Westdeutschland. Die Unterschiede nach sozialer Herkunft und dem Migrationshintergrund fallen zuungunsten von Kindern aus sozial schwächeren Familien und

Abb. 1 | Quote der Bildungsbeteiligung von unter 6-Jährigen in Tageseinrichtungen und Tagespflege nach Migrationshintergrund (Deutschland; 2009, 2011, 2013 bis 2015; Angaben in %)

Migrationshintergrund: ■ Ohne ■ Mit XX Differenz in Prozentpunkten



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016, S. 171)

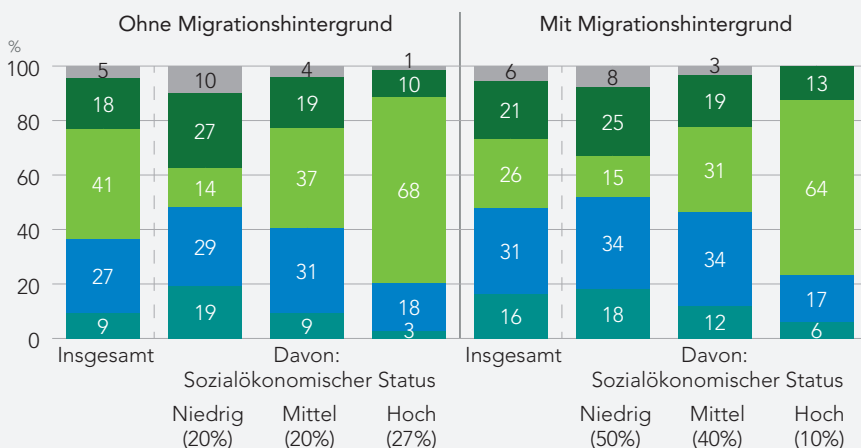
Kindern mit Migrationshintergrund aus. Zwischen 2009 und 2015 verdoppelte sich zwar bei den unter 3-jährigen Kindern die Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund von 11% auf 22%, der Abstand zur Quote von Kindern ohne Migrationshintergrund (38%) bleibt jedoch beträchtlich und hat sich bis 2014 vergrößert, was sich auf eine vergleichbar gestiegene Bildungsnachfrage bei Kindern ohne Migrationshintergrund zurückführen lässt (vgl. Abb. 1). Unterschiede in den Kompetenzen der Kinder werden als mögliche Konsequenz der geringeren Beteiligungswerten von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus sozial schwachen Familien diskutiert. Am Beispiel der Ergebnisse sprachdiagnostischer Tests, die etwa einem Viertel der 3- bis 5-Jährigen einen Sprachförderbedarf im Deutschen bescheinigen, wird deutlich, dass besonders Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsabschluss und nichtdeutscher Familiensprache betroffen sind. Werden mit dem Besuch einer Kindertageseinrichtung auch spezifische sprachliche Fördermöglichkeiten und -effekte verbunden, so ist die Teilhabe am vorschulischen Bildungsangebot vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund trotz positiver Tendenzen noch stark ausbaufähig.

Was sich für den frühkindlichen Bildungsbereich in beschriebener Weise zeigt, lässt sich für den Bereich der schulischen Bildung weiterführen: positive Entwicklungen in den Kompetenzen bei bestehenden Disparitäten aufgrund familialer Faktoren. So konnte für die Erhebungen von PISA zwischen 2000 und 2012 insgesamt ein Kompetenzzuwachs in der Lesekompetenz der 15-Jährigen verzeichnet werden, der mit 44 Punkten (entspricht etwa 1,5 Lernjahren) bei Jugendlichen mit niedrigem

Abb. 2 | Verteilung der 15-jährigen Schüler_innen auf die Bildungsgänge nach Migrationshintergrund¹ und sozioökonomischem Status² (Deutschland; 2012; Angaben in %)

Bildungsgang:

■ Hauptschule ■ Realschule ■ Gymnasium ■ Integrierte Form ■ Sonstige



1 Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.

2 Für alle Jugendlichen wurde der Index für den höchsten beruflichen Status der Familie gebildet (HISEI). Es werden die 25% der Jugendlichen mit den höchsten Indexwerten (Hoch) mit den 50% mit mittleren (Mittel) und den 25% mit den niedrigsten Indexwerten (Niedrig) verglichen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016, S. 174)

sozioökonomischen Status besonders hoch lag, der jedoch die vorhandenen Unterschiede nicht ausgleichen konnte. Gleichzeitig konnte der Anteil der kompetenzschwächsten Leser_innen seit 2000 von 23% auf 15% reduziert werden. Hinsichtlich der Bildungsbeteiligung an den verschiedenen Bildungsgängen in der Sekundarstufe I sind Ungleichheiten sozialer und migrationsspezifischer Art in Deutschland stark ausgeprägt und trotz positiver Entwicklungen äußerst stabil. Je höher der sozioökonomische Status, desto höher die Beteiligungsquoten am Bildungsgang Gymnasium und desto geringer die Beteiligung am Bildungsgang Hauptschule. Dieser Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung lässt sich für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund beschreiben (vgl. Abb. 2). Trotzdem weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund eine geringere Gymnasialbeteiligung und eine höhere Hauptschulbeteiligung auf. Werden die Merkmale sozioökonomischer Status und Migrationshintergrund gleichzeitig betrachtet, fällt auf, dass sich Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit vergleichbarem sozioökonomischem Status weder bei der Gymnasial- noch bei der Hauptschulbeteiligung voneinander unterscheiden. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund im

Wesentlichen auf Unterschiede in der sozialen Herkunft zurückführen lassen, also sich die Populationen hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale voneinander unterscheiden. Eine Betrachtung der sozialen Zusammensetzung der Schüler_innen mit und ohne Migrationshintergrund bestätigt diese Annahme. Von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund kommt ca. jeder fünfte aus der Gruppe „Niedriger sozioökonomischer Staus“, während es bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund jeder zweite Jugendliche ist. Migrationsspezifische Disparitäten der Bildungsbeteiligung sind somit verdeckte Disparitäten der sozioökonomischen Herkunft.

Die Problematik der formal gering oder nicht Qualifizierten führt sich im Bereich des Berufsbildungssystems fort. Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss haben weiterhin große Zugangsprobleme zur Berufsbildung und finden sich überdurchschnittlich häufig in Maßnahmen des Übergangssystems wieder, statt eine Ausbildung im Dualen System oder Schulberufssystem aufzunehmen. Auch bei erfolgreicher Aufnahme einer Berufsausbildung lassen sich deutlich qualitative Unterschiede hinsichtlich unterschiedlicher Ausbildungssegmente zeigen. Berufe mit guten Verdienst- und Karriereoptionen, z. B. im kaufmännischen Bereich und Verwaltungsbereich sowie in IT- und Medienberufen, umfassen knapp ein Fünftel der neuen Ausbildungsverträge und werden vorwiegend von Personen mit Hochschulreife angewählt. In diesem Ausbildungssegment haben über 60% der Ausbildungsanfänger_innen eine Hochschulzugangsberechtigung, der Anteil von Personen mit maximal Hauptschulabschluss liegt bei unter 4%. Disparitäten aus dem allgemeinbildenden Bereich werden offensichtlich im Bereich der beruflichen Ausbildung fortgeführt, entweder in Form einer nicht aufgenommenen vollqualifizierenden Ausbildung oder bei Ausbildungsaufnahme durch die Segmentierung des Ausbildungsmarktes.

Können zur Frage der sozialen Selektivität im deutschen Bildungssystem in der tendenziellen Entwicklung Erfolge berichtet werden, bleibt die Problematik sozialer Disparitäten aktuell. Ansätze zum Abbau sozialer Selektivität sollten über die verschiedenen Bildungsbereiche hinweg entwickelt und ausgebaut werden. Punktuelle Maßnahmen in der jeweiligen Bildungsstufe oder -einrichtung greifen auf längere Sicht zu kurz. Bei der Entwicklung von Lösungsansätzen ist zu berücksichtigen, dass soziale und migrationspezifische Disparitäten eng miteinander verbunden sind.

3. Regionale Disparitäten als bekanntes, sich verschärfendes Strukturproblem

Auch regional haben Kinder und Jugendliche unterschiedliche Startvoraussetzungen im Bildungssystem. Regionale Differenzen prägen sich innerhalb Deutschlands

immer stärker aus und auch das Bildungssystem ist von der Unterschiedlichkeit der Entwicklungen gekennzeichnet.

Für verschiedene Rahmenbedingungen schulischer Bildungsprozesse lassen sich regionale Unterschiede aufzeigen. Familiäre Faktoren, wie die bereits aufgeführten Risikolagen von Kindern, sind auf Länderebene unterschiedlich stark ausgeprägt. Ein starkes Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik, bei gleichzeitiger Binnendifferenzierung innerhalb der Länder, stellt trotz vereinzelter Rückgänge auf konstantem Niveau regional ungleiche Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche dar. Für die strukturellen Faktoren schulischen Lernens lässt sich weiterhin zwischen den Ländern eine hohe Differenzierung feststellen, die sich vor allem in Unterschieden in der Kombination von verschiedenen Bildungsgängen in einer Schulart und der schulinternen Organisation darstellt. Gleichzeitig zeigt sich länderübergreifend eine Entwicklung der Integration: Immer mehr Schüler_innen werden in integrierten Klassen unterrichtet und die 2-Säulen-Struktur bildet (neben der Förderschule) den zunehmenden Trend im Sekundarschulbereich. Für den Ausbildungssektor sind ebenfalls extreme regionale Disparitäten aufzuzeigen, die sich in West-Ost-Richtung verteilen, zuungunsten der westlichen Bundesländer. Hinsichtlich der Angebote in der dualen Ausbildung in Relation auf die Nachfrage (Angebots-Nachfrage-Relation) ist die Lage der Ausbildungsmärkte in den Verdichtungsräumen Nordrhein-Westfalens, Hessens, Niedersachsens sowie Schleswig-Holsteins besonders angespannt, wobei insgesamt ein rückläufiger Trend in Angebot und Nachfrage im dualen System seit 2007 zu beobachten ist.

Zu berücksichtigen ist, dass die regionale Betrachtungsperspektive in der Diskussion auf den Einfluss von Bildungsprozessen von Kindern und Jugendlichen je nach Bildungsbereich unterschiedlich ausgerichtet sein muss: Ist es in der frühkindlichen Bildung und Grundschule noch das engere Wohnumfeld, so erweitert sich die Region bereits im Bereich der Sekundarschule. Für die berufliche Bildung ist der Blick eher auf strukturell verknüpfte Wirtschaftsräume zu richten, bei denen Ländergrenzen keine Relevanz haben müssen. Letzte zeigen in besonderer Weise ungleiche Bedingungen beim Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung. Unterschiede zu erkennen und ausgleichend auf sie zu reagieren, bleibt eine zunehmend wichtiger werdende Anforderung für alle Beteiligten in der Bildungspolitik und der Bildungspraxis. Mit Blick auf die Zielfunktionen des Bildungssystems wird eine proaktive regionale Bildungspolitik immer wichtiger.

4. Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur

Neben den beschriebenen sozialen und regionalen Disparitäten zeichnen sich mit den Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur und Veränderungen in der Ausbildungsnachfrage weitere Herausforderungen ab. Insgesamt ist zu beobachten, dass der Trend zu höher qualifizierten Abschlüssen weiter anhält. Seit 2006 geht der Anteil Jugendlicher, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, kontinuierlich zurück und liegt im Jahr 2014 bei 6% aller Abgänger_innen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Im Gegenzug steigen die Anteile der Jugendlichen mit Mittlerem Abschluss und allgemeiner Hochschulreife. Zunehmend erreichen die jungen Erwachsenen auch mehrere Schulabschlüsse im Zeitverlauf.

Während der Mittlere Abschluss noch der am häufigsten absolvierte schulische Abschluss ist, wandelt sich das Verhältnis im Ausbildungssektor von dualer Ausbildung und Hochschulstudium dahin gehend, dass junge Erwachsene vermehrt ein Hochschulstudium anstreben und die Neuzugänge in eine duale Ausbildung rückläufig sind. Ein Blick auf die Entwicklung seit 1995 zeigt, dass die beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren seit Langem einer relativ stagnierenden bzw. im Falle der dualen Ausbildung rückläufigen Dynamik folgen, die auch bei demografisch bedingten unterschiedlichen Nachfragezahlen bestehen bleibt. Demgegenüber steigen die Zahlen der Studienanfänger_innen kontinuierlich. Die Studienanfängerzahl liegt 2015 mit über einer halben Million wieder sehr hoch. Trotz dieser deutlichen Expansion im Hochschulbereich wirken auch bei der Studienaufnahme soziale Herkunftseffekte und erweisen sich auch an dieser späten Übergangsschwelle als äußerst beständig.

Ungeklärt sind die möglichen Folgen dieser Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur. In der öffentlichen Debatte in Deutschland wurde daher in den vergangenen Jahren das Verhältnis zwischen dualer Ausbildung und Hochschulbildung verstärkt thematisiert. Hier ist zukünftig auf notwendige Differenzierungen zu drängen und der Frage nachzugehen, ob und inwieweit neue Segmentationslinien und soziale Ungleichheiten entstehen. Zu klären ist beispielsweise, welche Auswirkungen der Trend zur Hochschulbildung sowohl für die berufliche Ausbildung als auch für das Hochschulsystem hat und ob er zu neuen Ausbildungsstrukturen führt, wie zum Beispiel dualen Hochschulstudiengängen, neuen Formen der Durchlässigkeit und des Hochschulzugangs.

5. Bedarfsgerechtigkeit des öffentlichen Bildungssystems als Problem

Des Weiteren hat der Trend zur Gründung von privaten Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren angehalten. Die deutlichste Dynamik lässt sich für den Schulbereich beschreiben. Im Schuljahr 2014/15 stellen freie Träger 11% aller allgemeinbildenden Schulen. Ein besonders starker Zuwachs von Schulen in freier Trägerschaft lässt sich für die Bundesländer in Ostdeutschland bescheinigen. Hier hat sich die Zahl der privaten Schulen in der Zeitspanne seit 1998 mehr als verdreifacht. Hingegen ist das Angebot öffentlicher Schulen kontinuierlich zurückgegangen und hat sich mittlerweile seit 1998 fast halbiert.

Diese Entwicklung ist auch auf die unterschiedlichen Traditionen des Privatschulsektors von Ost- und Westdeutschland zurückzuführen, da vor der deutschen Wiedervereinigung in den ostdeutschen Bundesländern Privatschulen sehr selten anzutreffen waren. Generell haben Grundschulen und Förderschulen anteilig die meisten Schulen in freier Trägerschaft. Zudem ist zu bemerken, dass in manchen Regionen Schulen in freier Trägerschaft teilweise das rückläufige Angebot öffentlicher Schulen ersetzen. Auch im Hochschulbereich lässt sich eine Expansion privater Anbieter, insbesondere im Bereich der Fachhochschulen erkennen.

Zu fragen ist, ob die zunehmenden (vor allem privaten) Initiativen zur Gründung von Schulen und die Entwicklung von Studiengängen als ein Hinweis auf Mängel in der Bedarfsgerechtigkeit der öffentlichen Bildungsinfrastruktur zu deuten sind. Mit einer institutionellen Heterogenisierung sind Fragen verbunden, die auf die bildungspolitische Agenda der kommenden Jahre gesetzt werden müssen. Beispielsweise, ob dadurch eine Dynamik freigesetzt wird, die eher zur Erweiterung von Bildungsoptionen für alle führt oder eher zu neuen sozialen Segmentationsprozessen und welche Rückwirkungen diese Dynamik auf das öffentliche Bildungssystem hat.

6. Migration als multidimensionale Herausforderung und Chance

Eine der größten Herausforderungen, vor denen das deutsche Bildungssystem aktuell steht, ist das Thema der Bildung und der Migration. Deutschland ist seit seiner Gründung ein Einwanderungsland mit überwiegend positivem Wanderungssaldo an Ab- und Zuwanderung. Rückblickend auf die letzten 15 Jahre ist ausschließlich ein positives Wanderungssaldo zu verzeichnen, was bedeutet, dass mehr Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu- als abwandern. Diese Entwicklungen gehen vor allem mit einem Anstieg der jüngeren Bevölkerung mit Migrationshintergrund

einher. Im Jahr 2013 lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von unter 10 Jahren bereits bei etwa einem Drittel der altersgleichen Bevölkerung, in einzelnen Ballungszentren bei mehr als 50%.

Wie bereits in den vorherigen Abschnitten angeführt, ist das Thema Migration und Bildung eng mit allen bereits genannten Themenbereichen verbunden und zieht sich gleichfalls durch alle Etappen des Bildungsverlaufs und damit durch alle Bereiche des Bildungssystems. Trotz positiver Entwicklungen in den vergangenen Jahren sind Disparitäten aufgrund des Migrationshintergrunds nach wie vor stark ausgeprägt. Dies bezieht sich auf Partizipationsmerkmale von der frühen Bildung bis zur Weiterbildung über die Kompetenzstände bei Kindern im Vorschulalter bis hin zu den Kompetenzen im Erwachsenenalter.

Kinder unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund sind häufiger von Risikolagen betroffen, die erfolgreiche Bildungsprozesse möglicherweise beeinträchtigen, als Kinder ohne Migrationshintergrund. Bereits im frühkindlichen Bereich finden sich ausgeprägte migrationsspezifische Segregationstendenzen in der Wahrnehmung von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen. Beim Besuch von Kindertageseinrichtungen zeigt sich des Weiteren, dass bundesweit über ein Drittel der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache eine Kindertageseinrichtung besucht, in der die Mehrheit der Kinder zu Hause ebenfalls kaum oder wenig Deutsch spricht. In Ballungszentren betrifft dies mehr als die Hälfte aller Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache. Hinsichtlich der Problematik migrationsspezifischer Disparitäten Jugendlicher in der Qualifikationsstruktur lassen sich ebenfalls Unterschiede zuungunsten ausländischer Jugendlicher feststellen. Dies betrifft vor allem den unteren Bildungsbereich und den der höheren Bildung. Ausländische Jugendliche bleiben mehr als doppelt so häufig ohne Hauptschulabschluss und weniger als halb so oft mit allgemeiner Hochschulreife wie ihre deutschen Mitabsolvent_innen. Positive Entwicklungen in der Bildungsgangbeteiligung schlagen sich bei den erreichten Abschlüssen vor allem beim mittleren Abschluss nieder, wo sich das Verhältnis bei deutschen und ausländischen Absolvent_innen im Jahr 2014 ausgleichen konnte. Als strukturelle Lösung im Primar- und Sekundarschulbereich des Bildungssystems wird seit 2010 der Ausbau von Vorbereitungsklassen erheblich verstärkt. In dem Zeitraum bis 2016 stieg die Zahl der Vorbereitungsklassen teilweise um mehr als das 20-fache. Eine solche Entwicklung ist nicht zuletzt die Folge der kontinuierlich wachsenden Zahl von Asylanträgen und Asyl- und Schutzsuchender, aus der sich auch zukünftig im Sinne der Integration für die strukturelle Gestaltung des Bildungswesens ein substanzieller Personal- und Finanzierungsbedarf ergibt.

Migrationsmerkmale sind für sich schon äußerst heterogen und erfordern eine möglichst differenzierte Betrachtung, die aber bisher aufgrund fehlender Daten nur

in wenigen Kontexten erfolgen kann. Migrationsmerkmale wirken darüber hinaus nicht isoliert, sondern stehen in engem Zusammenhang mit sozialen Ungleichheiten. Eine besondere Herausforderung für das ganze Bildungssystem, auch für die nächsten Jahre, stellt die große Zahl der Schutz- und Asylsuchenden dar. Wenngleich es gelungen ist, den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ohne einen allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschluss zu reduzieren, bleiben die Unterschiede zu Personen ohne Migrationshintergrund unübersehbar und müssen weiter abgebaut werden. Zeitlich notwendige Insellösungen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Willkommensklassen für diese Personengruppe, sollten als Dauerperspektive vermieden werden – auch wenn sie temporär notwendig sind. Gleichzeitig sollte die zunehmende Heterogenität von Lerngruppen auch als Potenzial betrachtet werden, wobei es innovativer pädagogischer Lösungen bedarf.

7. Fazit

Die sechs im Bildungsbericht 2016 identifizierten Handlungsfelder beschreiben auf der einen Seite die aktuelle Situation des deutschen Bildungssystems über die verschiedenen Bildungsbereiche hinweg und deuten gleichzeitig auf zentrale Entwicklungen hin. Auf der anderen Seite markieren die Handlungsfelder auch zentrale bildungspolitische und -praktische Herausforderungen, die in den kommenden Jahren angegangen und gemeistert werden müssen. Es wird darum gehen, die positiven Entwicklungen zu verstärken und die problematischen verstärkt in den Blick zu nehmen. Viele der in den letzten Jahren initiierten Maßnahmen (Ausbau des vorschulischen Bereichs, Ganztagsausbau, Umbau des Sekundarschulsystems etc.) lassen sich als Strukturveränderungen beschreiben. Diese Strukturveränderungen sind notwendig, um Bildungssysteme zukunftsfähig zu machen, sie sind aber nicht hinreichend, um gelingende Bildungsprozesse zu ermöglichen. Hier rückt die Prozessebene stärker in den Fokus, also die Interaktionen zwischen Lernenden und Lehrenden in den verschiedenen Bildungsbereichen. Für eine positive Weiterentwicklung des Bildungssystems ist diese Ebene von zentraler Bedeutung und bedarf künftig auf allen Ebenen (Bildungspraxis, Bildungspolitik und -verwaltung sowie Wissenschaft) verstärkte Aufmerksamkeit.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung und Migration, Bielefeld 2016.

Maaz, K.: Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem, Bonn 2017.

Nils Neuber

Kinder- und Jugendsport im Umbruch – Ergebnisse des dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportberichts

1. Einleitung

Das *Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen* ist von jeher eng mit gesellschaftlichen Veränderungen verbunden. Gleichwohl haben sich die Rahmenbedingungen von Kindheit und Jugend in den vergangenen zwei Dekaden besonders massiv gewandelt. Das Aufwachsen ist dadurch ungewisser und widersprüchlicher geworden, zugleich bieten moderne „Multioptionsgesellschaften“ jungen Menschen eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten im soziokulturellen Bereich. Hinzu kommt eine zunehmende Dynamisierung und Digitalisierung des täglichen Lebens. Insgesamt hat das zu einer Enttraditionalisierung von Lebensläufen bei gleichzeitig gesteigerter Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung geführt (vgl. Neuber/Salomon 2015). Zugleich kann eine zunehmende Pädagogisierung und *Institutionalisierung von Kindheit und Jugend* festgestellt werden. Formale Bildungssysteme, wie Kindertagesstätte und Schule, werden inhaltlich und zeitlich ausgeweitet; der schulische Erfolgsdruck steigt. Parallel dazu wird das schulische Lernen zunehmend durch außerschulische Lernorte, wie Jugendverbände und Sportvereine, ergänzt. Insgesamt kann damit von einer massiven Ausweitung des öffentlichen Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrags gesprochen werden (vgl. Rauschenbach 2015).

Diese Umbrüche gehen auch am Sport nicht spurlos vorüber. Mittlerweile durchdringt die „Sportidee“ weite Teile der Gesellschaft, wie das Freizeit-, Bildungs-, Gesundheits-, Wirtschafts- oder Mediensystem. Sport ist damit „mehr als die Summe der Sportarten, Sportaktivitäten und Sportgelegenheiten. Sport ist ein Teil des alltäglichen Lebens vieler Menschen geworden“ (Gruppe/Krüger 2007, S. 69). Im Zuge seiner Ausdifferenzierung hat der Sport aber auch eine enorme Komplexitätssteigerung erfahren. „Sport“ ist damit zu einem Sammelbegriff für unterschiedliche Körper- und Bewegungspraktiken geworden, die sehr differenziert inszeniert werden können. Was für den Sport im Allgemeinen gilt, gilt für den Kinder- und Jugendsport im Besonderen. Bewegung, Spiel und Sport gehören nach wie vor zu den häufigsten und wichtigsten Aktivitäten im Leben von Heranwachsenden (vgl. Züchner 2013). Sie bieten Kindern und Jugendlichen nicht nur ein vielseitiges Erlebnispotenzial, sondern haben auch eine zentrale Bedeutung für die *Entwicklung von Heranwachsenden*. Für die Herausbildung einer „eigenständigen Persönlichkeit ist der Kinder- und Jugendsport ein wichtiges Erfahrungsfeld (...) – und die Wichtigkeit einer stabilen Persönlichkeit und Identität ist gar nicht hoch genug einzuschätzen“ (Rauschenbach 2006, S. 36).

Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stellt sich die Frage, welche Bedeutung dem Kinder- und Jugendsport unter diesen Bedingungen zukommt. Zugleich ist zu klären, wie der Kinder- und Jugendsport auf die gewandelten Anforderungen reagiert bzw. reagieren

kann. Eine verlässliche Quelle zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen bilden die Deutschen Kinder- und Jugendsportberichte; der dritte Bericht wurde im Sommer 2015 vorgelegt. Im Auftrag der Alfried Krupp von Bohnen und Halbach-Stiftung und unter Federführung von Prof. Dr. Werner Schmidt aus Essen bündeln die bisherigen drei Berichte im Sinne umfassender Sammelbände den Wissensstand zum Kinder- und Jugendsport unter einer jeweils besonderen Perspektive. Im Folgenden wird zunächst die Bedeutung des Sports als pädagogisches Handlungsfeld umrissen und die bisherigen Kinder- und Jugendsportberichte werden skizziert. Darauf aufbauend werden mit Blick auf den vorliegenden Sammelband ausgewählte Ergebnisse des dritten Kinder- und Jugendsportberichts vorgestellt. Dabei fiel die Wahl auf „Sport-szenen – Kinder- und Jugendhilfe“, „Potenziale und Realitäten – Partizipation“ sowie „Herausforderungen für den Sport – Ganzttag“. Diese Ergebnisse werden abschließend noch einmal kurz bilanziert und in den Gesamtbericht eingeordnet.

2. Sport als pädagogisches Handlungsfeld

Im Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird das *Bildungspotenzial von Bewegung, Spiel und Sport* folgendermaßen beschrieben: „Dem Sport wird insgesamt eine maßgebliche Bildungswirksamkeit zugesprochen, die zunächst die unmittelbar körperbezogenen Kompetenzen (Körpererfahrung, -ästhetik, -ausdruck), aber auch nicht unmittelbar sportbezogene Kompetenzen im sozialen, politischen und kognitiven Bereich einschließt (Teamfähigkeit, Selbstvertrauen, Selbstorganisation, Verantwortungsfähigkeit)“ (BMFSFJ 2005, S. 376). Das Zitat verweist auf die sportpädagogische Grundfigur einer Erziehung *zum* und *durch* Sport. Während erstere auf sportimmanente Aufgaben abzielt und beispielsweise die Förderung der sportlichen Leistungsfähigkeit intendiert, zielt der zweite Aspekt auf überfachliche Aufgaben im Sinne einer Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, beispielsweise die Entwicklung sozialer Kompetenzen (vgl. Baur/Braun 2000; Derecik/Züchner 2015). Interessanterweise handelt es sich dabei um dieselbe Figur, die auch für den schulischen Bildungsauftrag des Sports bemüht wird, den sogenannten *Doppelauftrag des Schulsports* (z. B. Prohl 2012). Dabei wird ein intentionales Erziehungsverständnis zugrunde gelegt.

Das Verständnis von „*Bildung*“ *im außerschulischen Bereich* geht jedoch über ein formales Konzept schulischen Lernens deutlich hinaus und bezieht auch non-formale und informelle Modalitäten mit ein. Zugleich werden unterschiedliche Bildungsorte angesprochen, deren strukturelle Rahmenbedingungen je unterschiedliche Bildungspotenziale bereithalten (vgl. BMFSFJ 2005, S. 128-129). Dieses Konzept wurde sportpädagogisch aufgegriffen und an die spezifischen Voraussetzungen des Feldes angepasst. Entscheidend dafür ist, dass eben nicht nur Lehr-Lern-Prozesse in einem

klassischen Erzieher-Zögling-Verhältnis bildungsrelevant sind, sondern gerade auch *non-formale und informelle Lerngelegenheiten*, die nicht zwangsläufig intentional angelegt sind (vgl. Heim 2008; Neuber 2010; Scheid 2012). Die körperlich-leibliche Gebundenheit der Erfahrungen bietet dabei besondere pädagogische Möglichkeiten, die das Feld Bewegung, Spiel und Sport von anderen Feldern unterscheidet. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit gehören dazu (vgl. Neuber 2011, S. 144-147):

- » Der Sport zählt zu den häufigsten und wichtigsten Aktivitäten im Leben von Heranwachsenden, was bei vielen Kindern und Jugendlichen mit einem hohen Maß an *Identifikation* und *Begeisterung* einhergeht.
- » Die *Freiwilligkeit* und prinzipielle *Offenheit* des Sports bietet gute Möglichkeiten für variable Aufgabenstellungen, die im Sinne einer Differenzierung unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen ansprechen können.
- » Die für Lernprozesse unausweichlichen *Rückmeldungen* erfolgen im Sport direkter als in vielen anderen Handlungsfeldern, weil Heranwachsende die Wirksamkeit ihres Handelns häufig unmittelbar „am eigenen Leib“ erfahren.
- » Die Schwierigkeit des Verstellens von Bewegungen und die Unmittelbarkeit körperlichen Erlebens und Erfahrens sichern ein hohes Maß an *Authentizität* in Lernprozessen.
- » Die meisten Sportaktivitäten werden in der *Interaktion* mit anderen durchgeführt, was auf der Basis der körperlichen Auseinandersetzung besondere Möglichkeiten der Kooperations- und Konkurrenz Erfahrung bietet.
- » Über die Präsentation des eigenen Körpers eröffnet das Feld Möglichkeiten für ästhetische Erfahrungen, die auch jenseits sprachlich-diskursiver Auseinandersetzung liegen können und nicht auf kompositorische Sportarten beschränkt sein müssen.

3. Die Kinder- und Jugendsportberichte

Der *erste Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht* wurde 2003 von Werner Schmidt, Ilse Hartmann-Tews und Wolf-Dietrich Brettschneider herausgegeben. In ihrer Einleitung verweisen die Herausgeber_innen auf die herausragende Bedeutung, die der Sport für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hat, bemängeln zugleich aber, dass diese Bedeutung auf der politischen Ebene noch zu selten wahrgenommen werde. Auffällig sei auch, dass die Kinder- und Jugendberichterstattung

der Bundesregierung den Sport nur am Rande thematisiere. Dem wolle man mit dem Kinder- und Jugendsportbericht entgegenwirken (vgl. Schmidt/Hartmann-Tews/Brettschneider 2003, S. 13-15). Entsprechend legen die rund 30 Autor_innen in 20 Kapiteln eine Datengrundlage für zentrale Bereiche des Kinder- und Jugendsports, u. a. in den Bereichen Gesundheit, motorische Leistungsfähigkeit, Sportengagement in Ost- und Westdeutschland, Trendsport, Spitzensport, Geschlecht, Migration und soziale Initiativen. Abschließend lenken die Herausgeber_innen in einem zusammenfassenden Fazit den Blick auf gesellschaftliche und soziale Kontexte des Sportengagements sowie auf Entwicklungseffekte des Kinder- und Jugendsports (vgl. Schmidt/Hartmann-Tews/Brettschneider 2003, S. 401-407) und formulieren sechs konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik (vgl. Schmidt/Hartmann-Tews/Brettschneider 2003, S. 409-410).

Der *zweite Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht* erschien 2008 unter der Herausgeberschaft von Werner Schmidt, Renate Zimmer und Klaus Völker. War der erste Bericht noch allgemein ausgerichtet, fokussierte der zweite Bericht das Kindesalter. In fünf Schwerpunkten und 24 Kapiteln zeichnen über 30 Autor_innen ein differenziertes, datenbasiertes Bild der bewegten Kindheit. Schwerpunkte sind sozialstrukturelle Bedingungen des Aufwachsens, Gesundheits- und Motorikstatus von Kindern, Bewegung im Rahmen frühkindlicher Bildungsprozesse, Bewegung, Spiel und Sport im Grundschulalter sowie Sportengagement von Kindern in unterschiedlichen Settings. In den abschließenden Handlungsempfehlungen verweisen die Herausgeber_innen auf die Bedeutung einer möglichst frühen Förderung, auch und gerade durch Bewegung, auf die Bedeutung professionell ausgebildeter Sportlehrkräfte in Grundschulen, was vor dem Hintergrund des hohen Anteils fachfremden Sportunterrichts zunehmend brisant wird, sowie auf die Bedeutung einer vielseitigen motorischen Grundausbildung im Kindesalter im Gegensatz zu einer frühzeitigen, sportartspezifischen Spezialisierung (vgl. Schmidt/Zimmer/Völker 2008, S. 474-476).

Der *dritte Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht* wurde 2015 von Werner Schmidt, Nils Neuber, Thomas Rauschenbach, Hans Peter Brandl-Bredenbeck, Jessica Süßenbach und Christoph Breuer herausgegeben. Der Fokus des Berichts liegt auf aktuellen Umbrüchen im Kinder- und Jugendsport. Bereits in der Einleitung stellen die Herausgeber_innen heraus: „Die gegenwärtige Situation des Kinder- und Jugendsports in Deutschland ist durch zahlreiche Faktoren des Wandels geprägt. Es gibt eine Reihe gesicherter Erkenntnisse, und es gibt offene Fragen“ (Schmidt u. a. 2015, S. 18). Entsprechend werden in diesem Bericht die gesellschaftlichen Veränderungen mit drei Kapiteln explizit vorangestellt: Aufwachsen im Wandel, Umbrüche im Bildungswesen sowie Verstetigung sozialer Ungleichheiten. Auf dieser Basis befassen sich dann über 40 Autor_innen in weiteren vier Schwerpunktthemen

und 22 Beiträgen mit der Umbruchsituation aus unterschiedlichen Perspektiven. Schwerpunktthemen sind „Sportszenen“, „Potenziale und Realitäten“, „Herausforderungen für den Sport“ und „Internationale Perspektiven“; die Unterkapitel werden in den folgenden Teilkapiteln genannt.

4. Sportszenen – Beispiel „Kinder- und Jugendhilfe“

Der Schwerpunkt „Sportszenen“ im dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportbericht bilanziert das Sportengagement von Kindern und Jugendlichen in sieben Settings: Sportvereine, Schulsport, Leistungssport, kommerzieller Sport, Trendsport, informeller Sport sowie Kinder- und Jugendhilfe. Das Kapitel zur Kinder- und Jugendhilfe (S. 217-236) wurde von Ahmet Derecik und Ivo Züchner verfasst. Einleitend stellen die Autoren fest, dass die pädagogische Bedeutung von Bewegung und Sport zwar im sportpädagogischen Diskurs weitgehend unbestritten sei, außerhalb dieser Szene aber oft übersehen werde. So werde „die pädagogische Relevanz von Sport in der Kinder- und Jugendhilfe (...) oft nicht erkannt“ (Derecik/Züchner 2015, S. 217). Besonders augenfällig wird das, wenn der Sport in zahlreichen Arbeiten zur Kinder- und Jugendhilfe gar nicht erwähnt wird oder wenn explizit eine Unterscheidung zwischen Jugendhilfe und Sport vorgenommen wird – obwohl der gemeinwohlorientierte Kinder- und Jugendsport in allen Bundesländern als freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe anerkannt ist (vgl. Suthues 2014). Fragt man nach dem *Verhältnis von Jugendhilfe und Sport(-verein)*, hat man es also mit einer diffusen Beziehung zu tun, die zwar zahlreiche Schnittmengen und Kooperationsbezüge aufweist, die aber bislang kaum systematisch bearbeitet wurde (vgl. Neuber 2016).

Gleichwohl bieten sich mindestens vier Verbindungslinien für eine Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Sport an: Sportliche Aktivitäten in den „Alltagsvollzügen“ der Kinder- und Jugendhilfe, Sportvereine als Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Sportorientierte Angebote der Jugend(sozial)arbeit sowie Jugendhilfe im Kontext von Sport-Fanszenen/Fanprojekten (vgl. Derecik/Züchner 2015, S. 217). Sportliche Aktivitäten finden in fast allen *Feldern der Kinder- und Jugendhilfe* statt, von der Turnstunde in der Kindertagesstätte über das Tischtennisturnier im Jugendzentrum bis hin zum Fußballspiel der Jugendwohngruppe. Tatsächlich sind Sport, Spiel und Geselligkeit gesetzlich in den Schwerpunkten der Jugendarbeit verankert (SGB III, §§ 11 und 12). Untersuchungen zur Quantität oder Qualität stehen allerdings ebenso aus wie zur pädagogischen Bedeutung dieser Sportangebote. Auch in konzeptioneller Hinsicht diagnostizieren die Verfasser Defizite: „In Konzepten der Jugendarbeit und der Jugendhilfe ist der Sport (...) nur selten systematisch aufgenommen und

reflektiert worden“ (Derecik/Züchner 2015, S. 217). Dennoch kommt Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten in diesen Feldern zweifellos eine zentrale Bedeutung zu.

Die rund 90.000 *Sportvereine* in Deutschland machen als Träger der Kinder- und Jugendhilfe zahlreiche Angebote im Bereich der Jugendarbeit. Geht man von den Bedürfnissen und Interessen Heranwachsender aus, dürfte kaum Widerstand gegen eine Anerkennung der sportlichen Jugendarbeit als Jugendbildung bestehen. Mit Bindungsraten von bis zu 80% je nach Alter und Geschlecht kommt kein anderer Jugendverband auch nur annähernd an den Partizipationsgrad der Sportvereine heran (vgl. Schmidt u. a. 2015). Allerdings bleibt zu klären, inwieweit Kinder und Jugendliche ihr sportliches Engagement mitbestimmen und dabei pädagogisch wertvolle Erfahrungen machen können. Tatsächlich entspricht gerade der von pädagogischen Laien angeleitete, wettkampforientierte Kinder- und Jugendsport nicht immer den Ansprüchen einer reflektierten Jugendbildung. Der Forschungsstand zur Jugendarbeit im Sportverein ist – im Gegensatz zur Jugendhilfe im engeren Sinne – umfangreich. Dabei lassen sich zwar im Längsschnitt kaum Wirkungen attestieren (vgl. Brettschneider/Kleine 2002), es gibt jedoch zahlreiche Befunde zu pädagogischen Effekten etwa in den Bereichen Gesundheit, Selbstkonzept und Integration (vgl. Derecik/Züchner 2015, S. 226-228).

Sportorientierte Angebote der *Jugend(sozial)arbeit* liegen vor allem im Bereich der Prävention und Intervention sowie im Bereich der Erlebnispädagogik. Dabei wird dem Sport als Zugangsmedium der Jugendhilfe oft größere Bedeutung beigemessen als beispielsweise Beratungsgesprächen (vgl. Derecik/Züchner 2015, S. 229). Ein großes Potenzial der Jugendsozialarbeit wird darüber hinaus in der Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Sportvereinen gesehen. Gleichwohl liegen zu diesem Feld nur ausgesprochen wenig belastbare Daten vor. Das ist in dem Teilbereich der *Sport-Fanszenen/Fanprojekte* anders. Bundesweit sind 55 Fanprojekte bekannt, die in aller Regel an Bundesligavereinen angesiedelt sind. Zentrale Zielsetzungen sieht die Nationale Koordinierungsstelle (KOS) in der „Förderung einer positiven Fankultur, Gewaltprävention und Demokratiestärkung, Hilfestellung für meist jugendliche Fans in Problemlagen aber auch [in der, d. Verf.] Kommunikation zwischen den Fußball beteiligten Parteien (u. a. Fans, Vereine, Polizei und Ordnungsdienste“ (KOS 2014). Zu diesen Bereichen liegen mittlerweile auch einige Evaluationen vor, die entsprechende Wirkungen belegen.

Trotz einiger Studien in ausgewählten Bereichen resümieren Derecik und Züchner abschließend, dass „der Zusammenhang von Sport und Jugendhilfe nur begrenzt empirisch“ (Derecik/Züchner 2015, S. 234) darstellbar sei. So fehle es an Daten zum Umfang des Sporttreibens in der Kinder- und Jugendhilfe ebenso, wie unklar sei, wie viele Sportvereine sich tatsächlich als Träger der Jugendhilfe verstehen oder

als solche anerkannt sind. Die intendierten Wirkungen des Sports seien nur in Teilen empirisch abgesichert; vor allem fehlt es an längsschnittlichen Untersuchungen. Das betrifft in besonderer Weise das Feld der Jugendsozialarbeit mit Ausnahme der Fanprojekte. Schließlich könne festgestellt werden, „dass eine stärkere Zusammenarbeit von Sportvereinen und der Kinder- und Jugendhilfe mehrheitlich als gewinnbringend betrachtet wird. Dennoch wird der Sport von Seiten der Kinder- und Jugendhilfe als ein eigenes Setting der Jugendarbeit kaum berücksichtigt (...)“ (Derecik/Züchner 2015, S. 235). Insofern ist noch einiges zu tun, um diese Forschungsdesiderate zu schließen.

5. Potenziale und Realitäten – Beispiel „Partizipation“

Der Schwerpunkt „Potenziale und Realitäten“ im dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportbericht befasst sich einerseits mit spezifischen Ansprüchen an einen pädagogisch bedeutsamen Kinder- und Jugendsport, andererseits aber auch mit den realen Möglichkeiten, die der Sport in pädagogischen Handlungsfeldern de facto hat. Dabei werden sieben Themen behandelt: Pädagogische Potenziale des organisierten Sports, Integration, Partizipation, Inklusion, Inaktivität, Effekte der Sportteilnahme und sexualisierte Gewalt. Das Kapitel zur Partizipation (S. 272-296) wurde von Sebastian Braun und Tina Nobis verfasst. Das Partizipationsthema kann unterschiedlich angegangen werden. (Sozial-)Pädagogische Zugänge setzen insbesondere auf soziale und politische Partizipationsformen, die im Sinne einer demokratischen Partizipation um handlungsorientierte Elemente erweitert werden (vgl. Eikel 2007). Nicht zuletzt im Rahmen des Ganztagsdiskurses werden auch sportspezifische Zugänge zum Partizipationsthema ausgelotet, die durchaus erfolgversprechende Potenziale bieten (vgl. Derecik/Kaufmann/Neuber 2013).

Die Autor_innen des Partizipationskapitels im dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportbericht wählen mit dem Fokus „Bürgerschaftliches Engagement“ einen anderen Schwerpunkt. Auf der Grundlage vergleichsweise groß angelegter Jugendstudien und Freiwilligensurveys gehen sie drei Thesen nach: der These der Krise des Jugendengagements, der These des Formwandels des Jugendengagements sowie der These der Spaltung des Jugendengagements. Eine *Krise des Jugendengagements* „kann bislang empirisch weder eindeutig be- noch widerlegt werden“ (Braun/Nobis 2015, S. 293). Neben methodologischen Problemen liegt das an einer uneindeutigen Befundlage, die für die 1990er- und die frühen 2000er-Jahre zu relativ stabilen Engagementquoten kommt, über die folgenden Freiwilligensurveys aber auch rückläufige Quoten zeigt. Einiges dürfte davon abhängen, wie genau nach bürgerschaftlichem Engagement in den Untersuchungen gefragt wird.

Einen möglichen Erklärungsansatz für die ambivalente Befundlage sehen die Autor_innen im *Formwandel des Jugendengagements*. Trotz auch hier unsicherer Daten lässt sich ein sogenanntes „neues Engagement“ herausstellen, das auf kurzfristiger Mitarbeit, z. B. in Form von Projekten, basiert. Sportbezogen entspricht das etwa der Mithilfe bei der Gestaltung von Freizeitaktivitäten, die je nach Studie 18% bis 35% der jugendlichen Vereinsmitglieder ausüben, oder der Übernahme von Mannschaftsführeraufgaben (ebenfalls 18% bis 35%). Langfristige Aufgaben, wie die klassische Funktion eines Jugendsprechers, werden dagegen deutlich seltener wahrgenommen (vgl. Braun/Nobis 2015, S. 284-285). Auch die Gründe für das bürgerschaftliche Engagement verändern sich im „neuen Engagement“. So geben 60% der befragten Jugendlichen an, dass sie mit anderen Menschen zusammenkommen wollen und 50% wollen durch ihr Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten. Zugleich sehen 29% der jungen Menschen ihr Engagement als berufliches Sprungbrett und 47% wollen durch ihren Einsatz wichtige Qualifikationen erwerben (vgl. Braun/Nobis 2015, S. 286).

Der These von *der Spaltung des Jugendengagements* messen die Autor_innen eine gewisse Plausibilität bei. Vor allem der „ausgesprochen hohe Anteil an Jugendlichen mit einem hohen Bildungsniveau zeigt an, dass sich für bildungsaffine Jugendliche ein bürgerschaftliches Engagement im Sportbereich viel eher als kulturelle Praxis im öffentlichen Raum darstellt als für bildungsfernere Jugendliche“ (Braun/Nobis 2015, S. 295). Damit scheint das Engagement im Sportverein mit einem bestimmten Lebensstil bildungsorientierter Gruppen einherzugehen. Hier setzen auch die von den Autor_innen abschließend formulierten Forschungsdesiderate an: Neben systematischen Zeitreihendaten fordern sie vor allem einen Fokus auf „soziale Vererbung“ sozialer Ungleichheiten, wobei sie in Anlehnung an die Ungleichheitsforschung vom kulturellen und ökonomischen Kapital ausgehend insbesondere familiäre Sozialisationsprozesse erfassen wollen.

6. Herausforderungen für den Sport – Beispiel „Ganztag und Sport“

Im Bereich der „Herausforderungen für den Sport“ im dritten Deutschen Kinder- und Jugendsportbericht werden vier Themen aufgegriffen: Frühkindliche Bildung und Sport, Ganztag und Sport, Kommunale Bildungslandschaften und Sport sowie Partnerschaft von Staat und Sport. Das Kapitel zum Ganztag wurde von Nils Neuber, Nils Kaufmann und Sebastian Salomon verfasst. Die Autoren gehen von der Feststellung aus, dass die Ganztagsschule die deutsche Bildungslandschaft grundlegend verändert hat: „Die Frage ist nicht mehr, ob der Ganztag ausgebaut werden soll, sondern wie das geschehen soll“ (Neuber/Kaufmann/Salomon 2015, S. 440). Dabei

kann die Frage nach dem Erreichen der anspruchsvollen Zielsetzungen – von der individuellen Förderung über die Chancengerechtigkeit bis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – bislang nur in Ansätzen positiv beantwortet werden. Dagegen hat sich im Zuge der Reformbestrebungen der Länder eine Vielzahl an Konzepten und Organisationsformen der Ganztagschule entwickelt, die kaum noch zu überblicken ist. Von einer systematischen Ganztagschulentwicklung kann dabei kaum gesprochen werden (vgl. Rauschenbach u. a. 2012).

Auch die empirische Befundlage zum Ganztag und insbesondere zum Sport im Ganztag ist eher bescheiden. Gleichwohl können vor dem Hintergrund der vorliegenden sportbezogenen und übergreifenden Studien vorsichtige Schlussfolgerungen gezogen werden: So werden Bewegungs-, Spiel- und Sportaktivitäten an nahezu allen Ganztagschulen angeboten; neben der Hausaufgabenbetreuung können sie damit als flächendeckend eingeführt gelten. In Relation zu anderen Angeboten kann davon ausgegangen werden, dass etwa jedes dritte Ganztagsangebot ein Sportangebot ist. Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen nehmen regelmäßig an Bewegungsangeboten im Ganztag teil. Sportartspezifische und sportartübergreifende Angebote werden dabei etwa in einem Verhältnis von 2:1 vorgehalten. Zu den häufigsten Inhalten gehören Ballspiele, übergreifende Bewegungsangebote, Tanzen, Turnen/Akrobatik und Rückschlagspiele. Die Ganztags sportart Nummer 1 ist der Fußball. Darüber hinaus zählen offene Bewegungsangebote, z. B. in den Pausen, zu den häufigsten Freizeitaktivitäten im Ganztag (vgl. Neuber/Kaufmann/Salomon 2015, S. 430-434).

Das Personal im Ganztag setzt sich aus Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen und weiteren Professionen zusammen. Die häufigste Qualifikation im Sport ist die Übungsleiterlizenz, gefolgt von sportfachlichen und pädagogischen Ausbildungen. Auch Sportlehrkräfte sind zunehmend im Ganztag aktiv. Letztlich zeichnet sich das Personaltableau aber durch eine große Heterogenität aus (vgl. Neuber/Kaufmann/Salomon 2015, S. 234-237). Die Wünsche von Kindern und Jugendlichen im Ganztag zielen vor allem auf mehr freie, unbeaufsichtigte Zeit. In Bezug auf Sportangebote scheinen sie vergleichsweise zufrieden zu sein. Bedürfnisse und Interessen von Heranwachsenden werden häufig als zentrales Kriterium für die Gestaltung von Sportangeboten genannt; tatsächlich lassen sich neben gelungenen, aber auch misslungene Partizipationsprozesse belegen. Studien zur Wirkung der Ganztagschule ergeben erste positive Befunde, z. B. in Bezug auf die Lernleistung oder das soziale Lernen der Schüler_innen. Sportbezogene Untersuchungen dazu stehen noch ganz am Anfang. Bislang gibt es nur Studien zu Effekten des Ganztags auf die Sportvereinsteilnahme; insgesamt sind aber nur wenige Unterschiede zwischen Halbtags- und Ganztagschüler_innen zu verzeichnen (vgl. Neuber/Kaufmann/Salomon 2015, S. 437-440).

Forschungsdesiderate werden u. a. in folgenden Bereichen gesehen: Es fehlen systematische, länderübergreifende Befunde zu Umfang und Inhalten von Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten im Ganzttag. Vorliegende Ergebnisse können aufgrund methodischer Unterschiede kaum verglichen werden. Vor dem Hintergrund von sportartspezifischen und sportartübergreifenden Aktivitäten sollten auch die Zielsetzungen der Angebote differenzierter als bislang untersucht werden. Auch zur methodischen Inszenierung von Sportangeboten im Ganzttag gibt es kaum Befunde. Charakteristika von Ganzttagsangeboten lassen sich zwar konzeptionell beschreiben, zur konkreten Umsetzung, etwa im Hinblick auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, ist allerdings wenig bekannt; auch offene Bewegungsangebote sind bislang nur im Ansatz erforscht. Schließlich fehlen Untersuchungen zur Perspektive von Kindern und Jugendlichen im Ganzttag fast vollständig. Als „Abnehmer_innen“ der Sportangebote sollten dringend Motive und Einstellungen, Abneigungen und Wünsche, Ganzttagserleben und Ganzttagslernen von Mädchen und Jungen untersucht werden, um tatsächlich interessen geleitete Sportangebote bieten zu können (vgl. Neuber/Kaufmann/Salomon 2015, S. 443).

7. Fazit

Dem Kinder- und Jugendsport wird gemeinhin ein hohes pädagogisches Potenzial beigemessen. Auch wenn seine pädagogische Bedeutung bislang noch nicht umfassend empirisch belegt werden konnte, sind seine besonderen pädagogischen Möglichkeiten unstrittig. Vor dem Hintergrund sozialer Umbrüche stellt sich gleichwohl die Frage, welche Rolle dem Kinder- und Jugendsport im Aufwachsen junger Menschen heute zukommt. Dieser Frage gehen die Kinder- und Jugendsportberichte in unregelmäßigen Abständen nach. Als sportbezogene Ergänzung zu den Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung bündeln sie das vorhandene empirische Wissen zum Kinder- und Jugendsport. Dabei nehmen sie jeweils eine spezifische Perspektive ein. Nach 2003 und 2008 wurde 2015 der dritte Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht vorgelegt (vgl. Schmidt u. a. 2015). In insgesamt 25 Kapiteln fokussiert er aktuelle Umbrüche des Kinder- und Jugendsports vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen des Aufwachsens, eines gewandelten Bildungssystems sowie der Verstetigung sozialer Ungleichheiten. Die ausgewählten Beispiele – Kinder- und Jugendhilfe, Partizipation und Ganzttag – stehen exemplarisch für die Möglichkeiten und Grenzen des Mediums Sport in Bezug auf pädagogische Prozesse. Insgesamt belegt der Bericht eine ganze Reihe an erfolgversprechenden Perspektiven, zugleich zeigt er Forschungsdesiderate auf, die zukünftig zu beheben sind.

Literatur

- Baur, J./Braun S.: Über das Pädagogische einer Jugendarbeit im Sport, in: Deutsche Jugend, 2000, Heft 9, S. 378-386.
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2005.
- Braun, S./Nobis, T.: Partizipation, in: W. Schmidt, N. Neuber, T. Rauschenbach, H. P. Brandl-Bredenbeck, J. Süßenbach, C. Breuer (Hrsg.), Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015, S. 272-296.
- Brettschneider, W.-D./Kleine, T. (Hrsg.): Jugendarbeit in Sportvereinen: Anspruch und Wirklichkeit, Schorndorf 2002.
- Derecik, A./Züchner, I.: Sport in der Kinder- und Jugendhilfe, in: W. Schmidt, N. Neuber, T. Rauschenbach, H.-P. Brandl-Bredenbeck, J. Süßenbach, C. Breuer (Hrsg.), Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015, S. 217-236.
- Derecik, A./Kaufmann, N./Neuber, N.: Partizipation in der offenen Ganztagschule – Pädagogische Grundlagen und empirische Befunde zu Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten (Bildung und Sport. Band 3), Wiesbaden 2013.
- Eikel, A.: Demokratische Partizipation in der Schule, in: A. Eikel, G. de Haan (Hrsg.), Demokratische Partizipation in der Schule. Ermöglichen, fördern, umsetzen, Schwalbach 2007, S. 7-42.
- Grupe, O./Krüger, M.: Einführung in die Sportpädagogik. 3., neu bearbeitete Auflage, Schorndorf 2007.
- Heim, R.: Bewegung, Spiel und Sport im Kontext von Bildung, in: W. Schmidt, R. Zimmer, K. Völker (Hrsg.), Zweiter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schwerpunkt: Kindheit, Münster 2008, S. 21-42.
- (KOS) Nationale Koordinierungsstelle: Kurzstellungnahme der Koordinierungsstelle Fanprojekte bei der DSJ (KOS) zum Thema Ziele und Umsetzung des Sicherheitskonzeptes der DFL „Sicheres Stadionerlebnis“, 2014 (www.kosfanprojekte.de/fileadmin/user_upload/material/spannungsfelder/Sicherheit/2014_05_21_oeffentliche-Anhoerung_Innen-und-Sportausschuss_Stellungnahme-KOS.pdf; Zugriff: 11.03.2017).
- Neuber, N. (Hrsg.): Informelles Lernen im Sport – Beiträge zur allgemeinen Bildungsdebatte, Wiesbaden 2010.
- Neuber, N.: Bildungspotenziale im Kinder- und Jugendsport – Perspektiven für einen zeitgemäßen Bildungsbegriff, in: M. Krüger, N. Neuber (Hrsg.), Bildung im Sport – Beiträge zu einer zeitgemäßen Bildungsdebatte, Wiesbaden 2011, S. 142-161.
- Neuber, N.: Sportvereine als Träger *und* Partner der Kinder- und Jugendhilfe, in: Jugendhilfe, 2016, Heft 3, S. 230-236.

- Neuber, N./Salomon, S.: Aufwachsen im Wandel, in: W. Schmidt, N. Neuber, T. Rauschenbach, H.-P. Brandl-Bredenbeck, J. Süßenbach, C. Breuer (Hrsg.), Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht: Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015, S. 24-49.
- Neuber, N./Kaufmann, N./Salomon, S.: Ganzttag und Sport, in: W. Schmidt, N. Neuber, T. Rauschenbach, H. -P. Brandl-Bredenbeck, J. Süßenbach, C. Breuer (Hrsg.), Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015, S. 416-443.
- Prohl, R.: Der Doppelauftrag des Erziehenden Sportunterrichts, in: V. Scheid, R. Prohl (Hrsg.), Sportdidaktik: Grundlagen – Vermittlungsformen – Bewegungsfelder, Wiebelsheim 2012, S. 70-91.
- Rauschenbach, T.: Statements, in: Sportjugend NRW & Innenministerium NRW (Hrsg.), Die Zukunft des Kinder- und Jugendsports. Dokumentation der Talkrunde am 20.02.2006 in Köln, Duisburg 2006.
- Rauschenbach, T.: Gesellschaftliche Veränderungen: Umbrüche im Bildungswesen, in: W. Schmidt, N. Neuber, T. Rauschenbach, H. -P. Brandl-Bredenbeck, J. Süßenbach, C. Breuer (Hrsg.), Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015, S. 50-77.
- Rauschenbach, T./Arnoldt, B./Steiner, C./Stolz, H.-J.: Ganzttagsschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand. Expertise des Deutschen Jugendinstituts (DJI) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2012.
- Scheid, V.: Organisationsformen und Akteure des Schulsports, in: V. Scheid, R. Prohl (Hrsg.), Sportdidaktik: Grundlagen – Vermittlungsformen – Bewegungsfelder, Wiebelsheim 2012, S. 35-53.
- Schmidt, W./Hartmann-Tews, I./Brettschneider, W.-D.: Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht, Schorndorf 2003.
- Schmidt, W./Zimmer, R./Völker, K.: Zweiter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schwerpunkt: Kindheit, Schorndorf 2008.
- Schmidt, W./Neuber, N./Rauschenbach, T./Brandl-Bredenbeck, H.-P./Süßenbach, J./Breuer, C.: Dritter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Kinder- und Jugendsport im Umbruch, Schorndorf 2015.
- Suthues, B.: Jugendarbeit im Sport als Gestaltungsaufgabe: Herausforderungen, Positionierungen und jugendsportliche Perspektiven, in: Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) (Hrsg.), Sport gestaltet Gesellschaft, Hamburg 2014, S. 21-33.
- Züchner, I.: Sportliche Aktivitäten im Aufwachsen junger Menschen, in: M. Grgic, I. Züchner (Hrsg.), Medien, Kultur und Sport. Was Kinder und Jugendliche machen und ihnen wichtig ist. Die MediKuS-Studie, Weinheim 2013, S. 89-138.

Gunda Voigts

Immer früher? Immer jünger? Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit

Kinder sind Mittelpunkt vieler aktueller politischer Debatten – oder zumindest das, was thematisch auf sie projiziert wird. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die (inklusive) Ganztagschule in der Primarstufe oder der Kinderschutz zeigen sich als Schwerpunkte von Ministerien auf Bundes- und Landesebene, der Kommunen und Fachorganisationen. Forschungs- und Projektgelder werden entlang dieser Thematiken fokussiert. Insbesondere, weil häufig unklar bleibt, ob es wirklich um die Kinder mit ihren Perspektiven geht und nicht viel mehr um Interessen von Politik oder Wirtschaft, mehrt sich Kritik an dieser alleinigen Priorisierung – auch in der Kinder- und Jugendhilfe. So ist im 15. Kinder- und Jugendbericht zu lesen, dass „nach zwei Jahrzehnten, in denen die Kindheit, insbesondere die frühe Kindheit, im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit war, (...) sich nun die Anzeichen dafür [mehren, d. Verf.], dass das Jugendalter in der heutigen Zeit erneut einer eigenen Betrachtung bedarf“ (Deutscher Bundestag 2017, S. 461).

In der Szene der Kinder- und Jugendarbeit ist der nicht nur positiv zu sehende Boom der Beschäftigung mit Kindern und Kindheit zumindest anhand von inhaltlichen oder konzeptionellen Auseinandersetzungen kaum beobachtbar (vgl. Voigts 2015). Es ist nicht erkennbar, ob einfach versäumt wurde, sich mit dessen Folgen für das eigene Arbeitsfeld auseinanderzusetzen, oder ob es ein bewusstes, strategisches Beharren als Gegenpol zu diesen Bewegungen ist, eben um den Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene nicht verloren gehen zu lassen.

Diesem Aufsatz liegt die These zugrunde, dass eine intensive Beschäftigung mit der Rolle von Kindern in der Kinder- und Jugendarbeit überfällig ist und das nicht zugleich bedeutet, dass Jugendliche aus dem Blick geraten müssen oder gar sollten. Deshalb werden in diesem Artikel, der auf einem Vortrag auf dem „Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit“ im Sommer 2016 in Dortmund beruht, verschiedene Begründungen für diese Aussage aufgezeigt. Zunächst soll (1) geschichtlich resümiert werden, ob Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit ein neues Phänomen sind bzw. an welchen Punkten Öffnungen für die Zielgruppe zu finden sind. Dann werden (2) empirische Erkenntnisse dargelegt, die Aufschluss über die aktuelle Beteiligung von Kindern in offenen wie verbandlichen Angeboten geben. Im dritten Teil des Aufsatzes (3) vollzieht sich ein Nachdenken über die „Konstruktion der Verjüngung“ von Kinder- und Jugendarbeit. Es wird kritisch hinterfragt, ob in ihr eine Konkurrenz um Kinder vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu Tage tritt und inwiefern Kinder- und Jugendarbeit als Betreuungsinstanz instrumentalisiert wird. Auch wird der Rolle und somit der Adressierung der Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit nachgegangen. Am Ende steht (4) ein zusammenfassendes Resümee.

1. Geschichtlicher Rückblick: Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit

1.1. Die Anfänge der (Kinder- und) Jugendarbeit

Um eine angemessene Analyse von Kindern als Zielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit zu gewährleisten, wird zunächst ein geschichtlicher Rückblick gewagt. Leitend ist die Feststellung, dass der Ursprung der Jugendarbeit „der bisher niedergeschriebenen Geschichte zufolge“ (Thole 2000, S. 30) am Ende des 19. Jahrhunderts liegt und einzig auf Jugendliche zielte. Ob dies tatsächlich die Realgeschichte der Kinder- und Jugendarbeit spiegelt, erscheint aufgrund der wenig aufgearbeiteten Historie zumindest fraglich (vgl. Thole 2000, S. 30). Bisher werden drei Ausgangspunkte für die Entwicklung der (Kinder- und) Jugendarbeit gesehen. Da ist zunächst das „Vereinswesen (...) als Bündelungsprozesse der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen“ (Gängler 2011, S. 708). Des Weiteren die „Entstehung eines Freizeitbereichs“ (Gängler 2011, S. 708), der sich infolge der Arbeitszeitreduzierung und so vorhandener neuer freier Zeit bei erwerbstätigen Jugendlichen entwickelte. Zielgruppe war fast ausschließlich die „erwerbstätige, männliche, städtische Jugend“ (Gängler 2011, S. 708; Mewes 1929, S. 150-171). Sie sollte zu einer sinnvollen Beschäftigung angehalten werden (Gängler 2011, S. 708; Mewes 1929, S. 150-171). Als dritter Ursprung steht der Wandervogel als „erste, historische belegte autonome Jugendbewegung (Thole 2000, S. 40).

In den bisherigen Beschreibungen der Ursprünge und ihrer Entwicklungen bis zur Zeit des Nationalsozialismus sind Jugendliche und junge Erwachsene im Blick, Kinder spielen keine Rolle. Eine historisch belegte Ausnahme findet sich im Jugendverband „Sozialistische Jugend – Die Falken“. Bereits 1923 gründeten sie die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ und Kurt Löwenstein etablierte 1927 das Modell der „Kinderrepubliken“ als Form der Zeltlagerdemokratie speziell für Kinder (vgl. Eppe 2000; Gill 2010).

Nach der gewaltsamen Zerschlagung aller demokratischen Strukturen in der Zeit des Nationalsozialismus durch „Gleichschaltung, Auflösung und Unterdrückung“ (Klönne 1991, S. 59) – und damit auch der bisherigen (Kinder- und) Jugendarbeit – stand das Arbeitsfeld nach 1945 wie das gesamte gesellschaftliche Leben in Deutschland vor einem Neuanfang.

1.2. Von der Jugendarbeit zur Kinder- und Jugendarbeit

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen lassen sich Wandlungsprozesse der Jugendarbeit hin zu einer Kinder- und Jugendarbeit finden. Jugendverbände wie die öffentliche Wohlfahrtspflege legten in den Westzonen einen Schwerpunkt ihrer Angebote auf Ferienmaßnahmen

für Kinder. Ende der 1940er- bis weit in die 1950er-Jahre hinein war es Ziel, Kindern „Ferien außerhalb der Trümmer und der Ruinen ihrer Heimstädte“ (Niehaus/Wessels 1989, S. 127) zu ermöglichen und durch eine ausreichende Ernährung einen Beitrag „zur Wiederherstellung der physischen Konstitution“ (Niehaus/Wessels 1989, S. 127) zu leisten. Die Jugendverbände legten dabei einen besonderen Wert „auf die Heranführung der Kinder an die Demokratie und an demokratische Umgangsformen (...). Die Erziehung durch und die Erziehung zur Gemeinschaft war erklärtes Ziel (...)“ (Niehaus/Wessels 1989, S. 127). Parallel entstand in den 1950er-Jahren Gruppenarbeit mit Kindern. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Jugendverbände lag aber trotzdem bis in die 1980er-Jahre hinein bei den Jugendlichen und konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung mit ihrem Platz in der Gesellschaft (Giesecke 1980; Münchmeier 1991).

Die neu entstehende offene Arbeit mit jungen Menschen hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang in der amerikanischen Besatzungszone. 1951 wurden dort bereits 256 Jugendzentren gezählt. Ziel war die „Reorganisation“ und Demokratisierung der Jugend, die offene Clubarbeit sollte gezielt Jugendlichen einen sinnvollen Aufenthaltsort ermöglichen und sie dadurch von Verwahrlosung, Kriminalisierung und politischer Radikalisierung bewahren (vgl. Hafenecker 2013).

Ganz anders in der sowjetischen Besatzungszone. Bereits 1948 wurde dort mit einem anderen politischen Ziel die Pionierorganisation Ernst-Thälmann gegründet, die sich an Kinder ab der ersten Klasse richtete (vgl. Fritsche 2004).

Erste Beobachtungen einer systematischen Verortung der Arbeit mit Kindern und damit eine tatsächliche Entwicklung hin zur Kinder- und Jugendarbeit lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland in den 1980er-Jahren erkennen. Abzulesen ist das für die offene Arbeit exemplarisch in einer konzeptionellen Veröffentlichung mit dem Titel „Im Schatten der Älteren. Offene Arbeit mit Kindern und jüngeren Jugendlichen“ (Deinet 1987)“. Es wird beschrieben, wie sich Kinder „oft nur geduldet“ (Deinet 1987, S. 79) ihren Raum in offenen Einrichtungen erobern. Annähernd parallel zu diesen Entwicklungen entsteht im Deutschen Bundesjugendring als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände auf Bundesebene eine erste Konzeptionierung kinderpolitischer Interessenvertretung (vgl. Niehaus/Wessels 1989, S. 129).

Von diesem Zeitpunkt an hat sich Jugendarbeit zunehmend stärker für Kinder geöffnet, sodass in der Fachdebatte des neuen Jahrtausends nahezu durchgängig von Kinder- und Jugendarbeit gesprochen wird. Zuweilen erscheint das SGB VIII als einziger Ort, in dem noch „Jugendarbeit“ ohne Berücksichtigung der vielfältigen Aktivitäten mit Kindern in allen Strukturen des Arbeitsfeldes geschrieben steht.

Die Öffnungen und die begriffliche Veränderung stehen in Bezug zum Wandel der gesellschaftlichen Betrachtung von Kindern und Kindheit. Kindheit wird als eigenständige Lebensphase konstituiert, Kinder als „kompetente Akteure“ (Honig 2009) angesehen. Übergänge zwischen der Kindheit und der Jugendphase sind weniger greifbar und individueller geworden. Das betreute Kind steht als Bild für die Institutionalisierung des Aufwachsens (vgl. Zeiher 2009). Mit der zeitlichen Verlängerung von Schule (Stichwort: Ganztagsgrundschule), aber auch mit dem demografischen Schwinden der jüngeren Generationen sind Kinder stärker im Fokus der sehr verschiedenen Akteure der Kinder- und Jugendarbeit angekommen. Wird politisch auf der einen Seite im Zuge der Strategie einer eigenständigen Jugendpolitik für einen stärkeren Blick auf die Jugendphase geworben, sind es auf der anderen Seite scheinbar immer stärker die Kinder, die zumindest quantitativ in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in den Blick rücken. Welche Ausprägungen und Auswirkungen das heute real zeigt, soll im Folgenden anhand von empirischen Beobachtungen nachvollzogen werden.

2. Empirische Realitäten: immer früher, immer jünger?

2.1. Von der Suche nach empirischen Quellen

Dass Kinder- und Jugendarbeit Kinder immer früher und damit immer jünger erreicht und gezielt mit ihren Angeboten adressiert, findet in von subjektiven Eindrücken geleiteten Gesprächen mit ehrenamtlich wie hauptberuflich Aktiven im Feld eine große Bestätigung. Die Suche nach empirischen Belegen stößt jedoch schnell an Grenzen. Eine „zweifache (...) Leerstelle“ (Voigts 2015, S. 90) tut sich auf: Kinderstudien und Kindheitsforschung untersuchen das Freizeitverhalten von Kindern, ermöglichen aufgrund ihrer Befragungsdesigns aktuell aber wenig differenzierte Erkenntnisse über deren institutionelle Einbindungen. Sie stellen die kindliche Perspektive in den Vordergrund, in der diese Verortungen eine sehr untergeordnete Rolle spielen (vgl. Voigts 2015, S. 313ff.). Untersuchungen zur Kinder- und Jugendarbeit, wie Jugendverbandsstudien, Erhebungen zu offenen und kulturellen Angeboten oder dem Sport, nehmen dagegen selten konkret Kinder in den Blick. Ihre Schwerpunkte sind zumeist Themen, Strukturen oder Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie konkreter Einrichtungen oder Verbände. Wenn überhaupt Kinder mitbetrachtet werden, dann im Schwerpunkt die Altersgruppe ab 10 Jahren. Neben dieser doppelten Forschungslücke liegt die Schwierigkeit darin, dass zur Beantwortung der Frage nach dem „Immer früher, immer jünger?“ verschiedene Zeitpunkte der Beobachtung – also Längsschnittanalysen – benötigt würden. Diese existieren bisher für die Kinder- und Jugendarbeit nicht. Insofern fällt die Suche nach empirischen Realitäten nicht leicht. Im Folgenden werden auf dieser Suche drei beispielhafte

Beschreibungsansätze dargestellt, nämlich aus Kinderstudien herausgearbeitete Aussagen zu institutionellen Orten der Freizeitgestaltungen sowie Erkenntnisse aus jeweils einer Bestandsaufnahme zur offenen wie verbandlichen Arbeit mit Kindern (vgl. ausführlich Voigts 2015, S. 59-94).

2.2. Institutionelle Orte der Freizeitgestaltung von Kindern in Kinderstudien

Sowohl die 3. World Vision Kinderstudie (vgl. Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2013) sowie das DJI-Kinderpanel (vgl. Alt 2005) ermöglichen zumindest einen Oberflächenblick auf die Nutzung institutioneller Orte der Freizeitgestaltung durch Kinder. In der aktuellen World Vision Studie geben 78% der befragten Eltern von 6- bis 11-Jährigen an, dass ihr Kind „in mindestens einer regelmäßigen Gruppe oder in einem Verein organisiert ist“ (Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2013, S. 151). Am häufigsten genutzt sind dabei mit 57% mit großem Abstand die Sportvereine, gefolgt von Musikgruppen/-schulen (21%), Tanzclub/Ballett (13%) und Kirchengruppen (7%). Jeweils 2% benennen feste Gruppen in einem Kinder- oder Jugendtreff, Pfadfinder- oder eine Theater-/Kinogruppe. 1% kreuzt Natur- bzw. Tierschutz an (vgl. Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2013, S. 151).

Auffällig sind die erheblichen Unterschiede zwischen den angenommenen sozialen Schichten sowie den Alterskohorten (vgl. Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2013, S. 153; vgl. Tab. 1). Kinder aus der sogenannten Oberschicht nutzen Vereine und Gruppen mit einer sehr viel höheren Quote als Kinder aus anderen Schichten. Die geringste Nutzungsquote geben in allen Altersgruppen die Eltern der in der Studie sogenannten Unterschicht an.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das DJI-Kinderpanel. Hier teilen 68% der befragten Kinder bzw. Eltern der 5- bis 12-Jährigen mit, in der Freizeit einem Verein

Tab. 1 | Mitgliedschaft in einem Verein oder Teilnahme an einer festen Gruppe auf Basis der Befragung von Eltern mit Kindern im Alter von 6 bis 11 Jahren (2010; Angaben in %)

In % pro Zeile	6-7 Jahre	8-9 Jahre	10-11 Jahre
Unterschicht	18	37	53
Untere Mittelschicht	54	71	65
Mittelschicht	59	80	77
Obere Mittelschicht	82	82	86
Oberschicht	93	86	95

Quelle: Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung (2013, S. 153)

oder einer festen Gruppe zuzugehören (vgl. Traub 2005, S. 50). Beschrieben wird darüber hinaus eine Zunahme der Anzahl der Aktivitäten pro Kind in der Altersspanne von 5 bis 11 Jahren. Ebenso wird aufgezeigt, dass im Alter zwischen 11 und 13 Jahren Aktivitäten wieder „abgewählt“ werden. Dramatische Zu- oder Abnahmen der Aktivitäten von Kindern im Zeitverlauf können beide Studien nicht nachweisen. Spannend dürften an dieser Stelle Befragungen sein, die aktuell erhoben werden und den Wandel durch den Ganzttag an Schulen mit in den Blick nehmen können. Die 3. World Vision Studie zeigt in bestimmten Schichten eine leichte Abnahme der Aktivitäten im außerschulischen Bereich, wenn Ganzttagsschulen besucht werden (vgl. Andresen/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2013, S. 156).

Eine genaue Zuordnung zu konkreten Angebotsformen, wie z. B. Jugendverbänden, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit etc., kann in beiden Studien aufgrund des Befragungsdesigns nicht vorgenommen werden. Diese Problematik zeigt sich auch in anderen Kinderstudien. Insofern bleiben die Erkenntnisse zur Analyse von Altersschichtungen in der Kinder- und Jugendarbeit aus diesem Forschungssegment bedauerlicherweise übersichtlich.

2.3. Kinder in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit liegt eine empirische Bestandsaufnahme vor, die mit Bezug auf die DJI-Jugendzentrumserhebung aus dem Jahr 2011 Analysen der Besucherstruktur auch altersgestaffelt vornimmt (vgl. Seckinger u. a. 2016). Grundlage ist die Befragung von Mitarbeitenden der Einrichtungen. 96% geben an, mit allen Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, die zu ihnen kommen und die über kein konkretes Altersgruppenkonzept verfügen (vgl. Seckinger u. a. 2016, S. 155). 70% nennen aber eine untere Altersgrenze, die im Schnitt bei 9 Jahren liegt. Hingegen sprechen nur 11% davon, dass ausschließlich Jugendliche über 14 Jahren die Einrichtung besuchen. Kinder gehören also nach Einschätzung der befragten Mitarbeitenden zur selbstverständlichen Nutzergruppe der Einrichtungen (vgl. Seckinger u. a. 2016, S. 154ff.).

In den nach Altersstufen differenzierten Daten zeigt sich dann, dass die 9- bis 13-Jährigen mit durchschnittlich angegebenen 26% als zweitgrößte Besuchergruppe angenommen werden. Die genaueren Differenzierungen zeigt die folgende Tabelle auf (vgl. Tab. 2).

Obwohl bei der Abfrage von Arbeitsschwerpunkten in Jugendzentren nur 4% „Angebote für Kinder“ als eines von vielen möglichen Items ankreuzen (vgl. Seckinger u. a. 2016, S. 130), resümieren die Autoren_innen auf Grundlage der obigen Angaben, dass in offenen Einrichtungen „Kinder (...) selbstverständlich zu den BesucherInnen [gehören, d. Verf.]“ (Seckinger u. a. 2016, S. 158). Auch aus dieser Analyse

Tab. 2 | Durchschnittlicher Anteil verschiedener Altersgruppen an allen Besucher_innen von Jugendzentren in Ost- und Westdeutschland (Angaben in %)

Anteil der ...	Ost	West	Insgesamt
... unter 6-Jährigen	2	1	2
... 6- bis unter 9-Jährigen	12	11	12
... 9- bis unter 13-Jährigen	25	27	26
... 13- bis unter 17-Jährigen	26	38	34
... 17- bis unter 21-Jährigen	18	15	16
... über 21-Jährigen	17	7	10

Quelle: Seckinger u. a. (2016)

können aber keine Aussagen über einen eventuellen Wandel zu einem „Mehr an Kindern“ nachvollzogen werden, sondern nur die derzeitige Realität ansatzweise wiedergegeben werden.

2.4. Kinder in Jugendverbänden

Mit Kindern in Jugendverbänden beschäftigt sich eine Untersuchung zu Strukturen, Konzepten und Motiven im Kontext der gesellschaftlichen Debatten um Inklusion (vgl. Voigts 2015; vgl. auch Voigts 2011, 2012). Anhand einer Sekundäranalyse verschiedener Studien zu Jugendverbänden wird nachvollzogen, dass sich der Anteil der 6- bis 12-Jährigen dort, wo nach Kindern gefragt wird, als besonders bedeutend herausstellt. Häufig basieren diese Einschätzungen nicht auf statistischen Erhebungen, sondern auf Einschätzungen von befragten Mitarbeitenden (analog zur unter Abschnitt 2.3 zitierten Jugendzentrumsbefragung) (vgl. Voigts 2015, S. 72ff., 144ff.). In einer ergänzenden quantitativen Fragebogenerhebung bei Jugendverbänden auf Bundesebene geben 75% der Beteiligten an, dass Kinder dezidierte Zielgruppe im eigenen Verband sind (vgl. Voigts 2015, S. 144). Zugleich stellt jeder zweite Jugendverband heraus, dass Statistiken zur Anzahl der tatsächlich erreichten Kinder nicht vorliegen. Die qualitativen Experteninterviews der Studie verdeutlichen aber, dass Kinder als zahlenmäßig herausgehobene Zielgruppe im eigenen Verband angesehen werden. Eine Vielzahl der Befragten berichtet darüber hinaus von vollzogenen oder gerade diskutierten Senkungen des Einstiegsalters für Kinder in den eigenen Verband (vgl. Voigts 2015, S. 136ff.). Motiviert werden diese vor allem durch Folgen des demografischen Wandels („Schwinden der Zielgruppe“), einem „gefühlte“ hohen Konkurrenzkampf um Kinder mit anderen, auch kommerziellen Anbietern sowie das immer früher geäußerte Interesse von Kindern bzw. Eltern an einer Teilnahme an Angeboten. In diesem Kontext tut sich ein Zwiespalt auf: Werden Kinder jünger als bisher aufgenommen, muss sich deren Mitwirkungsspanne verlängern, sollen sie auch als Jugendliche und junge Erwachsene noch im Verband aktiv bleiben.

Konzepte dafür scheinen in den meisten Jugendverbänden noch zu fehlen (vgl. Voigts 2015, S. 181ff., S. 208ff.). In der Mehrheit der Interviews, die sich durch alle Verbandsgruppen ziehen, wird der Erstkontakt mit dem Jugendverband zu Beginn oder innerhalb der Grundschulzeit verortet. Nur wenige Verbände nennen früherer Zeitpunkte (z. B. Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen oder Wettbewerbe, die sich an Vorschulkinder richten) oder beginnen ihre Angebote sehr bewusst erst in der späten Kindheit oder der Jugendphase (z. B. die Gewerkschaftsjugendlichen oder die Parteijugendorganisationen) (vgl. Voigts 2015).

Aus dem qualitativen Teil der Studie lässt sich die These belegen, dass zumindest in einigen Jugendverbänden das Einstiegsalter der Kinder zu sinken scheint und das Thema des „Immer jünger“ Einzug in die innerverbandlichen Debatten gehalten hat. Einzelne Jugendverbände (z. B. die Jugendfeuerwehren) können das statistisch belegen oder haben sich in Studien (z. B. die Naturschutzjugend) damit beschäftigt (vgl. Voigts 2015, S. 142f., S. 162ff., 297ff.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Studie „Kinder in Jugendverbänden“ einige qualitative Belege zur aufgestellten These bietet. Konkrete Entwicklungen im Zeitvergleich kann aber auch sie nicht aufzeigen, ebenso wenig wie andere Studien, die sich mit speziellen Bereichen der Arbeit mit Kindern in Jugendverbänden auseinandersetzen (vgl. z. B. Peters u. a. 2011).

2.5. Resümee zum empirischen (Un-)Wissen

Es wurde dargelegt, dass sich eindeutige Verschiebungen in der Altersverteilung innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit empirisch nicht belegen lassen – zumindest nicht durch quantitative Daten. Nicht, weil es die Veränderungen nicht vielleicht gäbe, sondern weil keine entsprechenden Studien oder Statistiken vorliegen. Das vielzitierte statistische Defizit der Kinder- und Jugendarbeit ist auch an dieser Stelle ein weiteres Mal zu bemängeln.

Hinweise aus qualitativen Studien gibt es (vereinzelt) durchaus. Kinder werden als Zielgruppe sowohl in der offenen wie in der verbandlichen Arbeit sehr konkret adressiert und als (zahlenmäßig) starke und wachsende Zielgruppe von Befragten in Einrichtungen wie Verbänden angenommen. Letztlich muss resümiert werden, dass sich das „subjektive Gefühl im Bauch“ des „Immer früher? Immer jünger?“ zwar berechtigt annehmen, aber nicht eindeutig bestätigen oder verwerfen lässt – auch deshalb, weil Vergleiche zur Alterskohorte der Jugendlichen nicht vorliegen und Veränderungen im Zeitverlauf dargestellt werden müssten.

3. Nachdenken über die „Konstruktion der Verjüngung“ von Kinder- und Jugendarbeit¹

Nach dem geschichtlichen und empirischen Blick auf Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit wird in diesem Kapitel betrachtet, in welchen gesellschaftlichen Rahmungen die Konstruktion der Verjüngung zu sehen ist. Dazu werden drei Themenstellungen exponiert. Als erstes steht die Beschäftigung mit der Frage, inwiefern Altersverschiebungen hin zu jüngeren Kindern als Folge eines Konkurrenzkampfes einer demografisch schwindenden Zielgruppe zu betrachten sind. Danach wird analysiert, inwieweit im Horizont von Ganztagsgrundschulen sowie der Berufstätigkeit von Eltern von einem Versuch der Instrumentalisierung von Kinder- und Jugendarbeit als Ganztags schulgarant und Betreuungsinstanz gesprochen werden kann. Ob Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit als Nachwuchsgarant_innen oder als kompetente Akteur_innen adressiert werden, wird im dritten Unterpunkt diskutiert.

3.1. Altersverschiebungen als Reaktion auf einen Konkurrenzkampf um Kinder

Die zitierten Kindersurveys und Studien zur Kinder- und Jugendarbeit deuten darauf hin, dass Kinder sich früh in Angebote binden lassen. Bereits am Ende der Grundschulzeit bestehen bei vielen Kindern klare Präferenzen in der Freizeitgestaltung. Die institutionalisierte Kindheit und der unter einem vermeintlichen Konkurrenzdruck entstehende „Förderwahn“ schließt mit ein, dass ein Teil der Kinder bereits im Kindergartenalter in diverse Angebote gebracht wird. Auch der entstandene neue „Markt“ von z. B. Kunst-, Sprach- und Bewegungsschulen wie Reise- und Förderferienanbietern setzt Kinder- und Jugendarbeit in all ihren Facetten unter Druck und fordert sie konzeptionell heraus. Betreuungsengpässe und der größere, gesellschaftlich veranlasste Erfolgs- und Zeitdruck werktätiger Eltern führen dazu, dass schon junge Kinder zu Angeboten, insbesondere auch in Ferienzeiten angemeldet werden (müssen). In der Folge versuchen Träger der Kinder- und Jugendarbeit sich im breiten Setting der Bildungsangebote für junge Kinder zu verorten bzw. dort einen Platz zu erkämpfen. Das zeigt ihren angebrachten Realismus – der nicht vergessen lassen sollte, sich zu diesen Entwicklungen auch kritisch im Sinne der Kinder zu positionieren. Auf den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit lastet ein „Veränderungsdruck“ – insbesondere durch (kommunale) Fördergeber. Jugendverbände, Einrichtungen der offenen Arbeit und andere Player im Feld reagieren auf diese Situation u. a. mit neuen Altersgruppen- und Angebotsformaten. Konzeptionelle Ansprüche der Kinder- und Jugendarbeit – wie Selbstorganisation oder Freiwilligkeit – finden daran mittunter eine Brechung.

¹ Die in diesem Kapitel formulierten Erkenntnisse sind zum großen Teil Ergebnisse der Dissertation der Autorin, die unter dem Titel „Kinder in Jugendverbänden“ im Verlag Barbara Budrich 2015 erschienen ist. Einige Passagen wurden wörtlich oder übertragend übernommen, ohne diese an jeder Stelle gesondert als Zitat auszuweisen.

Die Frage, wer eigentlich als „Kind“ bezeichnet wird und welche Altersgruppe in der Arbeit mit Kindern aufzufinden ist, bleibt dabei bisweilen offen. Sie verlangt nach einer neuen Betrachtung. Formuliert zum Beispiel Thole noch zu Recht, dass die Kinder- und Jugendarbeit sich auf „Kinder ab dem Schulalter“ (Thole 2000, S. 23) bezieht, zeigt die Erhebung zu „Kindern in Jugendverbänden“ den leichten Trend einer Öffnung zu jüngeren Zielgruppen (vgl. Voigts 2015, 2011): Bereits vor-schulische Institutionen werden als nützliche Kooperationspartner angenommen.

Ein generationales Argument rückt vor allem in Jugendverbänden in den Vordergrund: Wer nicht als Kind schon angesprochen wird, ist zukünftig nur schwer für den Jugendverband bzw. dessen Erwachsenenorganisation zu erreichen (vgl. KJR Sachsen 2006). Das in vielen Regionen demografische Schwinden von Kindern erhöht den Druck, Kinder immer früher zu erreichen, am besten „als Erste“.

Ein anderer Öffnungsdruck entsteht in ländlich wenig dicht besiedelten Gebieten: Um überhaupt Kinder in ausreichender Gruppenstärke zu finden, werden Altersgrenzen flexibel gehandhabt. Anders scheint die Einbindung von Kindern und damit die Sicherung von Angeboten nicht möglich zu sein (vgl. Voigts 2015, S. 297ff.).

Ob sich diese Öffnungen durchsetzen und zum erwünschten Erfolg führen, bleibt abzuwarten. Die von der Kindheitsforschung beschriebene Altersmarke am Ende der Grundschulzeit, an der Kinder aufgrund der steigenden schulischen Anforderungen Hobbies aussortieren, muss überwunden werden. Erste vorsichtige empirische Beobachtungen zeigen, dass der frühere Einstieg in die Teilnahme an Angeboten nicht zu einer Verlängerung der Verbleibzeit zu führen scheint. Beschrieben wird eher eine zeitliche Verlagerung nach vorne: Kinder steigen früher ein, aber auch früher wieder aus.

Die Frage, ob Kinder- und Jugendarbeit hier einfach eine Anpassungsleistung an zeitliche Verschiebungen in Kindheit und Jugend leistet (z. B. früherer Besuch von Betreuungseinrichtungen, Vorverschiebung der Einschulungszeiten, G8, Bachelor) ist noch unbeantwortet. Die Herausforderung dagegen ist deutlich: Gelingt es Kinder- und Jugendarbeit und gerade Jugendverbänden nicht, einen ausreichenden Teil der weniger werdenden Kinder über die Jugendphase hinaus bis ins junge Erwachsenenalter zu binden, wird es zunehmend schwierig, einen ausreichenden Pool an Ehrenamtlichen zu akquirieren. Dies wiederum gefährdet die Angebote für Kinder. Ein für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit bedrohlich wirkender Kreislauf beginnt – zumindest, wenn sie zukünftig nicht ausschließlich auf hauptberufliche Strukturen setzen will.

3.2. Instrumentalisierung als Betreuungsinstanz und Ganztagsschulgarant

In den gesellschaftspolitischen Diskursen werden zunehmend Leistungen formuliert, die für Kinder bzw. an Kindern erbracht werden sollen. Nicht durchgängig stehen dabei die Interessen der Kinder im Vordergrund, sondern es vollzieht sich eine Orientierung an den Belangen von Staat, Wirtschaft oder Eltern. Ob Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sich innerhalb dieser Entwicklungen als pure Leistungserbringer für Dritte verstehen oder auch nur einbringen sollten, ist eine entscheidende Zukunftsfrage. Realistisch gesehen kann sich Kinder- und Jugendarbeit gerade im kommunalen Angebotspektrum aufgrund ihrer Abhängigkeiten von öffentlichen Förderungen kaum von dieser Rolle freimachen. Sie kann und sollte sich aber zugleich kritisch damit auseinandersetzen.

Das zeigt sich zum Beispiel dort, wo das Interesse und verständliche Begehren von Eltern, ihr Kind auch am Nachmittag sinnvoll beschäftigt und vor allem gut betreut zu wissen, zu einem Trägermotiv für die Arbeit mit Kindern wird. Kinder- und Jugendarbeit nimmt die Funktion als Betreuungsinstanz an und richtet ihr Angebot daran aus. Wenngleich ihre Rolle im gesamtgesellschaftlichen Kinderbetreuungsmix nicht überbetont werden sollte, muss die Frage erlaubt sein, ob sie hierin nicht von ihrem Ansatz, „an den Interessen junger Menschen“ (SGB VIII, § 11) orientiert zu arbeiten, abweicht. Der Wandel, Eltern als „Kunden“ zu betrachten und nicht mehr Kinder als vorrangige Adressat_innen, liegt nah. Sicherlich wäre es übertrieben, dieses Motiv im Kontext von am Kind orientierten Zugängen zu stark zu bewerten, die Situation erfordert aber dann eine aufmerksame Betrachtung, wenn der Blick auf das Kind als kompetente_r Akteur_in der eigenen Freizeitgestaltung verloren geht. Geschieht das, muss kritisch gefragt werden, ob es sich tatsächlich noch um ein Angebot auf der Grundlage der Prinzipien der Kinder- und Jugendarbeit handelt oder ob sie an dieser Stelle einfach zu einem unter vielen Anbietern außerschulischer Betreuung mutiert. Wenngleich dies im Sinne der Kinder durchaus auch einen positiven Effekt haben kann (nämlich dann, wenn es Kinder- und Jugendarbeit gelingt, ihren vermeintlich „anderen“ Zugang zum Kind einzubringen), entfernt sich das Angebot zumindest durch die Aussetzung des freiwilligen Zugangs von einer entscheidenden Maxime ihres Selbstverständnisses.

Träger der Kinder- und Jugendarbeit setzen beispielsweise in die Kooperation mit Schule häufig die Hoffnung, abseits der bisher erreichten Milieus neue Kinder und Zielgruppen zu erreichen, die an der Ressource Kinder- und Jugendarbeit bisher nicht oder nur ungenügend partizipieren. Es wird Bezug auf die durch die aktuelle Kindheitsforschung beschriebene Veränderung kindlicher Zeitressourcen genommen. Um die durch die Ausweitung von Schule wie anderer institutionalisierter Betreuungsangebote reduzierte, wirklich frei verfügbare Zeit von Kindern rangelt Kinder- und Jugendarbeit mit anderen Anbietern. So verstehen viele der Befragten

in der oben zitierten Studie zu Kindern in Jugendverbänden den Kontakt zum Ort Schule, an welchem Kinder regelmäßig viel Zeit verbringen, als unausweichlich notwendig. Dabei treffen sie auf die Not der Schule, die den „Offenen Ganzttag“ mit wenig finanziellen Mitteln arrangieren muss. Automatisch geraten Jugendverbände in den Sog einer Indienstnahme als Angebotsfüller der Ganzttagsschule. Rauschenbach beschreibt diese Situation als „eine Fragestellung, der man sich aus professioneller Notwendigkeit einigermaßen leidenschaftslos zuwendet“ (Rauschenbach 2013, S. 427). Jedoch verfügt Kinder- und Jugendarbeit über Potenziale, auch darauf weist er hin, die im Sinne der Kinder die Neugestaltung einer ganztägigen, inklusiven Betreuung in und um Schule bereichern könnten (vgl. Rauschenbach u. a. 2010). Diese müssen aber im System Schule akzeptiert sein.

Die Gedanken zeigen, dass die Neuausrichtung des Verhältnisses von Erziehung, Bildung und Betreuung, wie es der 14. Kinder- und Jugendbericht wiederholt betont (vgl. Deutscher Bundestag 2013), zu einer notwendigen Auseinandersetzung über eine möglicherweise erforderliche Neujustierung der Arbeit mit Kindern führt. Die Veränderungen der Kindheit, die das Aufwachsen in der modernen Gesellschaft als ein Aufwachsen in Institutionen und einer gleichzeitigen Schwächung einer Familienkindheit mit sich bringen, führt Kinder- und Jugendarbeit in neue Herausforderungen. Wenn Eltern Kinder- und Jugendarbeit als Betreuungsinstanz am Nachmittag, für Ferien und Wochenenden nutzen und ihnen eine neue Funktion als Erziehungsinstanz zubilligen (Gruppenerleben, Sozialverhalten erlernen), kommt Kinder- und Jugendarbeit nicht umhin, auch in der Rolle eines Dienstleisters für eine (sinnvolle) Freizeitgestaltung von Kindern aufzutreten und mit dieser umzugehen. Wenn die Schule die Zeitkontingente und Energieressourcen von Kindern zunehmend stärker bindet, wird Kinder- und Jugendarbeit weiterhin Zugänge in den Raum von Schule finden müssen. Aus diesem Prozess wird sie nur gestärkt (oder zumindest gehobenen Hauptes) herausgehen, wenn sie sich konsequent als Anwalt von Kindern als kompetente Akteur_innen versteht und in diesem Sinne zu handeln versucht (vgl. Voigts 2015, S. 308-312).

3.3. Kinder adressiert als Nachwuchsgarant_innen und kompetente Akteur_innen

Die beiden bereits ausgeführten Punkte werfen die Frage auf, in welcher Weise verschiedene Formen der Kinder- und Jugendarbeit Kinder adressieren – als Nachwuchs oder als kompetente Akteur_innen. Kinder- und Jugendarbeit heute erscheint in dieser Frage zerrissen. Es entspricht auf der einen Seite der inneren Logik, dass Angebote für Kinder als eine Nachwuchsrekrutierungsinstanz für die eigene Arbeit wie eventueller Erwachsenenorganisationen dienen. In unserer auf Korporatismus angelegten Demokratie, welche auf breites bürgerschaftliches Engagement angewiesen ist, erfüllen sie damit eine wichtige Aufgabe. Auf der anderen

Seite steht Kinder- und Jugendarbeit in der Verantwortung und ist es ihre gesetzlich zugeschriebene Aufgabe, eine Bühne für die Partizipation von jungen Menschen zu sein und zugleich für ihre Rechte einzutreten. So adressiert sie mit ihren vielfältigen Angeboten Kinder sehr konkret als kompetente Akteur_innen.

Mittunter sieht sich Kinder- und Jugendarbeit in diesem Selbstverständnis mit der Forderung von öffentlichen Finanzgebern konfrontiert, als Partizipationsorganisator zu agieren. Das bringt sie immer häufiger in die Schwierigkeit, Kinder funktionalisiert als kompetente Akteur_innen anzusprechen. In dieser Vielschichtigkeit ist es eine Herausforderung, die zentrale Adressierung der Kinder als Gestalter_innen ihres eigenen Selbst und ihrer eigenen Freiräume im Vordergrund stehen zu lassen.

Hinzu kommt, dass Angebote für Kinder vom Sport über die kulturelle Arbeit, von den Jugendverbänden bis zur offenen Arbeit eine Rolle als Übungsfeld für Jugendliche einnehmen (vgl. Deinet 1991; Voigts 2015). Indem Jugendliche mit Kindern z. B. in Gruppen oder auf Freizeiten aktiv werden, können sie sich in Verantwortung üben. Kinder und Jugendarbeit wird „Ort der Herstellung von Anerkennung“ (Schoeneville/Thole 2009, S. 138). In non-formalen Bildungsarrangements wie der Kinder- und Jugendarbeit sind Praxen der Anerkennung eine sehr zentrale Kategorie (vgl. Schoeneville/Thole 2009, S. 135). Kinder und Jugendliche scheinen ihre Freizeitaktivitäten danach auszusuchen, ob sie ihnen Anerkennung verspricht und ermöglicht (vgl. Thole/Höblich 2014). Gerade Kinder- und Jugendarbeit bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Ort, durch ihr mögliches Engagement mit Kindern Anerkennung zu erfahren. Wichtig erscheint dann, dass die Angebote auch für die Kinder zum Ort des Erlebens von Anerkennung werden. Dass Kinder diese Anerkennung einfordern, erweist sich, wenn ihre Suche nach Wertschätzung durch die Gruppenleitungen bzw. die Hauptberuflichen in verschiedenen Studien als eines der wichtigen Teilnahmemotive betrachtet wird. Auch das Motiv, gemeinsam mit Freund_innen etwas zu erleben, zielt durch das damit verbundene Gefühl der Zugehörigkeit auf Anerkennung. Bleibt die Teilnahme von Kindern also nicht als solche stehen, sondern führt über die Teilhabe an Peerkultur zu Zugehörigkeit (vgl. Cloos u. a. 2009) und dockt an eine wertschätzende Beziehung zwischen Gruppenleitungen/Hauptberuflichen und Kindern an, kann damit zugleich das Gefühl der Anerkennung verbunden werden. Kinder- und Jugendarbeit hat so das Potenzial für einen Ort, der systematische Anerkennung über den Weg von der Teilnahme zur Teilhabe ermöglichen kann. Ist das der Fall, nimmt das Kind als Akteur_in eine neue Bedeutung ein.

Verschiedene empirische Studien deuten an, dass Kinder in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit ernstgenommen wie ernsthaft mitbestimmen wollen (vgl. Voigts 2015, S. 181ff., S. 212ff., S. 306ff.; Riekmann 2010; Peters u. a. 2011). Auch deshalb

müssen Akteure der Kinder- und Jugendarbeit klären, in welcher Weise sie Kindern begegnen und welche Möglichkeiten der „Beteiligung an demokratischen Prozessen“ (Bühler-Niederberger/Sünker 2009, S. 179) sie ihnen einräumen. Als Getriebene in der Konkurrenz mit anderen kommerziellen wie gemeinnützigen Freizeitangeboten um das wertvoll gewordene Gut der Freizeit von Kindern ist es von Interesse, inwiefern sie sich auf genau diese (angenommene) Stärke konzentrieren und berufen können. Will Kinder- und Jugendarbeit Kinder für sich gewinnen und an ihre Angebote binden, muss es gelingen, ihnen in einer für sie attraktiven Art und Weise zu begegnen. Eine kritische Brechung erfährt die zurückhaltende Konstruktion des Kindes als Akteur_in bei der Frage nach dem Einbezug sehr verschiedener (Gruppen von) Kindern, also der Inklusionsrealität. Von den Potenzialen der Kinder- und Jugendarbeit können selbstredend nur die Kinder profitieren, die den Weg in die Angebote tatsächlich finden. In sehr unterschiedlichen Prozessen setzen sich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit mit dieser Fragestellung intensiv auseinander.

4. Schlussbetrachtungen

Ausgehend von der im Diskurs von Praktiker_innen virulenten Diskussion über die Rolle von Kindern in der Kinder- und Jugendarbeit wurde im Aufsatz der Frage nachgegangen, ob immer jüngere Kinder Angebote des von Vielfalt geprägten Feldes nutzen. Mit „harten“ Zahlen konnte sie nicht beantwortet werden, vielmehr musste ein weiteres Mal auf die unzureichende statistische Beschreibung der Kinder- und Jugendarbeit verwiesen werden. In diesem Kontext wäre es wünschenswert, dass Kindersurveys in Deutschland Daten, welche sich auf die Kinder- und Jugendarbeit beziehen, stärker und differenzierter in ihre Forschungsdesigns einbeziehen und dabei insbesondere Vereine, Verbände und offene Einrichtungen als wichtige Orte von und für Kinder in den Blick nehmen. Der Beschreibung von Thole, dass die „gegenwärtige Kindheits- und Jugendforschung (...) weitgehend die Thematisierung von Kindheit und Jugend in außerschulischen, institutionalisierten Räumen und Zusammenhängen aus ihren Fragestellungen verdrängt“ (Thole 2010) habe, ist nicht viel entgegnzusetzen.

Aus historischer Perspektive konnte nachgezeichnet werden, wie Kinder zunehmend stärker in das Handlungsfeld Einzug gefunden haben. Qualitative Studien verdeutlichen, dass Kinder als sehr zentrale Zielgruppe in der offenen wie verbandlichen Arbeit heute einen festen Platz eingenommen haben. Ob damit eine Verdrängung von älteren Zielgruppen einhergeht, bleibt offen. Längst überfällig ist vor diesem Hintergrund eine begriffliche Aktualisierung der §§ 11 und 12 des SGB VIII. Statt ausschließlich von „Jugendarbeit“ sollte auch hier endlich von Kinder- und Jugendarbeit gesprochen werden und die aufgezählten Schwerpunkte sollten entsprechend

aktualisiert werden. Der Diskurs darüber, ob auch Jugendverbände und Jugendringe diesen Wandel begrifflich nachvollziehen wollen, steht noch an. Die Kinder- und Jugendringe Sachsen und Sachsen-Anhalt weisen den Weg.

Die Herausforderungen zeigen sich deutlich: Eine Neuverortung der Kinder- und Jugendarbeit zwischen Kindermitbestimmung als zentralem Merkmal sowie der Instrumentalisierung als Betreuungsinstanz und Ganztagsschulgarant steht aus und muss kritisch diskutiert werden. Der Zwiespalt Kinder sowohl als Nachwuchs für die eigenen Strukturen, Erwachsenenorganisationen wie auch einen auf bürgerschaftliches Engagement angewiesenen demokratischen Staat zu adressieren wie zugleich als kompetente Akteur_innen mit dem Recht auf eine gute Kindheit und die Teilhabe an Entscheidungsprozessen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie ist nicht nur von der Kinder- und Jugendarbeit zu lösen, sondern steht im engen Zusammenhang mit den angestrebten Idealen einer Gesellschaft und ihrer akzeptierten oder nichtakzeptierten generationalen Ordnungen (vgl. Honig 2009). Die vielen Träger, Agierenden und Facetten der Kinder- und Jugendarbeit sind gefordert, den Diskurs über diese Herausforderungen beständig aufrechtzuerhalten, damit die Interessen der Kinder nicht aus dem Blick verloren werden. Insofern ist es ermutigend, wenn Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich jünger wird. Zugleich ist die Frage zu beantworten, wie es gelingen kann, trotzdem Räume für Jugendliche zu bewahren und zu akzeptieren, dass Kindheit und Jugend Lebensphasen beschreiben, die entgrenzter geworden sind und für das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen in Abhängigkeit vom sozialem Status der Herkunftsfamilie, wie z. B. finanziellen Ressourcen, Aufenthaltsstatus oder kulturellem Hintergrund, ausgesprochen verschieden sein können. Werden individuelle wie örtliche Schul- und Ausbildungschancen oder Wohnort- bzw. Quartieroptionen einbezogen, wird das Bild noch differenzierter. Dann zeigt sich: Die „Altersfrage“ ist nur eines von vielen Themen, welche für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit von Bedeutung sind. Für das einzelne Kind kann es mit Blick auf die Teilhabeoptionen in einer sehr konkreten Lebensphase aber eine sehr entscheidende sein.

Literatur

- Alt, C. (Hrsg.): *Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen*. Wiesbaden 2005.
- Andresen, S./Hurrelmann, K./TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.): *Wie gerecht ist unsere Welt? Kinder in Deutschland 2013*. 3. World Vision Kinderstudie, Weinheim 2013.
- Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, T. (Hrsg.): *Handbuch Jugendverbände*, Weinheim u. a. 1991.

- Bühler-Niederberger, D./Sünker, H.: Gesellschaftliche Organisation von Kindheit und Kindheitspolitik, in: M.-S. Honig (Hrsg.), *Ordnungen der Kindheit. Problemstellungen und Perspektiven der Kindheitsforschung*, Weinheim 2009, S. 155-182.
- Cloos, P./Köngeter, S./Müller, B./Thole, W.: *Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit*. 2., durchgesehene Auflage, Wiesbaden 2009.
- Deinet, U.: *Im Schatten der Älteren. Offene Arbeit mit Kindern und jüngeren Jugendlichen*, Weinheim und München 1987.
- Deinet, U.: Kinder in Jugendverbänden, in: L. Böhnisch, H. Gängler, T. Rauschenbach (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände*, Weinheim u. a. 1991, S. 406-412.
- Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): *Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit*. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2013.
- Deutscher Bundestag: 14. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2013.
- Deutscher Bundestag: 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2017.
- Eppe, H.: *Datenchronik der Kinderfreundebewegung in Deutschland 1919-1939*. 2., erweiterte Auflage, Oer-Erkenschwick 2000.
- Fritsche, S.: *Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR*, München u. a. 2004.
- Gängler, H.: Jugendverbände und Jugendpolitik, in: H.-U. Otto, H. Thiersch, K. Grunwald (Hrsg.), *Handbuch soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*. 4., völlig neu bearbeitete Auflage, München 2011, S. 708-715.
- Giesecke, H.: *Die Jugendarbeit*. 5., völlig neubearbeitete Auflage, München 1980.
- Gill, T.: Zur Aktualität Kurt Löwensteins für die politische Jugendbildung, in: *Außerschulische Jugendbildung*, 2010, Heft 3, S. 242-248.
- Hafeneger, B.: Geschichte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit seit 1945, in: U. Deinet, B. Sturzenhecker (Hrsg.), *Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit*. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2013, S. 37-47.
- Honig, M.-S. (Hrsg.): *Ordnungen der Kindheit. Problemstellungen und Perspektiven der Kindheitsforschung*, Weinheim und München 2009.
- Kinder- und Jugendring Sachsen: *Jugendverbände, Kompetenzentwicklung und biografische Nachhaltigkeit. Praxisforschungsprojekt*, Dresden 2006.
- Klönne, A.: Jugendverbände im Nationalsozialismus, in: L. Böhnisch, H. Gängler, T. Rauschenbach (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände*, Weinheim u. a. 1991, S. 58-66.
- Mewes, B.: *Die erwerbstätige Jugend. Eine statistische Untersuchung*, Berlin u. a. 1929.
- Münchmeier, R.: Zur Geschichte des öffentlichen Umgangs mit der Jugend, in: L. Böhnisch, H. Gängler, T. Rauschenbach (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände*, Weinheim u. a. 1991, S. 25-31.

- Niehaus, J./Wessels, H.: Kinderpolitik und Jugendverbände, in: Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.), Kein Alter zum Ausruhen. Texte zur Zeitgeschichte. 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring, Düsseldorf 1989, S. 126-135.
- Peters, H./Otto, S./Ilg, W./Kistner, G. (Hrsg.): Evaluation von Kinderfreizeiten. Wissenschaftliche Grundlagen, Ergebnisse und Anleitung zur eigenen Durchführung, Hannover 2011.
- Rauschenbach, T.: Jugendhilfe und Schule: Keiner schafft's alleine, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 2013, Heft 6, S. 427-435.
- Rauschenbach, T./Borrmann, S./Düx, W./Liebig, R./Pothmann, J./Züchner, I.: Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise, Dortmund u. a. 2010.
- Riekman, W.: Demokratie und Verein. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Wiesbaden 2011.
- Rohlf, C./Harring, M./Palentien, C. (Hrsg.): Kompetenz-Bildung. Soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. 2. Auflage, Wiesbaden 2014.
- Schoeneville, H./Thole, W.: Anerkennung – ein unterschätzter Begriff in der Sozialen Arbeit? Einführung in den Schwerpunkt „Im Blickpunkt: Anerkennung“, in: Soziale Passagen, 2009, Heft 2, S. 275-278.
- Seckinger, M./Pluto, L./van Santen, E./Peucker, C.: Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme, Weinheim und Basel 2016.
- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit. Eine Einführung. Grundlagentexte Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Weinheim 2000.
- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit, in: K. Bock, I. Miethe (Hrsg.), Handbuch Qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit, Opladen u. a. 2010, S. 457-465.
- Thole, W./Höblich, D.: „Freizeit“ und „Kultur“ als Bildungsorte. Kompetenzerwerb über non-formale und informelle Praxen von Kindern und Jugendlichen, in: C. Rohlf, M. Harring, C. Palentien (Hrsg.), Kompetenz-Bildung. Soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. 2. Auflage, Wiesbaden 2014, S. 83-112.
- Traub, A.: Ein Freund, ein guter Freund ... Die Gleichaltrigenbeziehungen der 8- bis 9-Jährigen, in: C. Alt (Hrsg.), Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 2, Wiesbaden 2005, S. 23-62.
- Voigts, G.: „Wenn wir von Kindern in unserem Verband reden ...“. Die Alterskonstruktion in der Arbeit mit Kindern in Jugendverbänden, in: Promotionskolleg Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung (Hrsg.), Kindheitsbilder und die Akteure generationaler Arrangements, Wiesbaden 2011, S. 121-139.
- Voigts, G.: Diversität und Soziale Ungleichheit als wichtige Dimensionen auf dem Weg zu einem inklusiven Gestaltungsprinzip in der Kinder- und Jugendarbeit, in: H. Effinger, S. Borrmann, S. B. Gahleitner, M. Köttig, B. Kraus, S. Stövesand (Hrsg.), Diversität und Soziale Ungleichheit. Analytische Zugänge und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Opladen u. a. 2012, S. 215-227.

Voigts, G.: Kinder in Jugendverbänden. Eine empirische Untersuchung zu Strukturen, Konzepten und Motiven im Kontext der gesellschaftlichen Debatten um Inklusion. Dissertation 2014. 1. Auflage, Opladen 2015.

Zeiber, H.: Ambivalenzen und Widersprüche der Institutionalisierung von Kindheit, in: M.-S. Honig (Hrsg.), Ordnungen der Kindheit. Problemstellungen und Perspektiven der Kindheitsforschung, Weinheim und München 2009, S. 103-126.

Zu den Autor_innen

Becker, Reiner; Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, Theorien zum bürgerschaftlichen Engagement, Bürgerbeteiligungsverfahren und Kommunalpolitik, Lokale Öffentlichkeit und lokale Medien; Marburg.

Kontakt: reiner.becker@uni-marburg.de

Corsa, Mike; Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej) und als Mitinitiator Mitglied im Beirat des Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit 2016; Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Lebenslagen junger Menschen, Kirche und Glauben, Kooperation mit Wissenschaften, Interessenvertretung in Kirche, Politik und Gesellschaft; Hannover.

Kontakt: co@aej-online.de

Farin, Klaus; Gründer und Leiter des Archivs der Jugendkulturen 1998 bis 2011, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Respekt! seit 2011, Autor und Lektor; Berlin.

Kontakt: klaus.farin@hirnkost.de

Gerleigner, Susanne; Dr.; Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e. V.; Arbeitsschwerpunkte: Empirische Bildungsforschung, Soziale Ungleichheit im Bildungssystem, Ganztagsschulforschung, Familienforschung, Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung; München.

Kontakt: gerleigner@dji.de

Kampmann, Christina; Ministerin a. D. für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2017, Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag seit 2017; Bielefeld.

Kontakt: christina.kampmann@landtag.nrw.de

Keuchel, Susanne; Prof. Dr.; Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW; Arbeitsschwerpunkte: Kulturelle und Interkulturelle Bildung, Mitglied im Beirat des Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit 2016; Remscheid.

Kontakt: keuchel@kulturellebildung.de

Lindner, Werner; Prof. Dr.; Professor an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen; Fachgebiet Kinder- und Jugendarbeit; Arbeitsschwerpunkte: Soziale Arbeit/Politik (in) der Sozialen Arbeit, Politikberatung, Kinder- und Jugendarbeit, Kommunalpolitik, Jugendpolitik; Jena.

Kontakt: werner.lindner@eah-jena.de

Maaz, Kai; Prof. Dr.; Direktor der Abteilung Struktur und Steuerung des Bildungswesens am Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung; Arbeitsschwerpunkte: Institutionelle Entwicklungen im Bildungssystem, Schulentwicklung und Schulstruktur, Soziale Disparitäten im Bildungssystem, Bildungsbiografien; Berlin.

Kontakt: maaz@dipf.de

Maier, Lisi; Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit; Arbeitsschwerpunkte: Sozial-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik; Berlin.

Kontakt: maier@bdkj.de

Marks, Caren; Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Hannover, Berlin.

Kontakt: caren.marks@bundestag.de

Neuber, Nils; Prof. Dr.; Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sportwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Arbeitsschwerpunkte: Bildungs- und Unterrichtsforschung im Sport, Individuelle Förderung und Aufgabenkultur im Sport, Ganztagsbildung und Bildungsnetzwerke im Sport, Kompetenzentwicklung von Sportlehrkräften und Weiterbildung im Sport; Münster.

Kontakt: Nils.Neuber@uni-muenster.de

Pothmann, Jens; Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund; Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfe und ihre Arbeitsfelder, Jugendamt und Soziale Dienste, Berichtswesen und Sozialberichterstattung, Kennzahlen und Indikatoren, Mitglied im Beirat des Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit 2016; Dortmund.

Kontakt: jens.pothmann@tu-dortmund.de

Rauschenbach, Thomas; Prof. Dr.; Vorstandsvorsitzender und Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V., Leiter des Forschungsverbunds Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund; Arbeitsschwerpunkte: Bildung im Kindes- und Jugendalter, Kinder- und Jugendarbeit, Ganztagsschulen, Soziale Berufe (Ausbildung und Arbeitsmarkt), Ehrenamt, Freiwilligendienste, Theorie der Sozialen Arbeit, Verbändeforschung, Dritter Sektor, Sozialpädagogische Forschung, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Leiter des Projektes „Bundesweiter Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit 2016“; München, Dortmund.

Kontakt: rauschenbach@dji.de

Schäfer, Klaus; Prof.; Staatssekretär a. D. im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2012, Mitglied im Beirat des Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit 2016; Köln.
Kontakt: prof.klaus.schaefer@web.de

Sünker, Heinz; Prof. Dr.; Professor für Sozialpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; Arbeitsschwerpunkte: Kritische Bildungstheorie, Kindheitsforschung; Wuppertal.
Kontakt: suenker@uni-wuppertal.de

Tillmann, Angela; Prof. Dr.; Professorin am Institut für Medienforschung und Medienpädagogik (IMM) der Technischen Hochschule Köln, Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Medienwelten“, Leiterin des Instituts „Spielraum“; Arbeitsschwerpunkte: Medienforschung und Medienpädagogik, Kinder- und Jugendmedienforschung, Prozesse der Mediensozialisation bei Kindern und Jugendlichen, Medienkompetenz – Forschung und Evaluation, Medien und Geschlecht, Digitale Spiele; Köln.
Kontakt: angela.tillmann@th-koeln.de

Thomas, Peter Martin; Leiter der SINUS:akademie; Arbeitsschwerpunkte: Erlebnispädagogik, Systemische Beratung, Supervision, Coaching und Organisationsentwicklung; Heidelberg.
Kontakt: kontakt@petermartinthomas.de

Voigts, Gunda; Prof. Dr.; Professorin für Grundlagen der Wissenschaft und Theorie Sozialer Arbeit und Praxis offener Kinder- und Jugendarbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Arbeitsschwerpunkte: Theorien und Methoden Sozialer Arbeit, Kinder- und Jugendforschung, Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Inklusion; Hamburg.
Kontakt: Gunda.Voigts@haw-hamburg.de

Herausgeber_innen

Rauschenbach, Thomas; Prof. Dr. (siehe oben)

von der Gathen-Huy, Julia; Dr.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund; Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilliges Engagement, Kinder- und Jugendhilfestatistik; Dortmund.

Kontakt: julia.vondergathen-huy@tu-dortmund.de

Gosse, Katharina; Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fakultät für Erziehungswissenschaft und Psychologie an der Universität Siegen; Arbeitsschwerpunkte: Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe und (Ganztags-)Schule, Organisationsbezogene Ethnographie, Essensforschung, Hausaufgabenzeiten in der Jugendhilfe; Siegen.

Kontakt: katharina.gosse@uni-siegen.de

Sass, Erich; Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund; Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilliges Engagement, Jugendkultur, Medien; Dortmund.

Kontakt: erich.sass@tu-dortmund.de

